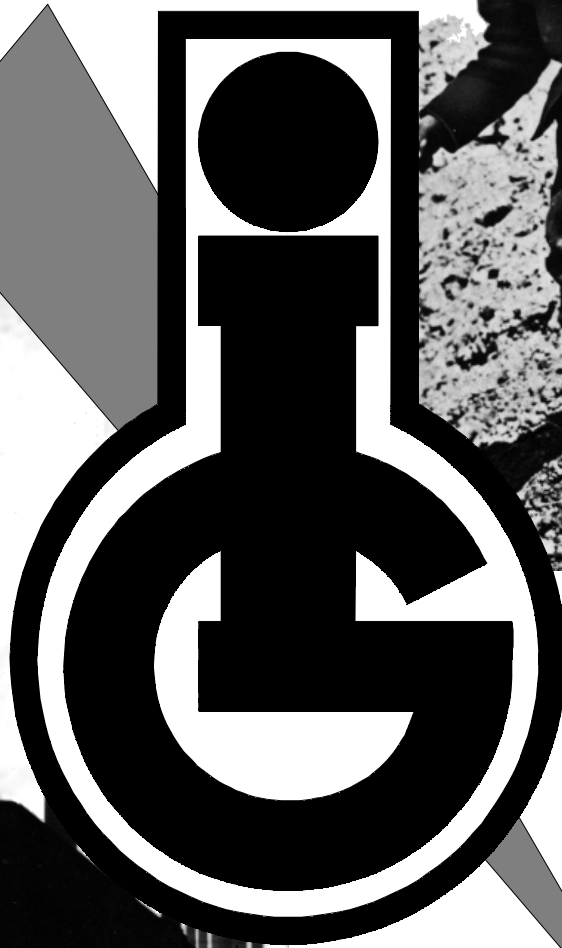


Der Weg eines Monopols durch die Geschichte
Zur Entstehung und Entwicklung der deutschen chemischen Industrie

... von Anilin bis Zwangsarbeit



Eine Dokumentation des
Arbeitskreises I.G. Farben
der Bundesfachtagung
der Chemiefachschaften



Der Weg eines Monopols durch die Geschichte
Zur Entstehung und Entwicklung der deutschen chemischen Industrie

... von Anilin bis Zwangsarbeit

Eine Dokumentation des Arbeitskreises I.G. Farben
der Bundesfachtagung der Chemiefachschaften

Aachen, Bonn, Braunschweig, Freiburg, Karlsruhe, Würzburg 1994

... von Anilin bis Zwangsarbeit

Der Weg eines Monopols durch die Geschichte
Zur Entstehung und Entwicklung der
deutschen chemischen Industrie

Eine Dokumentation des Arbeitskreises
I.G. Farben der Bundesfachtagung der Chemie-
fachschaften

1. Auflage September 1994

Herausgeber: AStA TU Berlin

Druck: AStA TU Berlin

Adresse für Direktbestellungen:
Fachbereichsinitiative Chemie TU Berlin
Sekretariat TC1
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Rückfragen und Bestellungen können weiterhin
über alle Chemiefachschaften der Hochschulen
und Universitäten in der BRD an das
Sekretariat der Bundesfachtagung übermittelt
werden.

Die zu diesem Buch gehörende Ausstellung
gleichen Titels kann ebenfalls auf diesem Weg
angefordert werden.

Vorwort der Verfasser

Die Idee zu einer Arbeit über die Wurzeln der deutschen Chemieindustrie und die Geschichte des I.G. Farben-Konzerns entstand auf dem Abschlußplenum der Bundesfachtagung der Chemiefachschaften im November 1990 in Bielefeld. Äußerer Anlaß dafür war die nach der Vereinigung von BRD und DDR aufflammende Diskussion um Besitzansprüche westdeutscher Industrieunternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Besonderes Aufsehen erregten dabei die Forderungen der Liquidationsgesellschaft "I.G. Farben in Auflösung".

Da wir der Meinung waren, daß dieses Thema eine eingehendere Beschäftigung verdiene, beschlossen wir, durch Erarbeitung einer Ausstellung und einer begleitenden Broschüre etwas Licht in dieses dunkle Kapitel deutscher Industriegeschichte zu bringen.

So entstanden in mehreren Fachschaften eigenständige Gruppen, die einzelne Epochen dieser Geschichte vertieft bearbeiteten. Die so zunächst unabhängig voneinander entstandenen Kapitel wurden in mehreren Arbeitskreistreffen zu der vorliegenden Broschüre zusammengefaßt. Mögliche Uneinheitlichkeiten in der Ausarbeitung ließen sich daher nicht vollständig vermeiden. Wir hoffen aber, daß wir insgesamt eine umfassende und dennoch übersichtliche Darstellung der Geschichte der I.G. Farbenindustrie AG gegeben haben.

Wir bedanken uns bei allen, die uns Informationen und Materialien zur Verfügung gestellt haben, und wir hoffen, daß diese Ausstellung zu einem besseren Verständnis von Geschichte und Gegenwart der Chemie und der chemischen Industrie beitragen kann.

Der Arbeitskreis I.G. Farben der Bundesfachtagung der Chemiefachschaften

Andreas, Detlef, Jürgen, Marc, Peer, Rudi, Winnie

(Fachschaft Chemie Uni Bonn, Fachschaft Chemie TU Braunschweig, Fachschaft Chemie Uni Freiburg, Fachschaft Chemie RWTH Aachen, Fachschaft Chemie Uni Karlsruhe, Fachschaft Chemie Uni Würzburg)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Die Vorgeschichte der I.G. Farben bis zur Gründung des Konzerns 1925	3
1.1. Von den Anfängen bis zu weltmarktbeherrschenden Großunternehmen	3
1.2. Die Denkschrift von Duisberg und erste Zusammenschlüsse	5
1.3. Schießpulver und Giftgase - die Chemie im Ersten Weltkrieg	8
1.4. Vom Krieg über Versailles in die Nachkriegszeit - aus einer Interessengemeinschaft wird ein Weltkonzern	16
2. Die I.G. Farben in der Weimarer Republik	21
2.1. Aufbau und Struktur	21
2.2. Die I.G. und ihre Einflußnahme auf die Politik der Weimarer Republik	28
2.3. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die I.G.	34
3. 1933-1939: Die I.G. Farben und der NS-Staat	39
3.1. Rüstungsforschung und Auslandskontakte - I.G. Farben und Standard Oil Development Company	40
3.2. Die Beziehungen der I.G. zur NSDAP	41
3.3. Die I.G. rüstet für den Krieg - Carl Krauch als Munitionsdiktator	47
4. 1939 - 1945: Die I.G. Farben im II. Weltkrieg	57
4.1. Die "Gleichschaltung" der europäischen Chemie-Industrie	57
4.2. Sklavenarbeit und die Interessengemeinschaft - Auschwitz	64
4.3. Medizinische Experimente "im Dienste der Menschheit"?	77
4.4. Militärische Entwicklung des II. Weltkrieges	85
5. 1945-1955: Nürnberger Prozesse und Entflechtung der I.G. Farben	87
5.1. Die weltpolitische Lage am Ende des 2. Weltkrieges	87
5.2. Die Besatzungspolitik	95
5.3. Der Kriegsverbrecherprozeß gegen die I.G. Farben	98
5.4. Die "Entflechtung"	107
6. 1951-1991: 40 Jahre Kampf um Entschädigung für NS-Zwangsarbeit	111
6.1. 1951: I.G. Farben auf Entschädigung für Zwangsarbeit verklagt	111
6.2. 1946-48: Kriegsverbrecherprozesse - Nachweis der individuellen Schuld	112
6.3. 1953: I.G. Farben in erster Instanz schuldig gesprochen	114
6.4. 1954: Der Wollheim-Prozeß geht in die nächste Runde	115
6.5. Dezember 1954: Versuch der Einflußnahme auf die Gesetzgebung	116
6.6. 1955: Verhandlungsstillstand nach Ende der Besatzungszeit	117
6.7. 1956/57: Der Kompromiß - 30 Millionen DM	118
6.8. 1957: Die Frage der Einbeziehung der "Nationalverfolgten"	120
6.9. 1958-63: Die Verteilung der Gelder aus dem Wollheim-Vergleich	122
6.10. 1958-63: Die "Nationalverfolgten" gehen vor Gericht	123
6.11. Entschädigungszahlungen nach Abschluß des Wollheim-Vergleiches	125
6.12. 1992: Über die Chancen weiterer Entschädigungszahlungen	128

7. Die I.G. Farben und ihre Nachfolger bis heute.....	133
7.1. Karrieren von I.G. Farben-Managern in der Nachkriegszeit.....	133
7.2. Neue Namen - alte Praktiken	136
7.3. Die unendliche Geschichte der I.G. Farben-Liquidation.....	142
Nachwort.....	149
Literaturverzeichnis.....	151
Empfohlene einführende Literatur.....	151
Gesamtverzeichnis.....	152

Einleitung

I.G. Farben - wofür steht das eigentlich? Der wenig spektakulär klingende Name "Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG" war über Jahre hinweg ein Synonym für (fast) die gesamte deutsche Chemieindustrie - ein gigantisches Kartell aller großen deutschen Chemieunternehmen. Mit ihrer enormen wirtschaftlichen Macht ermöglichten sie dem Kaiserreich die Fortführung des I. Weltkrieges, waren sie ein bestimmender Faktor der Innen- und Außenpolitik der Weimarer Republik und schließlich auch Mitgestalter und Nutznießer der faschistischen Diktatur und des II. Weltkrieges.

Warum, so mögen sich nun manche fragen, graben wir Dinge aus, die Jahrzehnte zurückliegen und so keinen auf den ersten Blick erkennbaren Bezug mehr zur Gegenwart haben?

Was heute Gegenwart ist, ist morgen schon Vergangenheit; Gegenwart ist das Resultat von Prozessen, die in der Vergangenheit ihren Anfang nahmen und deren Bestandteil die Gegenwart selbst ist. Vieles von dem, was heute selbstverständlich erscheint, verliert seine scheinbare Zwangsläufigkeit bei einer Betrachtung seiner historischen Entwicklung, so daß sich die Frage nach dem Wie und Warum bestimmter Zustände anschließt. Kurz, die historische Betrachtung liefert einen Schlüssel zu einer kritischen Beleuchtung der Gegenwart.

Für uns als Studierende des chemischen Zweiges der Naturwissenschaften bedeutet dies eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Chemie, die auf das engste verflochten ist mit der Entwicklung der chemischen Großproduktion. Diese wird von den Machenschaften eines Chemieimperiums überschattet, das in der Lage war, auf den Lauf der Welt in nahezu einzigartiger Weise Einfluß zu nehmen - eben die I.G. Farben.

Bei der ausführlichen Beschäftigung mit der Geschichte des Konzerns wurde deutlich, daß diese mit der "Zerschlagung" des Kartells 1945 durch die Alliierten nicht aufhört. Die drei großen I.G.-Nachfolger BAYER, BASF und HOECHST führen die Politik der I.G. konsequent bis heute fort, und jede der drei Firmen für sich ist heute größer und mächtiger als es die I.G. Farben jemals waren.

1. Die Vorgeschichte der I.G. Farben bis zur Gründung des Konzerns 1925

Über viele Jahre hinweg waren die Begriffe "I.G. Farben" und "deutsche chemische Industrie" fast vollständig deckungsgleich. Eine Betrachtung der Geschichte dieses gigantischen Konzerns muß daher auch die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland von ihren Anfängen an einbeziehen. Das Entstehen der I.G. war eine folgerichtige Konsequenz aus den Bedingungen, die diese Entwicklung von Beginn an bestimmt hatten - und in vielerlei Hinsicht setzt sich diese Kontinuität bis in die Gegenwart fort.

1.1. Von den Anfängen bis zu weltmarktbeherrschenden Großunternehmen

1.1.1. Allgemeine Entwicklung

Die Anfänge der chemischen Industrie liegen in der industriellen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Gerade in der Chemie ging mit den allgemeinen technischen und gesellschaftlichen Umwälzungen ein ungeheurer Zuwachs an wissenschaftlichen Erkenntnissen einher, und schon hier wurde deutlich, wie besonders eng auf diesem Gebiet wissenschaftliche Forschungsergebnisse und ihre kommerzielle Nutzung zusammenhängen.

Geradezu explosionsartig entwickelte sich in dieser Zeit die organische Chemie. 1856 entdeckte der englische Chemiker William Perkins die Anilinfarbe Mauvein, den ersten synthetischen Farbstoff. In England selbst, das zur Deckung seiner Rohstoffbedürfnisse auf ein riesiges Kolonialreich zurückgreifen konnte, hatte diese Entdeckung keine besondere Wirkung. In Deutschland wurde sie jedoch zur entscheidenden Grundlage der chemischen Industrie. Die Teerfarbenchemie eröffnete die Möglichkeit, den bei der Verkokung von Kohle (für die Stahlindustrie) als kostspieliges Abfallprodukt anfallenden Steinkohlenteer als Ausgangsbasis für immens wertvolle Produkte zu nutzen - bildlich gesprochen war die chemische Industrie in der Lage "aus Dreck Geld zu machen".¹ In einem regelrechten Fieber wurden Teerfarbenfabriken in großer Zahl gegründet. Dabei handelte es sich zumeist um Kleinstbetriebe, in denen der oder die Gründer allein oder mit nur einigen wenigen Arbeitern hauptsächlich ein einziges Produkt fabrizierten - häufig nur mit geliehenem Kapital. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß den vielen Neugründungen bald eine große Zahl von Pleiten gegenüberstand.

1.1.2. Das Wachstum der chemischen Industrie

Schon bald wurde deutlich, in welche Richtung sich die chemische Industrie weiterentwickeln würde. Der rasche Fortschritt der Forschung ließ ein Ausweichen in spezialisierte Produktpaletten nicht zu, stattdessen bauten die Fabriken, deren Inhaber das nötige Kapital besaßen, ihre Produktion sowohl horizontal (in der Angebotsbreite) als auch vertikal (durch Einbeziehung aller Schritte von den Grundchemikalien bis zu den Fertigprodukten) immer weiter aus. Sowohl die kleineren Teerfarbenbetriebe als auch Fabriken, die Grundchemikalien wie Soda oder Schwefelsäure herstellten, wurden allmählich von den expandierenden Großbetrieben geschluckt oder vom Markt verdrängt.

Das schnelle Voranschreiten der Forschung und die direkte kommerzielle Verwertbarkeit der wissenschaftlichen Erkenntnisse waren, wie bereits erwähnt, eine der wesentlichen Rand-

¹ Borkin, S. 10

bedingungen für die Entwicklung der deutschen chemischen Industrie. Dementsprechend gab es hier eine so enge Zusammenarbeit zwischen Hochschullehrern bzw. Universitäten und Industrie, wie es sonst in keinem anderen Bereich der Fall war. Diese Zusammenarbeit stieß jedoch bald an ihre Kapazitätsgrenzen, so daß die Industrie begann, eigene große Forschungslaboratorien aufzubauen. Die enormen Investitionskosten, die damit verbunden waren, beschleunigten natürlich noch den Konzentrationsprozeß.

Die folgende Tabelle ² zeigt recht deutlich, wie schnell sich die großen Teerfarbenfabriken entwickelten und illustriert damit auch den oben beschriebenen Konzentrationsprozeß innerhalb der deutschen chemischen Industrie. Etwa gegen 1880 waren die Strukturen, aus denen später die I.G. Farben hervorgehen sollten, schon weitestgehend ausgebildet.

	Jahr	Anzahl der Mitarbeiter	Farbstoffproduktion
BAYER	1863	12 Arbeiter 1 kaufmänn. Commis 1 Lehrling	20-25 Pfund/Tag Fuchsin
	1867	50 Mann	200-500 Pfund/Tag Fuchsin
	1874	allein 65 Mann in der Alizarin-fabrik	3000 kg/Tag Alizarin
	1877	136 Arbeiter	6000 kg/Tag Alizarin
	1888	rund 1000 Arbeiter	
	1913	320 Chemiker 60 Ingenieure 8077 Arbeiter	
CASSELLA	1908	110 Chemiker und Techniker 2200 Arbeiter	
KALLE	1904	62 Chemiker 75 kaufm. Angestellte	

1.1.3. Stellung und Bedeutung der deutschen chemischen Industrie

Ein wesentliches Merkmal der deutschen Chemieindustrie war ihre Exportorientiertheit, verknüpft mit der Bestrebung, ein Monopol auf dem Weltmarkt zu erreichen. Bereits im Jahre 1877 erreichte der deutsche Anteil die Hälfte der Welterzeugung an Farbstoffen. In der Folgezeit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden praktisch alle wichtigen Farbstoffklassen von den deutschen Teerfarbenfabriken erfunden. ³ Mit der weiteren Expansion der chemischen Industrie setzte sich diese Tendenz fort. Die Produktpalette der großen Firmen umfaßte inzwischen nicht nur Farbstoffe sondern auch organische und anorganische Grundchemikalien, photographische Erzeugnisse und Pharmazeutika. Antipyrin und Phenacetin waren die ersten von den Farbwerken HOECHST und BAYER auf den Markt gebrachten Pharmazeutika, denen sich als weitere Marksteine der neuen Arbeitsrichtung Pyramidon, Aspirin, Veronal, Luminal, Salvarsan sowie das Hormonpräparat Suprarenin anschlossen. ⁴ Aus den kleinen Teerfarbenküchen waren innerhalb von 30 Jahren große, komplex strukturierte und enorm kapitalkräftige Betriebe geworden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beherrschten sechs Firmen sowohl den deutschen als auch den Weltmarkt bei Herstellung (1913 mit einem Anteil von

² basierend auf BAYER-Berichte, 1963, Heft 5, S. 84f

³ ter Meer, S. 10

⁴ ter Meer, S. 11

90%) und Verkauf von synthetischen Farbstoffen - drei sehr große Unternehmen dicht gefolgt von drei kleineren:

BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen
BAYER	Farbwerke, vorm. Friedrich Bayer & Co., Leverkusen
HOECHST	Farbwerke, vorm. Meister Lucius und Brüning, Hoechst
AGFA	Aktiengesellschaft für Anilinfabrikate, Berlin
CASELLA	Leopold Cassella & Co., Frankfurt
KALLE	Kalle & Co., Biebrich

Das Deutsche Reich, ein bis auf seine Steinkohlevorkommen rohstoffarmes Land, war für seine Großmachtbestrebungen in höchstem Maße auf die chemische Industrie angewiesen. Sie ermöglichte es dem Reich, seine Abhängigkeit von ausländischen Rohstofflieferungen zu verringern und darüberhinaus die Rohstoffgrundlage seiner Konkurrenten (vor allem England) mit den eigenen Waren zu verändern. Die 1897 nach großem Forschungs- und Entwicklungsaufwand bei der BASF gelungene Indigosynthese brachte den von englischem Kapital getragenen Indigoanbau in Indien in wenigen Jahren zum Erliegen und war wohl der Höhepunkt dieser Entwicklung. (Hier profitierte noch der Staat von der Eigendynamik des aufstrebenden deutschen Kapitalismus - später sollte sich dieses Verhältnis umdrehen und die chemische Industrie gigantische Gewinne aus Großprojekten erzielen, mit denen dem Kaiserreich die Fortführung des I. Weltkriegs überhaupt erst ermöglicht wurde.)

1.2. Die Denkschrift von Duisberg und erste Zusammenschlüsse

1.2.1. Strukturbedingte Schwierigkeiten und Duisbergs Denkschrift zur "Vereinigung der deutschen Teerfarbenfabriken"

Das wesentliche Problem, dem die deutsche chemische Industrie Ende des 19. Jahrhunderts gegenüberstand, lag in ihrem eigenen Erfolg begründet. Nicht nur auf dem Farbensektor sondern auch im Bereich der photographischen Erzeugnisse und Pharmazeutika war die deutsche Chemie inzwischen weltmarktbeherrschend. Diese Monopolstellung trieb die Hersteller zu erbitterten Kämpfen um größere Anteile an den lukrativen in- und ausländischen Märkten. Preisbruch, Verschleppung von Patentverfahren, Begünstigung und Bestechung - kurz: alle bekannten Formen unlauteren Wettbewerbs - waren an der Tagesordnung. Ertragsverluste und verlangsamtes Wachstum waren die Folgen und die Spitzen der Industrie begannen nach Abhilfe zu suchen. Carl Duisberg, Generaldirektor bei BAYER und eine der dominierenden Persönlichkeiten der Farbenindustrie, blieb es vorbehalten, den ersten Schritt in Richtung einer Lösung zu unternehmen.⁵

Duisberg (geb. 1861) war in vielerlei Hinsicht prädestiniert für diese Rolle. Er gehörte zu der Generation von Chemikern, die nach dem Rückzug der "Gründergeneration" die Führung der chemischen Industrie übernahmen. Sowohl als Chemiker wie auch als Geschäftsmann hatte er sich Anerkennung erworben, ebenso durch seine Denkschrift von 1895 zu Aufbau und Organisation eines chemischen Betriebes. Duisbergs Persönlichkeit war geprägt von patriarchaler Herrschsucht einerseits, andererseits aber auch von instinktsicherer Anpassungsfähigkeit. Vor allem aber war er ein überzeugter Nationalist, der zutiefst von Deutschlands Mission in der Welt überzeugt war. Sowohl in der Politik als auch im Geschäftsleben huldigte er dem

⁵ Borkin, S. 10

"Führerprinzip" und gebrauchte diesen Ausdruck, lange bevor man von Hitler je gehört hatte. Gleichzeitig war er aber auch ein einzigartiger Opportunist, der sich bei der Durchführung seiner Projekte nie von Prinzipien abhängig machte. Er vollzog im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und unter den Nazis immer die jeweils erforderliche Anpassung - und der Erfolg blieb ihm treu.⁶



Carl Duisberg (Köhler, S. 170)

Im Jahre 1903 unternahm Duisberg eine Reise in die USA. Dort sah er, wie erfolgreich die riesigen amerikanischen Konzernzusammenschlüsse (vor allem der Rockefeller-Konzern Standard Oil) trotz des "Sherman-Antitrust-Gesetzes" von 1890 agieren konnten. Aus dieser Beobachtung heraus schien ihm eine derartige Form der wirtschaftlichen Konzentration *"der richtige Weg zur Beseitigung des gegenwärtigen ruinösen Konkurrenzkampfes der deutschen Teerfarbenfabriken"*. In seiner Denkschrift von 1904 stellte er die Frage, *"ob die Verhältnisse in der chemischen Industrie Deutschlands und speziell in der Farbenindustrie nicht auch derartige sind, daß eine Vereinigung der verschiedenen Farbenfabriken nicht nur zweckmäßig ist, sondern auch im Lauf der Zeit erfolgen muß"*. Auf der Suche *"nach einem Weg, um die Schäden der Konkurrenz zu beseitigen ohne ihre Vorteile (zu) verlieren"*, stellte Duisberg fest, *"es kann nicht ausbleiben, daß in einer solchen mächtigen Kapitalgesellschaft ein kleiner Staat im Staate entsteht, den die Gesetzgeber hassen, weil er sich nicht leicht unterordnen läßt, und den das Publikum*

*fürchtet, weil die Preise eventuell gesteigert, der Nutzen vergrößert und damit der Neid und die Mißgunst aller nicht beteiligten und nicht interessierten Menschen hervorgerufen werden (...). Das allerschlimmste aber, was einer solchen großen, die Konkurrenz beseitigenden Vereinigung passieren kann, ist das Großziehen neuer Konkurrenten, die zu oft nur zum Scheine errichtet werden, um sich dann später durch Auszahlung großer Abfindungssummen aufkaufen zu lassen."*⁷

1.2.2. Ausbildung von Bündnissen

Angeichts des sich immer weiter verschärfenden Konkurrenzkampfes neigten die übrigen Vertreter der "großen Sechs" dieser Idee, die von Duisberg beinahe fanatisch verfolgt wurde, zwar gleichfalls zu, sie waren aber nicht bereit, ihre Eigenständigkeit an einen Konzern nach dem Muster der Standard Oil abzugeben. Stattdessen gründeten zunächst BAYER, die BASF und AGFA eine Interessengemeinschaft, wie sie in dieser lockeren Form auch schon in anderen Industriezweigen bestand. Kurz danach bildete HOECHST mit CASSELLA bei gegenseitiger Kapitalverflechtung einen "Zweibund", der 1907 mit KALLE zu einem Dreiverband erweitert wurde.

⁶ Borkin, S. 11, zur Person Duisbergs vgl. auch Köhler, Kap. 4, 5

⁷ Schneckenburger, S. 18f

BAYER 1863	BASF 1865	AGFA 1867/73
Dreibund 1904		

HOECHST 1863	CASSELLA 1798/1870	
Zweibund 1904		KALLE 1863
Dreierverband 1907		

Das Jahr 1904 brachte so eine wichtige Veränderung für die deutsche Chemie. Die größten Unternehmen hatten sich zu zwei Blöcken formiert, die durch eine im Herbst 1904 zwischen BASF und HOECHST abgeschlossene Indigo-Konvention in loser Beziehung standen. Die Konkurrenz nahm in der folgenden Prosperität geregeltere Formen an, womit der rapide Preisverfall früherer Jahre zugunsten einer langsameren Preissenkung verschwand. Auch hatten sich so die Voraussetzungen wesentlich verbessert, die einmal errungene Vormachtstellung im nationalen wie internationalen Bereich zu behaupten.⁸ Der organisatorische Konzentrationschritt ermöglichte den einzelnen Unternehmen die Inangriffnahme und Durchführung großer Projekte, die sie allein schwerlich hätten lösen können. Zu dieser Zeit begannen die Farbfabriken BAYER mit den Arbeiten über die Kautschuksynthese, die ihre wahre wirtschaftliche Bedeutung erst Jahre später, im Zuge der Autarkie-Politik des NS-Regimes erhielt.⁹ Hauptexponent einer an Großprojekten orientierten Unternehmenspolitik war jedoch eine andere Firma - die BASF. Schon die 1897 gelungene Indigosynthese war ein solches Projekt gewesen, es hatte enorme Investitionskosten verschlungen, sich aber nach geglücktem Abschluß als ungeheuer profitabel erwiesen. Nun konnte sich die BASF an eine noch größere Aufgabe heranwagen, nämlich die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft.

1.2.3. Die Entwicklung des Haber-Bosch-Verfahrens

Zum Ende des 19. Jahrhunderts häuften sich die Stimmen prominenter Wissenschaftler, die vor einer Welternährungskrise warnten. Der englische Chemiker Sir William Crookes befürchtete sogar, daß die chilenischen Salpeterminen bald erschöpft sein würden, womit *"die große kaukasische Rasse aufhören (würde), die erste der Welt zu sein, und (...) durch Rassen, für die das Weizenbrot nicht lebensnotwendig ist, aus dem Dasein verdrängt (würde)."*¹⁰ Auch wenn sich die Befürchtungen hinsichtlich der natürlichen Reserven als unbegründet erweisen sollten, versprach doch eine Brechung des chilenischen Monopols einen großen geschäftlichen Erfolg. Grund genug für die BASF, nicht nur eigene Wissenschaftler und Techniker an diesem Projekt arbeiten zu lassen, sondern auch großzügige Forschungsstipendien an unabhängige Wissenschaftler zu vergeben. Einem von diesen, dem Physikochemiker Fritz Haber, gelang erstmals 1909 die erfolgversprechende Laboratoriumssynthese von Ammoniak aus den Elementen Wasserstoff und Luftstickstoff. Die Umsetzung dieses Laborverfahrens zu einem industriellen Prozeß wurde bei der BASF dem damals 34-jährigen Carl Bosch übertragen. Nach vier Jahren, im Herbst 1913, konnte dann in der neuen Großanlage in Oppau mit der Massenproduktion von Ammoniak nach dem Haber-Bosch-Verfahren begonnen werden. Für die BASF schienen sich die Investitionen gelohnt zu haben, und Bosch wurde zu einem der Stars

⁸ Tammen, S. 11

⁹ Schneckenburger, S. 19

¹⁰ W. Crookes: "Inaugural Address", in: Nature, Bd. 58, 1898, S. 438-448, zitiert nach Köhler, S. 20

in der Unternehmenshierarchie. Er wurde in den Verwaltungsrat gewählt - mit den deutlichen Merkmalen des späteren Firmenchefs.¹¹ Wie gut die Investitionen angelegt waren - schließlich lassen sich aus Ammoniak nicht nur Düngemittel sondern auch Sprengstoffe herstellen - sollte sich keine zwei Jahre später zeigen...

1.3. Schießpulver und Giftgase - die Chemie im Ersten Weltkrieg

1.3.1. Das Scheitern des Schlieffen-Planes und seine Folgen

Vier Wochen, von seinem Beginn bis etwa Ende August 1914, verlief der I. Weltkrieg für den deutschen Generalstab genau nach dem Plan, der vom 1913 gestorbenen Generalfeldmarschall von Schlieffen entworfen worden war. Unter Verletzung der belgischen Neutralität waren deutsche Armeen von Norden her nach Frankreich eingefallen, und gleichzeitig erfolgte ein zweiter Angriff im Südosten. Der Sieg über Frankreich schien nur noch eine Frage der Zeit, und auf Drängen von Banken und Industrie erstellte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bereits die Pläne für eine Neugliederung des europäischen Kontinents zugunsten des deutschen Reiches. Als dann jedoch die angreifenden deutschen Armeen zu schnell voranpreschten, nutzten die Franzosen ihre letzte Chance, stießen in die sich auftuende Lücke und erzwangen so die erste große Stellungsschlacht an der Marne. Damit war der Plan der deutschen Armeeführung gescheitert, und der I. Weltkrieg wurde zum Stellungskrieg.

Mit dem Scheitern des Schlieffenplanes offenbarte sich sofort die ganze Kurzsichtigkeit der deutschen Generalität, die so sehr vom Erfolg ihrer Strategie überzeugt war, daß sie es völlig versäumt hatte, sich auf einen länger andauernden Krieg vorzubereiten. Die Generäle hatten vor allem nicht berücksichtigt, daß Deutschland bei praktisch allen wichtigen Rohstoffen auf Importe angewiesen war und zumeist keine nennenswerten Vorräte besaß. Insbesondere mangelte es an Salpeter, dem entscheidenden Grundstoff zur Munitionsherstellung, da das Reich durch die englische Blockade von den Lieferungen aus Chile völlig abgeschnitten war. Schon im September 1914 nahm der Munitionsmangel so deutliche Formen an, daß es beinahe so aussah, daß das Deutsche Reich den mit so weitgesteckten Zielen begonnenen Krieg spätestens Anfang 1915 würde abbrechen müssen.

1.3.2. Industrie und Kapital retten den Krieg - Bosch und die BASF liefern das Schießpulver

An dieser Stelle trat die deutsche Industrie auf den Plan, zunächst in Gestalt Walther von Rathenau, des Vorstandsvorsitzenden der AEG. Schon eine Woche nach Kriegsbeginn wurde er beim Chef der obersten Heeresleitung General von Falkenhayn vorstellig, um diesen auf die Gefahr des allgemeinen Rohstoffmangels hinzuweisen, der Deutschland und die deutsche Industrie im Falle eines länger andauernden Krieges unausweichlich bedrohen mußte. Rathenau beließ es jedoch nicht bei der Warnung, sondern schlug auch ein System von Kontrollen zur Rationierung und Verteilung strategisch wichtiger Rohstoffe vor (wobei in die Verteilung auch die Vorräte des gerade erst überrannten Belgien einbezogen wurden). Falkenhayn begriff sehr schnell, was ihm vorgetragen wurde, und nur drei Tage später wurde innerhalb des Kriegsministeriums die Kriegsrohstoffabteilung (KRA) - natürlich unter der Leitung von Rathenau - begründet.

¹¹ Borkin, S. 15

Auch die chemische Industrie blieb nicht untätig. Direkt nach der Marneschlacht im September 1914 kam es in Berlin zu einem Treffen zwischen BASF-Chef Carl Bosch auf der einen und hochrangigen Vertretern des Militärs auf der anderen Seite. Im Verlauf dieses Gesprächs war Bosch zwar schockiert von der Unwissenheit der Generäle über die Grundlagen der Sprengstoffherstellung, gleichzeitig sah er aber auch die Möglichkeit, der kriegs- und blockadebedingt brachliegenden Chemieindustrie über die Schießpulverproduktion für den Krieg wieder zu gefüllten Auftragsbüchern zu verhelfen. Einzige Bedingung dafür: es mußte ein großtechnisches Verfahren zur Herstellung von Salpetersäure aus Ammoniak gefunden werden. Bosch hielt dies für ein lösbares Problem und gab daraufhin der obersten Heeresleitung das später so genannte "Salpetersversprechen". Natürlich war dieses Angebot nicht umsonst - Bosch forderte die Entlassung des gesamten Oppauer Personals aus der Armee, Abnahme- und Preisgarantien für die produzierte Salpetersäure und ein Staatsdarlehen von 35 Millionen Mark. In Anbetracht der Lage blieb dem Reich letztlich nichts anderes übrig, als diese Bedingungen anzunehmen. Bosch kehrte nach Oppau zurück und begann mit einem Großeinsatz zur Ankurbelung des neuen Projekts. Dieses Unternehmen kann als Prototyp des "Manhattan Project" angesehen werden: eine uneingeschränkte Kooperation von Staat und Industrie, um ohne Rücksicht auf Kosten und Materialaufwand ein spezielles Rüstungsproblem zu lösen, von dem der Ausgang eines Krieges abhängen kann.¹² Als im Mai 1915 die erste Salpetersäureanlage in Oppau ihre Produktion aufnahm, (zu diesem Zeitpunkt waren alle anderen Salpetervorräte in Deutschland, ob im Reich selbst zusammengesucht oder in den besetzten Ländern geplündert, so gut wie aufgebraucht), war für die Militärs der Fortbestand des Krieges gesichert. Schon bald reichte jedoch die Kapazität der Oppauer Anlagen nicht aus - zu gewaltig war der Munitionsverbrauch in den mörderischen Stellungsschlachten. Die Reichsregierung verlangte zunächst aus Preis- und Zeitgründen einen Ausbau der vorhandenen Kapazitäten, doch das war nicht im Sinne von Carl Bosch. Eine günstigere Gelegenheit für die BASF, billig zu einer völlig neuen Fabrik zu gelangen, schien kaum vorstellbar.

In Kooperation mit dem Sektionschef für chemische Fragen im Kriegsministerium (ein Reserveleutnant namens Hermann Schmitz, der mit dieser Zusammenarbeit den Grundstein für seine glänzende Zukunft in den Führungsetagen der Chemieindustrie gelegt hatte...) setzte Bosch durch, daß ein neues Ammoniak- und Salpeterwerk im mitteldeutschen Leuna errichtet werden sollte. Da eine frühzeitige Fertigstellung und eine größtmögliche Kapazität der Anlagen im allergrößten Interesse des Heeres lagen, erwies sich Leuna für die BASF als eine wahre Goldgrube. Zu Reichskrediten in Höhe von insgesamt 432 Millionen Mark (die schließlich im Hyperinflationsjahr 1923 zurückgezahlt wurden) kamen ein Genehmigungsverfahren unter Militärrecht und ein Enteignungsverfahren, mit denen den Bauern in und um Leuna, die in den Schützengräben von West- und Ostfront auch ihren Besitz zu verteidigen glaubten, ihr Land für ein Fünftel des tatsächlichen Wertes entrissen wurde: *"Da ein großer*



Ammoniakwerk Merseburg-Leuna, Bedienungsstand
(I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, S. 16a)

¹² Borkin, S. 20f

Teil der Besitzer sich zur Zeit im Feld befindet, ist auf normalem Wege der Ankauf erst in Wochen und Monaten zum Abschluß zu bringen. Das Kriegsministerium könnte uns in der Weise unterstützen, daß es die Enteignung einleitet auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes." ¹³ Der finanzielle Erfolg der BASF war hoch genug, um während des gesamten Krieges eine 25%ige Gewinnausschüttung an die Anteilseigner zu rechtfertigen. ¹⁴

1.3.3. Die chemische Wissenschaft im Dienst von Krieg und Unmenschlichkeit



"Das Einfüllen von Per-Stoff in 7,7-cm-Granaten in Gegenwart von Geheimrat Haber und Prof. Hahn, Mai 1916" (Duisberg, S. 96b)

Nicht nur die chemische Großindustrie, auch die Vertreter der Chemie als Wissenschaft taten ihr Bestes, um dem Kaiserreich und der Obersten Heeresleitung eine Fortführung des Krieges zu ermöglichen. Auf Rathenaus Vorschlag war am Kriegsministerium eine Abteilung unter Leitung von Fritz Haber eingerichtet worden, die sich unter anderem mit der Suche nach synthetischen Ersatzstoffen für die knappen natürlichen Rohstoffe befassten sollte - das "Büro Haber". Um den Nationalisten (*"Der Wissenschaftler dient im Frieden der Menschheit, im Kriege dem Vaterland."*) und Militaristen Fritz Haber, der sich zunächst trotz seines Alters von 45 Jahren als Kriegsfreiwilliger beworben hatte und sehr enttäuscht gewesen war, nicht berücksichtigt worden zu sein, versammelte sich mit Walther Nernst, Emil Fischer, Gustav Hertz, Wilhelm Westphal, Erwin Madelung, Richard Willstätter, James Franck, Otto Hahn, ... die Elite der deutschen Wissenschaft, die allesamt ihr Wissen und Können in den Dienst des Krieges stellten. ¹⁵ So lange in den Laboratorien von Oppau noch an der großtechnischen Herstellung von Salpetersäure geforscht wurde, suchte die deutsche Armeeführung nach anderen Mitteln, um die erstarrten Fronten in

Bewegung zu bringen. Die gewünschte Methode wurde im "Büro Haber" entwickelt. Es war nichts anderes als die Idee, das in der chemischen Industrie in großen Mengen als Abfall anfallende Chlorgas (und andere giftige Substanzen) als Waffe zu verwenden. Obwohl die Haager Konvention, die auch Deutschland unterzeichnet hatte, die Verwendung von Giftgasen verbot, waren die Aussichten auf einen Erfolg durch den Einsatz von Chemikalien zu verlockend, als daß man sich von der Konvention hätte zurückhalten lassen. Allein die Tatsache, daß Giftgase verboten waren, sicherte Deutschland ein Überraschungsmoment. ¹⁶ Gerade den Wissen-

¹³ "Kämpfendes Leuna", Berlin 1961, S. 44, zitiert nach Köhler, S. 33

¹⁴ Borkin, S. 25f

¹⁵ Eine der wenigen Ausnahmen unter den Chemikern stellte Hermann Staudinger dar, der 1917 im Exil in einer Denkschrift vom Frieden feststellte: *"Wir Chemiker (haben) in Zukunft die Verpflichtung (...), auf die Gefahren der modernen Technik aufmerksam zu machen, um so für eine friedliche Gestaltung der europäischen Verhältnisse zu wirken."* Haber, an den dies gerichtet war, beschuldigte Staudinger daraufhin, *"Deutschland in der Zeit seiner größten Not in den Rücken gefallen"* zu sein. (Angerer, S. 49)

¹⁶ Borkin, S. 23

schaftlern waren diesbezügliche Skrupel fremd: *"Der menschliche Körper mit seinen 2 qm Oberfläche stellte eine Zielscheibe dar, die gegen den Eisenstrudel von Maschinengewehr und Feldkanone nicht mehr unbeschädigt an die verteidigte Stellung heranzubringen war. Der Verteidiger konnte nicht vor dem Sturme in seiner Erddeckung niedergekämpft werden, weil ihn die fliegenden Eisenteile nicht genügend erreichten. Es war eine Sache der naturwissenschaftlichen Phantasie, diesen Zustand vorauszusehen und auf die Abhilfe zu verfallen, die der Stand der Technik möglich macht. Diese Abhilfe ist der Gaskrieg."*¹⁷ Zwar war ein erster Versuch mit Xylylbromid (T-Stoff) im Januar 1915 an der Ostfront bei Bolimow aufgrund der Kälte fehlgeschlagen, der erste größere Einsatz fand dann jedoch am 22. April 1915 mit Chlorgas bei Ypres statt. Die Wirkung des Gasangriffes war wahrhaft verheerend. Noch vor dem Abend lagen 15000 Männer auf dem Schlachtfeld, ein Drittel davon tot. Eine riesige Lücke von nahezu zehn Kilometern war in die Linien der Alliierten gerissen worden. Nichts stand mehr zwischen den Deutschen und den ungeschützten französischen Kanalhäfen direkt gegenüber von England. Doch die Unfähigkeit der deutschen Heeresleitung, den Erfolg ihrer neuen Waffe vorauszusehen, ersparte den Alliierten die Vernichtung. Haber war darüber sehr verbittert. Wie er später schrieb, hätten die Deutschen den Krieg gewonnen, wenn sie seinem Rat gefolgt wären und anstelle des Experiments von Ypres einen großangelegten Angriff gestartet hätten.¹⁸ Nach dem Angriff von Ypres bereitete Haber einen Gasangriff an der Ostfront vor. Seine Frau Clara, selbst promovierte Chemikerin, bat ihn, das Projekt abzubrechen. Giftgas sei eine Perversion der Wissenschaft und sein Einsatz eine Barbarei. Er lehnte ihre Bitte ab mit der Begründung, als Patriot sei es seine Pflicht, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Deutschland zu helfen. In der Nacht seiner Abreise an die Ostfront beging Clara Immerwahr-Haber Selbstmord.

Auch nach dem Freitod seiner Frau konzentrierte sich die Arbeit des Hauptmanns Haber auf den Gaskrieg. Nach dem Chlor wurden im Laufe der Zeit weitere, noch giftigere und gefährlichere Substanzen wie Phosgen ("Per-Stoff") und Senfgas ("Lost") erprobt und zum Einsatz gebracht. Aber auch andere Aspekte der Kriegstechnik wurden im "Büro Haber" bearbeitet, so ist beispielsweise der Name von Walther Nernst nicht nur mit der nach ihm benannten Gleichung verbunden, sondern auch mit der Erfindung einer grausamen Waffe - des Flammenwerfers. Haber und seine Mitarbeiter stellten sich vorbehaltlos, sogar begeistert in den Dienst von Staat und Militär. Mit der Wissenschaftlern eigenen Respektlosigkeit vor gegebenen "Grenzen" (welcher Art diese auch immer sein mögen) optimierten sie - immer streng wissenschaftlich - die massenhafte Vernichtung menschlichen Lebens so weit, wie es sich zuvor wahrscheinlich noch nicht einmal das Militär erhofft hatte.¹⁹

1.3.4. Die Kriegsproduktion der chemischen Industrie

Deutschland benötigte keine umständlichen Verwaltungsapparate für die Bereitstellung neuer Kriegskemikalien, die halbindustrielle Arbeit zur Entwicklung neuer Herstellungsverfahren oder die eigentliche Herstellung genehmigter Substanzen. Indem es sich auf die deutschen Chemiefirmen verließ, konnte es auf solche umfassenden Verwaltungsapparate verzichten, deren Einrichtung die Anstrengungen der alliierten Länder behinderte (...) Es bestand kein Grund zur Einrichtung einer neuen Behörde, da in den deutschen Chemiefirmen schon eine

¹⁷ Fritz Haber: "Fünf Vorträge", Berlin 1927, S. 27f, zitiert nach Köhler, S. 44f

¹⁸ Borkin, S. 24

¹⁹ Ein Musterbeispiel dafür, daß diese Haltung auch heute noch fortbesteht, lieferte der amerikanische Chemiker Louis Fieser, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Wirkung von Brandbomben zu "verbessern", dabei das Napalm erfand und seine Entdeckung ohne Vorbehalte dem Militär zur Verfügung stellte.

schlagkräftige Organisation vorhanden war.²⁰ Der Gaskrieg nutzte die Abfallprodukte der Farbenerzeugung und bescherte so der ihrer Absatzmärkte im Ausland beraubten chemischen Industrie neue Profitmöglichkeiten.



Deutscher Gasangriff bei Ypern (Köhler, S. 173)

Es ist eine Eigenart der chemischen Industrie, daß sie innerhalb von kurzer Zeit von Friedens- auf Kriegsproduktion umgestellt werden kann. Innerhalb von sechs Wochen wurde in Leverkusen beispielsweise eine Farbenfabrikationsstätte umfunktionierte zur Herstellung von 250 Tonnen TNT im Monat.²¹ Als dazu noch die Produktion von Ersatzstoffen etc. kam, ging es den Farbenfabriken wirtschaftlich mindestens so gut wie vor dem Krieg: *"Sähen Sie jetzt einmal, wie es hier in Leverkusen aussieht, wie die ganze Fabrik umgekrempelt und umorganisiert ist, wie wir fast nichts mehr als Kriegslieferungen ausführen (...), so*

*würden Sie als der Vater und Anstifter dieser Fabrikationen Ihre helle Freude haben."*²² Dementsprechend engagierte sich ein Mann wie Carl Duisberg sowohl als deutscher Nationalist wie auch als Vorstandsvorsitzender von BAYER vehement für die Weiterentwicklung der chemischen Kriegsführung. Von Duisberg stammte die Anregung, das in der Farbenindustrie in großen Mengen produzierte Lungengift Phosgen als Waffe einzusetzen: *"Wie unangenehm es wirkt, ersehen Sie am besten daraus, daß ich fast 8 Tage zu Bett gelegen habe, weil ich nur einige Male dieses scheußliche Zeug eingeatmet habe (...). Wenn man nun stundenlang den Gegner mit diesem giftigsten aller gasförmigen Produkte behandelt, so werden meiner Meinung nach die Gegner, wenn sie nicht, was wahrscheinlich der Fall, sofort ausreißen, nachträglich krank werden und fiebrige Bronchitis bekommen."*²³

²⁰ Victor Lefebure: "The Riddle of the Rhine", London 1921, S. 85, 144, zitiert nach Borkin, S. 24f

²¹ Köhler, S. 71

²² Carl Duisberg an Max Bauer, 24.07.1915, Bundesarchiv Koblenz, zitiert nach Borkin, S. 26

²³ Carl Duisberg an Max Bauer, 03.03.1915, Bundesarchiv Koblenz, zitiert nach Borkin, S. 23

Produktion der wichtigsten Kampfstoffe in Deutschland 1914-1918 ²⁴

Substanz	Produzent	Produktionsbeginn	Gesamtmenge in 1000t
Phosgen	BASF/BAYER	vor 1914 (Vorprodukt der Farbstoffherst.)	11,1
Diphosgen	BAYER/HOECHST	Juni 1915	15,6
Lost	BAYER	Juni 1917	44,8
Clark	HOECHST AGFA/CASELLA/KALLE kleinere Firmen	Mai 1917	3,0
Cyanclark	HOECHST AGFA/CASELLA/KALLE kleinere Firmen	k.A.	3,5
Chlorpikrin	BAYER	Juni 1916	6,0
Chlor	BASF/BAYER	vor 1914 (Vorprodukt der Farbstoffherst.)	27,6

1.3.5. Der Einfluß der Chemieindustrie auf die Politik - die Achse Duisberg-Bauer-Ludendorff

Der Krieg hatte der deutschen Chemieindustrie zum einen ungeahnte Profite beschert, zum anderen ihren politischen Einfluß ganz außerordentlich gestärkt. Insbesondere Carl Duisberg ließ die daraus für sich erwachsenden Möglichkeiten alles andere als ungenutzt. Zwar hatte die chemische Industrie zu Beginn des Krieges keinen Grund gehabt, mit dem Generalstabschef Falkenhayn unzufrieden zu sein, im weiteren Kriegsverlauf hatte sich das aber geändert, da sich dieser der von der Industrie gewünschten Ausweitung der Rüstungsproduktion widersetzt hatte. Die verlorene Schlacht an der Somme im Juli 1916 war für Duisberg der äußere Anlaß *"praktisch in die Speichen des Kriegsrades ein(zu)greifen."* ²⁵ Vor dem Industriellenclub in Düsseldorf hatte er schon am 4. März 1916 eine Tischrede gehalten, in der er die bisherigen Kriegsleistungen der chemischen Industrie herausstellte und forderte, an die Spitze der obersten Heeresleitung *"Bismarcknaturen"* zu setzen, *"die mit eiserner Faust dreinhauen, wenn es nötig ist"*. Nun intrigierte er (zusammen mit Krupp und Thyssen) über den Generalstabsoffizier Max Bauer, den herausragenden Unterstützer industrieller Interessen in der militärischen Führung, gegen Falkenhayn, bis dieser schließlich am 28. August abgelöst und durch das Gespann aus Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff ersetzt wurde. Der dritte Mann in dieser militärischen "Führungstroika" war der eben erwähnte Max Bauer, womit sich speziell Duisberg eine direkte Verbindung zu den Entscheidungsstrukturen der militärischen und politischen Führung gesichert hatte. Nur drei Tage später wurde von der neuen obersten Heeresleitung ein Rüstungsprogramm verkündet, das eine Verdoppelung der bisherigen Munitionsproduktion, eine deutliche Steigerung der Giftgasproduktion und eine Verdreifachung der Herstellung von Kanonen und Maschinengewehren forderte. Damit nicht genug, kam es am 9. September, vermittelt durch Oberstleutnant Bauer, zu einem Treffen

²⁴ "... im Frieden der Menschheit, im Kriege dem Vaterlande. 75 Jahre Fritz-Haber-Institut der MPG. Bemerkungen zu Geschichte und Gegenwart", S. 30

²⁵ Carl Duisberg an Max Bauer, 10.09.1916, Bundesarchiv Koblenz, zitiert nach Borkin, S. 27

zwischen Krupp und Duisberg sowie Hindenburg und Ludendorff, das die beiden Industriellen dazu nutzten, den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel zu beklagen. Ergebnis dieses Treffens war ein Brief an den Reichskanzler, dessen Inhalt nur als Programm für den totalen Krieg charakterisiert werden kann: *"Die Fragen wie 1. der Ersatz für das Landheer gesichert bleibt und zugleich 2. die Kriegsindustrie - ohne Schädigung der Landwirtschaft - noch gesteigert werden kann, sind (...) überaus dringend und für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung. Es erscheint schon jetzt ausgeschlossen, daß diese Fragen ohne einschneidende gesetzliche Maßregeln erledigt werden können (...). Der bittere Ernst der Lage (...) zwingt zur Schaffung von Arbeitskräften durch ein Kriegsleistungsgesetz (...) a) die Möglichkeit, Arbeiter aus fast stillstehenden Industriezweigen (Textilbranche usw.) zu verpflanzen; b) das Personal der gesamten Nichtkriegsindustrie (Warenhäuser usw.) einzuschränken und anders zu verwerten; c) die Arbeitskraft jedes einzelnen voll auszunutzen (...). Der Grundsatz 'Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen' ist in unserer Lage mehr denn je berechtigt, auch den Frauen gegenüber (...). Zwangsweise staatliche Ausbildung und Verwendung der Kriegsbeschädigten in Kriegsindustrie und Landwirtschaft (...). Schliessung von Universitäten, Seminaren usw., soweit es das unabwiesbare Bedürfnis der einzelnen Berufe (Ärzte) zuläßt (...). Im übrigen sind z.B. Studenten der Chemie und technischer Berufe in Fabriken usw. zu verwenden (...). Das ganze deutsche Volk darf nur im Dienste des Vaterlandes leben (...)."*²⁶ Trotz dieses "Hindenburg-Programms" blieb der Arbeitskräftemangel weiterhin das Hauptproblem der Industrie, so daß Duisberg bald vorschlug, *"das belgische Arbeitskräftereservoir zu öffnen"*. Ab Mitte November 1916 wurden daraufhin von der Armee mit großer Brutalität insgesamt 60000 Belgier zur Zwangsarbeit in die deutschen Industriebetriebe verschleppt. Das Vorhaben schlug allerdings fehl, da sich die Belgier weigerten zu arbeiten und die starke Anteilnahme der Weltöffentlichkeit den Einsatz härterer Zwangsmittel nicht zuließ. Das Projekt wurde schließlich abgebrochen und die Belgier wieder in ihre Heimat zurücktransportiert (weniger Glück hatten die polnischen, serbischen und russischen Zwangsarbeiter - an ihrem Schicksal war die Weltöffentlichkeit nicht interessiert, und sie mußten weiterhin Sklavenarbeit für die deutsche Kriegsmaschinerie verrichten).²⁷

Mit zunehmender Dauer des Krieges setzte sich an der Spitze der Reichsregierung die Einsicht durch, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, und daß der Illusion eines glorreichen Sieges Friedensverhandlungen vorzuziehen seien. Nichts konnte dem Bündnis aus oberster Heeresleitung und Industrie ungelegener kommen als solche Pläne. Während Ludendorff den Reichstag unter Druck setzte, um die Pläne für den totalen Krieg durchzusetzen, forderte Duisberg am 25. Februar 1917 "im Einverständnis mit Ludendorff und Hindenburg" die Entlassung des Reichskanzlers: *"Wenn es zum Gegensatz käme, entweder Hindenburg oder Bethmann, die Beseitigung Bethmanns wäre sicher (...). Wir sind ganz auf Krieg und Gewalt eingestellt, und das beste wäre, wenn diese Sachlage auch äußerlich zum Ausdruck käme, daß der Marschall auch Kanzler wäre (...). Wenn der Marschall im Felde siegt, siegt auch der Kanzler in der 'Politik'. Denn jetzt ist 'Politik' gleich Krieg und Krieg gleich 'Politik'."*²⁸ Als schließlich Oberstleutnant Max Bauer in Berlin gegen Bethmann Hollweg intrigierte, kapituliert der Kaiser vor dem "Aufstand der Industriellen" - der Reichskanzler mußte gehen.

Die engen Beziehungen zur militärischen Führung nutzten Duisberg und der Chemieindustrie auch in einer weiteren nicht ganz unproblematischen Situation. Sogar industriefreundlich gesonnene Offiziere, wie der im Kriegsamt tätige Hauptmann Richard Merton (im Zivilleben Leiter der "Metallgesellschaft", der größten Metallhandelsgesellschaft der Welt) hatten fest-

²⁶ Erich Ludendorff: "Urkunden der Obersten Heeresleitung", Berlin 1920, zitiert nach Köhler, S. 105ff

²⁷ vgl. Köhler, S. 116

²⁸ in Karl Helfferich: "Der Weltkrieg", Bd. 2, Berlin 1919, zitiert nach Köhler, S. 119

gestellt, daß die Gewinne der Kriegsindustrie längst in keinem Verhältnis mehr zu den erbrachten Leistungen standen. Just als Duisberg wieder einmal die Forderung der Industrie nach einem allgemeinen Lohnstop vorbrachte, überreichte Merton seinem Vorgesetzten, General Groener, ein Papier mit dem provozierenden Titel "Denkschrift über die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs zur Regelung der Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne". Darin prangerte er unter anderem das System an, den Preis einer Lieferung erst bei der Auslieferung selbst anzugeben, so daß der Staat als Auftraggeber gezwungen war, jede geforderte Summe zu zahlen. Er stellte fest, daß die Gewinne der Kriegsindustrie schon hoch genug seien, um eine Lohnerhöhung ohne gleichzeitige Preiserhöhung abfangen zu können. Daraus entwickelte Merton drei Forderungen: Preise sollten bei Vertragsabschluß festgesetzt werden, nicht erst bei Lieferung. Gewinne aus Rüstungsaufträgen sollten höher besteuert werden. Schließlich sollte der Reichskanzler ermächtigt werden, unkooperative Unternehmen unter Zwangsverwaltung zu stellen. Groener reichte die Denkschrift - Zustimmung signalisierend - weiter an den neuen Reichskanzler Michaelis und forderte dadurch die Industrie auf das heftigste heraus. Duisberg lud als Reaktion darauf eine Gruppe einflußreicher Industrieller zu einem Treffen in den Düsseldorfer Industrie-Club ein und schlug schon in der Einladung Alarm mit dem Hinweis, daß Maßnahmen zur Begrenzung der Gewinne gegen die Unternehmen geplant seien und daß Eile geboten sei, dagegen vorzugehen. Wieder einmal bewährte sich die Achse Duisberg-Bauer-Ludendorff. Groener wurde zur Truppe versetzt, Merton sollte in ein besonders gefährdetes Gebiet an der Westfront kommandiert werden. Nur durch die Intervention des Majors Kurt von Schleicher entging er diesem Schicksal und bekam einen Auftrag zur Untersuchung von "Bestechung in der Industrie der besetzten Gebiete". Ansonsten blieb alles beim Alten und die enormen Gewinne der für den Krieg produzierenden Industrie gänzlich unangetastet. Zwar wies Duisberg alle Anschuldigungen zurück, er und Bauer hätten gegen Groener intrigiert. Der Historiker Gerald Feldman, der die entsprechenden Dokumente studierte, kam jedoch später zu der Feststellung: "In Anbetracht der vorhandenen Beweise (...) ist es unmöglich zu glauben, daß Duisberg nicht gelogen hat." ²⁹

1.3.6. Schlußfolgerungen

In den vier Jahren des I. Weltkriegs hatte es die Chemieindustrie zunächst ermöglicht, das Weitemorden auch über die Grenzen der natürlichen Rohstoffvorräte hinaus fortzusetzen. Sie hatte in engster Zusammenarbeit mit der Wissenschaft durch die Entwicklung, Produktion und Anwendung chemischer Massenvernichtungswaffen diesen Krieg auf eine noch höhere Stufe der Unmenschlichkeit gehoben. Während es in diesen Jahren schon in der Produktion für den Kriegsbedarf insgesamt 2242 Todesopfer bei 85630 gemeldeten Unfällen gab ³⁰, stiegen die Gewinne der chemischen Industrie in nie



Explosion einer Produktionsstätte für TNT am 27.1.1917 - mindestens acht Tote und Hunderte von Verletzten (Duisberg, S. 104b)

²⁹ zitiert nach Borkin, S. 30

³⁰ Köhler, S. 113

geahnte Höhen. Kurz - in diesen vier Jahren zeigten die Chemieindustrie und ihre Führer nichts als die beiden häßlichen Fratzen des Kriegstreibers und des Kriegsgewinners.

1.4. Vom Krieg über Versailles in die Nachkriegszeit - aus einer Interessengemeinschaft wird ein Weltkonzern

1.4.1. Die "kleine I.G."



Der Interessengemeinschaftsvertrag von 1916
(Heine, S. 17)

Neben den großartigen Profiten für seine Industrie hatte der I. Weltkrieg für Carl Duisberg noch einen weiteren erfreulichen Aspekt. Was Duisbergs ganze agitatorische Kraft zwischen 1903 und 1914 nicht komplett zuwege gebracht hatte, das verlief unter den Bedingungen der Kriegsproduktion ohne größere Probleme beinahe reibungslos - das Zusammengehen aller wichtigen deutschen Chemieunternehmen. Zwei Dinge waren dafür hauptsächlich von Bedeutung. Allen Beteiligten war klar, daß sich die herausragende Stellung der deutschen Farbenindustrie nach Kriegsende (unabhängig vom Ausgang desselben) nicht wiederherstellen lassen würde, denn nachdem die Alliierten begriffen hatten, daß die chemische Industrie einen wesentlichen Schlüssel zur militärischen Macht des Deutschen Reichs darstellte, steckten sie allesamt bedeutende Beträge in den Aufbau einer eigenen nationalen Farbenindustrie. Somit waren für die Zeit nach Kriegsende riesige Überkapazitäten auf dem Chemiesektor bereits lange vorher absehbar.

Weiterhin verlangte schon die besondere Struktur der Kriegsproduktion, die Ausrichtung auf den Staat als einzigen Abnehmer eine funktionierende firmen-

übergreifende Organisation. So gesehen war es eine logische Folge der Umstände, daß sich im August 1916 Dreibund (BAYER, BASF, AGFA) und Dreierverband (HOECHST, CASSELLA, KALLE) mit der Chemischen Fabrik vorm. Weiler Ter Meer zu einer zunächst auf 50 Jahre angelegten "Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken" zusammenschlossen (1917 kam noch die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron hinzu). Dieser Zusammenschluß wurde später als die "kleine I.G." bezeichnet.

1.4.2. Die I.G. rettet sich hinweg über Niederlage, Revolution und Versailler Verhandlungen

Nachdem Ende 1918 die militärische Niederlage des Deutschen Reiches offensichtlich wurde und in vielen Städten revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernahmen, schien es zunächst, als sei die Macht von Industrie und Kapital gebrochen. Die Alliierten hatten ihren Willen bekundet, die Verantwortlichen für Krieg und Kriegsverbrechen zu bestrafen, und so kam es, daß Duisberg wenige Wochen nach dem Waffenstillstand vom 11. November vorübergehend in die Schweiz floh - wie übrigens auch Fritz Haber und Walther Nernst. Nach der

Niederschlagung der Revolution durch das Bündnis aus der SPD-Regierung unter Ebert und dem Militär hatten sich die Aussichten für die I.G. zumindest innenpolitisch wieder gebessert. Für die Friedensverhandlungen mit den Alliierten wurde BASF-Chef Carl Bosch von der neuen Regierung zu ihrem Sprecher für Wirtschaftsfragen ernannt. Sein Auftrag war die Rettung der I.G.-Gesellschaften. Deutschland mochte den Krieg verloren haben - die I.G. hatte nicht vor, den Frieden zu verlieren.³¹

Bei den Friedensverhandlungen selbst gab es auf Seiten der Alliierten unterschiedliche Auffassungen über die Vorgehensweise bezüglich der Chemieindustrie. Briten und Amerikaner wollten sich auf die Bereiche beschränken, die nur für die Giftgas- und Sprengstoffherstellung, nicht jedoch für die zivile Produktion von Bedeutung waren. Dabei entdeckten sie zu ihrer Enttäuschung nichts, was der Wissenschaft nicht schon bekannt gewesen wäre - diese Nutzung bereits vorhandenen Potentials war ja gerade der Hintergrund, vor dem der Gaskrieg von deutscher Seite aus geführt worden war. Im Gegensatz dazu verlangten die Franzosen die Offenlegung sämtlicher Produktionsgeheimnisse über die Farbenherstellung und insbesondere über die Ammoniak- und Nitratherstellung in Leuna und Oppau. Die Bedingungen der Alliierten für einen Friedensvertrag enthielten schließlich sogar die Forderung nach Schließung und Demontage aller Fabriken, die der *"Herstellung, Vorbereitung, Lagerung oder zur Konstruktion von Waffen, Munition oder irgendwelchem Kriegsmaterial"*³² gedient hatten, womit ganz offensichtlich auch die I.G.-Anlagen gemeint waren, die Giftgas und Nitrate erzeugt hatten. In dieser Form hätte das das Ende der deutschen Chemieindustrie bedeutet. Hier spielte Bosch jedoch seine Trumpfkarte aus. Diese hieß Joseph Frossard, war nach Kriegsende nach Ludwigshafen beordert worden, um dort die besetzten Produktionsstätten der BASF zu kontrollieren und tauchte dann in Versailles als Sachverständiger für Farbstoffe und Chemieprodukte auf. Ergebnis von Boschs Verhandlungen mit Frossard und auf dessen Vermittlung mit französischen Militärvertretern war eine Übereinkunft, nach der die I.G. den Franzosen sowohl die Produktionsgeheimnisse der Farbstoffindustrie als auch die des Haber-Bosch-Verfahrens zur Verfügung stellen sollte. Diese würden dafür im Gegenzug auf die Forderung nach Demontage der I.G.-Fabriken verzichten. Damit war die I.G. - wenn auch um einen hohen Preis - gerettet.

Etwa zur gleichen Zeit lenkte die Entscheidung des Nobelkomitees in Stockholm, den Nobelpreis für Chemie für seine Arbeiten zur Ammoniaksynthese an Fritz Haber zu vergeben, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder auf das Problem der Kriegsverbrechen. Trotz vieler Proteste vor allem von Seiten französischer Wissenschaftler wurde die Verleihung wie geplant vorgenommen. Dies war symptomatisch für die gesamte Behandlung des Problems seit Kriegsende. Von einer Liste von ursprünglich 900 Personen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden sollten (darunter auch Haber), waren zwei Jahre später gerade noch 45 geblieben, und zwar hauptsächlich Randfiguren wie U-Boot-Kommandanten oder Gefängniswärter. Hingegen hatten sich die prominenten Entscheidungsträger des ehemaligen Kaiserreiches zu dieser Zeit längst wieder in ihren alten oder einflußreichen neuen Positionen etabliert. Der Name von Carl Duisberg, den seine Vorsicht ja immerhin für kurze Zeit zur Flucht in die Schweiz veranlaßt hatte, war noch nicht einmal auf der ersten Liste erschienen.

³¹ Borkin, S. 32

³² Versailler Vertrag, Art. 168, zitiert nach Borkin, S. 36



Die Katastrophe von Oppau 1921 (Köhler, S. 174)

1.4.3. Zurückdrängung der ArbeiterInnenrechte

Für die ArbeiterInnen in der chemischen Industrie bedeutete die Niederschlagung der Novemberrevolution den Anfang einer stetigen Verschlechterung ihrer Lage. Bosch war es in Versailles gelungen, die ebenfalls an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Gewerkschaftsführer von der Idee einer Vergesellschaftung der Großindustrie abzubringen, indem er ihnen Verwaltungsratsmandate in einem neu zu gründenden Syndikat der deutschen Stickstoffherzeuger zusagte (dieses Syndikat sollte tatsächlich bis

1945 bestehen und zu einem der wesentlichen Stützpfeiler des I.G.-Farben-Konzerns werden). Bedingt durch den Arbeitskräftemangel während des Krieges hatten sich die Chemie-ArbeiterInnen vor 1918 einige Verbesserungen ihrer Situation erkämpfen können. Nun bauten die meisten Betriebe jedoch ihre Belegschaften in etwa wieder auf den Vorkriegsstand ab und nahmen diese Verbesserungen schrittweise wieder zurück. Um in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen die Profite so hoch wie nur möglich zu halten, wurden die Arbeitsbedingungen verschärft, wo es nur möglich erschien. Diese Politik war wahrscheinlich die Hauptursache für eine der größten industriellen Katastrophen der Geschichte. Am 21. September 1921 gab es im BASF-Werk in Oppau eine gigantische Explosion, die die Anlage vollständig zerstörte. Vermutlich war ein Mischdünger aus Ammoniumsulfat und Ammoniumnitrat durch ein neues, billigeres aber ungeeignetes Produktionsverfahren brisant geworden. Um die steinharte Masse - insgesamt über 4000 Tonnen - trotzdem noch verkaufen zu können, sollte sie mit Sprengkapseln verladefähig gesprengt werden; zudem wurden die mit dieser gefährlichen Arbeit beauftragten Sprengtechniker durch ein Leistungslohnprinzip unter Druck gesetzt und damit zur Mißachtung von Sicherheitsvorschriften verleitet. 565 Menschen innerhalb und außerhalb des Werkes wurden getötet, mehr als 2000 verletzt, über 7000 waren obdachlos.³³ Auch nach dieser Katastrophe ging jedoch die Beschneidung erkämpfter ArbeiterInnenrechte weiter. Am 3. März 1924 wurde mit der Abschaffung des Achtstundentages die letzte dieser Verbesserungen bei der BASF beseitigt und die Proteste dagegen mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht blutig niedergeschlagen.³⁴

1.4.4. Die wirtschaftliche Lage der chemischen Industrie führt zur Gründung des I.G. Farben-Konzerns

Im Großen und Ganzen betrachtet war die Lage der deutschen Chemieindustrie in den Jahren nach dem I. Weltkrieg zwar nicht besonders gut, sie war aber weitaus günstiger, als es die Industriellen befürchtet hatten. Die inneren Strukturen der I.G. waren nicht angetastet worden und eine Demontage der Farben- und Stickstofffabriken hatte verhindert werden können. Natürlich war die überragende Stellung, die die deutsche Industrie in der Vorkriegszeit

³³ vgl. Köhler, S. 153ff

³⁴ vgl. Köhler, S. 166ff

innehatte, unwiederbringlich verloren. Amerikaner und Briten besaßen die im Krieg beschlagnahmten Auslandspatente der deutschen Farbenfabriken, und den Franzosen hatten im Anschluß an den Versailler Vertrag viele Produktionsgeheimnisse preisgegeben werden müssen. Trotzdem bildete die deutsche Farbenindustrie immer noch ein Machtzentrum von entscheidendem Gewicht. National gesehen war die I.G. sogar *"die einzige Großgruppe, deren Aktien nach der Goldumstellung auch nach den Börsenkursen einen höheren Wert repräsentierten, als vor dem Kriege. Statt 735 Millionen Ende 1913 betrug der Kurswert der sechs großen Konzerngesellschaften Ende Dezember 1924 777 Millionen."*³⁵ Da allerdings abzusehen war, daß die ausländische Konkurrenz weiter anwachsen würde, schlug Duisberg 1923 vor, zumindest die im Ausland befindlichen Verkaufsagenturen der einzelnen I.G.-Mitglieder zu vereinigen. Unabhängig von Duisberg hatte diesmal auch Bosch Überlegungen zu einem engeren Zusammenschluß der deutschen Chemieunternehmen angestellt. Als "Pionier" der Hochdrucktechnik hatte Bosch die weiteren Möglichkeiten dieses Gebietes (z.B. Kohlehydrierung, Kunstkauchsynthese, ...) bereits erkannt. Die Finanzierung derartiger Projekte überforderte aber die Möglichkeiten auch der BASF bei weitem, so daß er tatkräftig auf eine Fusion aller in der bisherigen "kleinen I.G." vertretenen Unternehmen hinarbeitete. Aufgrund seiner starken Position konnte Bosch sich schließlich durchsetzen. 1924 schlossen die acht I.G.-Firmen einen Vertrag über den Zusammenschluß zu einem einzigen Unternehmen, der schließlich am 25. Dezember 1925 in die Tat umgesetzt wurde, indem die anderen sieben Firmen in die BASF eingegliedert wurden.

³⁵ BAYER-Werksarchiv 1930, zitiert nach Tammen, S. 14

2. Die I.G. Farben in der Weimarer Republik

2.1. Aufbau und Struktur

Eine Betrachtung der wirtschaftlichen Macht der I.G. ist wichtig, da dies eindeutig die These widerlegt, die I.G. wäre ein "Opfer" der Nationalsozialisten geworden und nur durch Zwang zur Zusammenarbeit bereit gewesen; vielmehr wird deutlich, daß der 2. Weltkrieg in seiner vollen Grausamkeit nie ohne die Beteiligung der I.G. hätte stattfinden können.

Die Struktur des Konzerns¹ ist interessant, da sie erst die Machtkonzentration ermöglichte und wachsen ließ, welche die I.G. zu einem Standbein der Nazis bei der Kriegsvorbereitung machte.

2.1.1. Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft als Unternehmen:

Die I.G. Farben entstand am 2.12.1925 als Endpunkt des jahrzehntelangen Konzentrationsprozesses in der chemischen Industrie Deutschlands. Durch Eingliederung der Firmen Bayer (27,4% des Grundkapitals) und Hoechst (27,4%), der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa) (9,0%), der chem. Fabriken vormals Weiler Ter Meer (1,9%) und der chem. Fabrik Griesheim-Elektron (6,9%) in die BASF (27,4%) entstand der größte Konzern Europas und der größte Chemiekonzern der Welt. Zwar übertrafen ihn einige US-amerikanische Trusts, jedoch beschäftigten sich diese meist nur mit einem Produkt (z.B. Standard Oil), während die I.G. viele Tausende herstellte.



Das I.G. Farben-Verwaltungshochhaus in Frankfurt
(Duisberg, S. 160b)

Durch Erhöhung des Aktienkapitals und Angliederung weiterer Firmen ergab sich für 1926 ein Gesamtkapital von ca. 1,4 Mrd. RM und eine Belegschaft von rund 100.000. Diese setzte sich aus 2,6% Akademikern, 18,2% sonstigen Angestellten und 79,2% Arbeitern zusammen.²

Ursache für den Zusammenschluß waren die verschärften internationalen Konkurrenzkämpfe. Daher fand dieser Konzentrationsprozeß sowohl in den USA als auch in Großbritannien statt, wo die Imperial Chemical Industries Ltd. (ICI) entstand.

¹ vgl. Tammen, S. 21-29

² Tammen, S. 195

2.1.2. Organisation und Leitung der I.G.

Die Schaffung der I.G. ermöglichte es, die gesamten wissenschaftlichen, technischen und kaufmännischen Tätigkeiten der vormaligen Einzelfirmen zu ordnen. Dies erreichte man durch eine sowohl räumliche als auch fachliche Gliederung.

Erstere Maßnahme ergab 4 Betriebsgemeinschaften (BGs): die BG Oberrhein (Ludwigshafen), die BG Mittelrhein (Frankfurt-Hoechst), die BG Niederrhein (Leverkusen) und die BG Mitteldeutschland (Wolfen-Bitterfeld und Frankfurt/Oder), aus der 1929 die BG Berlin ausgegliedert wird, und daneben die Bergwerksverwaltung Halle. Jedoch waren nur in der BG Niederrhein alle in diesem Gebiet liegenden Werke zur BG gehörig, da sich die Zugehörigkeit nicht allein aus der geographischen Lage, sondern auch aus der historischen Entwicklung ergab. So war der größte I.G.-Betrieb, die Leuna-Werke, obwohl er in Mitteldeutschland lag, als Tochterbetrieb von Oppau in die BG Oberrhein eingegliedert. Innerhalb der einzelnen BGs bestand eine zentrale Verwaltung, gemeinsames Transportwesen und Vorratshaltung, getreu Duisbergs Postulat der "dezentralen Zentralisation". Dies bedeutete, daß die insgesamt ca. 50 I.G.-Betriebe hierbei weitestgehend Selbständigkeit behielten, die u.a. in eigenen Forschungslabors und eigener Buchhaltung bestand.

Neben dieser regionalen Gliederung gab es einen vertikalen Aufbau der Verkaufsgemeinschaften (VGs) und der produktionstechnischen Sparten. Es existierten die VG Chemikalien (Frankfurt a.M.), die VG Pharmazeutika (Leverkusen), die VG Photo und Kunstseide (Berlin), die VG Farben (ab 1930 Frankfurt a.M. vorher in den BGs) sowie seit 1919 das Stickstoffsyndikat und für den späteren Absatz des Leuna-Benzins die deutsche Gasolin und die I.G. Abteilung Öle (Berlin).

1929 wurden auch die technischen Produktionsgruppen zu 3 Sparten zusammengefaßt, die zentral Fragen der Fertigung und Investition regeln sollten. Dies waren die Sparte I - Stickstoff, Öle und Gruben mit Carl Krauch als Leiter, die Sparte II - Farben, Chemikalien und Pharmazeutika mit Fritz ter Meer als Leiter sowie die Sparte III - Kunstseide, Zellwolle und Photographika mit dem Leiter Fritz Gajewski.

Der "technische Ausschuß" (Tea) plante und leitete die gesamte Produktion der I.G. Bestehend aus den technischen Vorstandsmitgliedern und den Oberingenieuren der Sparten, standen ihm eine Vielzahl von technischen und wissenschaftlichen Kommissionen zur Seite. Den Vorsitz hatte bis 1933 Carl Bosch und danach bis Kriegsende Carl Krauch.

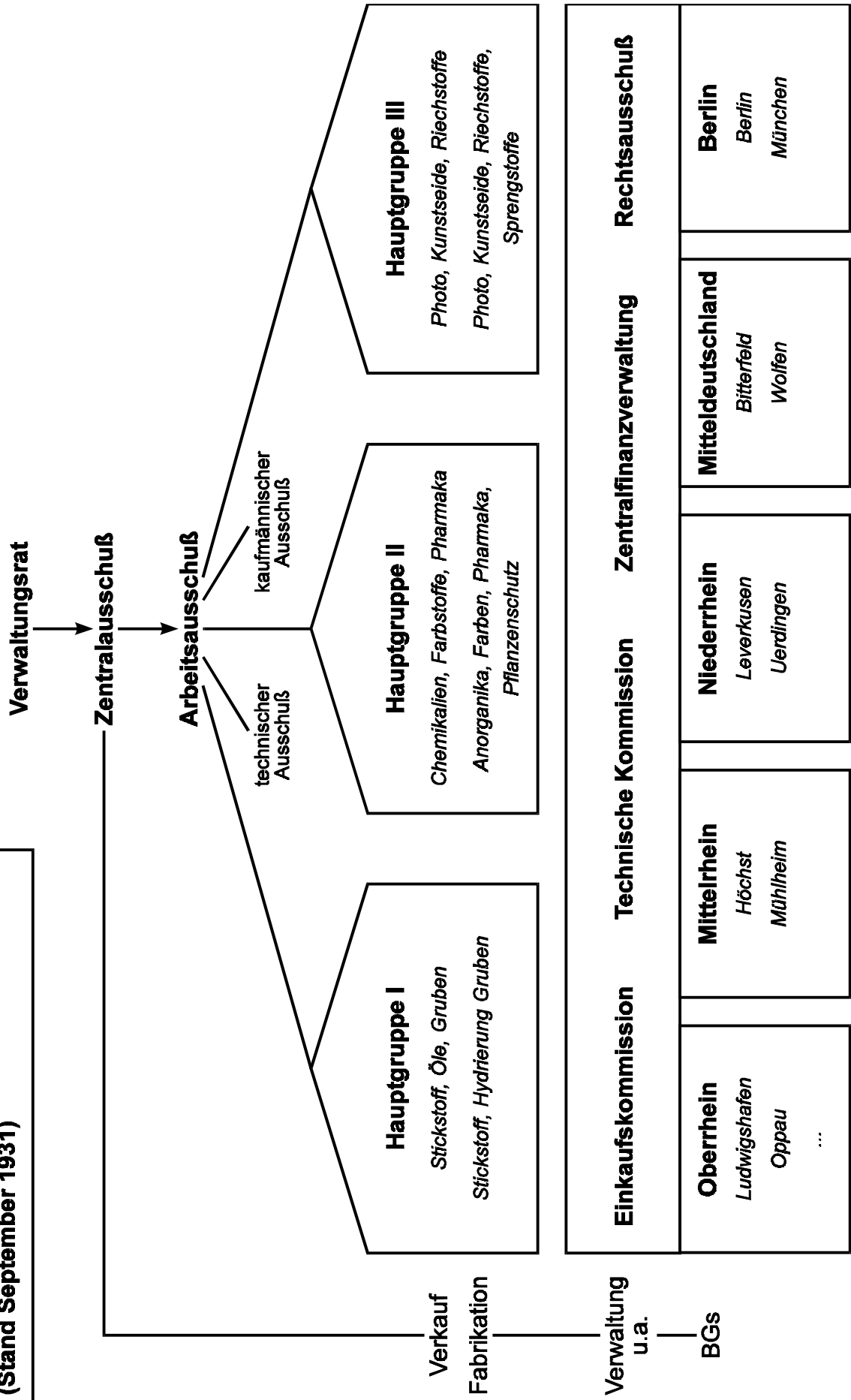
Die kaufmännischen Belange wurden anfangs durch die "kaufmännische Kommission" und später durch den "kaufmännischen Ausschuß" (KA) geregelt, der aus den Leitern der Verkaufsgemeinschaften bestand. Den Vorsitz hatte stets Baron Georg von Schnitzler, der daher "der Verkäufer der I.G." genannt wurde.

Von den zahlreichen Zentralstellen der I.G. seien nur die Zentralbuchhaltung in Frankfurt a.M., die Vertragszentrale in Ludwigshafen und die Pressestelle in Berlin erwähnt.

Besondere Beachtung verdient auch die Zentralstelle für Regierungskontakte im Berliner Bezirk NW7 unter Max Ilgner, auf die weiter unten noch genauer eingegangen wird.

Zwei weitere *Institutionen* waren für die Unabhängigkeit der I.G. bedeutungsvoll. Dies ist zum einen die eigene Versicherungsgesellschaft Pallas GmbH, zum anderen die Deutsche Länderbank AG als Hausbank im Besitz der I.G.

**Verwaltungsstruktur des I.G. Farben-Konzerns
(Stand September 1931)**



Wie bei jeder Aktiengesellschaft so bildeten auch bei der I.G. Vorstand und Aufsichtsrat die höchsten Verwaltungsorgane.

Der Vorstand bestand aus den insgesamt 83 Mitgliedern der Gründerfirmen. Aus diesem Kreis wurde ein Arbeitsausschuß (AA) mit 27 Mitgliedern gebildet, der praktisch die Vorstandsfunktion übernahm. Den Vorsitz führte Carl Bosch. Da der AA aber immer noch zu groß war um effektiv zu arbeiten, entstand 1930 der Zentralausschuß (ZA), dem außer Bosch je zwei Leiter von BGs und zwei Leiter von Verkaufsgemeinschaften angehörten, daneben besaß Carl Duisberg als Aufsichtsratsvorsitzender beratende Stimme.

Der Aufsichtsrat bestand aus 50 Mitgliedern, ihm übergeordnet war ein Verwaltungsrat mit 11 Mitgliedern unter Vorsitz Duisbergs. Nach dessen Tod 1935 wechselte Bosch vom Vorstand in den Verwaltungsrat und nach Boschs Tod 1940 übernahm Krauch den Vorsitz. Vorsitzender des Vorstandes war ab 1935 Hermann Schmitz, der auch im Aufsichtsrat der Deutschen Bank und der Vereinigten Stahlwerke, Deutschlands zweitgrößtem Konzern, saß.

2.1.3. Weitere Expansion und Auslandsbeteiligungen

Der Farbensektor

Die Zusammenlegung von Produktionsstätten ermöglichte es, die Kosten u.a. durch Entlassungen erheblich zu senken, so daß man sich an die Rückeroberung verlorener Auslandsmärkte machen konnte. Die ehemaligen Hauptabnehmer USA und England entwickelten allerdings eine durch Zölle geschützte eigene chemische Farbenindustrie.

Da die I.G. aber aufgrund ihrer Erfahrungen eine marktbeherrschende Stellung innehatte, kam es zur Bildung von Kartellen. 1928 entstand das Dreierkartell aus der I.G., deren Schweizer Tochter und einer französischen Gruppe. Nach der Aufnahme der britischen ICI ergaben sich folgende Quoten: 65,61% für die I.G. Farben, 17,39% für die Schweizer I.G. Chemie, 8,46% für die ICI und 8,4% für die französische CNC.

Hochdruckhydrierung: Stickstoff und Benzin

Durch eine Intensivierung der Forschung vergrößerte die I.G. ihre Produktpalette und drang in neue Bereiche vor. Erst die Fusion lieferte die Kapitaldecke für den Erwerb des Bergiuspatentes, zur Gewinnung von synthetischem Öl aus Kohle. Überdies waren die weiteren Forschungskosten in diesem zur Sparte I gehörigen Bereich recht hoch. So betrugen die Forschungsaufwendungen in den einzelnen Sparten im Jahr 1927 106,2 (Sparte I), 40,6 (Sparte II) und 7,2 (Sparte III) Millionen RM.

Die Stickstoffsynthese nach dem Haber-Bosch-Verfahren bescherte der BASF schon im I. Weltkrieg und danach noch bis 1928, als andere Länder ebenfalls "künstlichen Stickstoff" herstellen konnten, enorme Gewinne, so z.B. 1928 320 Mio RM. Vor allem die Umstellung von Koks auf Braunkohle für die Herstellung des bei der Ammoniaksynthese verwendeten Wassergases ($\text{CO} + \text{H}_2$) sicherte internationale Wettbewerbsvorteile, so daß 1933 über ein Drittel der Weltproduktion von der I.G. stammte. Allerdings setzte die verstärkte internationale Konkurrenz bei ständiger Überproduktion Kapazitäten in der Hochdrucktechnologie frei. Deren Ausnutzung führte zur Methanolsynthese ($\text{CO} + 2\text{H}_2 \rightarrow \text{CH}_3\text{OH}$) und zu größeren Anstrengungen bei der Benzinsynthese. Hierbei war für alle drei Verfahren der Wasserstoff der kostenbestimmende Faktor.

Bei den Anstrengungen um die Benzinsynthese ließ man sich von den Vorstellungen einer Erdölknappheit bei gleichzeitiger verstärkter Automobilisierung leiten.

Am 5. August 1927 konnte der erste Kesselwagen mit Benzin das Werk in Leuna verlassen. Der weitere Ausbau der Benzinproduktion stieß jedoch auf technische Schwierigkeiten, so daß

erhebliche finanzielle Aufwendungen nötig wurden. Um diese weiterhin erbringen zu können, wurde mit dem US-"Erdölriesen" Standard Oil eine gemeinsame Firma für die Verwertung der Hydrierpatente im Ausland gegründet, die JASCO (20% I.G., 80% Standard). Die I.G. erhielt dafür 2% des Standard-Aktienkapitals, immerhin 35 Mio. US-Dollar. Darüberhinaus wurden Interessenabsprachen getroffen, die beinhalteten, nicht in die Domäne des jeweils anderen - Öl bei der Standard, Chemie bei der I.G. - einzudringen.

Expansion

Die I.G. brachte im Laufe des Jahres 1926 die gesamte deutsche Sprengstoffindustrie unter ihre Kontrolle und schloß mit DuPont und ICI einen Interessengemeinschaftsvertrag der internationalen Sprengstoffkonzerne. Im selben Jahr wurde sie durch die Übernahme der Ribbeckschen Montanwerke zum zweitgrößten Braunkohleförderer Deutschlands.

Auslandsbeteiligungen

Das getarnte Auslandsvermögen der I.G. wurde nach dem II. Weltkrieg von US-Behörden gesucht, um hiermit die überfallenen Länder zu entschädigen. Erst dabei wurde die Bedeutung der I.G. bei der Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges deutlich. Besaß die I.G. 1927 75 ausländische Betriebe, so betrug die Zahl der von der I.G. kontrollierten Fabriken im Ausland gegen Kriegsende 500, ihr Vermögen war größer als 1 Mrd. RM. Die I.G. besaß Beteiligungen in 93 Ländern. Hierbei lag die Hauptzahl der Firmen zwar in Europa, davon 14 sogar im feindlichen England, jedoch war die I.G. auf jedem Kontinent massiv vertreten. So gab es in Afrika 22 Betriebe, 4 davon in Ägypten, in Asien 43, davon 11 in Japan und 7 in China, in Australien 2, in Lateinamerika sogar 117, wovon 16 in Brasilien, 13 in Kolumbien, 12 in Peru und 10 in Argentinien lagen, und auch in den USA bestanden 11 von der I.G. geleitete Firmen. Die 10 Werke der I.G. auf pazifischen Inseln seien hier nur der Vollständigkeit halber aufgeführt.³



I.G.-Niederlassungen in der westlichen Hemisphäre 1936
(O.M.G.U.S.)

³ O.M.G.U.S., S. 270ff









Die Akten der Verkaufsgemeinschaft Farben und Chemikalien in Lateinamerika und die Tarnungsmethoden der I.G.

Nachdem die Firmen dort zunächst als Tochtergesellschaften der I.G. gegründet wurden, ging man später dazu über, ihren Charakter zu verschleiern, um eine höhere Besteuerung zu vermeiden, die zum Schutz der heimischen Industrie für deutsche Unternehmen bestand. Überdies konnten somit Offenlegungspflichten und weitere Handelshemmnisse vermieden werden.⁴

1937 wurden die Tarnmaßnahmen wegen einer drohenden Beschlagnahmung im Kriegsfall verbessert. Da die I.G.-Verkaufsstellen auch zur Verbreitung deutscher Propaganda dienten und den Nazis überdies Informationen über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Länder lieferten, können sie als hervorragend getarnte Spionageorganisationen angesehen werden.

Statt von deutschen Firmenvertretern wurden diese Firmen von Strohmännern aus den USA, aus Lateinamerika selber oder aus neutralen europäischen Staaten geführt. Die Aktien wurden zwar an diese Leute verkauft, die I.G. besaß aber ein Rückkaufrecht und gewährte oft auch die für den Ankauf nötigen Kredite. Trotz der wirksamen Tarnungen wurden auch Vermögensanteile von Firmen zur Seite geschafft, wenn auch oft, um mit den Devisen deutsche Regierungsstellen zu unterstützen. Daneben bestanden noch geheime Konten der jeweiligen Firmen.

gegenüberliegende Seite: Struktur des I.G. Farben-Konzerns mit seinen Beteiligungen

	in der I.G. Farbenindustrie aufgegangene Firmen	N	Stickstofferzeugung	Br	Braunkohle
	Besitz o. Mehrheitsbeteiligung	F	Farbstoffe	Ö	Erdöl
	Sonstige Beteiligung	+	Pharmazeutika u. Schädlingsmittel	E	Sprengstoffe
	Interessengemeinschaft	Ph	Photograph. Erzeug- nisse u. Textilien		Bank u. Handel
	Pachtbetrieb	An	Anorgan. Produkte u. organ. Zwischenmittel		Landwirtschaft
		B	Bergwerk		Sonstige Unternehmen

⁴ O.M.G.U.S., S. 270ff

2.2. Die I.G. und ihre Einflußnahme auf die Politik der Weimarer Republik ⁵

2.2.1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen der I.G.



Der Einfluß der Industrie: Duisberg und Krupp
(Duisberg, S. 180a)

Daß der Zusammenschluß 1925 trotz bestehender Kartellregulierungsgesetze genehmigt wurde, zeigt schon, daß die I.G. eine politische Größe darstellte. Der damalige Außenminister Stresemann lobte sie 1927 mit den Worten *"Welche Triumpfe habe ich denn auszuspielen außer Ihnen, der I.G., und den Kohleleuten?"*. In der Tat stellte die I.G. einen politischen Aktivposten der Regierung dar, da sie in vielen internationalen Kartellen eine beherrschende Stellung innehatte. Da sie so die Ziele der Regierung unterstützen half, war es nur logisch, daß die I.G. einen starken Einfluß auf deren Politik hatte.

Da Deutschland hohe Reparationskosten zu tragen hatte, war es darauf angewiesen, daß seine Wirtschaft die internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewann. Weil aber immer mehr Länder dazu übergingen ihre eigene Industrie durch Schutzzölle zu protegieren, war man gezwungen, weitaus billiger als die ausländischen Konkurrenten zu produzieren. Diese Bestrebungen mündeten in eine starke Rationalisierungsbewegung. An den Staat stellte man folgende Forderungen: *"Die staatlichen Zwangseinwirkungen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zu beseitigen. Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern ..."* ⁶

Auch das Ausland verlangte von Deutschland eine Einsparungspolitik; so heißt es in einer Stellungnahme eines Reparationsagenten: *"M. E. müssen wir darauf hinaus, daß die Reichsregierung in einem Notgesetz eine schärfere Beeinflussung (...) der Länder- und Gemeindefinanzen erhält; wenn das abgelehnt wird, muß der Reichstag aufgelöst werden und eine neue Regierung kommen."* ⁷ Diese antidemokratische Haltung war auch bei den Industrievertretern vorherrschend, die einen "starken Staat" forderten, der ohne Rücksicht auf Mehrheiten unpopuläre Schritte wie Lohnkürzungen vornehmen und die protestierenden Arbeiter niederhalten sollte.

So waren auch die Ziele der I.G. Lohnkürzungen, Streikverbot und Ausdehnung der Arbeitszeit. Jedoch wollte sie diese nicht wie breite Wirtschaftskreise per Gesetz verwirklichen lassen, sondern sie strebte, um die Arbeiterschaft nicht noch mehr zu radikalisieren, eine stufenweise Entwicklung an. Die Vorgehensweise wird charakterisiert durch das Schlagwort vom Werksgemeinschaftsgedanken. So hieß es in einem Artikel des Vereins zur Wahrung der Interessen

⁵ vgl. Schneckenburger S. 45-54, Tammen S. 145-215

⁶ RDI Denkschrift, Dezember 1925, zitiert nach Tammen, S. 187

⁷ Tammen, S. 188

der chemischen Industrie (s.u.), daß man keine Maßnahmen der Brachialgewalt (z. B. Polizeieinsätze gegen Streikende) vornehmen, sondern auf eine geistige Umstellung bei den Gewerkschaften hinarbeiten solle.

Sozialpolitik

Den Arbeitsfrieden suchte man durch eine eigene Sozialpolitik zu sichern, was sich als äußerst wirksam erwies. Waren am Mitteldeutschen Aufstand 1921 auch Leuna-Arbeiter beteiligt ⁸, so gab es von 1926 bis 1929 in der gesamten Chemie-Industrie nur 24 Streiks und eine Aussperrung, wovon jeweils weniger als 100 Arbeiter betroffen waren. ⁹

Daß die I.G. im Vergleich zum Montanbereich von Streiks weniger betroffen war, hatte verschiedene Gründe. Zum einen konnten bei der I.G. dank ihrer guten Geschäftslage materielle Forderungen der Arbeiter durch außertarifliche Zulagen relativ leicht befriedigt werden. ¹⁰ Überdies machten in der kapitalintensiven chemischen Industrie die Lohnkosten nur 20-25% der gesamten Produktionskosten aus, so daß ein größerer Spielraum für Lohnverhandlungen bestand. ¹¹

Auch die Beschäftigungsstruktur der I.G. trug zur Entradikalisierung bei. Zum einen hatte sie 1929 mit mehr als 20% die höchste Angestelltenquote der Industrie, und zum anderen gab es (anders als z.B. in der Metallindustrie) keine typischen Chemie-Facharbeiter mit langen Ausbildungszeiten (wie etwa Dreher usw.). Man unterschied nur zwischen vier Kategorien von Arbeitskräften: den "billigen" ungelernten, den angelernten, den weiblichen Arbeitskräften und den fachlich gelernten Arbeitern, d. h. Handwerkern, die vor allem Reparatur- und Wartungsaufgaben hatten. ¹² Die hohe Fluktuation, die vom 1.1.1926 bis 1.10.1929 bei 72.000 ArbeiterInnen lag, d. h. bei einem nahezu kompletten Wechsel der Belegschaft, belegt jedoch das schlechte Arbeitsklima in den I.G.-Betrieben.

Als es mit der Wirtschaftskrise zu Lohnsenkungen und Entlassungen kam und auch der von Boul wegen der Massenarbeitslosigkeit aufgegriffene Gedanke einer Arbeitszeitverkürzung zu nichts führte, nahm die Zahl der Streiks wieder vehement zu, und die Forderungen nach staatlichen Zwangsmaßnahmen zur Disziplinierung der Arbeiterschaft wurden in I.G.-Kreisen wieder laut.

2.2.2. Organe der Einflußnahme

Es bestand die Möglichkeit, zur Wahrung der Konzerninteressen Leute aus den eigenen Reihen im Parlament, in Parteien und sogar im Ministeramt zu etablieren. So hatte die I.G. in allen wichtigen bürgerlichen Parteien ihre Verbindungsleute. Sie zusammen bildeten den sogenannten Kalle-Kreis, bestehend aus folgenden Parlamentariern: Wilhelm Kalle (Verwaltungsratsmitglied der I.G.) und Paul Moldenhauer (Aufsichtsratsmitglied) für die Deutsche Volkspartei, Hermann Hummel (Aufsichtsratsmitglied) für die Deutsche Demokratische Partei, Clemens Jammer (Aufsichtsratsmitglied) für das Zentrum und Haßlacher (Direktor der von der I.G. kontrollierten Rheinischen Stahlwerke AG) für die Deutsch-Nationale Volkspartei.

Überdies war Moldenhauer ab Dezember 1929 mehrere Monate Finanzminister und der Agrarexperte der I.G., Herrmann Warmbold, sogar längere Zeit Wirtschaftsminister ab Oktober 1931. Jedoch stand für Regierungsämter nur die "2. Garnitur" der I.G.-Spitze zur Verfügung.

⁸ Tammen, S. 192

⁹ Tammen, S. 193

¹⁰ Tammen, S. 193

¹¹ Tammen, S. 195f

¹² Tammen, S. 195

Hermann Schmitz, der Finanz- und Wirtschaftsberater Brünnings war, wollte trotz mehrmaligen Bittens kein Ministerium übernehmen. Daß der Reichsfinanzminister H. Dietrich nach seiner Amtsniederlegung den lukrativen Posten des stellvertretenden Geschäftsführers des "Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie" erhielt, zeigt wie I.G.-freundlich seine Amtsführung war.

Das "System Duisberg", d. h. die Einflußnahme durch wenige führende I.G.-Vertreter im Kalle-Kreis wurde gegen Ende der Weltwirtschaftskrise durch das "System Ilgner" abgelöst, d. h. durch eine Zentralstelle in Berlin für die Koordinierung der Beeinflussung. Der I.G. Berlin NW 7 unterstanden die Direktoriums-, Verwaltungs- und die Juristische Abteilung sowie das Büro des Kaufmännischen Ausschusses, die Pressestelle, die bedeutsame Zentralfinanzverwaltung (Zefi) und die hier näher erläuterte Wirtschaftspolitische (Wipo) und Volkswirtschaftliche Abteilung (Vowi).

Die Vowi betrieb Absatzforschung; zu diesem Zweck erstellte sie sehr breit angelegte Statistiken, die alle nationalen und internationalen Wirtschaftsvorgänge erfaßten. Ihre Exposé's wurden in verschiedenen Ministerien sehr geschätzt, so griff z. B. die Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes nicht auf das statistische Reichsamt sondern auf die Vowi zurück.¹³ Schon durch die übermittelten Daten bestand so die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Unter den Nazis leistete diese Abteilung Spitzeldienste in aller Welt.

Im Zusammenhang wichtiger ist die Wipo, die ab September 1932 unter Dr. Gattineau als direkte Koordinierungsstelle für alle Verbindungen zu Berliner Behörden eingerichtet wurde. Sie unterstand direkt dem Zentralausschuß der I.G., bereitete u. a. Besprechungen von I.G.-Vertretern mit staatlichen Stellen vor und nahm Einfluß auf die Gesetzgebung. Im 3. Reich nahm sie die amtlichen Bewirtschaftungsbefehle entgegen.

Neben diesen firmeninternen Gremien zeigte die I.G. rege Verbandsaktivitäten, um ihre Interessen gegenüber staatlichen Stellen darzulegen und durchzusetzen. Im Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie ("Chemieverein") dominierte die I.G. eindeutig. Duisberg, der auch ansonsten die politischen Aktivitäten koordinierte, war von 1919 bis 1924 und Bosch ab 1927 Vorsitzender. Der einflußreiche geschäftsführende Vorsitzende stammte zwar nicht aus der I.G., jedoch bezog er sein Gehalt überwiegend von ihr, wie auch die I.G. mit ihrem Mitgliedsbeitrag den "Chemieverein" erst zu einer agilen Interessenvertretung machte.

Der "Chemieverein" war dem Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) angeschlossen, deren geschäftsführende Präsidialmitglieder stets aus dem Kreis der obersten Ministerialbürokratie stammten, womit gute Kontakte zur Regierung hergestellt waren. Ihm stand ein großer Mitarbeiterstab und eine Vielzahl von Abteilungen und Sonderausschüssen zur Verfügung. Überdies besaß er einen geheimen Industriefonds zur Parteienfinanzierung. Seit seiner Gründung 1919 war der Einfluß der I.G. in ihm stets gewachsen, so daß Duisberg 1924 zum RDI-Vorsitzenden gewählt wurde und dieses Amt bis 1931 innehatte, wonach es dann Krupp übernahm. Duisberg selbst lobte den RDI, daß seine Vielseitigkeit und Geschlossenheit von keinem anderen deutschen Berufsverband erreicht werde.¹⁴ Er führte den "parlamentarischen Beirat" ein, dem alle RDI-Mitglieder mit Parlamentssitz sowie industriennahe Reichstagsmitglieder angehörten. In der RDI-Denkschrift "Aufstieg oder Niedergang" vom 2.12.1929 heißt es: *"Wenn es nicht gelingt die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu ändern, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt."*¹⁵ Im RDI herrschte trotz divergierender Interessen Einigkeit bei allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, da die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien das gemeinsame Feindbild darstellten.

¹³ Tammen, S. 159

¹⁴ Tammen, S. 166

¹⁵ Schneckenburger, S. 50

Zusammenfassend ergaben sich für die Einflußnahme der I.G. drei Ebenen. Einmal über eigene Abteilungen und Abgeordnete aus der Führungsspitze, dann über den "Chemieverein" und schließlich über den RDI. Auf allen Ebenen fand sowohl eine direkte Einflußnahme auf Regierung und Parlament, als auch eine Manipulation der öffentlichen Meinung statt. Auch die persönlichen Beziehungen zu Staatsvertretern erwiesen sich oft als hilfreich.

2.2.3. Einflußnahme

Pressepolitik der I.G.

1926 wurde in Berlin eine zentrale Pressestelle gegründet, die persönliche Kontakte zu in- und ausländischen Redaktionen aufnahm. Demgegenüber besaß die I.G. nicht wie Vertreter der Schwerindustrie (Hugenberg) eine eigene Zeitung. Als jedoch die zur Weltpresse zählende Frankfurter Zeitung (FZ) in finanzielle Schwierigkeiten geriet, gewährte die I.G. Zuschüsse, ohne die redaktionelle Linie festzulegen.

Als die I.G. wegen einer Artikelserie über den zum Proletariat absinkenden Angestelltenstand zu intervenieren suchte, zeigte sich, daß das Kalle-Kreis-Mitglied Hummel, der zum Aufsichtsrat der FZ gehörte, nicht offen eingreifen wollte um seine Position nicht zu gefährden, auf der er zugunsten der I.G. Einfluß ausüben konnte. In der Weltwirtschaftskrise stiegen allerdings die Manipulationsmöglichkeiten der I.G. an der Berichterstattung. 1932 kam es zu Kontakten der I.G. mit Kreisen der Schwerindustrie, um u. a. aus der FZ einen Zeitungsverband zu schaffen, der die Tagesmeinung angesichts der erwarteten innenpolitischen Umwälzungen beeinflussen sollte.

Parteispenden

Bezeichnend ist Duisbergs Äußerung auf der Gründungsversammlung der "Staatspolitischen Vereinigung" ¹⁶ 1926 in Berlin: *"Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch planmäßige Beeinflussung."* ¹⁷ In diesem Sinne erhielt die DDP jährlich 30.000 RM, das Zentrum 90.000 RM und die DVP sogar 200.000 RM. Ähnliche Summen wurden bei Reichstags- und Landtagswahlen gespendet. ¹⁸

Einige Beispiele der I.G.-Einflußnahme

Nachdem wir nun die Zielvorstellungen der I.G., wie weiter Kreise der Wirtschaft und die Organe kennengelernt haben, die ihr zu deren Durchsetzung zur Verfügung standen, soll nun an einigen konkreten Beispielen aufgezeigt werden, wie die I.G. ihre Interessen wahren konnte.

Die Regierung Brüning war bestrebt die Wirtschaft durch niedrige Steuern und Lohnkürzungen zu unterstützen, damit so möglichst viele Reparationsleistungen erbracht werden konnten, mit denen man die Gläubigerländer langfristig davon überzeugen wollte, daß die Schulden zu hoch waren und eine Revision des Versailler Vertrages stattfinden mußte. Die I.G. teilte diesen Regierungskurs, daher übernahm das Verwaltungsratsmitglied Moldenhauer das Finanzministerium.

¹⁶ Schneckenburger, S. 46

¹⁷ Schneckenburger, S. 46

¹⁸ Schneckenburger, S. 47

Da der Staat um die Steuern niedrig zu halten, auch seine Ausgaben vermindern mußte, wurden zahlreiche Sparmaßnahmen ergriffen. Um die durch die steigende Zahl von Erwerbslosen geleerten Kassen zu füllen, votierte Moldenhauer für eine Erhöhung des Arbeitslosenversicherungssatzes. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände drohte jedoch daraufhin mit dem Austritt, und auch der RDI übte Kritik an diesem Finanz- und Steuerprogramm. Hierauf rief Moldenhauer dessen Geschäftsführer an und teilte ihm mit, es sei unmöglich die Wünsche der Wirtschaft zu 100% durchzusetzen und er glaube, daß ihm dies doch zu 80% gelungen sei. Gegenüber Duisberg erwähnte er, daß er sich im Stich gelassen fühle.¹⁹ Letztendlich führte dieses schroffe Vorgehen der Wirtschaftsverbände zum Bruch der großen Koalition. Brüning regierte nun am Reichstag vorbei durch Notverordnungen, die er vom Reichspräsidenten Hindenburg absegnen ließ.

Dieses Präsidialkabinett fand die Zustimmung der Wirtschaft. So meinte Kalle in einer Vorstandssitzung des RDI am 26.11.1930 *"diese (...) heutige Regierung ist (...) eine Regierung mit diktatorischer Gewalt (...). Überdies hat sie den Willen, gegen den Staatssozialismus anzugehen (...). Deshalb haben wir meiner Meinung nach, wenn wir es gut mit uns selbst meinen, gar keinen anderen Weg als diesen, dieses Kabinett zu unterstützen."*²⁰

Da der Young-Plan, der die Weiterzahlung der deutschen Reparationen gewährleisten sollte, angenommen wurde - u. a. unterzeichnete ihn das geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI - sah sich die Wirtschaft gezwungen noch billiger zu produzieren, um die Exporte erhöhen zu können. Deshalb wurden von der Regierung weitere Lohnniveausenkungen gefordert. Brüning stützte sich jedoch neben seiner Verantwortung gegenüber Hindenburg vor allem auf Zentrum und Sozialdemokraten, somit war er auch den Interessen der Arbeiter verpflichtet. Vor allem Kreise der Schwerindustrie forderten wegen ihrer schlechten Geschäftslage eine Abkehr von der langfristig angelegten Revisionspolitik Brünings.

Als es wegen des "Schwarzen Freitags" dazu kam, daß kurzfristige US-amerikanische Kredite von Deutschland zurückgefordert wurden, entstand im Sommer 1931 die Bankenkrise, welche ihren Höhepunkt im Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank (Danat) fand. Breite Industriekreise wandten sich von Brüning ab und nahmen Kontakte zur NSDAP auf, die I.G. jedoch blieb weiter eine Stütze der Regierung, die ja in ihrem Sinne agierte. So wurde am 8.12.1931 die 4. Notverordnung erlassen, die das Lohnniveau um 10% herabsetzte.

Das Engagement der I.G. für die Regierung zeigte sich deutlich bei der Reichspräsidentenwahl 1932. Brüning sprach sich für Hindenburg aus, um in alter Manier weiterregieren zu können, und Duisberg übernahm den Vorsitz des Kuratoriums der Hindenburgausschüsse. Seine Aufgabe war die Beschaffung von Geldmitteln und die Aufsicht über ihre Verwendung. Bei der Sammlung unter den Unternehmern spendete die I.G. mit 100.000 RM fast ein Drittel der Gesamtsumme, während die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie keine Mittel zur Verfügung stellten. Als ein zweiter Wahlgang zwischen Hindenburg und Hitler notwendig wurde, kamen von der I.G. sogar 40% der Spenden, obwohl sie ihren Beitrag halbierte.²¹

Zusammenfassend kann man sagen, daß zwischen der Regierung Brüning und der I.G. eine "Interessenharmonie" herrschte. Die I.G. war wegen ihrer Exporte vom internationalen Geschehen abhängig und Brüning den alliierten Siegermächten verpflichtet. Überdies besaß die I.G. eine so gute Wirtschaftslage, daß sie das langfristige Vorgehen der Regierung unterstützen konnte und sich dabei großen Einfluß sicherte. Wegen ihrer Omnipotenz unter Brüning sprach man schon von der "I.G. Deutschland".²²

¹⁹ Tammen, S. 201f

²⁰ Tammen, S. 172f

²¹ Tammen, S. 180

²² Tammen, S. 185

Doch innerhalb der I.G. forderte die "Bosch-Fraktion" eine aktivere staatliche Wirtschaftspolitik, da die Inlandsnachfrage zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise durch die Sparpolitik der Regierung stark zurückging. So verlangte Bosch schon 1931 im Chemieverein ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das u. a. den Autobahnbau forcieren sollte. 1932 wurden hier Forderungen nach einem "großen deutschen Zehnjahresplan" laut.²³ Zur Konjunkturbelebung und Verbesserung der Sozialhygiene sollte ein Wohnungsbauprogramm für Arbeitersiedlungen gestartet werden. Der Plan schlug nationale Töne an um so den Opferwillen der Bevölkerung zu stärken und eine totale Mobilmachung des ganzen Volkes zu erreichen, die z. B. in einer Arbeitsdienstpflicht bestand. Zur Finanzierung dieses Programms sollte der Wagemann-Plan dienen. Prof. Wagemann war der Gründer des Instituts für Konjunkturforschung, Präsident des statistischen Reichsamts und ein guter Freund von H. Schmitz. Der Plan stellte eine Geld- und Kreditreform dar, die die Liquidität der Banken und Unternehmer erhöhen sollte. Seine Kernaussage war, daß ab dem Frühjahr 1933 eine Belebung der Wirtschaft stattfinden würde. Um diesen Aufschwung zu stabilisieren wären gleichsam im Vorgriff auf künftige Konjunkturbedingungen Steuersenkungen nötig.

Von der Schwerindustrie als inflationär verworfen, wurde dieser Plan im Kabinett abgelehnt, jedoch von der Regierung Papen de facto umgesetzt. Die von ihr eingeführten Steuergutscheine, die es den Firmen ermöglichten ihre Steuern als Kredite bei 4%-Verzinsung einzubehalten, die Neueinstellungsprämien und eine Lockerung des Tarifzwangs wurden von Unternehmerseite begeistert aufgenommen. Hiermit war ihr Ziel einer Befreiung von "Tariflohn- und Steuerfesseln"²⁴ bei Wahrung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit erreicht.

Als dann unter Schleicher zu einer planwirtschaftlichen Führung des Reiches mit verstärkter Staatsnachfrage übergegangen werden sollte, sprach sich der RDI dagegen aus, das sog. Dereke-Programm kam wegen des baldigen Regierungswechsels nicht zur Anwendung.

Faßt man die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der I.G. zusammen, so zeigt sich, daß die I.G. in allen Phasen der Weltwirtschaftskrise einen maßgeblichen Anteil an der Durchsetzung wirtschaftspolitischer Vorstellungen hatte. Anfangs eine Hauptstütze der Brüning-Regierung, trat sie nach Verschärfung der Wirtschaftskrise im Verlauf der Auswirkungen der Bankenkrise 1931 als prononcierter Befürworter einer aktiven Wirtschaftspolitik in zunehmenden Widerspruch zur Brüning'schen Linie der Deflationspolitik, wobei sich eine gewisse Spaltung auch innerhalb der I.G. abzeichnete. Aufschlußreich ist nämlich, daß alle wesentlichen Impulse für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik von Vertretern der Sparte I (Stickstoff/Benzin) ausgingen. Zu ihnen waren neben dem I.G.-Vorsitzenden Bosch vor allem der Finanzdirektor Hermann Schmitz, der I.G.-Agrarexperte Warmbold und Ilgner mit seinem Apparat Berlin NW 7 zu zählen. Nur aus dieser Gruppe fanden sich Vertreter im Beraterkreis Brünings, aus dessen Runde unter maßgeblicher Beteiligung der I.G. der anfangs gescheiterte, aber im Rahmen der Gesamtüberlegungen für eine neuorientierte Wirtschaftspolitik entscheidende Wagemann-Plan ausging.²⁵ Als Vertreter dieser I.G.-Interessen betrieb Warmbold seit Herbst 1931 als Wirtschaftsminister eine Änderung der Deflationspolitik und es ist wahrscheinlich, daß das Hauptinstrument des Papen-Kurses - die Steuergutscheine - von seinen Anregungen ausgingen. Neben der firmeneigenen Forschungsstelle "Vowi" waren dabei sicher Wagemann und wahrscheinlich auch Lauterbach als damaliger Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium an diesen Arbeiten beteiligt. Dagegen behielt Duisberg als Vertreter der Sparte II (Farben/Pharma) seine reservierte Haltung gegen eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik bei.

²³ Tammen, S. 206

²⁴ Tammen, S. 213

²⁵ Tammen, S. 214

2.3. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die I.G. ²⁶

Die Weltwirtschaftskrise stellte auch für einen so großen und mit einer so breiten Produktpalette ausgestatteten Konzern wie die I.G. eine enorme Belastung dar. Da ihre Auswirkungen einen bedeutenden Einfluß auf die Unternehmensstrategie hatten, die das Ende der Weimarer Republik förderte, muß man genauer auf diese Zeit eingehen.

2.3.1. Allgemeine Produktionssituation und Beschäftigungslage der I.G.

Bereits 1928 stagnierte der Umsatz der I.G. bei 1,4 Milliarden Reichsmark. Aus diesem Grund wurden ab Juli 1929 nur noch Ersatz- und fast keine Erweiterungsinvestitionen mehr getätigt (Tea-Sitzung vom 11.7.1929). Der Absatzeinbruch erfolgte dann vor allem ab 1931.

	1929	1931
Gesamtumsatz	1,42 Mrd. RM	1,01 Mrd. RM ²⁷
Bilanzgewinn	110 Mio. RM	51 Mio. RM ²⁸
Erweiterungsinvestitionen	149 Mio. RM	34 Mio. RM ²⁹
Beschäftigte	97.700	68.000 ³⁰

Trotz der Bankenkrise 1931, bei der auch die ausländischen Kapitalmärkte verschlossen waren, blieb die I.G. durch die Finanzpolitik von Schmitz liquide und konnte sogar Schulden abbauen (1928 332 Mio. RM Verbindlichkeiten, 1932 161 Mio. RM). ³¹ Grund dafür war zum einen der Besitz der Hausbank, zum anderen rigorose Spar- und Reorganisationsmaßnahmen. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben wurden um 70-80% gesenkt und 1929 wurde ein Organisationsressort zur Rationalisierung gebildet. ³²

Die Anzahl der Beschäftigten ging vom Höchststand Mitte 1929 mit 117.000 bis zum Tiefstand Ende 1932 mit 63.000 um 46% zurück, obwohl die I.G. Entlassungen mit Kurzarbeit und Gehaltskürzungen zu vermeiden versuchte. Bei den Entlassungen wurden die Angestellten und besonders die Akademiker geschont im Gegensatz zu alten und kranken Arbeitern, was zu einem schlechteren Betriebsklima führte.

2.3.2. Lage in den Sparten

Hier hatten die Bereiche Stickstoff, Benzin (erst später), synthetische Farben, Pharmazeutika und Schwerchemikalien entscheidende Bedeutung. Die Sparte III blieb unbedeutend (z.B. wurden auch 1932 hier nur 11% des Kapitals investiert).

²⁶ vgl. Tammen, S. 72-144

²⁷ BWA 4/C6 und GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 8; Gewinnermittlung: I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 1934 S. 74 (nach Tammen)

²⁸ BWA 4/C6 und GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 8; Gewinnermittlung: I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 1934 S. 74 (nach Tammen)

²⁹ Hö 775 Kredit-Übersicht v. 9.9.38 (nach Tammen)

³⁰ BWA 4/C6 und GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 8; Gewinnermittlung: I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 1934 S. 74 (nach Tammen)

³¹ vgl. I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft: Geschäftsbericht 1939, S. 70f (nach Tammen)

³² BWA 13/15 Vol. 5 Tea v. 27.2.30, S. 3 (nach Tammen)

Sparte I

Die Hauptprodukte dieser Sparte waren Benzin und Stickstoff. Für die Rentabilität war aber nur das Stickstoffgeschäft ausschlaggebend, da die Benzinproduktion nur einen geringen Teil zum Umsatz beitrug. Aufgrund der internationalen Agrarkrise, des Protektionismus der jeweiligen Regierungen und einer allgemeinen Überproduktion wurde der Export in wachsendem Maße nahezu unmöglich. Der Stickstoffauslandsumsatz betrug 1928 241 Mio. RM und 30% des I.G.-Gesamtexports, 1934 dann nur noch 32 Mio. RM und 7,7% des Exports.³³

Die I.G. produzierte also fast nur noch für den Binnenmarkt, auch wenn sie sich bemühte durch (inter)nationale Kartellbildung dem Exportrückgang entgegenzuwirken. So schloß die I.G. (Deutschland) z. B. 1929 mit I.C.I. (England) und Norsk Hydro (Norwegen) ein Abkommen zur Preisstabilisierung mittels Produktionsquotenregelung, bei dem das Kartell 65% der Weltproduktion kontrollierte.³⁴ Aber auch dieses Kartell zerstritt sich - wie die anderen - nach einem Jahr bei der Frage der Quotenneuverteilung. Durch die Abhängigkeit der zuge teilten Produktionsquote von der Kapazität wurde die Stilllegung unrentabler Betriebe verhindert.

Im Gegensatz dazu hatte die Benzinproduktion zwar nur einen geringen Anteil am Umsatz der Sparte I, aber gewaltige Investitions- und Forschungsausgaben. Anreiz der synthetischen Benzinsynthese war vor allem die Prognose, daß die weltweiten Erdölvorräte in einigen Jahren erschöpft seien. Ziel war es daher den Weltmarktpreis von 20 Pf/l³⁵ zu unterbieten. Durch Entdeckung neuer Erdölvorkommen, verbesserte Aufarbeitung des Rohöls mittels Crackverfahren und I.G.-Hydrierung sowie durch Preiskämpfe um den deutschen Markt fiel der Preis bis 1933 auf 5 Pf/l im Hamburger Freihafen. Dagegen stieg der Preis für den Verbraucher z. B. in Berlin bedingt durch Schutzzölle auf 35 Pf/l.

In den Jahren von 1928 bis 1931 waren Bemühungen um eine Preisstabilisierung vergeblich. Es wechselten Absprachen mit harten Preiskämpfen. So wurde auch versucht einen Einheits-treibstoff einzuführen, um die Vertriebskosten zu senken, der aus 70% Benzin, 10% Benzol, 10% Ethanol und 10% Methanol bestehen sollte. Der Bergbau war allerdings gegen diesen Einheitstreibstoff, da ihm dabei zuwenig Benzol abgenommen wurde. Es kam zwar kein Ergebnis zustande, aber es zeigt wie weit Vorstellungen und Pläne vorhanden waren um den Benzinpreis zu senken. Die Verluste führten schließlich sogar zur Diskussion, ob die Benzinproduktion nicht ganz aufgegeben werden sollte, da in der Weltwirtschaftskrise überhaupt keine Anhaltspunkte für eine baldige Besserung erkennbar waren. So setzte sich Duisberg (Sparte II) für die Stilllegung der Hydrierwerke ein. Bosch, Schmitz und Krauch setzten sich aber gegen ihn durch, da im Gegensatz zur ausgereizten Sparte II die Sparte I mit den thermischen Verfahren, der "Petrochemie" und der Katalysatortechnik der zukunfts-trächtige Bereich war. Außerdem hätten die fixen Kosten der gemeinsamen Nutzung der Wasserstoff- und Energieproduktionsanlagen dann ausschließlich von der Stickstoffproduktion getragen werden müssen, was zu größeren Verlusten geführt hätte.

Sparte II

Die Sparte II hatte im Gegensatz zur Sparte I trotz der Krise eine einigermaßen günstige Entwicklung, so daß der Anteil von Farben/Pharma am Gesamtumsatz von 36% im Jahre 1928 bis

³³ GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 8, S. 19; Angaben in Prozent nach eigener Berechnung (nach Tammen)

³⁴ H. Rötger: "Die Bedeutung der BASF für die Landwirtschaft", unveröffentlichtes Manuskript, S. 31 (nach Tammen)

³⁵ Bollmann: "Der deutsche Treibstoffmarkt", S. 48 (nach Tammen)

1931 auf 45% stieg, obwohl der absolute Umsatz von 511 Mio. RM auf 451 Mio. RM zurückging.³⁶ So konnte beim Export die kaufmännische und technische Überlegenheit gegen die hohen Schutzzölle mit Mühe bestehen.

2.3.3. Beurteilung der I.G.-Wirtschaftslage

Durch die Weltwirtschaftskrise wurde die I.G. in ihrer Expansion gebremst und mußte sich damit begnügen ihre Position zu verteidigen. Auf den ersten Blick macht die I.G. gemessen an der Schwere der Krise einen relativ soliden Eindruck, da in keinem Krisenjahr ein Verlust eintrat, auch wenn der Gesamtumsatz zurückging und damit auch der Bilanzgewinn von 110 Mio. RM (1929) auf 49,5 Mio RM (1932)³⁷ fiel. Wenn man aber die Absatzentwicklung der einzelnen Sparten genauer betrachtet, erhält man ein anderes Bild.

Die Sparte II (Farben und Pharma) war in der Tat recht widerstandsfähig im In- und Ausland. Bei den Pharmazeutika war sogar eine steigende Entwicklung vorhanden, während der Farbenabsatz in einen immer stärkeren Exportkampf verwickelt wurde. Hier konnte sich die Kartellbildung gegen die internationalen Bemühungen um den Auf- und Ausbau einer eigenen Farbenindustrie einigermaßen behaupten.

Wesentlich schlechter und letztlich entscheidend war aber die Lage in der Sparte I (Benzin und Stickstoff). Der Benzinabsatz wurde wegen der billigen Rohölkonzurrenz nur durch die Stützungsaktion der deutschen Regierung aufrechterhalten. Bei der Stickstoffproduktion konnten weder die weltgrößte Produktion einer Einzelfirma, noch günstige Selbstkosten und ein breitgefächertes Sortensortiment den Niedergang des Exports wegen weltweiter Überproduktion und Protektionismus verhindern. Der deutsche Absatzmarkt blieb keineswegs von der Weltwirtschaftskrise verschont, auch wenn er zur tragenden Säule wurde. Beide Produkte waren darüber hinaus durch die gemeinsame Nutzung der Primäranlagen miteinander verbunden, hatten kapitalintensive Fertigungsanlagen und ein ungünstiges Verhältnis fixer zu zirkulierender Kosten. So hatte dieser Bereich, der ab dem ersten Weltkrieg nicht nur wesentlich am Gesamtumsatz beteiligt war, sondern auch die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten schuf durch die katalytische Hochdruckhydrierung die schmale Rohstoffbasis zu kompensieren, seine wirtschaftliche Perspektive verloren. Die Bunaforchung wurde fast gänzlich eingestellt und das Gleiche stand beim Benzin zur Diskussion. Diese katastrophale Entwicklung wog schwerer als die Zahlen aussagen. Als einziger Ausweg wurde von der Konzernleitung eine Staatsform oder Regierung gesehen, die den Inlandsabsatz protektionierte und der dann auch letztlich an die Macht verholfen wurde, wie es sich Carl Duisberg bereits im Sommer 1931 gewünscht hatte: *"Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden."*³⁸

³⁶ GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 6 Aufstellung Nr. 3a und 3c; Prozentsätze nach eigener Berechnung (nach Tammen)

³⁷ BWA 4/C6 und GStA Nr. 413 Basic information defense Doc. Nr. 8; Gewinnermittlung: I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 1934 S. 74 (nach Tammen)

³⁸ zur 100-Jahr-Feier der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf am 23. Juni 1931 in Benrath, veröffentlicht in C. Duisberg: "Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933", Berlin 1933, zitiert nach Tammen, S. 292

2.3.4. Die Kautschuksynthese ³⁹

Bei der Schilderung der Vorgänge, die später zum Benzinpakt führen sollten (siehe Kap. 3) kamen die "Beine" der Autos bisher zu kurz. Da Kautschuk aber im "modernen" (sofern Massenmord zeitgemäß sein kann) Krieg unverzichtbar ist, soll dieser Aspekt bereits hier gewissermaßen im Vorgriff abgehandelt werden.

Dabei sieht man deutlich, daß von bestimmten Wirtschaftsbereichen Kriege nicht um ihrer "hehren" Ziele willen (Ausrottung von Untermenschen...) sondern wegen der damit verbundenen Absatzsteigerung angestrebt werden.

Die Herstellung synthetischen Kautschuks war 1910, nachdem man die Bemühungen erst vor drei Jahren aufgenommen hatte, der größte Forschungsbereich in Leverkusen. Da die Naturkautschukpreise allerdings wieder sanken, kam es 1913 zur Einstellung der Forschung.

Dank des I. Weltkriegs, für den gegen die "typisch deutsche" Waffe Giftgas Schutzmasken aus Kautschuk nötig waren, und dieser daher bewirtschaftet, d. h. gesammelt und rationiert wurde, nahm man die Kautschuksynthese wieder in Angriff.

1915 gelang es einen für die Elektroindustrie verwertbaren Hartkautschuk herzustellen. Der Staat gewährte Darlehen, zahlte Zuschüsse und übernahm Abnahmegarantien für die Kautschukproduktion (1916-1919). Dennoch gelang es hiermit erst, die Vorkriegskosten zu amortisieren, denn der natürliche Kautschuk war bei besseren Materialeigenschaften 10mal billiger.

Nachdem die "Kautschukforschung" seit Kriegsende darniedergelegen hatte, erhob sie sich 1926 wieder, um sobald die Polymerisation von Butadien mittels Natrium zu Buna-Kautschuk zu entdecken.

Die Weltwirtschaftskrise versetzte die Buna-Forschungen jedoch wieder in einen Dornröschenschlaf, in dem nichtsdestotrotz die Mischpolymerisation entdeckt wurde. In die Produktionsphase trat man erst wieder dank der Nationalsozialisten, die in ihrem Überschwang auf Parteitage schon verkündeten, das Reifenproblem sei gelöst, obwohl man auf I.G.-Seite noch erhebliche technische Schwierigkeiten hatte.

Als allerdings im März 1937 die ersten "Plaste und Elaste" von der Versuchsanlage in Schkopau hergestellt werden konnten, wurde man sich schnell handelseinig. Für staatliche Preis- und Abnahmegarantien sowie Baudarlehen erweiterte man Buna I für 346 Mio. RM auf 30.000t/a. Den staatlichen Preiskontrollen konnte man sich bei Buna II (294 Mio. RM) in Hülfs schon entledigen, da die Abnahmegarantien durch eine Verbesserung der Buna-Qualität unnötig wurden. Denn durch die Behandlung von Buna mit Sauerstoff bei hohen Temperaturen konnte dieser nun endlich wie sein natürliches Pendant verarbeitet werden, und die Reifenhersteller stellten ihr "Mauern" ein.

Das ab 1941 in Leverkusen begonnene Werk Buna III (113 Mio. RM Baukosten) erreichte aufgrund von Luftangriffen nie seine Kapazität

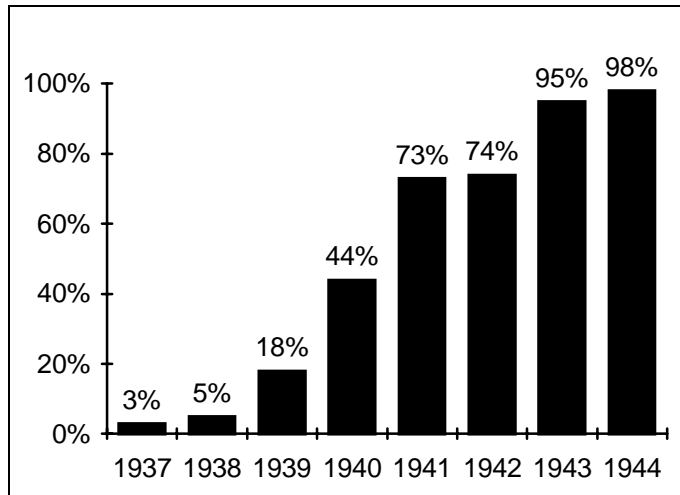


Die Wehrmacht testet Buna-Reifen
(O.M.G.U.S.)

³⁹ vgl. Plumpe, S. 564-597

von 30.000t/a. Dennoch gelang es, den Anteil von Buna am gesamten Kautschukbedarf von 3% im Jahre 1937 bis 1944 auf 98% zu steigern und davon sogar noch an die Verbündeten zu liefern.

Das ab 1941 gebaute Buna IV verursachte 187 Mio. RM Baukosten obwohl man dank des nahen Konzentrationslagers in Auschwitz die Lohnkosten, die direkt an die SS abgeführt wurden, niedrig halten konnte. Die Vernichtung durch Arbeit war letztlich der einzige Zweck dieser Anlage, denn es gelang nicht, die Produktion vor dem Einmarsch der Sowjets zu beginnen.



Bunaanteil am gesamten Kautschukbedarf
(Zahlen aus Plumpe, S. 595)

Mit Investitionen von rund einer Milliarde RM konnte die I.G. so insgesamt 474.700 t Buna herstellen (die gleiche Menge Naturkautschuk hätte 1/3 davon gekostet). Diese 24% der I.G.-Gesamtinvestitionen bedeuten den größten Einzelposten noch vor der Herstellung synthetischer Öle. Die sehr hohen Abschreibungsätze, die der Staat gewährte, und die Tatsache, daß die gewährten Darlehen (rund 300 Mio. RM) nach dem Krieg nicht mehr eingefordert wurden, versöhnten die IG mit dessen Ende. Insgesamt gab es somit, obwohl "das Primat der Politik" herrschte, keine staatliche "Befehls- und Kommandowirtschaft", sondern der Staat

erkaufte sich die Kooperation der Industrie. Die I.G. handelte nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien, die ihr freilich keinen Platz für unrentable Werte wie etwa Menschenwürde ließen.

3. 1933-1939: Die I.G. Farben und der NS-Staat

Die Beziehung und das Verhältnis der I.G. Farben zum Nationalsozialismus ist für die Geschichte des Dritten Reiches von besonderer Bedeutung. Die I.G. machte Deutschland bei vormals fehlenden, kriegswichtigen Stoffen autark und dies mit dem ausdrücklichen Ziel der Vorbereitung eines Angriffskrieges.

"Ohne die I.G. Farben, insbesondere ohne die I.G.-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, des synthetischen Treibstoffs und des Magnesiums, wäre es für Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen."
(I.G. Vorstandsmitglied Heinrich Bütefisch, 1947 in Nürnberg) ¹

Zu Beginn der dreißiger Jahre wurde die NSDAP zur stärksten politischen Kraft in Deutschland, so daß auch in industriellen Kreisen eine mögliche Regierungsbeteiligung Hitlers immer mehr in Betracht gezogen wurde. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Zentrums-Partei, wurden - trotz der Finanzierung durch die Wirtschaft - politisch immer bedeutungsloser, und nur noch SPD und KPD waren von besonderer Relevanz. Bei den I.G. Farben war man sich darüber bewußt, daß nur eine grundlegende Änderung im politischen Bereich, die rebellierenden radikalen Massen wieder unter Kontrolle bringen konnte. ² Angetrieben durch ihre latent antikomunistische und arbeiterfeindliche - im Sinne einer organisierten Arbeiterschaft - Haltung, sahen sie in dieser Zurückgewinnung der Kontrolle nicht zuletzt die Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg. ³

"Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden." ⁴ (Aus der Rede Carl Duisbergs anlässlich der 100-Jahr-Feier der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf am 23. Juni 1931)



Hitler und Fritz ter Meer auf dem Titelbild der I.G.-Werkszeitschrift vom März 1936 (O.M.G.U.S.)

¹ Köhler, S. 205; O.M.G.U.S., S. 15

² vgl. Tammen, S. 287f

³ vgl. Schneckenburger, S. 53

⁴ zitiert nach Tammen, S. 392 (siehe auch Schneckenburger, S. 52)

3.1. Rüstungsforschung und Auslandskontakte - I.G. Farben und Standard Oil Development Company

Das am ehrgeizigsten verfolgte Unternehmen der I.G. war ein Projekt, dem Carl Boschs größtes Interesse galt, und das ihn entscheidend darin bestärkt hatte, hartnäckig den Zusammenschluß der I.G.-Gesellschaften zu einem einzigen Monopol zu betreiben. Da Deutschland über keine nennenswerten Ölquellen verfügte, war es während des I. Weltkrieges von der britischen Flotte besiegt worden. Bosch sollte für das Öl wiederholen, was er schon für den Ammoniak getan hatte: mit Hilfe der Hochdruckchemie sollte er die Kohlevorräte Deutschlands in Benzin verwandeln und Deutschland aus seiner Abhängigkeit von ausländischen Ölquellen befreien.

1924 gab es in Deutschland Anzeichen für einen steigenden Treibstoffbedarf. Man entwarf - gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles - die heimliche Wiederaufrüstung der Armee. Für diese mit 63 Divisionen geplante Armee benötigte man eine sichere Treibstoffquelle. Die industrialisierten Länder standen vor der Frage, ob die Reserven und Entdeckung neuer Erdölvorkommen mit dem wachsenden Bedarf Schritt halten würden. Alle Fachleute sagten eine schnelle Erschöpfung aller Ölreserven voraus. Um sein Projekt voranzutreiben, wollte Bosch die Rechte des Bergius-Verfahrens zur Hochdruck-Umwandlung von Kohle in Öl im Labormaßstab erwerben. Alle bisherigen Versuche, eine Nutzung dieses Verfahrens im industriellen Maßstab zu erreichen, waren gescheitert. Nur die vereinte finanzielle Kraft der I.G. konnte ein Projekt dieser Größenordnung tragen. Bosch bestand deshalb darauf, daß sein persönlicher Finanzberater Hermann Schmitz den Posten des Finanzdirektors der I.G. bekam. Schmitz kaufte 1925 im Namen der I.G. Farbenindustrie AG. die Rechte auf das Bergius-Patent.⁵

Obwohl Bosch geplant hatte, die Entwicklung des Ölsyntheseprojektes durch die I.G. finanzieren zu lassen, zog er auch eine Kooperation mit der amerikanischen Gesellschaft Standard Oil Development Company für die weltweite Nutzung des Verfahrens in Betracht. Über ihre riesige Finanzkraft hinaus besaß die Standard Oil eine hervorragend ausgerüstete Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Sie war die führende Firma der amerikanischen Ölindustrie und hatte schon seit Anfang der zwanziger Jahre nach Alternativen zum Rohöl gesucht. Im Frühjahr 1925 schickte Bosch mehrere leitende Angestellte der BASF nach New York zu Frank A. Howard, dem Chef der Standard Oil Development Company, um das Interesse der amerikanischen Firma zu erkunden. Walter C. Teagle, der Präsident der Firma, fand es zur Sicherheit von Standard Oil notwendig, mit der I.G. zusammenzuarbeiten. Teagle und Howard schlugen Bosch ein Abkommen zur gemeinsamen Entwicklung und Perfektionierung des Verfahrens vor, aus dem schließlich ein Gemeinschaftsprojekt zur Hydrierung von Rohöl wurde. In Louisiana sollte eine Fabrik errichtet werden, Standard erhielt die Verwertungsrechte für die Vereinigten Staaten und eine fünfzigprozentige Beteiligung an Einnahmen aus der Lizenzvergabe an Dritte.⁶ Die in Deutschland errichtete riesige Anlage nach dem Bergius-Prinzip, die Bosch direkt neben der Haber-Bosch-Anlage in Leuna hatte bauen lassen, litt allerdings unter ständigen Betriebsausfällen und technischen Problemen.

Die Ausgaben hatten alle Erwartungen übertroffen. Bosch bot daraufhin im August 1928 der Standard Oil die weltweiten Rechte für das Bergius-Verfahren an, um die I.G. aus ihren finanziellen Schwierigkeiten zu retten und das Projekt weiterführen zu können. Nur die Rechte für den deutschen Markt sollten bei der I.G. bleiben. Die deutsche Regierung hätte diesen Verkauf

⁵ Borkin, S. 49

⁶ Borkin, S. 52

eines militärisch und wirtschaftlich bedeutenden Verfahrens nie gestattet, weshalb die I.G. die Transaktion auch verheimlichte.

Zur Ausführung des Abkommens gründeten beide Unternehmen gemeinsam die Standard-I.G.-Company mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Diese Gesellschaft gehörte zu 80% der Standard und zu 20% der I.G. Dadurch sicherte sich die I.G. eine Beteiligung an allen zukünftigen Erfolgen. Die weltweiten Rechte mit Ausnahme Deutschlands wurden dieser Firma übertragen und die I.G. erhielt im Gegenzug Standard-Aktien im Wert von 35 Millionen Reichsmark.⁷

Bosch versuchte zudem, das Interesse der Standard an der Herstellung des synthetischen Kautschuks Buna, den die I.G. zu nicht konkurrenzfähigen Preisen in ihren Laboratorien aus Kohle herstellten, zu wecken. Mit Hilfe Carl Krauchs wurde 1930 die "Joint American Study Company (Jasco)" gegründet, die zu je 50% der I.G. und der Standard gehörte. Ihr Geschäftszweck war die Erprobung und Lizenzierung von Verfahren der Petrochemie, die aus den Forschungsprogrammen der beiden Teilhaber stammten.⁸

Die Verbindung zwischen der I.G. und der Standard war kaum geschlossen, da erhielt sie schon die ersten schweren Schläge. Die Weltwirtschaftskrise und die Entdeckung riesiger Ölvorkommen in Texas ließen die Ölpreise drastisch stürzen und vernichteten die Hoffnung der Standard auf eine sofortige weltweite Entwicklung der Ölherstellung aus Kohle. Der Kautschuk vollzog noch einen gewaltigeren Sturz. *"Bis zum Beginn des 2. Weltkrieges schloß das Interesse der Standard an einer Entwicklung des künstlichen Kautschuks und es bedurfte des arabischen Ölboykottes im Jahre 1974, um ihr Interesses an der Ölgewinnung aus Kohle wieder zu erwecken."*⁹

3.2. Die Beziehungen der I.G. zur NSDAP

3.2.1. Wahlspenden, damit es die letzte Wahl werden sollte

Die Weltwirtschaftskrise und der Ölpreisverfall konnten Bosch nicht von seinem Kohlehydrierungsprojekt abbringen. Im Direktorium der I.G. gab es jedoch eine Gruppe, die anderer Meinung als Bosch war. Man erklärte ihm, daß Leuna sofort geschlossen werden müsse und daß das Projekt eine unverantwortliche Belastung für die I.G. sei, die bereits unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise litt. Obwohl man bis 1930 bereits 300 Millionen Reichsmark in das Projekt gesteckt hatte, war das Verfahren immer noch nicht wirtschaftlich nutzbar. Zwar erhielten Bosch und Bergius im Herbst 1931 den Nobelpreis für Chemie "in Anerkennung ihrer Beiträge zur Erforschung und Entwicklung von Methoden der Hochdruckchemie", der Preis des synthetischen Benzins lag aber immer noch bei 40 und 50 Pfennig pro Liter, während Benzin aus Rohöl nur 7 Pfennig kostete. Ohne staatliche Subventionierung war es nicht möglich, Öl aus Kohle gewinnbringend herzustellen.¹⁰

Als 1931 Hitlers Angriffe gegen Konzerne mit hoher jüdischer Beteiligung wuchsen, wurde die I.G. zu einem bevorzugten Ziel der Nazis. Die Firmenleitung reagierte bestürzt auf alle Angriffe dieser Art und versuchte über Heinrich Gattineau, den Pressereferenten Carl Duisbergs, der SA-Standartenführer war und über ausgezeichnete Verbindungen zu den Nazis verfügte, eine Einstellung der Angriffe zu erreichen. Gattineau hatte Erfolg und wurde von Carl Bosch in

⁷ Borkin, S. 53f

⁸ Borkin, S. 54

⁹ Zitat Borkin, S. 54

¹⁰ Borkin, S. 55

das für Nazikontakte strategisch günstiger gelegene Pressezentrum der I.G. in Berlin geschickt ¹¹.

Nun hielt Bosch auch *"die Zeit für gekommen, Verbindung mit Hitler aufzunehmen und dessen Engagement für das Ölsyntheseprojekt (...) zu erkunden - man wollte wissen wie man dran war, sollte Hitler Kanzler werden."* ¹² Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 gewann die NSDAP 230 von 608 Mandaten und wurde stärkste Partei Deutschlands. Als die Regierung Papen gestürzt wurde, löste Hindenburg den Reichstag auf und setzte für den 6. November 1932 Neuwahlen an. Bosch schickte Gattineau und Bütetisch, der seit 1920 Mitarbeiter in der BASF, anerkannter Experte auf dem Gebiet der Hochdruckchemie und verantwortlicher technischer Leiter der Leuna-Werke war ¹³, zu Hitler, der mit ihnen lange angeregt über die Kohlehydrierung diskutierte. Während des Gesprächs entwickelt Hitler einen Plan, der Deutschlands Unabhängigkeit von Ölimporten herbeiführen sollte und den er mit Hilfe der I.G. ausführen wollte. Hitler versicherte den I.G.-Vertretern dafür volle politische und finanzielle Unterstützung. ¹⁴

Als einige Tage später die NSDAP bei den Neuwahlen 34 Sitze verlor, kamen die deutschen Industriellen Hitler zu Hilfe. 38 Vertreter der Industrie bezogen öffentlich Stellung für Hitler, unter ihnen Schacht und von Schröder aus dem Bankwesen, Cuno vom norddeutschen Lloyd, Krupp, Vögler und Thyssen aus der Stahlindustrie, Siemens und Robert Bosch aus der Elektroindustrie. Die I.G. beteiligte sich noch nicht. Bosch war noch nicht bereit öffentlich Stellung zu nehmen. ¹⁵

Reichspräsident Hindenburg zeigte sich unbeeindruckt von dieser Demonstration und beauftragte Kurt von Schleicher mit der Regierungsbildung. Schleicher gelang es jedoch nicht, eine stabile Regierung zu bilden, so daß Hindenburg schließlich am 30. Januar 1933 Hitler zum Kanzler ernannte. Schon auf den 5. März waren die nächsten Wahlen angesetzt.

Am 20. Februar bestellte der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der zu den aktivsten Helfern Hitlers aus der Industrie und Hochfinanz gehörte, die führenden deutschen Industriellen und Finanziere zu einem geheimen Treffen in das Haus von Hermann Göring. Diesmal war die I.G. dabei. Schacht erbat Spenden in Höhe von insgesamt 3 Millionen Reichsmark, um damit Hitlers Wahlkampf zu unterstützen. Hitler informierte dabei persönlich über eine bevorstehende Koalition von NSDAP und DNVP, und betonte, daß beide Parteien die Mehrheit in der kommenden Reichstagswahl erzielen müßten. ¹⁶ Georg von Schnitzler, der auf Boschs Anweisung dabei war, versprach im Namen der I.G. 400.000 RM, die bei weitem größte Einzelspende ¹⁷, *"damit es die letzte Wahl werden sollte"*. ¹⁸

Bei den Wahlen am 5. März waren die Nazis prompt wieder erfolgreicher. Sie verbuchten einen Stimmenzuwachs von 5,5 Millionen WählerInnen - ausreichend, um Hitler als Kanzler einer Koalitionsregierung zu belassen.

¹¹ Borkin, S. 56

¹² Zitat Borkin, S. 57

¹³ vgl. Tammen, S. 283 u. Schneckenburger, S. 58

¹⁴ Zeugenaussage H.Bütetisch bei den Nürnberger Prozessen NI8637, S. 15 (nach Borkin, S. 57)

¹⁵ Borkin, S. 57f

¹⁶ Eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzler vom 10.11.1945, HAB335, 10, Nr.173, Beweis-Dokument EC-439 (nach Schneckenburger, S. 60)

¹⁷ vgl. Borkin, S. 58

¹⁸ Zitat Köhler, S. 221f

3.2.2. Die zustimmende Aufnahme faschistischer Politik in der I.G. und der Benzinpakt

Genau einen Monat nach dem Treffen der Industriellen wurde am 20. März 1933 in Dachau das erste Konzentrationslager errichtet. Carl Bosch begrüßte solche Einrichtungen, da in den diversen Arbeitslagern die *"verkommene Arbeitslosenjugend"* zu *"fröhlichen Menschen, die auf ihre Arbeit stolz sind"* erzogen würde.¹⁹

Innerhalb weniger Wochen änderten sich die Verhältnisse in Deutschland radikal. Der Machtergreifungsprozeß der Nationalsozialisten erhielt durch das verfassungsändernde Ermächtigungsgesetz eine formale Legalisierung und der schon entbrannte Kampf gegen Kommunisten, Gewerkschaften und Sozialdemokraten weitete sich noch rapider aus. Daß diese Politik mehrheitlich von den I.G. Farben unterstützt wurde, geht auch aus einem Schriftstück der BAYER Pharma-Abteilung 1933 an ihre US-Tochterfirma Winthorp Chemical Corp. New York hervor. In diesem Schriftstück "sollte den Auslandsvertretungen ein Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt bietet" gegeben werden.²⁰

"(...) Das alte parlamentarische System hatte im Wettlauf der politischen Ideen den Atem verloren und mußte dem Gedanken des politischen Führertums Platz machen.(...)Deutschland ein Spielball in den Händen der Versailler Vertragspartner. (...) Aber ohne Zögern und mit größter Energie ging die Regierung ans Werk. Innerhalb weniger Monate wurden die Verhältnisse grundlegend umgestaltet. Im Inneren gab der Reichstagsbrand das Signal zum Kampf gegen Kommunisten und Marxisten, die drauf und dran waren, im bewaffneten Aufstand Deutschland aufs neue an den Rand des Abgrundes zu bringen. Mit eiserner Faust wurde durchgegriffen und das Land gereinigt. Das Volk bekam Ruhe.

(...) Im ganzen gesehen hat seit dem Beginn der nationalsozialistischen Revolution die geistige und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands einen starken Aufschwung genommen. (...)

Das Dritte Reich hat sich unter der Führung Adolf Hitlers binnen kürzester Zeit konsolidiert. Es ist aus der Welt nicht mehr fortzudenken; alle Boykott- und Greuelhetze wird auf die Dauer an der friedlichen Gesinnung des deutschen Volkes zerschellen.

Das deutsche Volk hat nach jahrelangem Irrweg den



Die richtigen Fahnen in der Werkszeitung (O.M.G.U.S.)

¹⁹ zitiert nach Köhler, S. 222

²⁰ vgl. NI-10267, "Bayer Meister Lucius" Pharmazeutische Abteilung I.G.; Direktion an die Geschäftsleitung der Winthorp Chemical Corp., New York und an die Geschäftsleitung des Bayer Co. Export Department, New York vom 14.12.1933, gezeichnet: Mann (Wilhelm Rudolf Mann, hochdekorierter Kriegsveteran und Sohn eines Gründers der I.G.Farben, war Verkaufsleiter bei Bayer und stellvertretendes Mitglied des I.G.Farben-Vorstandes), hier zitiert nach Schneckenburger, S. 62 u.S. 151 (vgl. auch Tammen, S. 295 u.S. 435)

*Glauben an sich selbst wiedergefunden. Eine neue Periode deutscher Geschichte hat begonnen und mit ihr ein neuer geistiger und wirtschaftlicher Aufstieg, dessen erste Anzeichen wir soeben erleben."*²¹

Die I.G. befand sich auf dem besten Wege zu guten Beziehungen unter dem neuen Regime. Sie verknüpfte ihre Aktivitäten eng mit denen der NSDAP und deren Hilfsorganisationen. Gleichzeitig gab es eine enge und ausdauernde Zusammenarbeit mit dem Oberkommando der Wehrmacht, mit dessen Wirtschafts-, Spionage- und Spionageabwehrabteilung.²² Die gesamte wirtschaftliche, finanzielle und personelle Macht des so perfekt organisierten Konzernapparates wurde dabei zur Interessenvertretung eingesetzt.²³

Hermann Schmitz wurde zum Ehrenabgeordneten der NSDAP im Reichstag ernannt, wodurch seine Unterstützung der Ziele Hitlers unterstrichen wurde. Schnitzler eröffnete in Berlin einen Salon, in dem ausländische Industrielle und Politiker die Möglichkeit hatten, sich mit hochgestellten Nationalsozialisten zu treffen. Boschs junger Schützling Heinrich Bütefisch wurde Sturmbannführer der SS und vertrat die I.G. im "Freundeskreis Heinrich Himmler", in dem sich Exponenten der größten deutschen Industriekonzerne versammelt hatten.²⁴

Natürlich ließ die I.G. der NSDAP und ihren Organisationen auch umfangreiche finanzielle Unterstützung zukommen. Beträge über 2.000 RM konnten dabei nur nach Rücksprache mit Bosch oder Schmitz angewiesen werden.²⁵ Vor allem durch ihre Beteiligung an der von den Industriebranchen eingerichteten "Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" leistete die I.G. einen sehr hohen Finanzierungsbeitrag. Ihr Spendenbetrag - 5% ihrer Jahreslohn- und Gehaltssumme - belief sich im ersten Jahr 1933/34 auf 924.142 Reichsmark.²⁶ Diese bis Kriegsende bestehende jährliche Finanzierung der NSDAP wurde nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsleitung der NSDAP und dem Beauftragten der deutschen Wirtschaft durchgeführt.²⁷ Aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung für die deutsche Industrie darf angenommen werden, daß sich der oben angegebene Betrag der I.G. Farben-Spende in den folgenden Jahren weiter erhöht hat. Darüber hinaus wurden von der I.G. weitere größere Spendenleistungen für eine ihren Interessen entgegenkommende Politik vorgenommen. Gelder flossen an die Machthaber, wenn die politische Entwicklung z. B. eine günstige Ausgangsbasis zur Expansion in Aussicht stellte²⁸ - wie etwa nach der Annexion des Sudetengebietes.²⁹

Die Beziehungen zur militärischen Führung wurden sorgfältig gepflegt. Schon seit einiger Zeit hatte Max Ilgner (der Neffe von Hermann Schmitz), der als Leiter der Zentralfinanzverwaltung der I.G. Farben in Berlin NW7 ein wichtiger Mann für den Konzern war, als Verbindungsmann zum Heereswaffenamt fungiert. Ilgner gehörte einem Wirtschaftskreis um den Leiter des statistischen Reichsamtes Prof. Ernst Wagemann an. Von diesem "Wagemannkreis" ging eine Fühlungnahme mit Funk, dem Wirtschaftsberater der NSDAP, aus, wobei der Kreis neben mehr Informationen über das wirtschaftspolitische Programm der NSDAP vor allem wissen

²¹ vgl. Tammen, S. 295ff; hier zitiert nach Schneckenburger, S. 62f

²² O.M.G.U.S., S. 161

²³ Schneckenburger, S. 66

²⁴ Schneckenburger, S. 65

²⁵ Eidesstattliche Erklärung von Schnitzler, Beweis-Dokument EC-439 (hier nach Schneckenburger, S. 63f)

²⁶ BWA 13/11 Vol.2 Z.A.-Büro vom 8.6.1933; Beratungspunkte Z.A.-Sitzung vom 12.6.1933 Anlage 3, Spenden; hier zitiert nach Tammen, S. 303

²⁷ vgl. Schneckenburger, S. 64

²⁸ vgl. Schneckenburger, S. 65

²⁹ vgl. Kapitel 4 "Die I.G. Farben im II. Weltkrieg"

wollte, wie sich die NSDAP zu Reformvorschlägen seinerseits stellen würde. Diese Kontaktaufnahmen wurden schon lange vollzogen, bevor die NSDAP mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.³⁰ Über Ilgner wurde die I.G. unter anderem auch von Juni 1933 an am geheimen Aufbau der illegalen Luftwaffe des Dritten Reiches, einer direkten Verletzung des Versailler Vertrages, beteiligt.³¹

Mitte 1933 erhielt Carl Krauch einen Besuch von General Erhard Milch. Milch war Staatssekretär im Luftfahrtministerium und galt als Görings rechte Hand. Er erbat von Krauch einen genauen Bericht über Deutschlands Produktionskapazität für Mineralöle. Am 15. September 1933 überreichte Krauch seine Untersuchungsergebnisse über die deutsche Treibstoffwirtschaft. Er entwickelte einen Vier-Jahres-Plan zur Ausweitung der Produktion einheimischer Treibstoffe, der die dreieinhalbfache Steigerung der Treibstoffherstellung aus inländischen Rohstoffen vorsah. Das Hydrierverfahren der I.G. nahm in Krauchs Plan eine zentrale Stellung ein. Milch und die Offiziere des Luftfahrtministeriums stimmten diesem Plan zu und schlugen ein "gemeinsames energisches Vorgehen" vor.³²

Nur die I.G. konnte Hitler die Unabhängigkeit von Öllieferungen verschaffen. So wurde am 14. Dezember 1933 der von Hitler persönlich befürwortete Vertrag von Bosch und Schmitz im Namen der I.G. auf der einen und Vertretern des Dritten Reiches auf der anderen Seite unterzeichnet. Danach sollte die I.G. ihre Anlagen in Leuna so ausbauen, daß bis Ende 1937 eine Kapazität von 300-350.000 t Öl jährlich erreicht würde. Als Gegenleistung versprach das Reich einen Garantiepreis, der den Produktionskosten entsprach und dazu eine 5%-ige Rendite garantierte. Großzügige Abschreibungsvereinbarung und die Garantie für den Verkauf allen Öls, das die I.G. nicht selbst verkaufen konnte, rundeten den "Benzin-Vertrag" ab.³³ Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann die I.G. Deutschlands vollständige, militärisch und politisch so wichtige Unabhängigkeit garantieren konnte. *"Die I.G. brauchte sich nicht mehr um die Finanzierung des Projekts und Hitler erst im Mai 1944, als die US-Luftwaffe die Leuna-Werke zerstörte, um den Ölnachschub zu sorgen."*³⁴

Ende 1933 traten Vertreter des Heereswaffenamtes und des Reichswirtschaftsministeriums an die I.G. heran, um sie zu einer Wiederaufnahme des Buna-Projektes zu bewegen. Für Hitler war Buna von militärischer und propagandistischer Bedeutung, so daß er Erfolge der I.G. nicht abwarten wollte. Auf dem 7. Reichsparteitag in Nürnberg am 11. September 1935 verkündete er, man könne das Problem der Kunstkautschukherstellung als endgültig gelöst ansehen und die erste Fabrik zu diesem Zweck werde sofort gebaut.³⁵

Die I.G. hatte die Ermunterung die sie brauchte. Bosch entschied sich zum Bau einer weitläufigen Buna-Fabrik in Schkopau nahe Leuna und schon bald wurden die Bauarbeiten aufgenommen.

³⁰ Tammen, S. 276

³¹ Borkin, S. 60

³² Borkin, S. 61

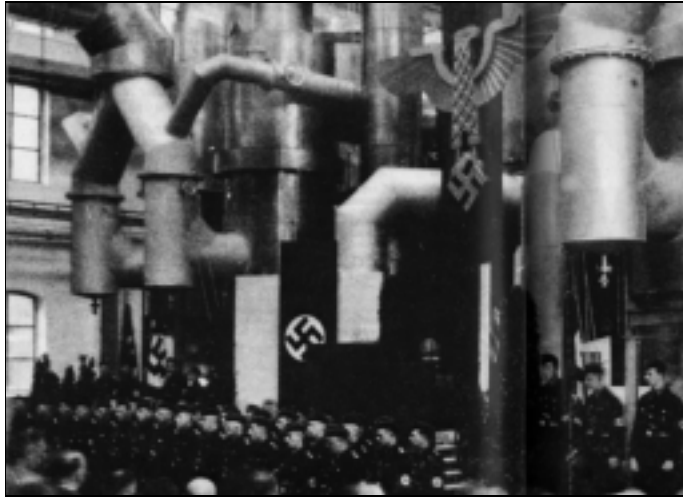
³³ Amerikanisches Nationalarchiv, Benzin Contract, 14.12.1933 (nach Borkin)

³⁴ Zitat Borkin, S. 62

³⁵ Borkin, S. 64

3.2.3. Personelle Veränderungen und "Nazifizierung" der I.G.

Fritz Haber, der Jude war, wurde trotz heftiger Proteste des I.G.-Vorstandes von den Nazis gezwungen, seinen Lehrstuhl an der Berliner Universität aufzugeben. Er verließ Deutschland und starb im Januar 1934 in Basel.³⁶



Betriebsappell in einem I.G.-Werk 1938 (O.M.G.U.S.)

Carl Duisberg starb am 19 März 1935 als *"einer der ersten Pioniere der deutschen Chemie, ein erfolgreicher Führer und einer der großen Organisatoren der deutschen Wirtschaft"* wie Hitler in seinem Telegramm an Duisbergs Witwe schrieb.³⁷

Das Jahr 1937 brachte eine weitere entscheidende Veränderung des Charakters der I.G. Die Mitgliedschaft in der NSDAP wurde energisch ange- raten und fast alle Direktoren, die nicht bereits wie Hermann Schmitz, Heinrich Hörlein, Wilhelm Mann, Fritz Gajewski und Hans Kühne Mit- glieder waren, traten in die Partei ein. Zu diesen gehörten Carl Krauch, Fritz ter Meer, Georg von Schnitzler, Max

Ilgner, Otto Ambros, Friedrich Jähne, Christian Schneider, Karl Wurster, Carl Lautenschläger und Ernst Bürgin. Bezeichnenderweise wurden in diesem Jahr auch alle jüdischen Direktoren entfernt: Carl von Weinberg, Arthur von Weinberg, Otto von Mendelssohn-Bartholdy, Richard Merton, Ernst von Simson, Alfred Merton, Wilhelm Pelzer und Gustav Schlieper. Ein Drittel des gesamten Aufsichtsrates wurde seiner Aufgaben enthoben - und einige von ihnen starben später erbärmlich in Ghettos oder KZs.³⁸

3.2.4. Spionage und Kriegsvorbereitungen

Im gleichen Jahr bat das Luftfahrtministerium Carl Krauch um die Unterstützung in einer wichtigen Angelegenheit: Die Luftwaffe besaß keine ausreichenden Bleitetraethyl-Vorräte für den Fall, daß Hitlers geplanter Überfall auf die Tschechoslowakei in einen Krieg ausufern sollte.

Die I.G. bot der Standard-Oil eine Partnerschaft zum Bau von Fabrikationsanlagen in Deutschland an. Die Ethyl-Export-Corporation, einer Tochterfirma der Standard-Oil, und die I.G. schlossen ein Abkommen über die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens. Die so entstandene "Ethyl GmbH" sollte die deutschen Bleitetraethyl-Anlagen bauen und betreiben. Die Naziregierung unterstützte die I.G. in der Ausnutzung ihrer Beziehungen zur Standard-Oil, um technisches Wissen und andere Vorteile zu erlangen, achtete aber gleichzeitig aufs strengste darauf, daß dieser Informationsaustausch nur in einer Richtung erfolgte.³⁹ Da diese Anlagen nicht vor Ende 1939 hätten fertiggestellt werden können, bat das Luftfahrt- ministerium, das von den Beziehungen der I.G. zur Standard-Oil wußte, um die Beschaffung

³⁶ Borkin, S. 59f

³⁷ zitiert nach Köhler, S. 228

³⁸ nach Borkin, S. 72; vgl. Köhler, S. 227

³⁹ Borkin, S. 76

von 500 t des so dringend benötigten Treibstoffzusatzes aus US-amerikanischen Beständen. Krauch und Schmitz verhandelten daraufhin mit der Ethyl-Export-Corporation, woraufhin noch innerhalb eines Monats mit den Lieferungen begonnen wurde. Die letzte Teillieferung traf denn auch noch rechtzeitig vor Hitlers geplanten Invasionstermin ein.⁴⁰

Im August 1939 wurde offensichtlich, daß ein Krieg in Europa nicht mehr zu vermeiden war. Sollte der Krieg auch zu einem Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten führen, mußten Standard-Oil und die I.G. mit ernsthaften Konsequenzen, nämlich der Beschlagnahmung ihrer gemeinsamen Unternehmen und Anteile, rechnen. So wurden Anteile und Patente so verteilt, daß die deutschen Interessen nicht gefährdet werden konnten.

Standard-Oil erhielt die USA und die alliierten Länder, die I.G. den Rest der Welt als Absatzmärkte. Die I.G. hatte die Option, die Beziehungen jederzeit wieder so herzustellen, wie sie vor Kriegsbeginn bestanden hatten.⁴¹

Es handelte sich folglich um Maßnahmen zur Tarnung der I.G.-Beteiligungen für die Dauer des Krieges. Bei den Patenten wurde so verfahren, daß die I.G. die Abkommen zur Patentüberschreibung zwar bestätigte, die technischen Informationen aber so lange nicht zur Verfügung stellte, bis die offiziellen Geschäftsverbindungen 1942 von Staats wegen abgebrochen werden mußten. Ähnlich verfuhr die I.G. mit anderen ausländischen Beteiligungen und Geschäftspartnern.⁴²

Die Standard-Oil-Company, die 1972 in Exxon-Corporation umbenannt wurde und in Deutschland unter dem Namen ihrer Tochtergesellschaft ESSO AG arbeitet, ist heute der größte Mineralölkonzern der Welt.⁴³

3.3. Die I.G. rüstet für den Krieg - Carl Krauch als Munitionsdiktator

"Aber erst im Kriege vermochte die deutsche Chemie, die große Probe auf ihre Bewährung zu liefern. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß ein moderner Krieg ohne die Ergebnisse, die die deutsche chemische Industrie unter dem Vierjahresplan erzielte, unvorstellbar wäre." (Dr. von Schnitzler, Zentrallausschußmitglied des Vorstands der I.G., 10. Februar 1943)⁴⁴

Die I.G. sollte - in vollem Bewußtsein der Vorbereitung eines Angriffskrieges - die Führungsrolle bei den industriellen Kriegsvorbereitungen übernehmen. Allen beteiligten führenden Männern in der I.G. war das Streben nach Macht und Geld wichtiger als das Leiden und der Tod von Millionen, die fallen mußten, damit die Gewinne stiegen.

Die Fabriken und Laboratorien der I.G. machten Überstunden für Hitlers geplanten Überfall auf die Welt. Eine auszugsweise Liste der Produkte, die die I.G. für Deutschlands Wiederaufrüstung herstellte, beweist wie unersetzlich die I.G. war. 1943 sollten auf die I.G. Farben folgende Produktionskapazitäten entfallen: 100% der deutschen Methanolproduktion, die für die Herstellung von Kunststoffen, Kunstharzen und Kautschuk unerläßlich war, 100% der Seren und Schmieröle, 95% der Giftgase, 95% der gesamten Nickelförderung in Deutschland, 92% der Plastiziermittel, 90% der organischen Zwischenprodukte, 90% der Kunststoffe, 88%

⁴⁰ Borkin, S. 75

⁴¹ Borkin, S. 81ff

⁴² Borkin, S. 85

⁴³ Meyers Gr.Taschenlexikon, 1987, Bd. 6, S. 303

⁴⁴ O.M.G.U.S., S. 2

des Magnesiums, das für die deutsche Flugzeug- und Brandbombenherstellung unentbehrlich war, 84% der Sprengstoffe und 75% des Stickstoffs, der für die Sprengstoffherstellung notwendig war. Mehr als 60% der gesamten von der I.G. hergestellten Hauptprodukte waren für die Wehrmacht von erstrangiger Bedeutung.⁴⁵

Carl Krauch sollte der Mann werden, der die I.G. in den Mittelpunkt der Kriegsvorbereitungspläne führen sollte. Und Carl Krauch war kein Mann, der die Entwicklungen dem Zufall überlassen wollte - seine ersten offiziellen Kontakte mit den Nazis begannen schon 1933.

Er sorgte dafür, daß die I.G. in der Person Max Ilgners schon im Juni 1933 am geheimsten Unternehmen des damals noch jungen 3. Reiches beteiligt wurde - nämlich dem (völkerrechtswidrigen) Aufbau einer illegalen Luftwaffe, für welche die I.G. die Versorgung mit Flugzeug-Benzin gewährleisten wollte. Schon am 15. September 1933 (!) überreichte Krauch seinen Bericht über die deutsche Treibstoffwirtschaft und entwickelte einen **Vierjahresplan** zur Ausweitung der Produktion einheimischer Treibstoffe. Das Hydrierverfahren der I.G. nahm hierbei (ganz nebenbei) eine zentrale Stellung ein. Dieser Plan, der schon 1932 formlos mit Hitler als **Benzinpakt** abgeschlossen worden war, wurde schließlich in eine rechtsgültige Form gebracht und am 14. Dezember 1933 von Bosch und Schmitz im Namen der I.G. und von Vertretern des 3. Reiches unterzeichnet (s.o.). Der Vertrag sicherte der I.G. den Schutz vor der Pleite (aufgrund der riesigen Fehlinvestitionen in die Hydriertechnik) und den Nazis die Treibstoffversorgung für einen ganzen Krieg. Die I.G. hatte im Jahr 1933 und Anfang 1934 rund 2 Mio. RM in die NSDAP und Adolf Hitler investiert - ohne diesen Vertrag hätte sie 300 Mio. RM als Verluste abschreiben müssen. Investitionen in Politiker haben eben stets - genau wie heute - die höchste Rendite.

Im Oktober 1934 war es wieder Carl Krauch, der am zuständigen Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht vorbei für das Reichswehrministerium den ersten großen Mobilisierungsplan für Mineralöl erstellte. Und er war es auch, der im Juli 1935 Staatssekretär Milch in Oppau herumgeführt hat, um ihm die Leistungsfähigkeit der I.G. zur Unterstützung der (noch illegalen) Luftwaffe zu zeigen.

Schon im März jenen Jahres hatte die I.G. eine Denkschrift für den Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums vorgelegt, und verlangt *"eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einem straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert."*⁴⁶ Die in dieser Denkschrift offen dargelegten Kriegsvorbereitungen müssen auch in im Zusammenhang *"mit dem Übergang zum offenen Aufbau der Luftwaffe"* gesehen werden.⁴⁷

Diese Denkschrift von 1935 zeigt sich deutlich als eine präventive und definitiv gewollte Maßnahme des Konzerns, in den absehbaren Rüstungsplanungen eine - wenn nicht gar **die** - entscheidende Rolle zu spielen. Und damit eben dies möglichst reibungsfrei und effektiv funktionieren konnte, wurde im September 1935 *"zur Vereinheitlichung und Zusammenfassung aller Aufrüstungsangelegenheiten und zur Gewährleistung einer ständigen Verbindung vor allem*

⁴⁵ vgl. O.M.G.U.S., S. 16

⁴⁶ Trials of War Criminals, Bd. 7, Washington 1952, S. 575 (rückübersetzt), hier zitiert nach Köhler, S. 251

⁴⁷ D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, S. 41, Berlin 1984, hier zitiert nach Schneckenburger, S. 80

mit den militärischen Stellen die **Vermittlungsstelle W** (W wie Wehrmacht) geschaffen." ⁴⁸ Die Oberleitung dieser Vermittlungsstelle W in der Berliner I.G.-Niederlassung hatte kein geringerer inne als - wie könnte es anders sein - Carl Krauch.

Und als schließlich Göring im April 1936 zum Generalkommissar eines neugegründeten **Rohstoff- und Devisenstabs** ernannt worden war, avancierte kein anderer als Carl Krauch zum dortigen Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung (F+E) dieses Stabes.

Selbstverständlich "mußte" Krauch seine hohen Posten bei der I.G. auch noch nach seinem Eintritt in Görings Behörde behalten. Er blieb Mitglied des Direktoriums der I.G. und Chef der Abteilung für Hochdruckchemie. Außerdem nahm er weiter seine Aufgaben als Leiter des Berliner Zentralbüros der I.G. wahr, aus dem zwei der führenden Mitarbeiter - Gerhard Ritter und Johannes Eckell - in Krauchs F+E-Büro versetzt wurden. ⁴⁹



Göring im Gespräch mit Hermann Schmitz und Carl Krauch
(O.M.G.U.S.)

Parallel zu dieser Entwicklung war schon seit einiger Zeit ein Disput zwischen Hjalmar Schacht und Göring bzw. Krauch am Schwelen, der im August 1936 seinen Höhepunkt erreichte: Schacht, Reichsbankpräsident, Reichswirtschaftsminister und (gerade noch) Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft, weigerte sich aufgrund seiner Kenntnisse der Finanzpolitik zunehmend, die äußerst kostenintensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der I.G. durch den Staat bezahlen zu lassen, und plädierte stattdessen für Vorratshaltung und günstige Einkäufe auf dem Weltmarkt. Die Nazis und die I.G. hingegen wollten ein möglichst autarkes Deutsches Reich, und zur Erreichung dieses Zieles sollte kein Preis zu hoch sein (was dem Geldbeutel der I.G. wiederum nicht unrecht war).

Doch diese kräftezehrenden inneren Reibereien innerhalb des Rüstungsmanagements um die effektivsten Methoden zur Aufrüstung sollten - I.G. sei Dank - bald beendet werden.

Die Entscheidung fiel am 26. August 1936, kurz nach der "Olympiade des Friedens", in Berlin. An diesem Tage präsentierte Hitler eine mit Hilfe von Krauchs Vorgaben (am deutlichsten zu erkennen unter III. und IV., s.u.) geschriebene "Geheime Denkschrift", die das militärische Konzept einer "Vorwärtsverteidigung gegen den Bolschewismus" behandelte:

"Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! Es ist ein Kapitalirrtum zu glauben, daß über diese Punkte irgend ein Verhandeln oder ein Abwägen stattfinden könnte mit anderen Lebensnotwendigkeiten.(...)

Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Fragestellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein! (...) Es

⁴⁸ Eidesstattliche Erklärung Gorr, Fall 6, Film 410, Dokument B 6, S. 52ff, NI-7611, hier zitiert nach Schneckenburger, S. 80

⁴⁹ vgl. Borkin, S. 67

gibt nur ein Interesse, und das ist das Interesse der Nation, und eine einzige Auffassung, das ist die, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich in die Lage der Selbsterhaltung gebracht werden muß. (...)

I. Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit, und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit. Interessen einzelner Herren dürfen dabei keine Rolle mehr spielen. (...)

II. Zu diesem Zwecke sind auf allen Gebieten, auf denen eine eigene Befriedigung durch deutsche Produktionen zu erreichen ist, Devisen einzusparen. (...)

III. In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffherstellung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärts zu treiben und binnen achtzehn Monaten" - einen Monat nach Ablauf dieses Termins erfolgt der erste Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in ein anderes Land - "zum restlosen Abschluß zu bringen. Die Aufgabe ist mit der selben Entschlossenheit wie die Führung eines Krieges anzufassen und durchzuführen; denn von ihrer Lösung hängt die kommende Kriegführung ab und nicht von einer Bevorratung mit Benzin. (...)

IV. Es ist ebenso augenblicklich die Massenfertigung von synthetischem Gummi zu organisieren. Die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt wären und ähnliche Ausflüchte haben von jetzt ab zu schweigen. (...) Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. Dies geht das Wirtschaftsministerium gar nichts an. (...) Entweder wir besitzen heute eine Privatwirtschaft, dann ist es deren Aufgabe, (...), oder wir glauben, daß die Klärung der Produktionsmethoden Aufgabe des Staates sei, dann benötigen wir keine Privatwirtschaft mehr. (...)

V. Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist ebenfalls gänzlich belanglos, denn es ist immer noch besser, wir erzeugen in Deutschland teurere Reifen und können sie fahren, als wir verkaufen⁵⁰ theoretisch billige Reifen, für die das Wirtschaftsministerium aber keine Devisen bewilligen kann. (...)

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein." ⁵¹

Eine deutlichere Zustimmung zu einer bedingungslosen Finanzierung und Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsinteressen der I.G. von politischer Seite und eine klarere Absage an die Spar- und Vorratshaltungspläne des amtierenden Generalbevollmächtigten für die Wehrwirtschaft Hjalmar Schacht hätte wohl kaum gegeben werden können. Die I.G. konnte mit Krauch höchst zufrieden sein. Leider mußten Hitler und die I.G. wegen der "Zwischenfälle" in Polen diese Zeitvorgabe aber noch um ein Jahr verkürzen und den Krieg schon 1939 beginnen.

Dieses Memorandum, von dem bezeichnenderweise Schacht als eigentlich Betroffener absichtlich keine Kopie erhalten hatte, war so eindeutig, daß Kriegsminister Werner von Blomberg daraufhin von Göring eine Erhöhung des Wehretats für 1937 um 42% erbat!

⁵⁰ müßte eigentlich "kaufen" heißen

⁵¹ Trials of War Criminals, Bd. 7, Washington 1952, S. 787ff und D. Eichenholtz/W. Schumann, Anatomie des Krieges, Berlin 1969, S. 144-150, hier zitiert nach Köhler, S. 246ff

Sechs Wochen später wurde Göring von Hitler zum "Beauftragten des Vierjahresplans" ernannt und versetzte seine bisherigen Mitarbeiter des Rohstoff- und Devisenstabes in das neue **Amt für den Vierjahresplan**.

Carl Krauch blieb Leiter der F+E-Abteilung, mit einem Stab von Mitarbeitern, der hauptsächlich aus der I.G. kam. So erhielt z.B. Johannes Eckell die Leitung der Abteilung für die Entwicklung des Kunstkautschuks - und die I.G. konnte ihre Verhandlungen über das Buna-Projekt von nun an erfreulicherweise direkt mit Eckell (ihrem ehemaligen Mitarbeiter) führen.⁵² Dies war kein Einzelfall, denn im Herbst 1939 waren immerhin 20 der 98 akademisch vorgebildeten F+E-Mitarbeiter Angestellte der I.G.

Der Vierjahresplan als Ganzes umfaßte an sich Kohle, Eisen und Chemie; jedoch sollte allein die Chemie-Industrie während der nächsten Monate 90% der Mittel erhalten, von denen wiederum 72,7% an die I.G. gingen. Die Größe des Anteils der I.G. veranlaßte den Chef der Abteilung für Chemie-Industrie im Wirtschaftsministerium zu der Bemerkung: *"Der Vierjahresplan war praktisch ein I.G.-Plan."*

Einige Unternehmer protestierten gegen die Bevorzugung der I.G. und die beiden pharmazeutischen Unternehmen Schering und Merck verweigerten die Zusammenarbeit, da sie befürchteten, daß ihre Produktionsgeheimnisse der I.G. zugänglich gemacht würden, ohne daß sie einen entsprechenden Gewinn daraus zögen.⁵³

Schacht schloß sich zwar noch der Opposition gegen die I.G. an, doch seine Tage als Mann von Einfluß im Nazi-Deutschland waren gezählt. Nach seinem Rücktritt als Wirtschaftsminister hatte er bis Ende 1937 alle seine übrigen Ämter verloren und befand sich 1944 (in Folge des Attentats auf Hitler) im KZ.

Das Jahr 1937 brachte dann schließlich auch für die I.G. als Ganzes die entscheidende Veränderung: Direktoren und Aufsichtsräte wurden "nazifiziert" (s.o.) Im August 1938 setzte der I.G.-Manager Carl Krauch zum letztem Ansturm an. Jetzt wollte er alles, was eine Interessengemeinschaft an einem Staat interessieren kann: nicht Führer, nicht Kanzler, nicht Präsident wollte er sein - es genügte ja, die Rüstungspolitik und damit die Wirtschaftspolitik in seiner Hand zu vereinen. Durch die Ereignisse zur Mitte des Jahres 1938 erfuhren Krauchs Machtbefugnisse, und damit der Einfluß der I.G. auf die kommenden Entwicklungen, ihre letzte und definitive Vergrößerung: Es war zwischen dem beim Heereswaffenamt angesiedelten Vierjahresplan-Büro und Krauch zu einer Auseinandersetzung über die geplanten Produktionskapazitäten der chemischen Industrie gekommen. Krauch erreichte, daß Göring beabsichtigte, die Kontrolle über den Vierjahresplan dem Heereswaffenamt zu entziehen und an ihn zu übertragen.⁵⁴ Obwohl das Heereswaffenamt auf seiner Opposition gegen zivile Einflußnahme auf militärische Angelegenheiten beharrte, beendete Göring die leidige Auseinandersetzung zu Krauchs Gunsten und ernannte ihn am 22. August 1938 (der Termin für die Invasion der Tschechoslowakei rückte nahe) zum **Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung**.⁵⁵ Göring übergab damit erstmals die Kontrolle der militärischen Rohstoffbeschaffung direkt in die Hände eines Zivilisten.

Der durch Unterzeichnung des Münchner Abkommens verzögerte Ausbruch des Krieges im Herbst 1938 gewährte Krauch ein weiteres Jahr zur Konsolidierung seiner Macht. Krauchs Herrschaft im Innersten der Macht ist im Grunde genommen als ein Sieg der Privatinitiative eines Weltkonzerns über die institutionellen Regeln staatlicher Machtausübung zu sehen.

⁵² NI-9767, S. 2, beeidigte Erklärung des Erich Gritzbach und NI-7241, S. 9-10, beeidigte Erklärung des Ernst Struss, hier zitiert nach Borkin, S. 70

⁵³ NI-10.035, S. 35, beeidigte Erklärung Hagert

⁵⁴ vgl. Borkin, S. 72f

⁵⁵ vgl. Borkin, S. 74, sowie Köhler, S. 262ff

Krauch war damit letztendlich das geworden, was Duisberg im September 1916 in seinem Brief an Bauer gefordert hatte: **Munitionsdiktator**. Und er war noch weit mehr. Das NSDAP-Mitglied Carl Krauch verkörperte die Einheit von Partei, Staat und I.G. Krauch, der neben dem Amt immer Gelegenheit fand, seine normalen Pflichten als I.G.-Vorstandsmitglied zu erfüllen, war für die I.G. in seiner Doppelfunktion wertvoller als eine Lizenz zum Drucken von Reichsmark.⁵⁶

Die Führungsrolle der I.G. bei den industriellen Kriegsvorbereitungen war zu jenem Zeitpunkt unangefochten. Ihre Fabriken und Laboratorien machten Überstunden für Hitlers geplanten Überfall auf die Welt. Die Tatsache, daß man den Vierjahresplan zu einem I.G.-Plan gemacht hatte, bewies seinen Wert für die I.G. - und für Deutschland. Die eindeutige Abhängigkeit der gesamten deutschen militärischen Versorgung von der I.G. wurde nach Kriegsende von einem amerikanischen Untersuchungsausschuß im O.M.G.U.S.-Bericht (siehe folgende Seiten, vgl. hierzu auch Kap. 5.2) dargestellt:

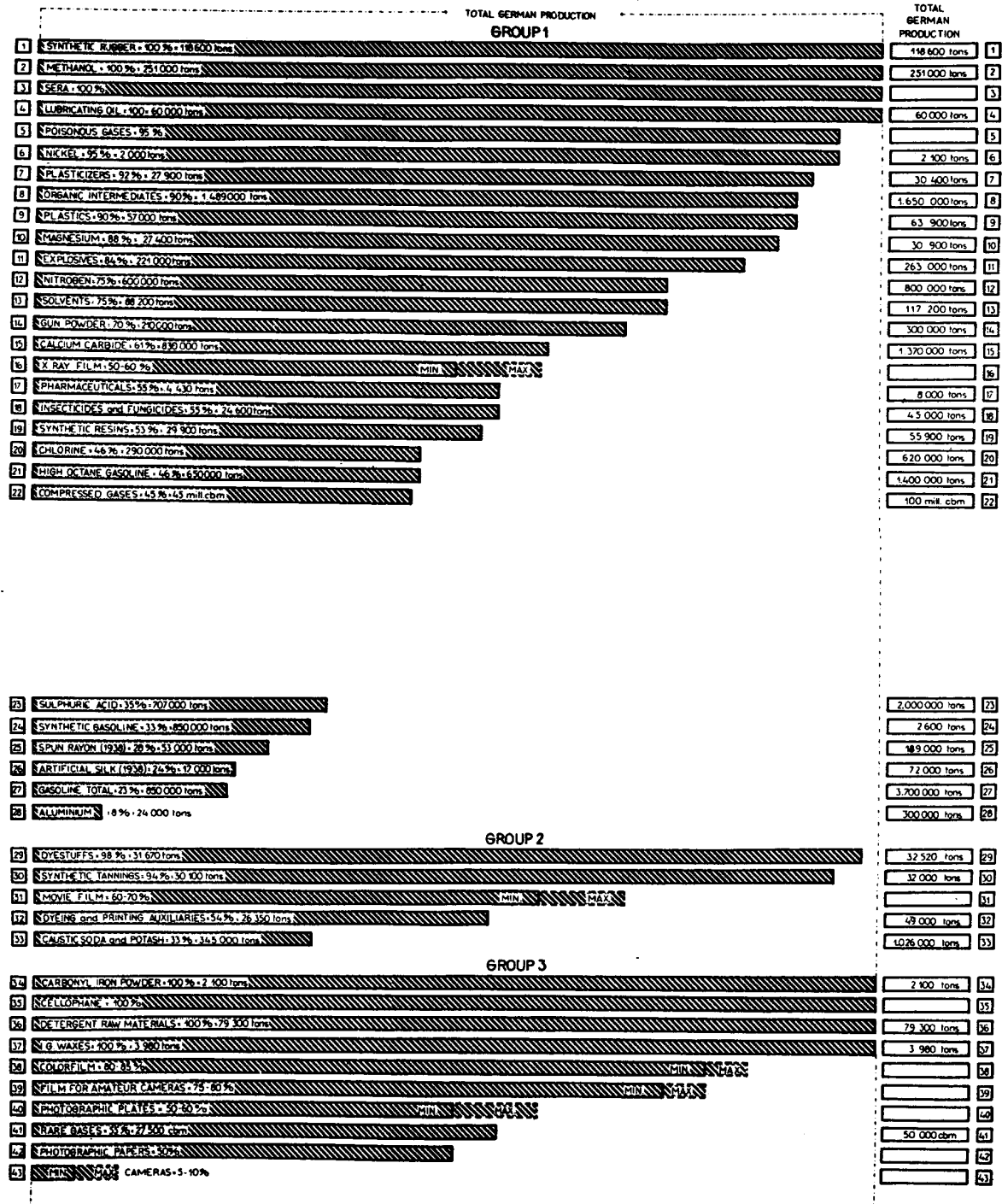
Die zweite Grafik zeigt übrigens deutlich, wie wenig die Produktionskapazität der I.G. unter den "fürchterlichen Kriegszerstörungen" gelitten hat - ganz im Gegensatz zu den massiv zerstörten Städten und Arbeitersiedlungen. Dies als Zufall zu bezeichnen, vermögen wohl nur völlig naive OpportunistInnen. Und spätestens hier wird es erlaubt sein, nach den alten Banden zwischen der I.G. und den USA zu fragen: Warum denn die US-Bomber, die schon seit Jahren ihre Bombenlast über deutsche Arbeiter, über Frauen und Kinder abluden, so entsetzlich lange zögerten, das Herz des deutschen Krieges, die Fabriken der I.G. zu zerstören? Sind große Hydrierwerke wirklich schwerer zu treffen als Frauen und Kinder? Oder ist es so, daß auch in den USA der Glaube an die Unverletzlichkeit des Privateigentums größer ist als der Glaube an die Unverletzlichkeit des Menschen?⁵⁷

⁵⁶ vgl. Köhler, S. 264

⁵⁷ vgl. Köhler, S. 326

THE WEHRMACHT'S DEPENDENCE ON I.G. FARBEN'S PRODUCTION (1943)

(GROUPED ACCORDING TO MILITARY IMPORTANCE)



Abhängigkeit der Wehrmacht von der Produktion der I.G. Farben (1943)

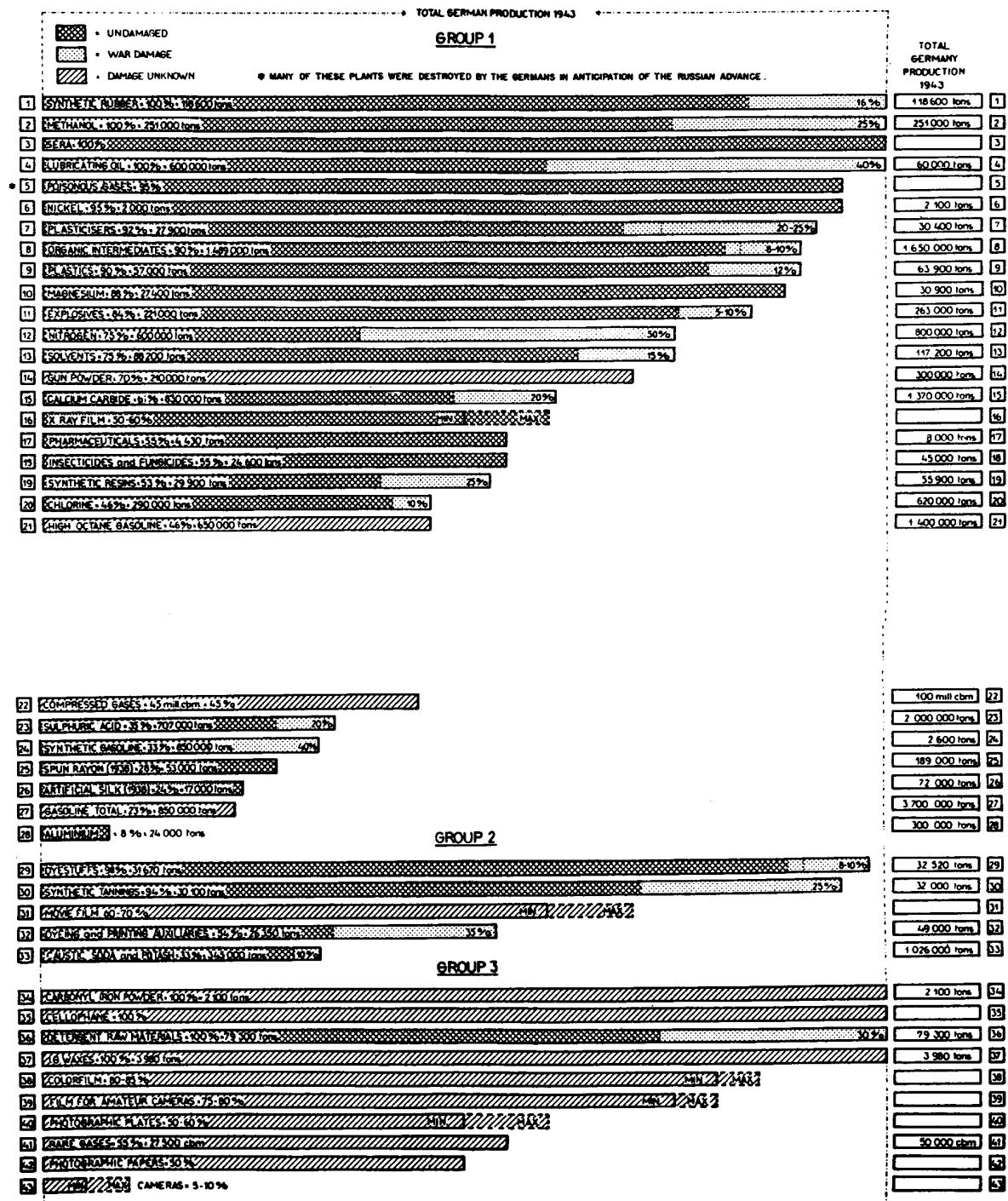
(nach der militärischen Bedeutung gruppiert)

(O.M.G.U.S., S. 348f)

I. G. FARBEN'S MILITARY POTENTIAL ON VE DAY IN COMPARISON TO ITS 1943 PRODUCTION

Summer 1945

(GROUPED ACCORDING TO MILITARY IMPORTANCE)



Kriegswichtige Produktionskapazitäten der I.G. Farben bei Kriegsende im Vergleich mit der Produktion des Jahres 1943 (nach der militärischen Bedeutung gruppiert)
(O.M.G.U.S., S. 350f)

Doch wieder zurück zu den "glücklichen Zeiten" der I.G. und des Dritten Reiches und dem Mann der diesen "Segen" mit seinen geschickten Verhandlungen ermöglichte: Dr. Carl Krauch, der im Jahre 1940, als er auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, wie folgt porträtiert wurde:

"Um die deutsche Rohstoffversorgung sicherzustellen, ist der Vierjahresplan geschaffen. Die Chemie ist der Universalhelfer in diesem Vierjahresplan. Der Hauptsachverständige für Chemie im Rahmen des Vierjahresplanes ist ein Chemiker. Es ist derselbe Chemiker, der sein Feldbett inmitten der Montagestätte aufgeschlagen hatte, als der Bau des Leuna-Werkes in so erstaunlich kurzer Zeit durchgeführt werden mußte. Er hat damals Tag und Nacht dafür gesorgt, daß alles zum Bau Erforderliche rechtzeitig zur Stelle war. Es ist derselbe Chemiker, der später von Carl Bosch den Auftrag erhielt, aufgrund der Erfahrungen mit der Ammoniak-synthese die Benzingewinnung aus Kohle durchzuführen. Er hat bekanntlich auch diese Aufgabe - ebenso wie den Ausbau des Leuna-Werkes - unter rücksichtslosem persönlichem Einsatz und großzügigster Beschaffung aller sachlichen Mittel in erstaunlich kurzer Zeit gemeistert. In seiner Hand liegt jetzt der Bau des großen Rohstoffwerkes des Vierjahresplanes. Er verfügt als Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau außerdem über einen hinreichend großen Stab von Sachverständigen, die ständig viele tausend Vorschläge von Chemikern und Erfindern prüfen und den Stellen, die sie ausführen können, zuleiten. Das deutsche Volk kann die Gewißheit haben: Was sich organisieren läßt, ist organisiert. (...)" ⁵⁸

"(...) Hinter der sich zum letzten Großangriff bereitstellenden deutschen Wehrmacht steht heute mit ungezählten Kämpfern die Großmacht Chemie, Rohstoffe gewinnend, wirtschaftliche Bedarfslücken schließend, mit so manchen Überraschungen aufwartend, die weniger vorauszusehen als auf allen sonstigen Wissensgebieten [sind]." ⁵⁹

Krauch wurde zum Symbol des Rüstungsbeitrags der I.G. Auf einer Geburtstagsfeier zu seinen Ehren bedankte sich Göring bei Schmitz dafür, daß er ihm Krauch überlassen hatte. Als der Krieg schließlich ausbrach und Deutschlands Wehrmacht Europa überrannte, überreichte Hitler Krauch persönlich das "Eiserne Kreuz". Er nannte Krauch einen Mann, der großartige Siege auf dem Schlachtfeld der deutschen Industrie errungen habe. Nach 1948 wurde Prof. Dr. Dr. Carl Krauch Aufsichtsratsmitglied der Buna Werke Hüls GmbH, Marl.

Nie zuvor in der Geschichte der Kriegführung hatten **ein** Industriekonzern und **ein** Industrieller eine so wichtige Position bei der militärischen Planung und Vorbereitung eines Krieges. Schlieffen (vgl. Kap. 1) war wahrhaft tot.

⁵⁸ Walter Greiling, Chemiker kämpfen für Deutschland, Berlin 1940, hier zitiert nach Köhler, S. 252f

⁵⁹ zitiert nach P. W. Schreiber, S. 89 (Buchbesprechung von "Chemiker kämpfen für Deutschland")

Ein Jahr Krieg

Am 1. September jährte sich der Tag des Kriegsbeginns. Geheimrat Dr. Hermann Schmitz, Vorsitz des Vorstandes der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, richtet aus diesem Anlaß folgende Worte an die große I. G.-Gefolgschaft:

Wenn wir auf die verflossenen zwölf Kriegsmonate zurückblicken, so gedenken wir zunächst der herrlichen Erfolge, welche die Deutsche Wehrmacht und das Deutsche Volk unter ihrem genialen Führer erzielt haben. Diese Erfolge stehen unvergleichlich in der Geschichte da. Wir gedenken aller unserer Arbeitskameraden, die zu den Fahnen gerufen wurden, insbesondere derer unter ihnen, die in diesem gewaltigen Ringen den Heldentod fanden und zu ihrer Betriebsgemeinschaft nicht zurückkehren können. Sie werden in unseren Reihen weiterleben, die Sorge um ihre Hinterbliebenen wird auch unsere Sorge sein.

Der Krieg hat auch an unsere Betriebe in technischer und kaufmännischer Hinsicht erhöhte Aufgaben gestellt, welche die äußerste Anspannung der Arbeitskraft jedes Einzelnen bedingen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, alle Mitglieder unserer Betriebsgemeinschaft voller Dankbarkeit und Anerkennung für das Geleistete zu grüßen. Nach wie vor gilt unser restloser Einsatz den Aufgaben, die unser Führer uns weiterhin stellen wird. Ihm und seinen Soldaten gilt unser aller Heimatgruß.

Heil Hitler!
Hermann Schmitz

Rückblick auf 60. Geburtstag von Geheimrat Dr. Hermann Schmitz

Der Führer übertrug Geheimrat Schmitz zu Beginn des Jahres die Aufgabe, die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zu leiten. Seit dem 1. Januar 1940 ist der Herr Geheimrat in der Lage, die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zu leiten. Seit dem 1. Januar 1940 ist der Herr Geheimrat in der Lage, die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zu leiten.



Der Einsatz der deutschen chemischen Forschung „Anorganika“ in der Kriegswirtschaft

Dass die Ergebnisse dieser Forschung die Technik von morgen bestimmen werden, ist unsere feste Überzeugung und daß hierbei die I. G. wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft in der Lage sein werde, wertvolle Beiträge zur Entwicklung des Arbeitsfeldes „Anorganika“ zu liefern, ist unser Wunsch und unsere Hoffnung. Sie wird dann mit dazu beitragen, daß die dem deutschen Volke nach dem erkämpften Endsieg obliegenden großen und neuen Aufgaben ihre Lösung finden.

Dir. Dr. Wurster,
I. G. Ludwigshafen-Opau

Der Führer und Reichkanzler Berlin, den 2. Januar 1941

Für Ihr freundliches Gedanken und die mir zugleich im Namen der Gefolgschaft der I. G. Farbenindustrie zum Neuen Jahre übermittelten guten Wünsche sage ich Ihnen meinen besten Dank; ich erwiddere sie aufrichtig.

Mit Deutschen Gruß !

Ausschnitte aus den I. G. Farben-Werkszeitschriften "Von Werk zu Werk" von September 1940 und Februar 1941 (Schreiber, S. 107)

4. 1939 - 1945: Die I.G. Farben im II. Weltkrieg

4.1. Die "Gleichschaltung" der europäischen Chemie-Industrie

"Im August 1939 brach der Krieg aus. Für ein Unternehmen wie die I.G. (...) bedeutete der Krieg den härtesten Schlag, der es treffen konnte. Wieder waren, wie 1914, alle im Ausland befindlichen Werte gefährdet, wieder sollte die in 20 Jahren Aufbauzeit geschaffene Weltverkaufsorganisation aufs Spiel gesetzt werden. Gleichwohl hat die I.G. für ihr um seine Existenz ringendes Land ihre selbstverständliche Pflicht bis zum bitteren Ende getan."
(Fritz ter Meer in seinem Buch "Die I.G. Farben" über den Zweiten Weltkrieg)

In den fünf Jahren nach dem Abkommen Carl Boschs mit Hitler zur Aufrüstung Deutschlands nach dem Krauch-Plan beschleunigte sich der Abstieg der I.G. auf das Niveau der Nazi-Moral. Während dieser Zeit entwickelte sich die I.G. zum größten Geldgeber der NSDAP. Alle jüdischen Direktoren und leitenden Angestellten wurden entfernt, und die verbleibenden "arischen" Repräsentanten traten der NSDAP bei oder schlossen sich der SS an. Die Nazi-Ideologie wurde zur Grundlage der I.G.-Geschäftspolitik. Wenn auch zunächst von der Errichtung einer ökonomischen Weltmacht Deutschland die Rede war, so war die Unterstützung dieses faschistischen Regimes durch die Wirtschaftsmetropole - in ihren Denkschriften, Gutachten und in Besprechungen mit Regierungsstellen dargelegtem statistisch errechnetem Zahlenmaterial zur Kriegsbewaffnung, in ihren Empfehlungen und Planungsk Kooperationen - ganz im Sinne der staatstragenden Nazi-Ideologie auf die Errichtung einer "tausendjährigen" Weltherrschaft Deutschlands ausgerichtet.¹

Und dennoch befand sich die I.G. erst am Anfang ihres Abstiegs. Während ein Land nach dem anderen unter Hitlers Terrorherrschaft zusammenbrach, verstärkte sich die Bindung der I.G. an die Nazis. Jede Eroberung bildete das Sprungbrett für weitere Eroberungen, um auf den Spuren der Wehrmacht in den besetzten Ländern einzuziehen und ein Wirtschaftsimperium aufzubauen.² "Wie der Schakal hinter dem Löwen zog die I.G. hinter der Wehrmacht in die überrannten Länder ein."³

Die Umsätze der I.G. stiegen in den Jahren des Weltkrieges gewaltig an und überschritten 1943 3 Milliarden Reichsmark - eine Steigerung von rund fünfundfünfzig Prozent gegenüber 1939.

Alle im folgenden aufgeführten TWC-Dokumente (Trials of War Criminals before the Nürnberg Military Tribunals, under Control Council No. 10, US-Government-Printing-Office, 1953) aus Borkin; Dokumente aus dem Amerikanischen Nationalarchiv (National Archives Collection, Word War II Crimes Records) werden mit NI (Nürnberg, Industrielle) bezeichnet.

Alle im folgenden aufgeführten Dokumente aus dem Archiv der NMG Buchenwald (BA), dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen (BA Wolfen) und dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam) aus Schneider/Stein.

¹ Schneckenburger, S. 87

² O.M.G.U.S., S. 193

³ Borkin, S. 91

	Umsätze in Millionen RM ⁴	
	1939	1943
Benzine u. Öle	162	352
Buna u. Kunststoffe	90	406
Wolle u. Kunstseiden	163	219
Leichtmetalle	109	190
Pharmazeutika und Schädlingsbekämpfungsmittel	152	294
Waschrohstoffe	-	42
Synth.-org. Gerbstoffe	8	25
Photoartikel	137	200
Summe	821	1728

4.1.1. Eroberungen zu Kriegsbeginn (Österreich, Tschechoslowakei)

Der Einmarsch nach Österreich am 11. März 1938 bildete den Anfang von Hitlers gewaltsamer Erweiterung des deutschen Territoriums. Schon wenige Tage danach war die I.G. zur Stelle. Sie übergab den Besatzungsbeamten der Nazis ein Memorandum zur Neuordnung der Chemie-Industrie Österreichs. Zentraler Bestandteil dieser "neuen Ordnung" war die Bitte der I.G. um die offizielle Erlaubnis zur Übernahme des größten österreichischen Chemieunternehmens, den Skoda-Werken Wetzler. Die I.G. versprach, daß die Übernahme des österreichischen Unternehmens mit den Zielen des Vierjahresplans und außerdem mit der Beseitigung des jüdischen Einflusses auf die österreichische Industrie übereinstimmen würde.

Die Skoda-Werke Wetzler gehörten zum größten Teil der jüdischen Familie Rothschild. Diese versuchten, die Pläne der I.G. zu durchkreuzen, indem sie Montecatini (Italien) und den Aussiger Verein (Tschechoslowakei) zu einem Zusammenschluß mit Skoda zu überreden versuchten. ⁵ Doch weder Aussiger noch Montecatini wollten gegen die übermächtige I.G. antreten.

Die Skoda-Werke wurden von den NS-Machthabern konfisziert, wodurch es der I.G. möglich war, dieses Unternehmen zu übernehmen, zu reorganisieren und mit den Carbid-Werken Deutsche Matrei AG sowie der Dynamit Nobel AG als neue Gesellschaft, als "Donau Chemie AG", komplett in ihren Besitz zu übernehmen.

Um jedoch die Aneignung gegen mögliche spätere rechtliche Angriffe abzusichern, traten die I.G. Farben noch direkt mit dem persönlichen Stellvertreter der Rothschilds, Josef Joham, in Verbindung. Dieser war nicht in der Lage, den I.G.-Forderungen - verbunden mit anti-semitischen Drohungen zur Erpressung von Zugeständnissen - ernsthaft Widerstand entgegenzubringen. So konnte die I.G. im Herbst 1938 die Skoda-Werke Wetzler ihren legitimen Besitz nennen. ⁶

An nächster Stelle auf Hitlers Liste stand die Tschechoslowakei. In Erwartung weiterer "Neuerwerbungen" erstellte die I.G. eine Studie der Chemieunternehmen des Sudetenlandes. ⁷ Ihr besonderes Interesse galt dabei zwei Fabriken im Besitz des Aussiger Vereins. Der Aussiger Verein gehörte dem von der I.G. beherrschten europäischen Farbstoffkartell an. ⁸ Da

⁴ Zahlen aus ter Meer, S. 114

⁵ TWC, VII, S. 1393, NI-9289

⁶ Schneckenburger, S. 93

⁷ TWC, VII, S. 1408, NI-9289

⁸ TWC, VII, S. 153

fünfundzwanzig Prozent der Direktoren des Aussiger Vereins nichtarischer Herkunft waren, galt die Firma nach den Bestimmungen der Rassengesetze als jüdisches Unternehmen.⁹

Hitlers Forderungen an die Tschechoslowakei nach Abtretung des Sudetenlandes wurden im Sommer 1938 immer unverschämter. Nur die beiden Premierminister Chamberlain und Daladier verhinderten den Ausbruch eines Krieges zu diesem Zeitpunkt mit der Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 29. September. Sofort wurde das Sudetenland durch deutsche Truppen besetzt.

Am Tag darauf erhielt Hitler ein Telegramm von Hermann Schmitz, der zu diesem Zeitpunkt die Geschäfte der I.G. führte. Schmitz deutete in diesem Telegramm die Interessen der I.G. im Sudetenland an, beglückwünschte Hitler zu seinem Erfolg und teilte ihm mit, daß die I.G. eine Summe von einer halben Million Reichsmark zur Verwendung im Sudetenland bereitstelle.¹⁰

Schon nach kurzer Zeit verhandelte die I.G. mit dem Aussiger Verein über den Kauf der Anlagen im Sudetenland.¹¹ Die einzige Verteidigungsmöglichkeit, die den Direktoren des Aussiger Vereins blieb, war die Verzögerung der Verhandlungen, in der Hoffnung, daß sich ihnen eine Rettung böte. Dies durchschaute die I.G. aber sofort. I.G.-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler drohte unverblümt, daß er beabsichtige, der deutschen Regierung eine Beschwerde zu übermitteln und darauf hinzuweisen, daß "Aufruhr und Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung" im Sudetenland als unvermeidlich erschienen. Hitler würde diese Anklage zum Anlaß nehmen können, um auch den Rest der Tschechoslowakei zu besetzen.

Prompt wurden die Anlagen des Aussiger Vereins am folgenden Tag zu den Bedingungen der I.G. "verkauft".¹² Schon wenige Monate später marschierten Hitlers Truppen in Prag ein, und nach kurzer Zeit war auch der Rest der Tschechoslowakei besetzt.

Am 28. April 1939 hielt der Generalbevollmächtigte des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und I.G.-Vorstandsmitglied Dr. Carl Krauch vor dem Generalrat eine Rede über die Bedeutung der Expansion in den Südosten:

"(...) (Das) große Ziel wird sein, über den großdeutschen Raum hinaus (...), den Schritt zur "Großraumplanung" zu tun (...), auch für das Gebiet der Chemiewirtschaft (müssen) die notwendigen Folgerungen gezogen werden. Sie lauten im großen: Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der drei europäischen Antikomintern-Partner, zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen (...). Der Block muß seinen Einfluß ausdehnen auf Rumänien, Türkei und Iran (...)." Dabei erwartete Krauch "(bei



Expansionsrichtung Südost,
Titelblatt einer I.G.-Werkszeitschrift
(O.M.G.U.S.)

⁹ TWC, VII, S. 42

¹⁰ TWC, VII, S. 591, NI-2795

¹¹ TWC, VII, S. 43

¹² Borkin, S. 93

der) gewaltsamen Einbeziehung der UdSSR als einen ebenfalls wehrmachtsmäßig zu sichernden Raum" für den Fall, daß seinen Forderungen nicht nachgegangen werden sollte, sogar das "bittere Ende" dieses bevorstehenden Krieges.¹³

4.1.2. Polen, Beginn des II. Weltkrieges

Die nächste Station Hitlers war Polen. Auch diesmal hatte sich die I.G. gut vorbereitet. Max Ilgner, der die Schaffung eines europäischen Großraumwirtschaftsblocks in dem von ihm geleiteten I.G. Farben-Büro, Berlin NW 7, vielfältig vorbereitete¹⁴, erstellte eine Liste potentieller "Erwerbungen" mit den wichtigsten Chemieunternehmen Polens.¹⁵ Für drei Farbenfabriken interessierte sich die I.G. besonders: Boruta, die größte, Wola, eine kleinere Firma, die drei Juden gehörte¹⁶, und Winnica, die zur Hälfte dem französischen Großkonzernbesitzer Kuhlmann und zur anderen der Schweizer Tochter der I.G., der "I.G. Chemie", gehörte. Präsident der Winnica war der Franzose Joseph Frossard.¹⁷

Am 1. September 1939 griff Deutschland Polen an. Diesmal widersetzten sich die Alliierten, und der Zweite Weltkrieg begann. Georg von Schnitzler reiste persönlich hinter den Truppen her und telegraphierte Berichte über die Eigentumsverhältnisse und andere Tatsachen in Bezug auf die polnischen Farbstoffbetriebe ins I.G. Farben-Büro Berlin NW 7. Ferner lenkte er die Aufmerksamkeit auf die erheblichen und wertvollen Vorräte von Rohprodukten, Zwischenprodukten und Endprodukten, die sich in den Betrieben befanden.¹⁸ Als Schnitzler eine Woche später aus Polen zurückkam, suchte er das Wirtschaftsministerium auf, um mitzuteilen, daß nur die I.G. in der Lage sei, die entsprechenden Sachverständigen zu stellen, um die polnischen Fabriken im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu betreiben.¹⁹

Die I.G. erhielt die Erlaubnis zur provisorischen Verwaltung der drei polnischen Firmen von General Hermann von Hanneken. Dieser billigte jedoch weder die Habgier noch die Methoden der I.G., deren Aktivitäten in Österreich und der Tschechoslowakei er kannte, und warnte sie deshalb vor einer dauerhaften Aneignung der polnischen Fabriken.²⁰

Schnitzler war über diese Einstellung empört, da die I.G. ernsthaft an einer dauerhaften Kontrolle der weitläufigen Anlagen der Boruta interessiert war.²¹ Er nahm deshalb über Hannekens Kopf hinweg direkten Kontakt zu Hermann Göring auf.²² Görings Macht in Polen wurde aber von einem Aufsteiger in der Nazi-Hierarchie bedroht. Heinrich Himmler, Chef der SS, hatte eine andere Vorstellung von der Umverteilung des polnischen Besitzes. Göring konnte der I.G. nicht mehr helfen, da Himmlers Stellvertreter in Polen, Brigadeführer Ulrich Greifelt, ein Vetorecht in allen Verkaufsfällen des beschlagnahmten polnischen Besitzes in Görings Behörde hatte.

Die I.G. stellte sich schnell auf die neue politische Konstellation ein und verlagerte ihr Bündnis von Göring zu Himmler und Greifelt. "Ulrich Greifelt war ein würdiger Stellvertreter Himmlers und praktizierte seine Macht in Polen mit Zwangssterilisation polnischer Männer und Frauen,

¹³ zitiert nach Schneckenburger, S. 88-89

¹⁴ Schneckenburger, S. 86

¹⁵ TWC, VII, S. 4-6, NI-9151, -9154, -9155

¹⁶ TWC, VII, S. 181

¹⁷ O.M.G.U.S., S. 219

¹⁸ "Das Urteil im I.G. Farben-Prozess", Offenbach 1948, S. 74f wie auch O.M.G.U.S., S. 221

¹⁹ TWC, VII, S. 1-10, NI-2749

²⁰ TWC, VII, S. 11, NI-1093

²¹ TWC, VII, S. 21, NI-8380

²² TWC, VIII, S. 1143 und TWC, VII, S. 20-23, NI-8380

Entführungen von Kindern zur Erziehung durch die SS, mit Versklavung weiter Teile der Bevölkerung und Massenerschießungen von Geiseln." ^{23, 24}

Schnitzler erhielt den Auftrag, Greifelt für die I.G. zu gewinnen. Schon bald darauf übernahm die I.G. die polnischen Fabriken zu ihren Bedingungen und "bewies wieder einmal ihre Überlebensfähigkeit in der Welt der Nazi-Intrigen". ²⁵ Diesmal war die Wahl ihrer Verbündeten wegweisend für die Zukunft der I.G.

Im Februar 1940, zu der Zeit also, als Hitler und die I.G. einander immer unentbehrlicher wurden, hielt Carl Bosch es aufgrund seines physischen und psychischen Zustands im Hitler-Deutschland nicht länger aus und suchte in Sizilien Ruhe. Aber sein Zustand verschlechterte sich weiter, so daß er im April ohne Hoffnung auf Besserung nach Deutschland zurückkehrte. Auf dem Totenbett prophezeite er die baldige Niederlage Frankreichs. Hitlers Wahnsinn würde schließlich zum Untergang Deutschlands und zur Auflösung der I.G. führen. Er starb im Alter von 65 Jahren am 26. April 1940, zwei Wochen vor Hitlers Angriff auf Frankreich. ²⁶

Da Boschs überragende Persönlichkeit nun nicht mehr die Firma beherrschte, konnte Hermann Schmitz auch faktisch die schon lange gespielte Führungsrolle übernehmen. Carl Krauch wurde als Nachfolger Boschs Aufsichtsratsvorsitzender.



Carl Bosch und Hermann Schmitz 1934
(O.M.G.U.S.)

4.1.3. Frankreich und der Neuordnungsplan

Am 9. Mai 1940 startete Hitler seinen Angriff gegen Frankreich, und am 22. Juni war schon alles vorüber. Mit Ausnahme Englands und der Sowjetunion war ganz Europa in Hitlers Hand. Die I.G. wartete schon auf ihren Anteil an der Beute.

Mit ihren weitreichenden internationalen Kartellbeziehungen und Außenhandelskontakten hatte sie seit Jahren Material über die ausländische Konkurrenz und über deren ökonomische Reichtümer gesammelt. Jetzt, nachdem die europäischen Konkurrenten auf der Verliererseite standen, schien der Augenblick gekommen, "über die Reichtümer des europäischen 'Großwirtschaftsraums' frei zu verfügen" ²⁷ und die Herrschaft über die Chemieindustrien Europas "durch Übernahme oder Ausschaltung vorhandener Konkurrenten, durch Kontrolle der Produktionsanlagen gemäß den militärischen Absichten Hitlers und durch die Einrichtung von Kartellen unter deutscher Vorherrschaft" ²⁸ zu übernehmen. Dieser "Neuordnungsplan" sollte das Wiedererlangen und die Sicherung der Weltgeltung der deutschen Chemieindustrie durch Maßnahmen wie Zölle, Kontingente, Lizenzen, Exportregulierung, Rohstoffbeschaffung sowie durch devisen-, währungs- und steuerpolitische Maßnahmen gewährleisten.

²³ Borkin, S. 94

²⁴ TWC, V, S. 154-55, Aussage Greifelt

²⁵ Borkin, S. 95

²⁶ Borkin, S. 95

²⁷ D. Eichholtz, "Kriegswirtschaft", Bd. I, S. 168, hier nach Schneckenburger, S. 102

²⁸ O.M.G.U.S., S. 263

In diesem detaillierten Plan forderte die I.G. die Übernahme der chemischen Industrien von Frankreich, Norwegen, Holland, Dänemark, Luxemburg und Belgien.²⁹ Selbst die Sowjetunion, die sich zu dieser Zeit freundschaftlich neutral verhielt, die Schweiz, die neutral war, England, das noch nicht besiegt war, und schließlich den Bündnispartner Italien bezog man in die Überlegungen ein. Nach kurzer Zeit fügte man auch noch die Vereinigten Staaten hinzu. Nach Ansicht der I.G. war Frankreich der Schlüssel zur Kontrolle der europäischen Chemieindustrie. Im Einklang mit den territorialen und wirtschaftlichen Expansionsplänen des Dritten Reiches beinhaltete der "Neuordnungsplan" für Frankreich den Vorschlag, daß die I.G. und die deutsche Regierung gemeinschaftlich die französischen Fabriken kontrollieren und betreiben sollten.³⁰ Anfang August wurde der "Neuordnungsplan der Interessengemeinschaft Farben" ans Reichswirtschaftsministerium übergeben und stieß auf uneingeschränkte Unterstützung.³¹

Die Verantwortlichen der französischen Chemieindustrie erkannten ebenfalls sehr früh, daß die Zukunft der gesamten französischen Industrie in den Händen der I.G. lag. Sie drängten darauf, ein Treffen mit ihr zu ermöglichen.³² Die I.G. stimmte diesem Wunsch zu, wollte aber den Beginn der Verhandlungen bis zum Winter hinauszögern, da sich bis dahin die Situation der französischen Industrie verschlechtert haben würde. Eine Zeit der Unsicherheit und Aussichtslosigkeit würde den französischen Standpunkt aufweichen und der I.G. den ersten Rang in der französischen Industrie sicherstellen.³³

Anfang Oktober hatte sich die Situation der französischen Chemieindustrie so stark verschlechtert, daß Joseph Frossard (vgl. Kapitel 1!), der mit René Duchemin die Spitze des größten französischen Konzerns, des Kuhlmann-Konzerns, bildete, die I.G. in Frankfurt aufsuchte. Er war sicher, daß Deutschland den Krieg gewinnen würde und die Organisation der europäischen Wirtschaft unter deutscher Führung stattfinden müsse. Frossard bot die Unterstützung der gesamten französischen Chemieindustrie in Deutschlands Kampf gegen England an.³⁴ Er bettelte geradezu um eine geheime Zusammenarbeit mit der französischen Industrie unter der Leitung der I.G.; die I.G. könne sich darauf verlassen, daß sie von ihm alles bekomme, was sie wolle.³⁵

Am 24. Oktober 1940 trafen sich Hitler und der französische Staatschef Pétain in Montoire, um Vereinbarungen über die Form der französischen Kollaboration mit Deutschland zu treffen. Sie einigten sich auf das, was Frossard schon zwei Wochen vorher für die Zusammenarbeit der I.G. mit der französischen Industrie gefordert hatte: die deutsche Regierung sollte keine französischen Unternehmen konfiszieren, sondern den deutschen und französischen Unternehmen gestatten, sich auf privater und freiwilliger Basis zu einigen.

Diese neue Regelung fand die volle Zustimmung der I.G. Sie hatte jetzt Handlungsfreiheit und würde in der Lage sein, den Mehrheitsbesitz in der französischen Chemieindustrie an sich zu reißen.³⁶ Die französischen Farbenfabriken sollten zu einem Verbund zusammengeschlossen werden, der den Namen "Francolor" tragen sollte. Die I.G. sollte einundfünfzig Prozent der

²⁹ TWC, VII, S. 1439, NI-14897

³⁰ TWC, VII, S. 1461

³¹ Borkin, S. 96

³² TWC, VIII, S. 120

³³ TWC, VIII, S. 105-06, NI-6839 und auch: O.M.G.U.S., S. 229

³⁴ Anhörung vor einem Untersuchungsausschuß des Committee on Military Affairs, US Senat, 79. Kongreß, 1. Sitzungsperiode (1945) in Ausführung der Senatsresolutionen 107 und 146, "Elimination of German Resources of War", Teil X, S. 1388-89, Beweisstück Nr. 37, Bericht des Dr. Kramer über eine Konferenz mit Frossard (aus Borkin)

³⁵ Borkin, S. 97

³⁶ (wie 33) Beweisstück Nr. 39, Verhör des Georg von Schnitzler

Anteile erhalten, die Franzosen neunundvierzig. Francolor sollte sich auf den französischen Markt beschränken und nicht in das restliche Europa exportieren dürfen.³⁷ Die I.G. sollte die unbeschränkte finanzielle, technische und besitzrechtliche Kontrolle über die französische Chemieindustrie ausüben.³⁸

Die französischen Industrievertreter protestierten in aller Schärfe gegen die zu harten Forderungen der I.G. Man war sich einig, daß die Übernahme der französischen Chemieindustrie durch die I.G. Schwierigkeiten zur Folge hätte. Fabriken, die unentbehrlich für Frankreichs Verteidigung waren, würden sich dann in den Händen der Deutschen befinden. Außerdem fürchteten sie, daß die I.G. im Falle eines Abbruchs der Verhandlungen für die dauerhafte Schließung der französischen Fabriken durch Abschneiden von der Rohstoff-, Kohle- und Elektrizitätsversorgung sorgen würde. Trotz dieser Überlegungen wies die französische Regierung im Dezember die Forderung der I.G. in aller Form zurück.³⁹

Die I.G. versuchte nun, die Franzosen mit Entschädigungen in Form einer minimalen Beteiligung am I.G.-Aktienbestand zu ködern.⁴⁰ Gleichzeitig erklärte sie aber drohend, im Falle einer endgültigen Ablehnung ihres Plans würde man die französischen Fabriken als jüdische Unternehmen klassifizieren und alle Fabriken dann von den deutschen Behörden konfiszieren lassen. Die Tatsache, daß der Jude Raymond Berr vor der deutschen Besetzung geschäftsführender Direktor der Kuhlmann-Fabriken gewesen war, genügte für diese Klassifizierung.⁴¹ Angesichts der immer massiveren und häßlicheren Drohungen schwand der Widerstand der französischen Industriellen, im Sommer 1941 war das endgültige Abkommen bereits in großen Teilen ausgearbeitet. Die I.G. sollte die Kontrolle über alle Herstellungsanlagen in Frankreich und über die ausländischen Produktionsstätten, die sich in von Deutschland besetzten Gebieten befanden, erhalten. Unter dieses Abkommen fiel auch der französische Anteil an der ehemals polnischen Fabrik Winnica, deren Aufsichtsratsvorsitzender Frossard war.

Der Anwalt der I.G. bestand auch darauf, daß die Präambel des Francolor Abkommens, in der betont wurde, daß *"die französische Regierung unter Druck die Beteiligung an der französischen Chemie-Industrie gewähre"*⁴², geändert wurde: *"Die französische Regierung anerkennt die Legalität des vorliegenden Vertrages, der nicht den zukünftigen oder gegenwärtigen Gesetzen Frankreichs zu entsprechen braucht."*⁴³ So wollte die I.G. vermeiden, daß die Franzosen irgendwann in der Zukunft die "Auflösung des Abkommens" verlangen würden, weil der Vertrag unter Repressalien zustandegekommen sei.⁴⁴

Am 18. November 1941 unterzeichneten Georg von Schnitzler und Fritz ter Meer für die I.G., Duchemin (Kuhlmann), Thesmar (St. Denis) und Frossard (St. Clair-du-Rhône) für die französische Industrie in Paris das Francolor-Abkommen. Die französischen Unternehmen übergaben der I.G.-Francolor ihre Werke für Farbstoffe und Zwischenprodukte einschließlich des Grundbesitzes und der Immobilien, der Patente, Lizenzen, ausländischen Beteiligungen, Herstellungsverfahren und der Geschäftsanteile. 51% der Anteile an dem auf 800 Milliarden Francs festgesetzten Kapitalwert der Francolor erhielt die I.G. Als "Gegenleistung" überließ die I.G. den französischen Unternehmen eine I.G.-Aktienbeteiligung von weniger als 1%. Der Franzose Frossard wurde zum Präsidenten der Francolor gewählt.⁴⁵

³⁷ TWC, VII, S. 47, Klageschrift, Punkt 2 der Anklage

³⁸ TWC, VIII, S. 123-24, NI-6727

³⁹ Borkin, S. 100

⁴⁰ TWC, VII, S. 47, Klageschrift, Punkt 2 der Anklage

⁴¹ NI-4889, S. 12, beeidigte Erklärung des René Duchemin (aus Borkin)

⁴² TWC, VIII, S. 136, NI-15219

⁴³ TWC, VIII, S. 141, NI-6845, Auszüge aus dem Gründungsvertrag der Francolor

⁴⁴ Borkin, S. 103

⁴⁵ TWC, VIII, S. 145, NI-6845, Auszüge aus dem Gründungsvertrag der Francolor

Joseph Frossard spielte seine Rolle für die I.G. gut. Als Hitlers Zweifrontenkrieg das Arbeitskräftereservoir Deutschlands zu dezimieren begann, suchte man in den besetzten Gebieten nach Ersatz. Krauch versuchte in Frankreich Arbeiter anzuwerben. Anfangs war das Unternehmen ein jämmerlicher Mißerfolg. Man hatte 350 000 Arbeiter erwartet, konnte aber nur 36 000 bekommen.⁴⁶

Krauch erinnerte sich schließlich an seine Erfahrungen bei der Wiederherstellung der Oppauer Fabrik. Damals hatte er mit Firmen in ganz Deutschland verhandelt und sie dazu bewegt, komplette Arbeitstrupps zum Wiederaufbau der Anlage zu schicken.

In einem Brief an Schnitzler erklärte er sein Vorhaben, daß die französischen Arbeiter Beschäftigte ihrer Muttergesellschaft bleiben und nach Erfüllung ihres Auftrags nach Frankreich zurückkehren würden. Er war begeistert davon, daß auch Frossard diese neue Methode der "geschlossenen Einheiten" gefiel. Frossard habe aus eigener Initiative einen Vertrag mit der I.G. Ludwigshafen abgeschlossen. Es sei zu hoffen, daß bald noch mehr Francolor-Arbeiter nach Deutschland geschickt würden.⁴⁷

Die französischen Arbeiter lernten schnell, daß "geschlossene Einheiten" eine euphemistische Umschreibung des Wortes "Sklavenarbeit" war. In einem Anfall von Galgenhumor bezeichnete ein I.G.-Vertreter die Franzosen, mit denen er über die Rekrutierung der Arbeiter verhandelte, als "Sklavenhändler".⁴⁸

"Das Verbrechen der Sklaverei wurde nun viel effizienter und in größerem Ausmaß als während des Ersten Weltkrieges begangen. Doch das sollte nur der Anfang der Dimensionen dieses Unternehmens sein."⁴⁹

4.2. Sklavenarbeit und die Interessengemeinschaft - Auschwitz

Schon im Ersten Weltkrieg verstand es die I.G., das Arbeitskräftepotential besetzter Länder zu nutzen. 1916 schlug Carl Duisberg der Obersten Heeresleitung vor, *"das belgische Arbeitskräftereservoir zu öffnen"*. "Bis Mitte November 1916 hatten die deutschen Besetzer 40 000 belgische Männer gefangengenommen und in deutsche Fabriken und Bergwerke verschleppt. Jeden Tag kamen 2000 dazu. Suchtrupps machten Razzien in Häusern, Theatern und auf den Märkten. Insgesamt wurden 60 000 Menschen deportiert."⁵⁰

Das Zwangsarbeitsprogramm erwies sich jedoch als unproduktiv. Die verschleppten Belgier weigerten sich trotz Versprechungen und Drohungen zu arbeiten. Die starke Anteilnahme der Weltöffentlichkeit verbot strenge Disziplinierungsmaßnahmen; das Projekt wurde abgebrochen und die Belgier zurück nach Hause gebracht.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden von Carl Krauch und Georg von Schnitzler aus den von Joseph Frossard geleiteten Francolor-Fabriken sogenannte "geschlossene Einheiten" geordert, die in den deutschen I.G.-Fabriken regelrechte "Sklavenarbeit" verrichten und später wieder nach Frankreich zurückkehren sollten.⁵¹

⁴⁶ TWC, VIII, S. 1150

⁴⁷ Borkin, S. 104

⁴⁸ TWC, VII, S. 52

⁴⁹ Borkin, S. 104

⁵⁰ Borkin, S. 28-29

⁵¹ Borkin, S. 104

4.2.1. Bau der Buna-Anlagen in Auschwitz

Um den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion zu ermöglichen, gingen die Kriegsplaner unter anderem auch daran, eine Steigerung der Produktionskapazität für Buna von den I.G. Farben zu fordern.⁵² Das Reichswirtschaftsministerium berief Fritz ter Meer und Otto Ambros sofort zu einer geheimen Konferenz, auf der ihnen mitgeteilt wurde, daß man eine schnellstmögliche Vergrößerung der Bunakapazität wünsche.⁵³ Um die vom Ministerium gewünschte Produktion zu ermöglichen, mußten neue Fabriken gebaut werden. Die noch zu errichtenden und die bereits bestehenden Fabriken in Hüls und Schkopau sollten die Produktion der I.G. auf 150.000 t jährlich steigern, genug, um den Angriff auf die Sowjetunion zu ermöglichen. Man versicherte den I.G.-Vertretern, daß die deutsche Regierung die Expansion nach besten Kräften unterstützen würde.⁵⁴

Eine schnelle Durchführung der notwendigen Arbeiten war angebracht. In seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung befahl Carl Krauch den sofortigen Bau einer der beiden neuen Anlagen, die zusammen mit den schon bestehenden Hochdruckanlagen in Ludwigshafen arbeiten sollte. Den Bau der zweiten Anlage wolle man beginnen, sobald man einen geeigneten Standort gefunden habe. Krauch dachte an Norwegen oder Schlesien.⁵⁵

Krauch schickte Otto Ambros, einen der begabtesten Chemiker der I.G., nach Schlesien, um dort das Terrain zu erkunden. Ambros war 1926 bei der I.G. eingetreten und nach Sumatra geschickt worden, wo er ein Jahr lang die Chemie des Naturkautschuks erforschte. Bis 1935 hatte er sich an die Spitze der Kautschukexperten der I.G. hochgearbeitet. Unter Anleitung Richard Willstätters verfaßte er seine Doktorarbeit.⁵⁶ "Die formelle Anerkennung seiner Leistungen durch Carl Bosch erhielt Ambros, als dieser ihm den Bau und die Leitung der ersten großen Buna-Anlage in Schkopau übertrug. Ambros wurde der Experte der I.G. für Buna und Giftgas."⁵⁷

Ambros erstellte persönlich eine genaue Bewertung der möglichen schlesischen Standorte und empfahl schließlich einen, der ihm besonders gut geeignet schien. In der Nähe befand sich eine Kohlengrube, und der Zusammenfluß dreier Flüsse garantierte eine ausreichende Wasserversorgung. Die Reichsbahn, die Autobahn und die drei Flüsse boten exzellente Verkehrsverbindungen.⁵⁸ Der schlesische Standort bot darüber hinaus einen überwältigenden Vorteil: die SS hatte weitreichende Vergrößerungspläne für ein nahegelegenes Konzentrationslager. "Die Aussicht auf unbegrenzten Nachschub von Zwangsarbeitern war zu verlockend."^{59, 60, 61}

⁵² Schneckenburger, S. 104-105

⁵³ TWC, VIII, S. 330-331, NI-11781, Brief des Wirtschaftsministeriums an die I.G. Farben vom 8. November 1940

⁵⁴ Borkin, S. 108

⁵⁵ Borkin, S. 108

⁵⁶ Borkin, S. 108

⁵⁷ Köhler, S. 279ff

⁵⁸ Borkin, S. 109

⁵⁹ Borkin, S. 109 sowie TWC, VIII, S. 336-338, NI-11784, Bericht über eine Konferenz zwischen den Vertretern der I.G. Farben und der Schlesien-Benzin-Gesellschaft am 18. Januar 1941

⁶⁰ Schneckenburger, S. 105f

⁶¹ vgl. Jürgen Schultheis: "November 1940, ein Tischgespräch im Familienkreis", Frankfurter Rundschau, 02.11.93. Im Artikel wird der Zeitzeuge Hans Deichmann (Beauftragter des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der Chemischen Erzeugung) zitiert: Fritz ter Meer und Georg von Schnitzler hätten sich unterhalten, "wo denn das neue Buna-Werk

Krauch stimmte diesem Standort begeistert zu, da sich in Norwegen die Bevölkerung bereits im Aufruhr gegen die brutalen Methoden der deutschen Besatzer befand. Der Name des polnischen Dorfes, das zum Standpunkt für diese vierte und größte Buna-Anlage der I.G. gewählt wurde, war Oswiecim, zu deutsch Auschwitz. ⁶²

Aus technischer und wirtschaftlicher Sicht schien es vernünftig, der Buna-Fabrik eine Ölsynthese-Anlage anzugliedern, denn beide Produktionsverfahren beruhen auf der Hochdruckchemie.

Dementsprechend plante man dann auch eine große Hydrieranlage zur Umwandlung von Kohle in Öl mit einer monatlichen Kapazität von 778 000 t. Die I.G.-Direktoren wählten Ambros zum Leiter der Buna-Anlage und Heinrich Bütefisch zum Leiter der Treibstoffabrik in Auschwitz. ⁶³

Da der Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstand, beschäftigte sich die I.G. mit den durch die Erschließung des Marktes im Osten vermuteten immensen Gewinnen. Die Ausbeutungsmöglichkeiten in Asien und der Sowjetunion ließen das Projekt in Auschwitz für so chancenreich erscheinen, daß sich die I.G. auf ein ungewöhnliches Risiko einließ. Die Direktoren entschlossen sich, statt einer Subventionierung des Unternehmens durch den Staat, das volle Risiko selbst zu tragen und I.G. Auschwitz als rein privatwirtschaftliches Unternehmen aufzubauen. Fast ohne Gegenstimmen wurde beschlossen, 900 Millionen Reichsmark in dieses Einzelobjekt innerhalb der I.G. zu stecken. ⁶⁴

Krauch hatte bereits begonnen, die Arbeitskräftebeschaffung für den Bau von I.G. Auschwitz zu sichern. Er hatte Göring zu einem Brief an Himmler veranlaßt. In diesem Schreiben vom 18. Februar 1941 bat Göring, die größtmögliche Zahl von Bauarbeitern aus dem angrenzenden Konzentrationslager für die Buna-Anlage abzustellen. Man benötige zwischen acht- und zwölftausend Aufbau- und Montagearbeiter. ⁶⁵ Aufgrund dieser Anfrage befahl Himmler dem SS-Inspekteur der Konzentrationslager und dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, sich sofort mit dem Bauleiter der Buna-Fabrik in Verbindung zu setzen und das Vorhaben nach Kräften durch Einsatz von Häftlingen zu unterstützen. ⁶⁶

zweckmäßigerweise hin solle." (...) "Dabei kamen sie zum Schluß, der richtige Platz sei Auschwitz, weil da das Konzentrationslager sei und man mit einer gewissen Anzahl von Arbeitern immer rechnen könne."

⁶² Schneckenburger, S. 105

⁶³ Borkin, S. 109

⁶⁴ Borkin, S. 109

⁶⁵ TWC, VIII, S. 354-355, NI-1240, Brief von Göring an Himmler vom 18. Februar 1941

⁶⁶ Borkin, S. 110

Der Beauftragte fuer den Vierjahresplan
Der Generalbevollmaechtigte
fuer Sonderfragen der chemischen
Erzeugung

5/247

Berlin W 9., den 4. Maerz 1941

Zeichen: Chem.I - 65 - Dr.Wh/
Hu.
Tgb.Nr. 1593/41 g.Rs.
Bezug:
Betr.: Bunkerwerk IV Auschwitz

Stempel: Buero Dr. Ambros
Eing. 7. Maerz. 1941
Nr. 61

Stempel: Geheime Reichesache!

1. Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des Par. 88 RStGB
2. Nur von Hand zu Hand oder an personliche Anschrift in doppeltem Umschlage gegen Empfangsbescheinigung weitergeben.
3. Befoerderung moeglichst durch Kurier oder Vertrauensperson: bei Postbefoerderung unter Wertangabe von mehr als 1000 RM.
4. Vervielfaeltigung jeder Art sowie Herstellung von Auszuegen verboten.
5. Aufbewahrung unter Verantwortung des Empfaengers im Panzerschrank, auch in weisse in Stahlspind mit Kunstschiess.
6. Verluste hiergegen ziehen schwerste Strafen nach sich.

Firma

I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft,
z. Hd. von Herrn Direktor Dr. Ambros.

L u d w i g s h a f e n / Rhein

Herrn Dir. Dr. ter Meer
" Dir. A. Huebisch
" Obering. Santo
" D.E. Duerrfeld
" Faust
" Dr. Eisfeld

- 1 -

(Seite 1 des Originals - Fortsetzung)

Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsfuehrer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1.) Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind freizumachen und fuer die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunkerwerkes sicherzustellen.

2.) Aus der Gegend von Auschwitz guerfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter fuer das Bunkerwerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.

3.) Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V - und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunkerwerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur moeglichem Umfange zu unterstuetzen.

4.) Fuer alle Fragen, die das Werk Auschwitz betreffen, ist der Chef des personlichen Stabes des Reichsfuehrers SS, SS-Gruppenfuehrer Wolf, zustaeendig, der als Verbindungsmann zwischen dem Reichsfuehrer SS und dem Werk Auschwitz bestimmt ist.

Diese Verfügungen sind so weitgehend, dass ich Sie bitte, in moeglichst umfangreichem Masse und moeglichst bald davon Gebrauch zu machen.

Im Auftrag
gez.: Wick
" A CERTIFIED TRUE COPY "
- Pa- E N D -

Nachricht von Carl Krauch an Otto Ambros
(Arbeitsgruppe ehem. Haeflinge ..., S. 13)

Kalkulation der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an die Industrie

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM	6,-
abzügl. Bekl. Amort.	RM 0,10	
abzügl. Ernährung	<u>RM 0,60</u>	<u>RM 0,70</u>
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt. = 270 ×	RM 5,30	= RM 1431,-
Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen		
1. Zahngold		
2. Kleidung		
3. Wertsachen		
4. Geld		
abzüglich Verbrennungskosten	RM 2,-	
durchschnittlicher Nettogewinn		<u>RM 200,-</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten		<u>RM 1631,-</u>
zuzüglich Erlös aus Knochen und Ascheverwertung		

abgedruckt in Kogon (S. 357-358 in der Ausgabe von 1974)

Arbeiter bezahlen sollte.⁶⁸ Bei der Festlegung der Bezahlung, die die SS in ihre eigene Tasche steckte, ging man davon aus, daß ein Gefangener nicht die gleiche Arbeitskraft haben würde wie ein normal ernährter deutscher Arbeiter. Man rechnete mit nicht mehr als einer fünfundsiebzigprozentigen Arbeitsleistung.⁶⁹

Aber nicht nur Häftlinge sollten auf dem Bau arbeiten. Ein ehemaliger Auschwitz-Insasse sagte später aus: *"Wir arbeiteten auch für die I.G. Farben, die etwa 40.000 Zivilisten, Polen, Ukrainer, Franzosen usw., 10.000 Lagerhäftlinge und 400 bis 500 englische Kriegsgefangene beschäftigte."*⁷⁰

Eine Woche nach den Vorgesprächen fand in Auschwitz eine Konferenz statt, an der der Chefingenieur Dürrfeld, sein Stellvertreter Max Faust und der Lagerkommandant, Obersturmbannführer Rudolf Höß, teilnahmen. Höß versicherte Dürrfeld, daß die I.G. bei der Zuteilung der "Kapos", die die Arbeiter beaufsichtigen und bestrafen sollten⁷¹, bevorzugt behandelt werden sollte. Diese "Kapos" würden unter den Berufskriminellen ausgesucht und von anderen

Damit keine Mißverständnisse über die Vorrangigkeit des I.G. Auschwitz-Projektes entstehen konnten, ernannte Himmler den Chef seines persönlichen Stabs, SS-Gruppenführer Karl Wolf, zum Verbindungsoffizier zwischen SS und I.G..⁶⁷ Um Details der Zusammenarbeit zwischen Konzentrationslager und I.G. zu besprechen, trafen sich Wolf und Bütefisch, der neben seiner Eigenschaft als Chemiker auch den Rang eines Obersturmbannführers in der SS innehatte, am 20. März 1941. Sie einigten sich darauf, daß die I.G. der SS durchschnittlich 5,30 RM pro Tag für einen gelernten

⁶⁷ TWC, VIII, S. 356-357, NI-11086, Brief von Krauch an Ambros, unterzeichnet von Wirth, 4. März 1941

⁶⁸ Kogon, S. 357-358, Kalkulation des SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an die Industrie

⁶⁹ TWC, VIII, S. 373-376, NI-15148, Bericht über eine Konferenz zwischen Vertretern der I.G. und der Lagerleitung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. März 1941, S. 374

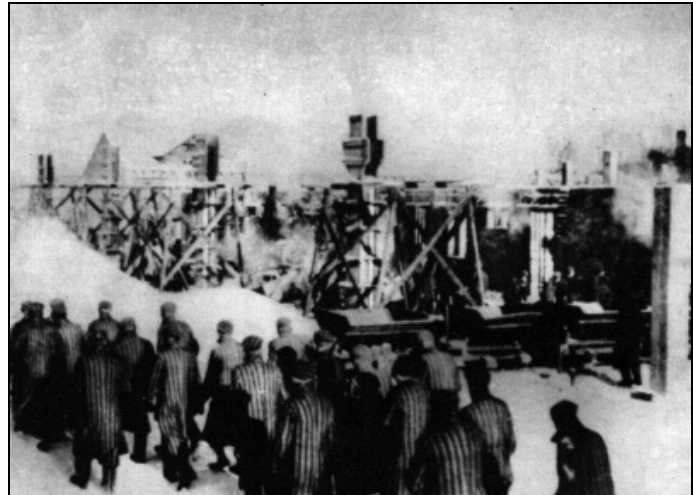
⁷⁰ Zitat Pierre Ardit, Häftling in Auschwitz, später Monowitz aus "Konzentrationslager Dokument F321...", S. 89

⁷¹ vgl. "Konzentrationslager Dokument F321..." S. 50ff, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über die Verwaltung und Lagerordnung

Konzentrationslagern nach Auschwitz überstellt werden, schrieb Dürrfeld an seine Vorgesetzten Ambros und Bütefisch.⁷²

Bei einer Inspektion des I.G. Auschwitz-Komplexes einige Wochen später gab auch Himmler die Versicherung seiner persönlichen Unterstützung des Projekts. Er garantierte der I.G. die sofortige Bereitstellung von 10.000 Lagerinsassen.⁷³ Ambros schrieb an ter Meer in der Frankfurter I.G.-Zentrale: "(...) Die Freundschaft mit der SS (wirkt sich) sehr segensreich aus. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen."⁷⁴

Doch trotz der Unterstützung durch die SS wurde das Unternehmen immer wieder durch Versorgungsengpässe und technische Pannen behindert. Als die Schwierigkeiten sich zu häufen begannen, befürchtete man, daß die Anlagen nicht mehr früh genug fertiggestellt würden, um der deutschen Rüstung von Nutzen zu sein.⁷⁵ Die leitenden I.G.-Angestellten vor Ort gaben zunächst der SS die Hauptschuld: da die dauernden Strafmaßnahmen⁷⁶ eine demoralisierende Wirkung auf die freien Arbeiter ausübe, habe man darum gebeten, diese Strafmaßnahmen nicht mehr auf der Baustelle, sondern im Lager auszuführen.⁷⁷ Einige Monate später suchte man die Schuld an anderen Stellen: besonders die Arbeitsleistung der Polen und Häftlinge ließe sehr zu wünschen übrig. Die Erfahrung habe ja gezeigt, daß man diese Leute nur mit brutaler Gewalt zum Arbeiten bewegen könne.⁷⁸



Häftlinge auf dem Weg zum Arbeitseinsatz
im I.G. Farben-Werk
("Auschwitz, faschistisches Vernichtungslager...")

⁷² TWC, VIII, S. 374-375, NI-15148, Bericht über eine Konferenz zwischen Vertretern der I.G. und der Lagerleitung des KZ Auschwitz am 27. März 1941

⁷³ NI-034, S. 4, beeidigte Erklärung des Rudolf Franz Ferdinand Höß (aus Borkin)

⁷⁴ aus einem Schreiben von Otto Ambros an die Frankfurter I.G.-Zentrale vom 12. April 1941, zitiert nach Schneckenburger, S. 107

⁷⁵ Borkin, S. 111

⁷⁶ vgl. "Konzentrationslager Dokument F321..." S. 78ff, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über Strafen und Foltern

⁷⁷ TWC, VIII, S. 392-393, NI-14543, Auszug aus dem Wochenbericht der I.G. Auschwitz für die Zeit vom 3.-9. August 1941

⁷⁸ TWC, VIII, S. 404-405, NI-14556, Auszug aus dem Wochenbericht der I.G. Auschwitz für die Zeit vom 15.-21. Dezember 1941, S. 405, siehe auch DuBois, S. 208

DR. OTTO AMBROS
I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

LUDWIGSHAFEN A. RH. 12 April 1941/Si
Fernsprecher 6498

An die Herren
Direktor Dr. ter Meer
Direktor Dr. Struß
I. G. - F r a n k f u r t

Sehr geehrte Herren!

In Anlage übersende ich Ihnen die Berichte über unsere Baubesprechungen, die regelmäßig wöchentlich einmal unter meiner Leitung stattfinden.

Sie entnehmen daraus die organisatorische Regelung und vor allem den Beginn unserer Tätigkeit im Osten.

Inzwischen fand auch am 7.4. die konstituierende Gründungssitzung in Kattowitz statt, die im großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Widerstände von kleinen Amtsschimmel konnten schnell beseitigt werden.

Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.

Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.

Ich verbleibe mit besten Grüßen
Ihr

Otto Ambros

Anlage

Otto Ambros äußert sich zu ter Meer sehr zufrieden über die neue Freundschaft mit der SS
(Arbeitsgruppe der ehem. Häftlinge ..., S. 19)

I.G. Farbenindustrie
Aktiengesellschaft
Werk Auschwitz

Auschwitz, den 21.12.1941.
Fas/Ge.

Wochenbericht Nr. 30

für die Zeit vom 15.-21.12.41.

Die Arbeitsleistung. Insbesondere der Polen und Häftlinge, läßt sich nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig. Eine große Zahl bildet der Krankenstand. K.B. sind bei der Firma Schula von einer Belegschaft von 653 freien Arbeitskräften 182 krank (Meldung vom 20.12.41). Überhört ist auch der Mangel an Arbeitsdisziplin seitens der polnischen Arbeitskräfte. Zahlreiche Arbeiter arbeiten bloß 3-4 Tage in der Woche. Alle Druckmittel, selbst die Ermahnung in das KL bleiben fruchtlos. Bedauerlich bleibt hierbei immer nur, daß die Beauftragung selbst über keine Disziplinargewalt verfügt. Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt. Diese aber ist hier, wie übrigens auch in

- 3 -

Wochenbericht Nr. 30

- 5 -

Unvermerkt streng verpönt. Auch bezüglich der Beauftragung der Häftlinge argumentiert ja bekanntlich der Kommandant immer so, das ohne Häftlinge keine Arbeitsleistung zu erzielen ist.

Geht! Ich habe den Bericht in dem Sinne geschrieben, wie ich ihn gesehen habe. Ich habe nicht versucht, die Wahrheit zu sagen, sondern nur das, was ich gesehen habe.

Wochenbericht Nr. 126/127

für die Zeit vom 18.10.43 - 31.10.43

Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. Wenn ich auch bei meinem letzten Besuch in Ludwigshafen feststellen konnte, dass auch dort die Arbeitsmoral auf der Baustelle zu wünschen übrig lässt, so ist doch nur unserer Baustelle wegen der außerordentlich bunten Zusammensetzung der Belegschaft, wobei die Häftlinge und Kriegsgefangenen Engländer eine besonders bedenkliche Rolle spielen, die Durchführung besonderer Massnahmen notwendig.

Bedauerlich hierbei ist, dass die Gestapo bei der Behandlung von Frauen der Arbeitsmoral nicht so prompt arbeitet, wie dies von uns gewünscht wird. So werden z.B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsmännchen mit dem einfachen Hinweis beantwortet, dass sich die Gestapo nicht drängeln liesse. Diese Tatsache allein zeigt, dass man dort noch nicht erkannt hat, was es geht.

Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, dass Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass eine Sichtung in gemäßigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren. Es geht nicht an, dass ein Häftling einem Meister nachruft: "Dich werden wir auch noch von Deinem Fahrrad herunterholen."

Dasselbe gilt aber auch für einen Teil der Polen und Ukrainer. Es war von jeher üblich, dass ein energischer und tatkräftiger deutscher Polier auf der Baustelle auch einmal handgreiflich wurde und es hat Zeiten gegeben, in denen es der jugendliche Geselle dem Meister durchaus nicht übel nahm, wenn er für eine Dummheit, die er gemacht hatte, eine Backpfeife bekam. Dass man nun heute in der Baustelle

Dasselbe gilt auch für die englischen Kriegsgefangenen. Die zur Verrichtung stehenden Wehrmännchen sind so schlapp und teilweise von einer so minderwertigen Moral, dass unter ihren Schützlingen einfach keine Arbeitsmoral und keine Disziplin herrschen kann. Dazu kommt noch, dass die englischen Kriegsgefangenen mit Liebesgaben überschüttet werden. Zigaretten und Schokolade verschenken sie an die Polen, Häftlinge und Wehrmännchen auch an die Wehrmännchen. Sie legen eine nochmalige Haltung an den Tag und ihre Leistungen sind, wenigstens da wo sie in Massen eingesetzt sind, durchaus un- terdurchschnittlich. Der Einsatz von kleinen Gruppen bei der Montage wird dagegen gut beurteilt.

Zu dem Kapital Arbeitsmoral können noch zahllose Einzelbeispiele genannt werden, als zusammen sind jedoch ein Hinweis darauf, dass hier schnellstens Wandel geschaffen werden muss.

gez. Faust

Die Schwierigkeiten beim Bau der Buna- und Ölsynthese-Anlagen ließen jedoch nicht nach, und die Bauarbeiten lagen schon weit hinter der Planung. Die Häftlingsarbeit stellte sich bald als größtes Problem der I.G. beim Bau der Anlagen heraus. Die Trupps mußten jeden Tag sechs Kilometer durch Hitze oder Kälte marschieren, um vom Hauptlager Auschwitz zur I.G.-Baustelle zu kommen. Der Mangel an Bewachern führte zu Sicherheitsproblemen, so daß die Häftlinge nur bei Tageslicht zur Arbeit geführt werden konnten.⁷⁹ "Krankheit, Unterernährung, das Arbeitstempo, sadistische SS-Wächter und Kapos erhöhten noch die Zahl der Ausfälle. Für die I.G.-Angestellten war es ein beunruhigender Anblick, wenn sie den Arbeitsbataillonen zuschauten, die ihre Toten hin- und hertrugen, damit diese morgens und abends beim Appell mitgezählt werden konnten."⁸⁰

4.2.2. Das I.G.-Konzentrationslager in Monowitz

Die I.G. Auschwitz schlitterte in eine finanzielle und technische Krise hinein. Angesichts ihrer Investitionen von annähernd einer Milliarde Reichsmark entschlossen sich die I.G.-Direktoren zu einer drastischen Abhilfe. Im Juli 1942 beschlossen sie, ihre Arbeiterbeschaffungsprobleme in Auschwitz durch Einrichtung eines eigenen Konzentrationslagers zu lösen. Die anfänglichen Investitionen wurden auf fünf Millionen Reichsmark geschätzt.⁸¹

Unter den gegebenen Umständen gab es viele Gründe für ein eigenes Konzentrationslager. Durch den Wegfall der langen Märsche von und zum Hauptlager würde die Arbeitskraft der bereits entkräfteten Häftlinge geschont und die Bewachung vereinfacht werden. Bestrafungen und Disziplinierungen könnten wirkungsvoller durchgeführt werden. Auch die Kostensenkung war von nicht geringer Bedeutung.⁸²



Tor zum Konzentrationslager Auschwitz
("Auschwitz, faschistisches Vernichtungslager...")

Der Standort, den man für das I.G.-Konzentrationslager wählte, hieß Monowitz. Der Betrieb dieser Einrichtung wurde aufgeteilt zwischen I.G. und SS. Die I.G. war für Unterbringung, Verpflegung und Gesundheit der Häftlinge verantwortlich, die SS übernahm Bewachung, Bestrafung und Nachschub der Häftlinge. Monowitz wurde im Sommer 1942 fertiggestellt. Obwohl es der I.G. gehörte, besaß es alle Einrichtungen eines typischen Nazi-Konzentrationslagers: Wachtürme mit Scheinwerfern, Sirenen, Maschinengewehren, bewaffneten Wachen und scharfen Wachhunden. Das gesamte Lager war mit Stacheldraht

⁷⁹ TWC, VIII, S. 425, NI-15256, Auszüge aus dem Wochenbericht der I.G. Auschwitz für die Zeit vom 9.-15. März 1942

⁸⁰ Borkin, S. 112

⁸¹ TWC, VII, S. 197

⁸² Borkin, S. 113

umzogen. Man hatte einen Galgen errichtet, an dem oft ein oder zwei Tote hingen, um den Lagerinsassen ein abschreckendes Beispiel zu geben. Über dem Eingang hatte man das Auschwitz-Motto "Arbeit macht frei" angebracht.⁸³

Der Komplex in Auschwitz bestand jetzt genau genommen aus vier Teilen:

Auschwitz I, das eigentliche Konzentrationslager mit hunderttausenden von Häftlingen;

Auschwitz II, das Vernichtungslager und die Krematorien in Birkenau;

Auschwitz III, die Anlagen der I.G.; und

Auschwitz IV, das I.G.-eigene Konzentrationslager in Monowitz.⁸⁴

Vom Augenblick der Entladung der Züge in Monowitz lebten diejenigen, die nicht sofort in die Gaskammer geschickt wurden, in der Angst vor dem Vernichtungslager in Birkenau.⁸⁵ Als die Bauarbeiten immer mehr hinter dem Zeitplan zurückblieben, beschwerte sich die I.G. mehrmals über die schlechte Verfassung der Häftlinge, die zur Arbeit zur I.G. Auschwitz geschickt wurden, und machte dies für den schlechten Fortgang der Bauarbeiten verantwortlich. Wie die SS auf diese Beschwerden reagierte, beschrieb ein Augenzeuge: *"Der für die Arbeitszu-*



Gleise zu den Vernichtungsanlagen in Birkenau (Borkin)

*teilung verantwortliche Offizier von Auschwitz ging nach Monowitz, stellte sich am frühen Morgen neben den Toren auf und beobachtete die Gruppen, die in Fünferreihen zur Arbeit anmarschierten. Wer für zu schwach gehalten wurde, den sonderte man aus und schickte ihn sofort in die Gaskammer."*⁸⁶ Für Tausende von Gefangenen war Monowitz daher nur Zwischenstation auf dem Weg nach Birkenau und der Vergasung.⁸⁷

Die Zustände in Monowitz führten unweigerlich zu einer hohen Krankheitsrate.⁸⁸ Die Krankenreviere der I.G. genügten noch nicht einmal den Anforderungen der SS. Den Vorschlag der SS, eine Erweiterung durchzuführen, lehnte die I.G. unter Hinweis auf die Kosten ab.⁸⁹ Wenn

⁸³ Borkin, S. 113

⁸⁴ Borkin, S. 113

⁸⁵ vgl. "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 196, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über die Selektion bei der Ankunft im Lager

⁸⁶ NI-7967, beeidigte Erklärung des Ervin Schulhof vom 21. Juni 1947, S. 2 (aus Borkin)

⁸⁷ Zitat: *"In Wirklichkeit waren wir alle zum Tode verurteilt, lediglich das Interesse der Deutschen an unserer Arbeit gab uns einen Aufschub. Uns alle erwartete eines Tages tödliche Erschöpfung oder Ersticken im Waggon oder die Gaskammer oder irgendein anderes Vernichtungsverfahren"* (aus "Konzentrationslager Dokument F321 ..." S. 104, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge)

⁸⁸ vgl. "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 111ff, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über die sanitären Verhältnisse

⁸⁹ Borkin, S. 114

jemand krank wurde und nach vierzehn Tagen nicht wieder arbeitsfähig war, wurde er als unheilbar eingestuft. Auf seiner Karte in der Kartei in den Archiven der I.G. fand sich dann der Vermerk: *"nach Birkenau"*.⁹⁰

Der Hunger war Dauergast in Auschwitz. Die Nahrung, die die Häftlinge der I.G. Auschwitz bekamen - dazu gehörte auch die berüchtigte "Buna-Suppe", die die anderen Häftlinge nicht erhielten - führte zu einem durchschnittlichen Gewichtsverlust von sechs bis neun Pfund pro Woche. Nach zwei Monaten bestanden die Häftlinge nur noch aus Haut und Knochen, nach drei Monaten waren sie entweder tot oder arbeitsunfähig und wurden "nach Birkenau entlassen".⁹¹

Die Unterkünfte der Häftlinge bestanden aus drei Reihen hölzerner Hütten. Jeder Schlafplatz war mit drei Personen belegt, obwohl er nicht einmal genügend Platz für eine Person bot. Ein Augenzeuge berichtete: *"Es war praktisch unmöglich zu schlafen, wenn sich ein Mann hinlegen wollte, mußten die anderen beiden entweder sitzen oder auf ihm liegen."*⁹² "Tische und Stühle gab es kaum. Die sanitären Verhältnisse waren menschenunwürdig. Im Sommer herrschte unerträgliche Hitze, und im Winter gab es keine Heizung."⁹³

Bei Verstößen gegen die Lagerordnung wandte sich die I.G. schriftlich an die SS mit der Bitte um Bestrafung. Die Reaktion der SS reichte von Entzug der Nahrung über Prügeln mit Stock oder Peitsche bis Erhängen oder "Selektion" in der Gaskammer.⁹⁴



Hunger im KZ Buchenwald (Dokument F321, S. 277)

Um ihren Zeitplan einzuhalten, zwang die I.G. die Häftlinge zu einem mörderischen Arbeitstempo.⁹⁵ Die Werkspolizei der I.G., die Vorarbeiter und Kapos drohten und schlugen fortwährend, wenn die Gefangenen nicht die Marschregeln der SS, z. B. im Schnellschritt schwere Lasten auf den Schultern zu tragen, einhielten. Die Gefangenen wurden regelrecht zu Tode gearbeitet.^{96, 97}

I.G.-Vorstandsmitglied Fritz ter Meer, der das Werk in Auschwitz zweimal persönlich aufgesucht hatte, um Verhandlungen mit seinen Untergebenen zu führen, kannte die Verhältnisse in Monowitz. Er sagte in den Nürnberger Prozessen aus, daß den

⁹⁰ TWC, VII, S. 199, vgl. "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 185ff, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über die Selektion im Lager

⁹¹ TWC, Prozeßvorbereitungen, Teil III, S. 97, NI-4830, beeidigte Erklärung von Vitek über die Ernährung in Auschwitz, sowie Borkin, S. 117

⁹² TWC, VIII, S. 603-616, NI-11696, beeidigte Erklärung und Aussage des Charles J. Coward vom 24. Juli 1947, S. 604

⁹³ Borkin, S. 117

⁹⁴ NI-11003-11017, NI-11019, NI-11027, NI-11029, NI-11031-11033, typische Berichte der SS über Bestrafungen von Häftlingen (aus Borkin)

⁹⁵ NI-7967, beeidigte Erklärung des Ervin Schulhof vom 21. Juni 1947, S. 1 (aus Borkin)

⁹⁶ NI-5847, beeidigte Erklärung des Berthold Epstein vom 3. März 1947, S. 2 (aus Borkin)

⁹⁷ vgl. "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 88ff, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge

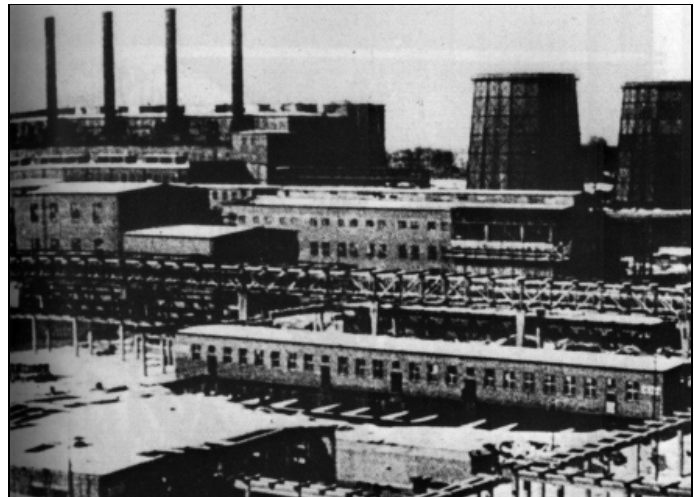
KZ-Häftlingen durch die I.G. *"kein besonderes Leid zugefügt wurde, da man sie ohnedies getötet hätte."*⁹⁸



Auschwitz - Schuhe der Ermordeten
("Konzentrationslager Dachau...", S. 189)

Carl Krauch war mit dem System der Arbeitskraftbeschaffung, wie es in Auschwitz genannt wurde, zufrieden. Im Juli 1943 schrieb er an Himmler, er habe mit Freuden gehört, daß Himmler in ähnlicher Weise den Bau einer weiteren Chemiefabrik unterstützen wolle, die Krauch zur Sicherung der Kautschukversorgung für notwendig halte. Er hoffe, daß Himmler auch weiterhin die Unternehmungen der I.G. unterstütze.⁹⁹ Ein halbes Jahr später baute Krauch noch immer auf *"die Auschwitz Methode"* der Arbeitskraftbeschaffung. Er hielt es für unvermeidlich, daß in der I.G. Heydebreck ein firmeneigenes KZ errichtet würde.¹⁰⁰

"Der Bau von I.G. Auschwitz sicherte der I.G. einen einmaligen Platz in der Wirtschaftsgeschichte. Durch Übernahme der Nazimethoden konnte sie sich von den Gesetzen der traditionellen Sklavenwirtschaft lösen, wo Sklaven wie ein Investitionsgut behandelt wurden, um durch Pflege eine möglichst hohe Arbeitsleistung im Verlauf eines normalen Lebens zu erzielen. (...) Wenn alle verwendbare Energie aus den Häftlinge herausgepreßt war, wurden sie nach Birkenau transportiert, wo die SS sie für das Recycling in die deutsche Kriegswirtschaft aufbereitete: Goldzähne für die Reichsbank, Haare für die Matratzenherstellung und Fett zur Seifenbereitung. Selbst die Klagerufe der Verurteilten wurden noch benutzt, um die verbliebenen Häftlinge zu größeren Arbeitsanstrengungen zu treiben."¹⁰¹



Bunawerk der I.G. Auschwitz (O.M.G.U.S.)

Nach der Fertigstellung der I.G. Auschwitz-Werke verbrauchten die Anlagen mehr Elektrizität als ganz Berlin. Unter dem Strich aber stellte sich die I.G. Auschwitz als totaler Mißerfolg her-

⁹⁸ NI-11112, Trials 52, Bd. 8, S. 346, hier nach Köhler, S. 301

⁹⁹ TWC, VIII, S. 532-535, NI-10040, Brief von Krauch an Himmler vom 27. Juli 1943

¹⁰⁰ TWC, VIII, S. 558-559, NI-13512, Aktennotiz von Ritter und Dürrfeld vom 3. Februar 1944, S. 558

¹⁰¹ Borkin, S. 118

aus. Trotz der Investition von letztlich 900 Millionen Reichsmark und dem Lebensopfer von Tausenden wurde nur eine kleine Menge Öl und überhaupt kein Buna produziert. ¹⁰²

4.2.3. Zyklon B zur "Endlösung der Judenfrage"

Wesentlich erfolgreicher als der Betrieb der Buna- und Ölsynthesenanlagen verlief dagegen der Verkauf des Insektizids "Zyklon B" (mit einem Stabilisator versetzte, in Kieselgur gebundene Blausäure ¹⁰³); die "Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung", kurz "Degesch", besaß die Monopolrechte zu dessen Herstellung. Die Firma, die sich als Verkaufsgesellschaft der I.G. bezeichnete, gehörte zu 42,5% der I.G., zu weiteren 42,5% der Degussa (von der die I.G. ein Drittel der Anteile hielt) und zu 15% dem Theo-Goldschmidt-Konzern. ¹⁰⁴ Die I.G. stellte fünf der elf Aufsichtsräte. ¹⁰⁵

Am 25. Oktober 1941 wurde in den Gaskammern von Birkenau ein neues Giftgas mit dem Namen Zyklon B an einer Testgruppe von achthundert russischen Kriegsgefangenen zum erstenmal ausprobiert. ¹⁰⁶



Büchse mit Zyklon B der Firma Degesch
("Auschwitz, faschistisches
Vernichtungslager...")

Rudolf Höß, der Lagerkommandant von Auschwitz, hatte im Juni 1941 von Himmler den Auftrag erhalten, die Vernichtung der Juden in Auschwitz einzuleiten. Als er merkte, daß das zunächst benutzte Kohlenmonoxid in den Gaskammern nicht schnell genug wirkte, kaufte er bei Degesch regelmäßig größere Mengen Zyklon B. ¹⁰⁷

Zyklon B als Schädlingsbekämpfungsmittel mußte, gesetzlich verordnet, einen Geruchsstoff enthalten, der die Menschen vor dem Gas warnte. Als die SS Zyklon B ohne Duftstoff geliefert bekommen wollte, "wollte die Geschäftsleitung der Degesch zunächst nicht mitziehen, allerdings nicht aus moralischen Gründen. (...) Das Zyklon-B-Patent war schon lange abgelaufen und die Degesch hielt ihr Monopol nur noch durch ein Patent auf den Warngeruch. (...) Die SS fackelte nicht lange, und die Firma entfernte den Warngeruch." ¹⁰⁸

An Hand eines simplen, aber makabren Rechenganges über "Menschenleben" glaubte Rudolf Höß, *"daß mindestens 10.000 Büchsen, das heißt 10.000 Kilo im Verlauf von 3 Jahren von ihr (Degesch) geliefert wurden"*, was der Zahl von *"2,1 Millionen vergaster Menschen und (dem) Verbrauch von*

¹⁰² TWC, Prosecutions Final Brief, Teil IV, S. 54

¹⁰³ Weinmann, S. 88, vgl. auch "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 200-201, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge über Vergasung und Verbrennung

¹⁰⁴ TWC, Prozeßvorbereitung, Teil III, S. 35, NI-9098, NI-9150, NI-12073, NI-6393, außerdem NI-9540 (IG-"Liste der Beteiligungen")

¹⁰⁵ Borkin, S. 114

¹⁰⁶ Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 184, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge

¹⁰⁷ Borkin, S. 114-115, siehe auch Schneckenburger, S. 109

¹⁰⁸ Borkin, S. 115

durchschnittlich 6 Büchsen für 1.500 Menschen" entspricht. ¹⁰⁹

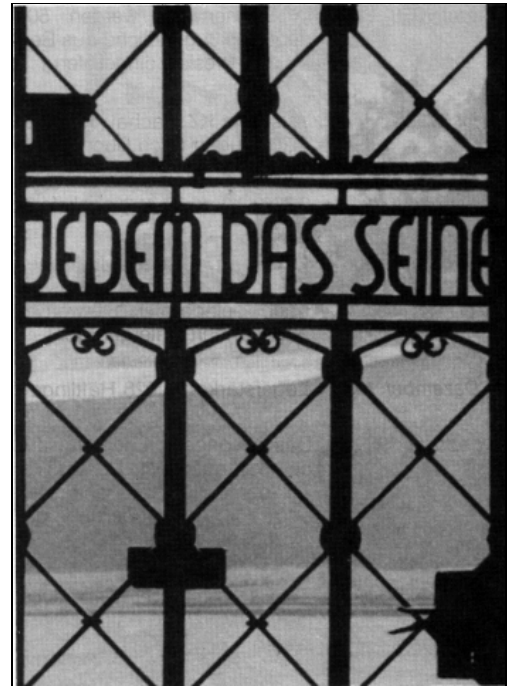
Als im Rahmen der Endlösung immer mehr Juden auf die Tötungslisten der SS kamen, erreichten die Profite der Degesch einen Höhepunkt. In den Jahren von 1942 bis 1944 erzielte die I.G. aus ihren Einlagen bei der Degesch den doppelten Dividendenertrag der Jahre 1940/41. ¹¹⁰

4.3. Medizinische Experimente "im Dienste der Menschheit"?

Am 29. Dezember 1941 wurde im Block 46 des Konzentrationslagers Buchenwald eine Fleckfieberstation der SS eingerichtet. Während des Zweiten Weltkrieges fanden dort medizinische Experimente an Häftlingen statt, um langwierige pharmakologische Untersuchungen zu vermeiden. Die meisten Opfer starben unter großen Qualen oder wurden anschließend als unliebsame Mitwisser liquidiert. ^{111, 112} Einer Aufstellung des Roten Kreuzes zufolge dienten die Experimente zur Erprobung der Wirksamkeit von Fleckfieberimpfstoffen, Ruhrimpfstoffen, Fleckfieber- und Typhustherapeutika, Salben gegen Phosphor-Kautschuk-Brandwunden; zur Untersuchung der Verträglichkeit von Impfstoffen gegen Pocken, Typhus, Paratyphus A und B, Cholera, Fleckfieber, Diphtherie und Gelbfieber; als Versuchsfeld für Sexualhormone, Blutplasma, Gifte, Hungerödeme (Avitaminose), Fleckfieber-Rekonvaleszenten-Serum sowie zur Kontrolle von Blutserumkonserven. Heute wissen wir, daß auch diese Aufstellung noch nicht vollständig ist. ¹¹³

"F...Nr. 284, G...Nr. 286, K...Nr. 291" stand auf den Versuchsprotokollen, die in den Laboratorien des I.G. Farben-Konzerns eingingen, anstelle von Namen. Bei der Behringwerke AG, der Hoechst AG oder bei Bayer befaßte man sich nicht mit der Auswahl der Opfer, nicht mit der Beobachtung ihres langen Siechtums und auch nicht mit der Beseitigung ihrer Leichen. Für die Schmutzarbeit gab es genügend ehrgeizige SS-Verbrecher, die die Versuchsreagenzien entgegennahmen, in Konzentrationslagern erprobten und akkurat ausgefüllte, anonyme Ergebnisprotokolle lieferten." ¹¹⁴

Diese Versuche an Häftlingen, zumeist dilettantisch durchgeführt und für die Wissenschaft bedeutungslos, müssen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden.



Tor zum Konzentrationslager Buchenwald
(Finn, S. 7)

¹⁰⁹ NI-034, aus der eidesstattlichen Erklärung des Rudolf Höß vom 20. Mai 1946, hier zitiert nach Schneckenburger, S. 109

¹¹⁰ Borkin, S. 115

¹¹¹ G. Finn, "Buchenwald 1936-1950", 1988, S. 14

¹¹² B.Ritscher, "Buchenwald", 1986/S. 14

¹¹³ BA 30-VIII/42, Aufstellung über die dem Internationalen Suchdienst bekannten Versuche im KL Buchenwald

¹¹⁴ Schneider/Stein, S. 6

4.3.1. Bayer Leverkusen, Behringwerke Marburg

Die Geschäfte entwickelten sich gut im Zuge der Kriegsvorbereitungen 1938, die Bayer-Arzneimittel feierten ihr 50jähriges Jubiläum. Das Bayer-Kreuz war in diesen 50 Jahren zum Symbol ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufstiegs geworden, zum Symbol, das der gesamten pharmazeutischen Abteilung der I.G. Farben den Namen gab.¹¹⁵

Die Verkaufsgemeinschaft Pharmazeutika "Bayer", Dental "Bayer", Pflanzenschutz "Bayer", Sera- und Vet. Med. Produkte "E. v. Behring" hatte ihren Sitz beim I.G.-Werk Leverkusen. Sie wurde von Wilhelm Mann, Vorstandsmitglied der I.G. Farben und späterem Reichswirtschaftsrichter, geleitet. Stellvertreter Wilhelm Manns für die wissenschaftliche Abteilung (W) war Direktor Krebs. Die wissenschaftliche Zentralstelle (W I), die Abteilung für Tropenmedizin (W II), die Prüfungsstelle neuer Produkte (W III), Abteilung Literatur und Ausbildung (W IV) sowie die Abteilung für Reklamation und konkurrierende Präparate (W V) leitete Anton Mertens, nach 1945 verantwortlicher Direktor der Farbfabriken Bayer AG. Von diesen Abteilungen war es die wissenschaftliche Abteilung W II (Tropenmedizin), die in besonderem Maße in Konzentrationslagern experimentierte. Für die Prüfung und wissenschaftliche Vorbereitung der Tropenpräparate dieser Abteilung war Dr. Karl König verantwortlich.¹¹⁶

Am 16. August 1929 übernahm die I.G. die Behringwerke.¹¹⁷ Im Sera- und Impfstoffgeschäft konnte die I.G. dadurch bedeutende Fortschritte erzielen. Die Kriegsvorbereitungen und der Krieg brachten eine beträchtliche Erweiterung der Werke mit sich, und die I.G. drängte sich mit den Behringwerken an die vorderste Position der Sera- und Impfstoffproduktion.¹¹⁸

Wie der gesamte I.G. Farben-Konzern, so realisierten auch die Pharmaproduzenten ihren Profit in enger Verflechtung mit dem Staat. Auch sie projizierten schon "Gesamtabspraken für die ganze Welt" unter Führung der I.G..¹¹⁹

Aufsichtsrat der Behringwerke war Ende der 30er und in den 40er Jahren Heinrich Hörlein. Im Aufsichtsrat saß u. a. Prof. Carl Lautenschläger, im Vorstand Wilhelm Mann. Alle waren ebenso Vorstandsmitglieder der I.G. Farben. Das "Verzeichnis der zeichnungsberechtigten Herren" der I.G. vom Dezember 1938 nennt als "Führer" des Betriebes Dr. Albert Demnitz.¹²⁰

In den pharmazeutischen und sero-bakteriologischen Laboratorien der I.G.-Farben begann schon Anfang der 30er Jahre die Umstellung auf Kriegsaufgaben. Bei den Behringwerken experimentierte zum Beispiel Dr. Albert Demnitz mit den Toxinen der Fraenkel-, Pararauschbrand- und Novybazillen, um ein Serum gegen Fraenkel-Toxin und ein Komplexserum gegen alle drei Toxine zu erhalten.¹²¹ Diese Toxine waren die Ursache für den Gasbrand, eine typische Kriegsinfektion, die im I. Weltkrieg zahlreiche Opfer gefordert hatte.¹²²

1939 entstand die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsstelle der SS. Aus ihr ging ein Jahr später, 1940, das Hygiene-Institut der Waffen-SS hervor. Als Bestandteil des Sanitäts-

¹¹⁵ Schneider/Stein, S. 8

¹¹⁶ BA Wolfen A 1804 (vgl. H. Radandt, "Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des I.G. Farben-Prozesses", Berlin, 1970)

¹¹⁷ BA Wolfen A 5423

¹¹⁸ vgl. H. Schmidt, "Emil von Behring und seine Bedeutung für die pharmazeutische Industrie", in: "Die Welt dankt Behring", Berlin-Grunewald, 1943 (aus Schneider/Stein)

¹¹⁹ Schneider/Stein, S. 13

¹²⁰ vgl. BA Wolfen A 50/4

¹²¹ vgl. H. Schmidt, "Grundlagen der spezifischen Therapie und Prophylaxe bakterieller Infektionskrankheiten", Berlin, 1940, S. 840 in BA 32-XII, Bd. 13, Bl. 123

¹²² Schneider/Stein, S. 15

wesens der SS unterstand es dem SS-Führungshauptamt. Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS war Dr. med. Joachim Mrugowsky.¹²³

Als zentrale staatliche Forschungsstätte für Infektionskrankheiten im Gebiet des Deutschen Reiches ging aus dem preußischen "Institut Robert Koch" Anfang 1942 das "Robert-Koch-Institut, Reichsanstalt zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten" hervor. Es stand unter der Leitung von Prof. Gildemeister.¹²⁴ Die serobakteriologischen Forschungs- und Produktionsstätten der I.G. standen in ständiger Konkurrenz mit dem Robert-Koch-Institut.¹²⁵

4.3.2. Fleckfieberstation im Konzentrationslager Buchenwald

Das dritte Kriegsjahr hatte nicht so begonnen, wie es die Pläne der faschistischen Führung vorsahen. Die deutschen Truppen hatten polnische und sowjetische Städte geplündert und zerstört, Dörfer niedergebrannt und Ernten vernichtet. Die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete litt unter Hunger, Elend und der Willkür der Besatzer. Teile der Bevölkerung waren in Ghettos zusammengepfercht worden. Seuchen brachen aus, insbesondere Fleckfieber und Ruhr, und drohten auf das deutsche Heer überzugreifen.

Impfstoffe standen nur in geringen Mengen zur Verfügung. Sie waren so knapp, daß der Reichsminister des Innern Anfang Januar 1942 Anweisungen traf, bis auf weiteres ausschließlich Ärzte in fleckfieberterseuchten Gebieten zu impfen.¹²⁶

Galt bis dahin das Prinzip, sowjetische Kriegsgefangene verhungern oder an Seuchen zugrunde gehen zu lassen, sie zu erschlagen, zu erhängen, zu erschießen, so zwang die Umstellung von Blitzkriegen auf eine langwierige Kriegsführung dazu, die Arbeitskraft jedes Kriegsgefangenen bis zum Letzten auszubeuten. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht wies am 24. Dezember 1941 alle Stellen an, die Zuführung sowjetischer Kriegsgefangener zur Rüstungsindustrie, d.h. die Verbesserung der Fleckfiebergefahr als "vordringlichste Aufgabe" zu behandeln.¹²⁷

Die I.G.-Pharmaproduzenten standen bereit, denn es lag auf der Hand, zu wie großen Einnahmen das Monopol auf einen Massenimpfstoff gegen Fleckfieber führen konnte. Am 29. Dezember 1941 fanden in Berlin zwei Sitzungen des Innenministeriums statt, an denen auch Prof. Gildemeister vom Robert-Koch-Institut und Dr. Albert Demnitz von den I.G.-Behringwerken Marburg/Lahn teilnahmen. Man legte unter anderem fest, daß der neu entwickelte Fleckfieberimpfstoff der Behringwerke in einem Versuch auf seine Wirksamkeit geprüft werden sollte. Zu diesem Zweck sollte Dr. Demnitz Verbindung zum Leiter des Hygiene-Institutes der Waffen-SS SS-Standartenführer Dr. Mrugowsky aufnehmen.¹²⁸ Im Umfeld der beiden Sitzungen fanden direkte Gespräche zwischen Demnitz und Mrugowsky statt, in deren Verlauf

¹²³ zum Werdegang und zur Verantwortung Mrugowskys vgl. ZStA Potsdam, Film Nr. 53214, Bl. 140ff

¹²⁴ vgl. "Pharmazeutische Zentralhalle", 1942/17, S. 204 (aus Schneider/Stein)

¹²⁵ Schneider/Stein, S. 16

¹²⁶ vgl. Staatsarchiv Weimar, Thüringisches Innenministerium, E1472-1473 (aus Schneider/Stein)

¹²⁷ vgl. Staatsarchiv Weimar, Thüringisches Innenministerium, E1472-1473 (aus Schneider/Stein)

¹²⁸ ZStA Potsdam, Film Nr. 53214, Bl. 60ff

genauere Vorstellungen über die Impfstoffexperimente, die im KZ Buchenwald stattfinden sollten, besprochen wurden.¹²⁹

Noch am gleichen Tag wurde im KZ Buchenwald in Block 49 (später zusätzlich Block 44 und zuletzt im eigens dafür neu gebauten Block 46) eine Fleckfieberstation eingerichtet. Die Leitung für die Versuchsstation übernahm Lagerarzt SS-Hauptsturmbannführer Dr. med. Erwin Oskar Ding-Schuler. In seiner Abwesenheit führte der Lagerarzt SS-Obersturmbannführer Dr. med. Waldemar Hoven die Geschäfte. Das Innere des Blocks 46 unterschied sich vom übrigen Lager. Alles sollte steril und sauber sein. Der massive Steinblock wurde mit einem Stacheldrahtzaun vom übrigen Lager getrennt und seine Fenster undurchsichtig gemacht. Zutritt zum Block hatten außer den Opfern nur wenige.¹³⁰

Bereits bei Vorversuchen zur künstlichen Infektion mit Fleckfieber starb einer der ersten zehn Versuchshäftlinge. Weitere 135 vorwiegend jüdische Häftlinge erhielten im Januar 1942 Testimpfungen mit Impfstoffen der Behringwerke und des Robert-Koch-Instituts.¹³¹ Dr. Demnitz zeigte ein ganz offensichtliches Interesse, die Versuche auszuweiten und zu forcieren.¹³²

In einem "Situationsbericht" teilte SS-Standortarzt Dr. Hoven am 1. April 1942 seinem Chef beim SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt mit, daß bei einer Versuchsreihe für die Behringwerke bei den Versuchspersonen nach einsetzender Entfieberung noch Herzmuskelschwäche, Muskelreißen, Gliederschwere, Ohrensausen und Nasenbluten auftraten. Insgesamt seien von zehn Personen fünf gestorben, zwei an den Qualen und dem beträchtlichen Gewichtsverlust, drei als ungeimpfte "Kontrollpersonen".¹³³

Bei den Fleckfieberversuchen erfolgte eine laufende Numerierung der Krankenblätter. Dieser Numerierung folgend waren bis Januar 1945 988 Häftlinge an den Fleckfieberversuchen beteiligt.¹³⁴ Sogar am 29. März 1945, knapp zwei Wochen vor der Selbstbefreiung der Häftlinge, wurden noch Versuche durchgeführt.¹³⁵

Zwischen Januar und Mai 1943 fanden im KZ Buchenwald neben Fleckfieberversuchen auch Verträglichkeitsprüfungen für Gelbfieberimpfstoffe der Behringwerke Marburg/Lahn und des Robert-Koch-Instituts Berlin statt. Aufgrund der Niederlage der deutschen Truppen in Nordafrika war das Geschäft mit dem Impfstoff gegen das nur in diesen Breiten vorkommende Gelbfieber beendet.¹³⁶

¹²⁹ vgl. "Buchenwald; Mahnung und Verpflichtung; Dokumente und Berichte", Berlin, 1960, S. 188f

¹³⁰ M. Ciepielowski/R. Waitz, "Fleckfieberversuche im KZ Buchenwald", in Unmenschliche Medizin, Anthologie, Bd. 1, T. 2, Warschau, S. 158f (aus Schneider/Stein)

¹³¹ BA 30-VII/44, Tagebuch der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung am Hygiene-Institut der Waffen-SS

¹³² ZStA Potsdam, Film Nr. 40304, Bl. 10255

¹³³ Diese und weitere Beobachtungen und Versuchsreihen siehe Schneider/Stein, S. 24, S. 26f, S. 31f

¹³⁴ BA Material A. Dietzsch

¹³⁵ National Archives and Records Service, 1976, Record Group 153, Records of the Judge Advocate General (Army), U.S. Josias Prince zu Waldeck et al. War Crimes Case Nr. 12-390 (The Buchenwald-Case), Film Nr. 7 (aus Schneider/Stein)

¹³⁶ BA 30-VII/44, Bl. 9, Tagebuch der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung am Hygiene-Institut der Waffen-SS, und Schneider/Stein, S. 36-37

Überliefert sind drei Seiten einer Zusammenstellung über Folgeerscheinungen des im April 1943 begonnenen Fleckfiebertherapieversuches. Die Versuchstherapeutika lieferte die Chemisch-Pharmazeutische und Sero-Bakteriologische Abteilung Hoechst der I.G. Farben. 39 Häftlinge wurden mit schwerem Fleckfieber infiziert und sollten mit den I.G.-Produkten probeweise "behandelt" werden. Die noch im Versuchsstadium befindlichen Präparate versagten vollständig und 21 Häftlinge starben unter entsetzlichen Qualen. Peinlich genau sind auf Seite 3 des vom 1. Juni 1943 datierten Protokolls die Elemente ihres völligen gesundheitlichen Zusammenbruches seziert. Demnach "wurden folgende Beobachtungen gemacht:

in 30 Fällen	gerötetes Gesicht	in 35 Fällen	Subicterus (Gelbsucht)
in 37 Fällen	gedunsenes Gesicht	in 2 Fällen	Erbrechen (Kontrolle)
in 39 Fällen	Bindehautentzündung	in 15 Fällen	Verstopfung
in 9 Fällen	Schüttelfrost	in 12 Fällen	Durchfall
in 38 Fällen	Kopfschmerzen	in 1 Fall	Darmbluten
in 39 Fällen	Exanthem (krankhafte Hautveränderung)	in 13 Fällen	Lufttröhrenkatarrh
in 38 Fällen	Exanthem hämorrhagisch	in 15 Fällen	Bronchitis
in 33 Fällen	Gelbfärbung der Hände	in 1 Fall	Bronchopneumonie (Lungenentzündung)
in 1 Fall	Unterhautphlegmone über dem Kehlkopf	in 1 Fall	Nierenbeckenentzündung und Harnröhrenentzündung
in 8 Fällen	Ohrensausen	in 1 Fall	Nierenentzündung
in 11 Fällen	Schwerhörigkeit	in 2 Fällen	Kreuzschmerzen
in 16 Fällen	geschwollene Zunge	in 17 Fällen	Gliederschmerzen
in 6 Fällen	Nasenbluten	in 5 Fällen	Gefühllosigkeit der Extremitäten
in 4 Fällen	Sprachstörungen		
in 4 Fällen	Ohnmachtsanfälle	Außerdem wurden folgende Nachkrankheiten beobachtet:	
in 39 Fällen	Schlaflosigkeit	in 1 Fall	Nesselausschlag
in 10 Fällen	Muskelzuckungen	in 3 Fällen	Dekubitalgeschwüre (Wundliegen)
in 16 Fällen	Muskelschmerzen	in 3 Fällen	Furunkulose
in 2 Fällen	Krämpfe	in 1 Fall	Parotitis
in 10 Fällen	Händezittern	in 7 Fällen	Schweißausbrüche
in 2 Fällen	Lähmungserscheinungen	in 5 Fällen	Nachfieber
in 3 Fällen	Exophthalmus (Vordrängen des Augapfels mit Bewe- gungseinschränkung)	in 15 Fällen	Ataxie (Störung der Bewegungskoordination)
in 10 Fällen	Benommenheit	in 3 Fällen	Schwindelgefühl
in 9 Fällen	Apathie		
in 36 Fällen	Delirien	Während der Krankheit ließen 36 Patienten Urin und 11 Patienten Stuhl unter sich	
in 2 Fällen	katatonischer Stupor (geistig-körperliche Erstarrung)	Die Sterblichkeit betrug	
in 1 Fall	Gangrän eines Unter- schenkels (fressendes Geschwür)	bei der Kontrolle	55,5%
in 39 Fällen	Milzvergrößerung	bei Akridin-Granulat	53,3%
in 14 Fällen	Milzdruckschmerzhaftigkeit	bei Rutenol	53,3%"

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESellschaft

REGISTRAR: BEHRINGWERKE Harburg-L.
BRANTWERT: BEHRINGWERKE Harburg-L.
FERNRUF: Lachmeyerstrasse 22 57

Geschäftszeit: 7 30-12 15 Uhr, Sonntags 7 30-11 15 Uhr
In den sonstigen Zeiten Telefonat
POSTSCHRIFTEN: Frankfurt am Main 600 00

BEHRINGWERKE
HARBURG-LAND
Gesellschaft von B. & C. Behring

Herrn
SS-Obersturmführer Mowen, Lagerarzt
KL Buchenwald
bei Weimar

UNSERE ZEICHEN IHRER NACHRICHT VOM UNSERE ZEICHEN DR. D/Hp. 6553
MARBURG-LAND
den 14.1.1942

Sehr geehrter Herr Obersturmführer !

Unter Bezugnahme auf verschiedene Unterhaltungen unserer Herren mit den Herren des Hyg. Instituts der Waffen SS, Berlin, Knesebeckstrasse 43/44, gestatten wir uns, Ihnen heute gratis per Express für 50 Personen

7 x 25 ccm Fleckfieberimpfstoff zuzusenden. Dieser Impfstoff ist konzentriert und ist mindestens doppelt so stark wie der Fleckfieberimpfstoff, den das Hyg. Institut der Waffen SS durch den Linksunterzeichneten bereits erhalten hat. Bekanntlich sollen neben dem konzentrierten Impfstoff, der Ihnen heute zugeht, und den früher von uns hergestellten Impfstoff noch Versuche mit anderen Impfstoffen durchgeführt werden.

Heil Hitler !

I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft
Abteilung Behringwerke Farbburg

Heinrich L. Mowen

Begleitschreiben der I.G. Farben zur Lieferung eines Fleckfieber-Impfstoffes, der an Häftlingen des KZ Buchenwald erprobt werden sollte (Schneider/Stein)

"Gasbrand" ist eine nach schwerer Gewebszertrümmerung in Wunden auftretende sehr gefährliche und mit Gasbildung im Gewebe einhergehende Infektion durch Gasbrandbazillen. Auf Betreiben der Behringwerke AG Marburg/Lahn erfolgte vom November 1943 bis Januar 1944 an Häftlingen des KZ Buchenwald ein Verträglichkeitstest von Fraenkel-Serum gegen diese Infektion.¹

4.3.3. Weitere "wissenschaftliche Experimente"

Auch in anderen Konzentrationslagern wurden Experimente durchgeführt, maßgeblich war I.G.-Angestellter SS-Hauptsturmbannführer Dr. med. Helmuth Vetter, der in mehreren KZs stationiert war, im Auftrag der Bayer Leverkusen daran beteiligt.² Zur gleichen Zeit wie Dr. Joseph Mengele experimentierte er in Auschwitz mit Arzneimitteln, die die Bezeichnungen "B-1012", "B-1034", "3382" oder "Rutenol" trugen. Die Versuchspräparate wurden nicht nur kranken, sondern auch gesunden Häftlingen, die zu diesem Zweck besonders infiziert wurden, in Form von Tabletten, Granulaten, Spritzen oder Klistieren verabreicht. Manche Arzneimittel verursachten bei den Opfern Erbrechen und blutigen Durchfall, in den meisten Fällen verursachten diese Experimente den Tod der Häftlinge.³



Fleckfieberpräparat B-1034 der Firma Bayer -
verwendet zu Häftlingsversuchen
("Auschwitz, faschistisches Vernichtungslager...")

In den Akten von Auschwitz befindet sich ein Briefwechsel des Lagerkommandanten mit Bayer Leverkusen über den Verkauf von 150 weiblichen Häftlingen zu Versuchszwecken: *"Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn Sie uns eine Anzahl Frauen zur Verfügung stellen würden (...)"* - *"Wir erhielten Ihre Antwort, jedoch erscheint uns der Preis von 200 RM pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als 170 RM pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen (...)"* - *"Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen in bestmöglichstem Gesundheitszustand vor (...)"* - *"Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehrten Zustands wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten (...)"* - *"Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen (...)." ⁴*

¹ vgl. BA 30-VII/44, Bl. 19, Tagebuch der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung am Hygiene-Institut der Waffen-SS

² Schneckenburger, S. 110, und Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge (Hrsg.), "I.G.Farben, Auschwitz, Experimente", Dokumente zum 2. Auschwitz-Prozeß, Berlin 1965, S. 36ff, S. 61

³ "Auschwitz; faschistisches Vernichtungslager", Warschau, 1981, S. 139

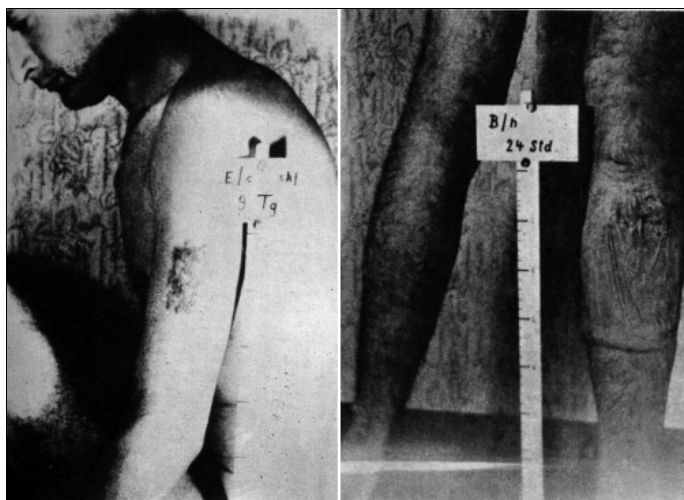
⁴ zitiert nach Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982

Ein ehemaliger Häftling aus Auschwitz sagte aus: *"Im Block Nr. 20 war ein großer Saal mit Tuberkulösen. Die Bayer-Fabriken schickten ein Medikament in Ampullen ohne irgendwelche Bezeichnung. Man gab den Tuberkulösen entsprechende Spritzen. Diese Unglücklichen wurden niemals vergast. Man wartete auf ihren Tod, der sehr rasch eintrat. (...) 150 jüdische Frauen, die von Bayer der Lagerverwaltung von Auschwitz abgekauft worden waren, (...) dienten Experimenten mit unbekannten Hormonpräparaten."*⁵

Parallel zu den Versuchen der Behringwerke und Bayer Leverkusen startete die Chemisch-Pharmazeutische und Sero-Bakteriologische Abteilung Hoechst im Konzentrationslager Auschwitz Häftlingsversuche mit ihrem neuen "Fleckfieberpräparat 3582".⁶ Die erste Versuchsreihe endete jedoch wenig befriedigend. Von den 50 Versuchshäftlingen starben 15; das Fleckfieberpräparat führte zu Erbrechen und Entkräftung.⁷ Eine Quarantäne im KZ Auschwitz führte zur Ausdehnung der Versuche auf das KZ Buchenwald. Im Tagebuch der "Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung des KZ Buchenwald" heißt es unter dem Datum vom 10. Januar 1943:

*"Auf Anregung der I.G. Farbenindustrie A.G. werden als Fleckfiebertherapeuticum geprüft:
a) Präparat 3582 "Akridin" der Chem. Pharm. u. Sero-Bakt. Abteilung in Ffm. - Höchst - Prof. Lautenschläger und Dr. Weber - (Therapieversuch A)*

*b) Methylenblau, im Mäuseversuch erprobt von Prof. Kiekuth, Elberfeld (Therapieversuch M)."*⁸



Versuche mit I.G.-Präparaten führten meist zum Tod der Häftlinge. Die Überlebenden blieben Krüppel auf Lebenszeit ("Auschwitz, faschistisches Vernichtungslager...")

Diese erste und auch eine zweite Therapieversuchsreihe in Buchenwald vom 31. März bis 11. April 1943 verliefen infolge ungenügender Infektion der Versuchshäftlinge negativ. Auch bei den Versuchen in Auschwitz konnten sie keine deutlichen Erfolge verbuchen.⁹

Der wissenschaftliche Wert all dieser, wenn auch nicht immer durch die I.G. veranlaßten Versuche war faktisch gleich Null. Die Versuchspersonen befanden sich in gesundheitlich stark angegriffenem Zustand, bedingt durch Zwangsarbeit, Unter- bzw. Fehlernährung und Krankheiten im Konzentrationslager. Hinzu kamen die allgemein schlechten sanitären Bedingungen im

Umfeld der Laboratorien. "Die Versuchsergebnisse in Konzentrationslagern, das mußte den Spezialisten in den Laboratorien der I.G. bekannt sein, waren nicht vergleichbar mit Ergebnissen unter normalen Bedingungen."¹⁰

⁵ zitiert nach "Konzentrationslager Dokument F321 ...", S. 139-140, Augenzeugenberichte ehemaliger KZ-Häftlinge

⁶ Schneider/Stein, S. 52

⁷ Schneider/Stein, S. 52

⁸ BA 30-VII/44, Bl.8, Tagebuch der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung am Hygiene-Institut der Waffen-SS (zitiert nach Schneider/Stein, S. 52)

⁹ Schneider/Stein, S. 52-53

¹⁰ Schneider/Stein, S. 28

Der SS-Arzt Dr. Hoven sagte vor dem Nürnberger Tribunal dazu aus: *"Es dürfte allgemein und insbesondere in deutschen wissenschaftlichen Kreisen bekannt gewesen sein, daß die SS über nennenswerte Wissenschaftler nicht verfügte. Es ist offensichtlich, daß es sich bei den in den Konzentrationslagern mit I.G.-Präparaten durchgeführten Versuchen nur um das Interesse der I.G. handelte, die mit allen Mitteln bestrebt war, die Wirksamkeit ihrer Präparate festzustellen bzw. die - ich möchte sagen - Schmutzarbeit in Konzentrationslagern durch die SS machen zu lassen. Die I.G. war darauf bedacht, diese Tatsache nach außen hin nicht in Erscheinung treten zu lassen, sondern die näheren Umstände ihrer Versuche zu verschleiern, um aber dann (...) den Gewinn daraus für sich zu ziehen. Nicht die SS, sondern die I.G. hatte die Initiative bei diesen Versuchen in den KZ."*¹¹

4.4. Militärische Entwicklung des II. Weltkrieges

Nachdem Österreich, das Sudetenland, die Tschechoslowakei und das Memelland bis zum März 1939 besetzt waren, schloß Hitler mit Stalin den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt ab, um sich für die Eroberung Polens freie Hand zu verschaffen. Da die sowjetische Armee seit den dreißiger Jahren aufgrund von "Säuberungen" im Offizierskorps an Stärke verloren hatte, erhoffte Stalin sich durch diesen Vertrag eine Sicherheit vor dem militärisch überlegenen Deutschland. Eine Woche später, am 1. September 1939, begann mit Hitlers Angriff auf Polen der II. Weltkrieg.

Am 9. April 1940 begannen deutsche Truppen, Norwegen und Dänemark militärisch zu besetzen. Am 10. Mai überfiel Hitler Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich. Nachdem am 6. April 1941 der Angriff auf Jugoslawien und Griechenland erfolgt war, befand sich fast ganz Europa unter faschistischer Herrschaft. Hitler hatte mit Italien und Japan einen Pakt geschlossen, und seine bisherige Blitzkrieg-Taktik hatte sich bestens bewährt, sodaß am 22. Juni 1941 unter dem Tarnnamen "Unternehmen Barbarossa" der Angriff auf die Sowjetunion erfolgte.

Als am 7. Dezember 1941 Hitlers Verbündeter Japan die amerikanische Flotte in Pearl Harbour angriff, verhielten sich die USA nicht länger neutral und erklärten einen Tag später Japan den Krieg. Deutschland und Italien reagierten darauf am 11. Dezember.

In Nordafrika landeten am 7. November 1942 englische und amerikanische Truppen, was schließlich zur Kapitulation der deutschen Armee in Nordafrika am 12. Mai 1943 führte.

Die enorme Größe Rußlands und der strenge russische Winter ließen den Blitzkrieg im zweiten Winter am 2. Februar 1943 vor Stalingrad enden. Nachdem am 3. September 1943 die Alliierten in Sizilien gelandet waren und Mussolinis faschistische Herrschaft beendet hatten, erklärte der ehemalige Bündnispartner Italien am 13. Oktober Deutschland den Krieg. Die alliierten Bomber flogen nun Tag und Nacht Angriffe gegen deutsche Städte.

Am 12. Mai 1944 schickte die USA 935 Bomber gegen die synthetische Ölproduktion Deutschlands. Allein 200 Flugzeuge konzentrierten sich auf die Leuna-Werke. Hitler und Göring beriefen daraufhin eine Besichtigung und Konferenz ein, an der vier der führenden Treibstoffexperten der I.G. teilnahmen. Diese Gruppe, zu der auch Krauch und Bütetisch gehörten, sollte die Folgen der Luftangriffe vom 12. Mai erörtern.

Da aufgrund der Monopolstellung der I.G. nur eine sehr geringe Anzahl von Treibstoff-, Buna- und Stickstofffabriken existierten, waren diese besonders empfindliche strategische Angriffspunkte, da dort die für die Rüstung unentbehrlichen Materialien hergestellt wurden. Göring versprach Krauch, daß ein Teil der Flugzeuge dem Schutz der Ölfabriken zugeteilt und nicht an

¹¹ zitiert nach Schneider/Stein, S. 28

die Front beordert würde. Die Invasion der Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie zwang Göring zur Rücknahme seines Versprechens.

Bis zum Herbst 1944 hatte sich die militärische Lage Deutschlands stark verschlechtert. Martin Bormann und Josef Goebbels bestürmten Hitler, er solle einen Angriff mit dem Nervengas "Tabun" gegen feindliche Truppenkonzentrationen und Städte durchführen. Tabun ist ein Nervengas von extrem starker Wirkung, das das Opfer bei Berührung mit der Haut innerhalb weniger Minuten zu töten vermag. Tabun und das andere Nervengas "Sarin" wurden bei der Erforschung von Schädlingsbekämpfungsmitteln entdeckt und gehörten zu den bestgehüteten militärischen Geheimnissen Deutschlands. Sie wurden stets nur mit dem Tarnnamen "N-Stoff" erwähnt und nach anfänglichen Versuchen mit Meerschweinchen und Ratten zuletzt an jüdischen Häftlingen ausprobiert.¹² Hitler ließ Otto Ambros befragen, inwieweit die Alliierten ebenfalls über Nervengase verfügten und, wenn ja, ob man ein wirksames Gegenmittel dafür hätte. Ambros teilte Hitler mit, daß der Feind vermutlich eine ähnliche Waffe besäße und man noch kein Gegenmittel gefunden habe. So untersagte Hitler den Einsatz von "N-Stoff".

Ambros' Einschätzung der chemischen Rüstung der Alliierten war falsch. Die Alliierten besaßen keine chemischen Waffen, die mit dem Nervengas der I.G. vergleichbar waren und die sie zur Vergeltung hätten benutzen können. Hitler hätte also aufgrund der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der I.G. eine wirkungsvolle Möglichkeit gehabt, den Krieg anders enden zu lassen.

Am 30. April 1945 beging Adolf Hitler Selbstmord, Berlin wurde am 2. Mai von der Roten Armee erobert, und Deutschland erklärte seine bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945. Im Herbst sollten die Vorbereitungen für die Kriegsverbrecherprozesse beginnen. Der Krieg in Fernost war aber noch nicht beendet. Am 6. und 9. August fielen die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Japan kapitulierte schließlich am 2. September 1945.

Die I.G.-Direktoren handelten, als ob sie wüßten, was die Zukunft bringen sollte. Der Großteil des Vermögens der I.G. wurde ins Ausland geschafft und bereits im September 1944 planteter Meer und der Sekretär des Verwaltungsrates, Ernst Struss, die Vernichtung der I.G.-Akten für den Fall, daß die Amerikaner die Frankfurter Zentrale besetzten. Im Frühjahr 1945, als es offensichtlich war, daß die Amerikaner bald Frankfurt in ihrer Hand hätten, begann die groß durchgeplante Verbrennung und Zerstörung des Aktenmaterials. Man vernichtete etwa fünfzehn Tonnen Papier. Auch in Auschwitz wurden die meisten der Akten zerstört, bevor die Rote Armee das Lager befreite. Als die Alliierten versuchten, die I.G.-Akten der Nazizeit zusammenzusetzen, trafen sie auf riesige Lücken. Es wäre wohl noch viel mehr belastendes Material zusammengekommen, wenn die Akten vollständig gewesen wären. Was den Alliierten schließlich übrigblieb, war dennoch schrecklich genug.

¹² TWC I, S. 351 Brandt Dokumente 12, Beweisstück der Verteidigung Nr. 11 (nach Borkin)

5. 1945-1955: Nürnberger Prozesse und Entflechtung der I.G. Farben

5.1. Die weltpolitische Lage am Ende des 2. Weltkrieges

5.1.1. Die Entstehung des Potsdamer Abkommens

Die geplante Entwicklung des von den Alliierten besetzten deutschen Reiches war in ihren wesentlichen Zügen auf mehreren Konferenzen der Alliierten festgelegt worden. Die meisten dieser Konferenzen fanden schon während des Krieges statt.

An 14. Januar 1943, auf der Konferenz von Casablanca, beschlossen Roosevelt und Churchill die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches zum gemeinsamen Kriegsziel. Vom 28. November bis 1. Dezember 1943 fand in Teheran das erste Treffen von Roosevelt und Churchill mit Stalin statt. Es wurde eine militärische Zusammenarbeit (zum Beispiel die von Stalin seit langem geforderte Eröffnung einer zweiten Front im Westen, das heißt die Landung in Frankreich im Juni 1944), die Besetzung des Deutschen Reiches sowie der Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan beschlossen. Churchill und Stalin trafen sich vom 9. bis 20.



Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Alliierten bei der Konferenz von Jalta (Loth)

Oktober 1944 in Moskau, um Einflußzonen abzuklären. Auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) konkretisierten sich die Deutschlandpläne der Alliierten. Die Aufteilung in Besatzungszonen und deren Verwaltung durch einen Oberkommandierenden, der der jeweiligen Regierung unterstellt sein sollte, wurde beschlossen. Ein Kontrollrat mit Sitz in Berlin, bestehend aus den militärischen Oberbefehlshabern, sollte aufgrund einstimmiger Beschlüsse die gesamtdeutschen Fragen klären. Frankreich wurde aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 fand die Konferenz von Potsdam statt. Da Roosevelt gestorben und Churchill nicht wiedergewählt worden war, trafen sich hier Truman, Attlee und Stalin. Frankreich stimmte dem Abkommen am 7. August unter Vorbehalt rückwirkend zu. In einem gemeinsamen Kommuniqué (dem sogenannten Potsdamer Abkommen) vom 2.8.1945 gaben die Alliierten ihre Absichten bekannt: *"(...) Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. (...)*

Politische Grundsätze

(...) Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung. (...)

Wirtschaftliche Grundsätze

In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

Während der Besatzungszeit ist Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. (...)"¹

Die hier formulierten Absichten sind stark von den Morgenthau'schen Vorstellungen geprägt. Durch einen rigorosen Einschnitt sollten alle faschistischen Tendenzen vernichtet werden.

Gerade dies aber erschien nach dem Ende des Krieges immer weniger wichtig, da im Zeichen des heraufziehenden 'Kalten Krieges' der alte/neue Feind wieder im Osten gesehen wurde.

5.1.2. Wirtschaftliche und politische Hintergründe

Die sogenannte "Stunde Null" hat es allerdings für das Militär, die Politiker, die Wirtschaft, die Justiz und das Kapital nicht gegeben. Sie haben allesamt den Krieg gut überstanden und die Entwicklung 'unserer' Bundesrepublik von Anfang an tatkräftig mitgestaltet. Die Nachkriegsgeschichte der I.G. Farben ist beispielhaft für diese Kontinuität.

Um verstehen zu können, warum die Beschlüsse von Potsdam nie umgesetzt worden sind, ist es notwendig, den Blickwinkel aufzuweiten und sich die weltweiten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen bis zum Kriegsende zu verdeutlichen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Eines der bedeutendsten wirtschaftlichen Ereignisse in diesem Jahrhundert war zweifellos die große Depression (die sogenannte "Weltwirtschaftskrise") in den Industrienationen, die mit dem Börsenkrach von 1929 die 30er Jahre beherrschte. Diese war untrennbar verbunden mit der großen wirtschaftlichen Progression während des 1. Weltkrieges.

Immer mehr setzte sich in den Dreißiger und Vierziger Jahren bei führenden Wirtschaftstheoretikern die Erkenntnis durch, daß Marktwirtschaften (das ist eigentlich die unwissenschaftliche Bezeichnung für 'kapitalistisch arbeitende Wirtschaftssysteme') nicht von selbst in wirtschaftlich stabile Lagen geraten, sondern einem ständigen Auf und Ab unterworfen sind. Insbesondere der Oxford-Wissenschaftler Lord John Maynard Keynes postulierte, daß diese nicht notwendigerweise eine Vollbeschäftigung erreichen und forderte deshalb staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ('fiscal policy') um Vollbeschäftigung zu erzielen (→ Keynesianismus).

Schon im 1. Weltkrieg waren durch die umfangreichen Waffenlieferungen nach Europa nahezu alle europäischen Staaten bei der USA verschuldet und dieses das reichste Land der Welt geworden.² Der Beginn des 2. Weltkrieges bewirkte ein Ende der Depression in den USA und

¹ E. Deuerlein, "Potsdam 1945", 1963, S. 350 f; zitiert nach: Mickel, Kampmann, Wiegand, S. 171f

² Der neue Brockhaus, 6. Auflage, 1979

eine starke Expansion der US-amerikanischen Industrie zur Deckung des in- und ausländischen Rüstungsbedarfes.

Das Problem der USA zum Ende des 2. Weltkrieges war folglich nicht mehr "(...) wie man ein inadäquates Einkommens- und Beschäftigungsniveau durch vorsichtige Regulierung der Produktion verteilen könne, sondern vielmehr, wie die Wirtschaft nach dem Krieg auf den neuen, inzwischen erreichten Produktions- und Einkommenshöhen zu halten sei. 1941 schrieb der National Resources Planning Board bereits, daß das Volkseinkommen mindestens auf einem Jahresniveau von 100 Milliarden Dollar gehalten werden müsse, und bald sollte es weit darüber hinaus steigen. Eine solche Zielsetzung verlangte, daß nach dem Krieg ausländische Märkte in der Lage wären, mindestens dasselbe Exportniveau zu absorbieren, das die Vereinigten Staaten mit Hilfe der Leih-Pacht-Finanzierung³ erhalten hatten. Die Tatsache, daß sich Großbritannien 1941 in einer schwachen und gefährlichen Lage befunden hatte und so schließlich von den Vereinigten Staaten abhängig geworden war, bot der US-amerikanischen Regierung gute diplomatische Gelegenheit zur Verfolgung dieser neuen wirtschaftlichen Ziele. In den Diskussionen, die zwischen Roosevelt und Churchill in Placentia Bay stattfanden und zu jenem rhetorisch obskuren Dokument, der Atlantik-Charta, führten, übte die Regierung der Vereinigten Staaten auf Großbritannien starken Druck aus, um 'Diskriminierung' im internationalen Handel abzuschaffen. (...) In den Vereinigten Staaten wurde multilateraler Handel nicht nur als eine Komponente der demokratischen Regierung angesehen, sondern ebenso als der einzige Weg, den durch den Krieg erzielten wirtschaftlichen Vorteil zu erhalten."⁴ Kriege werden viel zu häufig als ein wirtschaftlicher Verlust verdammt, doch der Wandel in der amerikanischen Wirtschaft zwischen 1938 und 1945 stellt ein höchst eindrucksvolles Beispiel für das Gegenteil dar. "Nach Schätzungen stieg das Sozialprodukt pro Kopf in Preisen von 1929 von 794 Dollar im Jahre 1938 auf 1293 Dollar im Jahre 1945. Außer in Kanada fand in keinem anderen Land ein solcher Aufschwung statt."⁵

Um diese wirtschaftlichen Vorteile zu halten und ein Absinken der durch den Krieg endlich erreichten Hochkonjunktur zu verhindern, fand vom 1. bis 23. Juli 1944 in Bretton Woods/USA die Währungs- und Finanzkonferenz der sich gerade frisch gründenden UN statt. Hier fand ein Machtkampf zwischen den USA und Großbritannien um die weltwirtschaftliche Vorherrschaft statt, den die USA eindeutig gewonnen haben.

In diesem Abkommen wurde die Errichtung des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der Weltbank (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) festgelegt⁶, das die UdSSR zwar unterzeichnete, aber nicht ratifizierte. "Die Intention war, dieselbe Stabilität der Wechselkurse wie beim Goldstandard vor 1914 zu erhalten, während einige Nachteile, die der Goldstandard in Form von Rezession und Arbeitslosigkeit mit sich gebracht hatte, gemildert werden sollte."⁷ Die wirtschaftlichen Zielsetzungen waren jetzt "das ausgewogene Wachstum des Welthandels, eine hohe Beschäftigung, Wechselkursstabilität und die Einhaltung geordneter Wechselkursvereinbarungen".⁸ Um dies zu gewährleisten, garantierten die USA, die nach dem Kriege durch Ankauf und Rüstungsgeschäfte fast 90% der Goldvorräte der Welt

³ Das Leih-Pacht-Gesetz, das von 11.3.1941 bis 21.8.1945 galt, erlaubte den USA den Verkauf von Rüstungsgegenständen ohne Barbezahlung - aber dafür in Form von Schuldverschreibung an die USA.

⁴ Milward, S. 382f

⁵ Milward, S. 383

⁶ Milward, S. 417

⁷ Milward, S. 417

⁸ F. Aschinger, "Das neue Währungssystem - Von Bretton-Woods zur Dollarkrise 1977", Frankfurt/Main, 1978

besaßen⁹, den An- und Verkauf der Feinunze Gold zu garantierten 35\$ je Feinunze. Damit banden sie den US-Dollar als Weltleitwährung. Dieser erhielt damit eine ähnlich zentrale Rolle wie in den 20-er Jahren der 'Goldstandard'. Diese Preisgarantie galt von 1944 bis zum 15.8.1971, als die USA durch die hohen Kosten des Vietnam-Krieges nicht mehr in der Lage waren, diese Garantie aufrechtzuerhalten. Daraufhin folgte die wirtschaftliche Depression der 70-er Jahre, die oftmals lediglich der Ölkrise zugeschoben wird.

Doch "statt einer Epoche eines universell expandierenden Handels brach 1947 eine Epoche der Vorherrschaft der zwei größten Militärmächte an, die sich einander in unerbittlicher wirtschaftlicher und politischer Feindseligkeit gegenüberstanden. Im selben Jahr kamen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Internationale Währungsfonds unter die faktische Kontrolle der Vereinigten Staaten und arbeiteten nicht mehr länger im allgemeinen Interesse, sondern als Instrument der Politik der Vereinigten Staaten." ¹⁰

Politische Entwicklung

Politik ist das Ergebnis dessen, was durch militärische oder wirtschaftliche Macht und Gewalt erreicht werden kann. Folglich lassen sich die Entwicklungen während und nach dem zweiten Weltkrieg nur vor dem Hintergrund der weltweiten militärischen Lage (vgl. Kapitel 4.4) und der wirtschaftlichen Situation und Interessen verstehen.

Noch in den letzten Kriegsjahren sah es so aus, als ob die Alliierten tatsächlich auch eine 'Allianz gegen den Faschismus' repräsentieren wollten. Insbesondere die vielen deutschen Emigranten trugen wohl dazu bei, daß in den USA ein relativ starkes antifaschistisches Potential entstanden war. Auch US-Präsident Roosevelt war anscheinend dazu bereit, mit der Sowjetunion einen gemeinsamen Machtblock zu bilden, der den Faschismus in Zukunft verhindern sollte. Zumindest wurde dies noch so in den Protokollen der Kriegskonferenzen formuliert.

Aus der Atlantik-Charta, die Roosevelt und Churchill am 18.8.1941 verabschiedeten, um ein "System kollektiver Sicherheit" zu gründen ¹¹, entstanden in den folgenden Jahren die Vereinten Nationen, mit ihren Nebenorganisationen WHO, FAO, UNESCO und der Weltbank. ¹² Die Satzung der Vereinten Nationen (UN) wurde am 26. Juni 1945 (noch 3 Wochen vor Potsdam und 6 Wochen nach Ende des Krieges in Europa) von 51 Nationen unterzeichnet.

Doch spätestens mit dem Tod Roosevelts am 12. April 1945 und dem Ende des Krieges wurde deutlich, daß die Alliierten lediglich eine 'Anti-Hitler-Koalition' gebildet hatten und es jetzt galt, die eigenen Interessen zu vertreten. Insbesondere "die USA benötigten zur Bewahrung ihres kapitalistischen Wirtschaftssystems, das den schwierigen Übergang von einer auf vollen Touren laufenden Kriegs- auf normale Friedenswirtschaft bewerkstelligen mußte, um jeden Preis Absatzgebiete, Märkte, Einflußsphären, 'geöffnete Türen'. Das hatte den Zwang zu weltweiter Ausdehnung zur Folge, den Glauben, in keiner Region auf direkten politischen Zugang, militärische Präsenz und ökonomische Aktivitäten verzichten zu können" ¹³ (vgl. auch vorheriges Kapitel) und fürchtete nichts mehr als eine weitere Verbreitung nicht-marktwirtschaftlicher, kommunistischer Ideen und Systeme.

⁹ P. Sandner, M. Sommer, "IWF-Weltbank; Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die '3. Welt'", Schmetterling Verlag, Stuttgart, 6. Auflage, 1988 S. 18f

¹⁰ Milward, S. 419

¹¹ Mickel, Kampmann, Wiegand, S. 269

¹² Mickel, Kampmann, Wiegand, S. 272

¹³ Wassmund, S. 28

Der wahre Feind, vor dem sich die kapitalistische Wirtschaft fürchtete, war also nicht der jetzt besiegte Faschismus, mit dem man sich ja, wie die letzten Jahre bewiesen hatten, sehr gut arrangieren konnte, sondern der Kommunismus, der die Wirtschaftsbesitzer ihrer Reichtümer, die durch Sklavenarbeit und Kriegsindustrie erwirtschaftet worden waren, durch Sozialisierung und Verstaatlichung hätte berauben können. Churchill formulierte es damals offen in seinen eigenen Worten aus: *"Wir haben das falsche Schwein geschlachtet"*.

Und der Krieg der Westalliierten gegen das Deutsche Reich war wohl auch nie ein Krieg gegen den Faschismus gewesen. Der Ostkrieg, der für die I.G. Farben unumgänglich war, da diese in ihren strategischen Überlegungen (⇒ Vierjahresplan) das rumänische Öl fest eingeplant hatte, stellte für sie vor allem deswegen eine Gefahr da, da er bei einem erfolgreichen Ende ein zu starkes Deutsches Reich bedeutet hätte.

Als das Deutsche Reich im September 1939 das 'unbedeutende' Polen überfiel, das mit England und Frankreich verbündet war, war dessen Befreiung den Westalliierten kaum einen Schuß Pulver wert. Den ganzen Winter 1939/40 über gab es praktisch keine Kampfhandlungen an der Westfront (sog. 'Sitzkrieg'); "offensichtlich will man nur das eigene Gewissen beruhigen - den Polen helfen kann man sowieso nicht mehr." ¹⁴

Und auch die Nazis wollten eigentlich keinen Krieg gegen den Westen. Er war nie geplant gewesen, er ergab sich notwendigerweise aus den diplomatischen Verpflichtungen der Großmächte - der wahre ideologische Feind war immer im Osten. Nur vor diesem Hintergrund sind Hitlers zögernde militärische Aktionen gegen England (z.B. Ermöglichung des Entkommens des britischen Expeditionskorps aus Dünkirchen im Mai 1940 und der Aufschub der geplanten Landung in England im Juli 1940) zu verstehen - man wollte zukünftige Verbündete nicht zu sehr verletzen.

Die gemeinsamen antikommunistischen Interessen der Westalliierten und der Nationalsozialisten werden wohl nirgends so deutlich, wie am Fall Rudolf Hess: Als Rudolf Hess, 'Stellvertreter des Führers' am 10. Mai 1941 nach Großbritannien flog, wollte er hier eine Versöhnung an der Westfront erzielen, damit die Deutschen zunächst einmal durch Eroberung der Sowjetunion ungestört den Kommunismus aus der Welt schaffen könnten - was wohl beiden Kriegsgegnern durchaus recht gewesen wäre. Da einem so hohen Politiker der NS-Regierung nicht ohne weiteres selbstmörderischer Dilettantismus und eine fundamentale Fehleinschätzung der weltpolitischen Zusammenhänge unterstellt werden kann, muß davon ausgegangen werden, daß er reelle Chancen für seinen Vorschlag gesehen haben muß.

Eine politische Ablehnung der Nazis durch das westeuropäische Ausland war praktisch nicht vorhanden. Die eigentliche Diskreditierung der Nazis erfolgte erst durch die exzessiven Judenverfolgungen der Kriegsjahre. Gegen die aggressive rassistische Politik bis Kriegsbeginn gab es dagegen keine effektiven internationalen Proteste. Die übrige 'Innenpolitik' gegen Gewerkschaften und linke Parteien wurde ebenfalls jahrelang geduldet, und die gesamte Welt machte den Nazis noch 1936 bei den Olympischen Spielen den Hof, was diese innenpolitisch gut auszunutzen wußten.

Und das störende Moment der Expansionspolitik war weniger die Besetzung der Länder an sich (da eine imperialistische Politik ja allseits betrieben wurde), sondern vielmehr der stetige politische und wirtschaftliche Machtzuwachs der sich daraus ergab und der England und Frankreich von ihren dominierenden Plätzen in der europäischen Politik verdrängt hätte. Die britische Position legte Churchill bereits im März 1936 in einer Rede im Unterhaus dar: *"Bitte beachten Sie, daß die Politik Englands keinerlei Rücksicht darauf nimmt, welche Nation gerade die Herrschaft über Europa erstrebt. Es kommt nicht darauf an, ob es Spanien, die französische Monarchie, das Deutsche Reich oder das Hitler-Regime ist. (...) Deshalb*

¹⁴ Zentner, S. 456

*erscheint es mir so wichtig, daß wir wieder einmal alle Kräfte Europas zusammenfassen, um, wenn nötig, eine deutsche Herrschaft zu vereiteln..."*¹⁵

Dies bedeutete nichts anderes, als daß der lange Zeit moralisch geleitete Krieg (gegen Faschismus, Judenvernichtung und Imperialismus) posthum in einen (wirtschafts)-ideologisch geführten Krieg (gegen den Kommunismus) umgeleitet werden mußte.

Churchill selbst sah schon im Mai 1945 *"mit Entsetzen der Zeit entgegen, da es - nach dem Abzug der amerikanischen Truppen - zwischen den weißen Schneefeldern Rußlands und den weißen Klippen von Dover nichts mehr gäbe, was die rote Armee aufhalten könnte"* und prägte schon am 5.3.1946 in seiner Rede in Missouri den Begriff des 'Eisernen Vorhangs' den die Sowjetunion von Stettin bis Triest heruntergelassen habe.¹⁶

Nach dem Tode Roosevelts konnte sich unter dem außenpolitisch unerfahrenen Präsidenten Truman eine Führungs- und Beratergruppe in der neuen amerikanischen Administration durchsetzen, deren antikomunistische und antisowjetische Haltung bekannt war, und die die vorge-sehene konstruktive Politik einer fairen Beteiligung der Sowjetunion an der Neuordnung der Weltpolitik sofort zu hintertreiben begann.¹⁷

Nach Verkündung der Truman-Doktrin¹⁸ am 12.3.1947 und des Marshall-Planes am 5.6.1947 war schließlich die Allianz der Alliierten endgültig zerbrochen. Amerikas 'Containment Politik', die neue 'Politik der Eindämmung' (...des Kommunismus; Anm. d. V.) war öffentlich propagiert und der 'Kalte Krieg' erklärt worden.

Mit dem militärischen Sieg und der Tatsache, daß die US-Wirtschaft sich durch Kriegsproduktion und Rüstungsgeschäfte in einer großen Progression an die Weltspitze gewirtschaftet hatte, waren die USA die einzigen Gewinner dieses Weltkrieges. Sie hatte 'lediglich' 260.000 Tote zu beklagen, besaß ein unzerstörtes Wirtschaftspotential und der gesamte pazifische Raum war konkurrenzlos geöffnet worden. Die Sowjetunion dagegen wies mit über 20.000.000 Toten (!) mehr als ein Drittel aller Toten des Krieges auf, das Land war durch den Krieg großflächig zerstört worden. Das Deutsche Reich hatte zum Vergleich 'nur' 5.000.000 Tote, die Städte waren zerbombt, aber die Fabriken noch relativ unzerstört (gemäß den alliierten Bombardierungsplänen der 'Demoralisierung') - da diese ja noch gebraucht wurden.¹⁹

So hatte das US-amerikanische Kapital durch den Krieg einen weltweiten wirtschaftlichen, militärischen und somit auch politischen Spitzenplatz erreicht, und diese "neue Weltordnung" galt es nun noch zu festigen und zu verteidigen.

Gefestigt wurde er durch Errichtung eines Weltwirtschaftssystems gemäß den Verhandlungen von Bretton Woods (vgl. Abschnitt zur wirtschaftlichen Entwicklung) wie es den Wünschen der amerikanischen Wirtschaft entsprach und welches durch Gründung der Vereinten Nationen auch noch zusätzlich in einen weltpolitischen Rahmen gesetzt wurde. (Zwar ist die Weltbank

¹⁵ Zentner, S. 456f

¹⁶ Wassmund, S. 34

¹⁷ Wassmund, S. 29

¹⁸ Die Truman-Doktrin sicherte zum ersten Mal allen "freien" Völkern die militärische und wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung der USA für den Fall einer Gefährdung ihrer Freiheit durch den Kommunismus zu

¹⁹ Angaben der Anzahl der Kriegstoten aus: Ploetz, "Geschichte der Weltkriege", Freiburg 1981, S. 151; zitiert nach A. Egner, H. Kraume, B. Müller, M. Vöhringer "Demokratie und Diktatur, Deutsche Geschichte 1918-1945", Schroedel Schulbuchverlag, Hannover, 1986, S. 184

formell nur eine Nebenorganisation der Vereinten Nationen, doch bleibt die Frage offen, welche dieser beiden Organisationen wohl wessen geistiges Kind ist.)

Und verteidigt werden konnte dieser Spitzenplatz ab dem 6. August 1945 mit der Atombombe. Das 'Manhattan Projekt', 1943 unter Roosevelt begonnen, um die Bombe noch vor und gegen Nazideutschland einsetzen zu können, wurde unter Truman erfolgreich beendet und dieser ließ sie, gegen diverse Widerstände über der japanischen Stadt Hiroshima abwerfen, um der Welt - insbesondere der Sowjetunion - zu demonstrieren, welche militärische Macht ab jetzt in den Händen der USA lag.

5.1.3. Die beiden amerikanischen Lager

Vor diesem Hintergrund läßt sich nun eher verstehen, warum sich in der konkreten Politik im besetzten Deutschland eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen mit unterschiedlichen Intentionen innerhalb der amerikanischen Militärregierung entwickelte.

Die Grundlage der gemeinsamen alliierten Politik im besetzten Deutschland sollte das Potsdamer Abkommen sein (vgl. Abschnitt 5.1.1); ihm entsprechend *"wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA, Großbritannien, der UdSSR und Frankreichs nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen."*²⁰

US-Oberbefehlshaber in Deutschland (und damit Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone) war ab Juli 1945 General Dwight D. Eisenhower (späterer US-Präsident 1952-1961); sein Stellvertreter und späterer Nachfolger war General Lucius D. Clay. Ihm war im Dezember 1942 ein Finanzberater aus dem Finanzministerium Morgenthau zugeteilt worden, nämlich Oberst Bernard Bernstein. Dieser stellte sich aus Finanzoffizieren, die zum Teil vorher als Fahndungsspezialisten und Anti-Trust-Kartellexperten beim Finanz- bzw. Justizministerium tätig waren, einen schlagkräftigen Mitarbeiterstab zusammen und auf diese Weise etablierte sich in der US-Army eine Gruppe von Linkskeynesianern, die sich mit der Bildung neuer Abteilungen ständig erweiterte. Eine dieser Abteilungen war das im März 1945 eingerichtete I.G. Farben-Projekt der "Finance-Task-Force", eine Unterabteilung der "Finance Division", die von Oberst Bernard Bernstein geleitet wurde.



Die I.G. soll büßen: Finanzminister Morgenthau besucht US-Truppen in Europa (O.M.G.U.S.)

Da Bernstein und seine Mitarbeiter auch weiterhin unabhängig von der militärischen Kommandostruktur mit ihrem Finanzminister Morgenthau in Verbindung

²⁰ E. Deuerlein, "Potsdam 1945", 1963, S. 350ff; zitiert nach: Mickel, Kampmann, Wiegand, S. 171f

blieben, war neben dem Kriegs- und Außenministerium ein dritter Planungspartner für die amerikanische Besatzungspolitik hinzugekommen, den die beiden anderen nur ungern tolerierten.

Denn Morgenthau und sein Finanzministerium bekamen auf diese Weise unzensiert mit, was in den Ländern geschah, die die Westalliierten seit 1942/43 besetzten: Nämlich "wie ihr Außenministerium im Zusammenspiel mit den Engländern statt der Befreiung vom Faschismus klerikal-royalistische Schilderwechsel organisierte." ²¹ Da ähnliches auch für Deutschland zu erwarten war, ahnte Morgenthau schon im Juni 1944: *"Die deutsche Kriegsmaschine hat schon Pläne fürs Überleben (...) Wahrscheinlich werden uns die Deutschen Hitler und die ganze Nazibande anbieten, um bessere Friedensbedingungen herauszuschlagen. Wir lassen uns aber nicht bestechen. Unsere Bedingungen heißen bedingungslose Kapitulation."* ²² *"Je mehr ich über dieses Problem nachdenke (...), desto klarer scheint mir, daß das Motiv der meisten, die gegen ein schwaches Deutschland opponieren (...), einfach ein Ausdrück ihrer Furcht vor Rußland und dem Kommunismus ist. Es ist die zwanzig Jahre alte Vorstellung vom 'Bollwerk gegen den Bolschewismus' - einer der Faktoren, der uns den jetzigen Krieg beschert hat."* ²³ Morgenthau, Bernstein und ihre MitarbeiterInnen gehörten wohl zu denjenigen, die in diesem Krieg auch einen Kampf gegen den Faschismus selbst sahen. Die diskreditierende Betrachtungsweise des 'Morgenthau-Planes' als Bemühungen, Deutschland zu einem Agrarstaat zu 'degradieren', war wohl eher eine Folge der verzerrenden Maske des Kalten Krieges als der Realität.

"Die amerikanischen Linkskeynesianer hatten ein genaues Bild von der volkswirtschaftlichen Situation Deutschlands gegen Kriegsende. Sie gingen davon aus, daß der Rüstungsboom der NS-Zeit die strukturellen Ungleichgewichte gigantisch verschärft hatte: Einer bankrotten Landwirtschaft sowie unterkapitalisierten Konsumgüterindustrien und Bauwirtschaft standen überkapitalisierte Großunternehmen der Chemie-, Elektro- und Stahlindustrie gegenüber, die sich die volkswirtschaftlichen Ressourcen und Masseneinkommen unbeschränkt angeeignet hatten. Dieses katastrophale Ungleichgewicht wollten sie (die Linkskeynesianer) abbauen, und nur hierin sahen sie Chancen für eine dauerhaft abgerüstete Friedenswirtschaft." ²⁴

In der Liquidierung des I.G. Farben-Trusts als exemplarischen Fall sollte der Morgenthau-Plan seine Stichhaltigkeit beweisen.

Aber solche Ideen hatten auch mächtige und entschiedene Gegner. Die US-amerikanische Wirtschaft brauchte eine florierende deutsche Industrie, um sich auf ihrem hohen Niveau zu halten (vgl. 5.1.2), und diese Interessen waren bestens vertreten: zum einen in den USA durch das Außen- und das Kriegministerium und zum anderen im besetzten Deutschland durch deren Mitarbeiter in der Militärregierung und ihrer Wirtschaftsabteilung (Economic Division).

Die Wirtschaftsabteilung war durchweg mit Offizieren besetzt, die in Friedenszeiten ihren Geschäften an der Wall-Street und in den Konzernetagen der Elektro-, Auto- und Stahlindustrie nachgingen. Sie wurde von dem Investmentbanker William H. Draper geleitet.

Robert Murphy war in seiner Eigenschaft als politischer Berater Eisenhowers (und später Clays) Bernstein gleichrangig und ihm ein politischer Intimfeind. Ein leitender Offizier der 'Industry Branch' (eine Unterabteilung der 'Economic Division') fragte schon im Sommer 1945

²¹ O.M.G.U.S., S. L

z.B. Algerien-Putsch → Darlan-Affäre; Italien → faschistisch-royalistischer Putsch; siehe O.M.G.U.S., S. L

²² J.M. Blum, "From the Morgenthau Diaries" Bd.3, S. 333, hier zitiert nach O.M.G.U.S., S. LI

²³ Blum, hier zitiert nach O.M.G.U.S., S. LI

²⁴ O.M.G.U.S., S. LIII

ganz ungeniert: *"Wie kann man von mir erwarten, daß ich die deutschen Fabriken wieder in Gang bringe, wenn man mir nicht erlaubt, Nazis und deutsche Kartelle einzusetzen?"*²⁵ Und so frei sprachen nur jene, die wußten, daß sie starke Verbündete im Rücken hatten; wie zum Beispiel Lucius D. Clay, oberster Besatzungsoffizier und Eisenhowers Stellvertreter, *"den nicht nur die Morgenthau-Umgebung als 'Faschist' bezeichnete."* (Truman einer Bemerkung Kilgores zustimmend)²⁶

So standen sich am Ende des Krieges die Lager des Finanzministeriums (Morgenthau, Bernstein, die 'Finance Division' und die I.G. Farben-Ermittlungsgruppe) und die des Außen- und des Kriegsministeriums (Eisenhower/Clay, Murphy, Draper, die 'Economic Division' und der 'Industry Branch') gegenüber und wollten jeweils ihre eigenen Ziele umsetzen.

5.2. Die Besatzungspolitik

5.2.1. Der Machtkampf zwischen den beiden amerikanischen Lagern

Die Positionen dieser beiden Gruppen in der US-Regierung waren unvereinbar. Die Auseinandersetzungen über die amerikanische Nachkriegspolitik hatten schon 1942 begonnen, als die Alliierten anfangen, über die Zukunft Deutschlands nachzudenken. Im Jahre 1944 zog Präsident Roosevelt seine schon erteilte Unterschrift unter den 'Morgenthau-Plan' zurück. Roosevelt verstarb am 12.4.1945, sein Finanzminister Morgenthau trat noch vor der Potsdam-Konferenz zurück; ein genaueres Datum sowie eine Angabe von Gründen waren (bezeichnenderweise?) in keiner Literaturstelle zu finden.

Beide Gruppen verfolgten zunächst nebeneinander ihre eigenen Ziele, wenngleich auch die Arbeit der 'Finance Task Force' durch die 'Industry Branch' behindert wurde. In den ersten Nachkriegsmonaten entbrannte schließlich ein offener Machtkampf, in dessen Verlauf sich eine der beiden Gruppen durchsetzen mußte; diese Auseinandersetzungen können hier nur kurz skizziert werden:

Am 29.3.1945 drangen die ersten Soldaten in das I.G.-Hochhaus in Frankfurt ein. Zunächst galt es, die weitere Verschleppung und Vernichtung von belastenden Akten durch I.G.-MitarbeiterInnen zu verhindern. Danach mußte das aus allen Teilen des besetzten deutschen Reiches zusammengetragene Material übersetzt, gesichtet und sortiert werden.



Morgenthau im Kreis seiner Finanzberater; erster von links ist Oberst Bernstein (O.M.G.U.S.)

²⁵ Kilgore-Unterausschuß, Part 8, Testimony Bernstein, S. 1108, hier zitiert nach O.M.G.U.S., S. XXV

²⁶ O.M.G.U.S., S. XXXVIII

Die I.G.-Ermittlungsgruppe des Oberst Bernstein der 'Finance Division' begann im Frühjahr 1945 mit ihrer Arbeit. "Sie hatte klare politische Vorstellungen: Sie wollte alle bisherigen Argumente für die Zerschlagung der I.G. Farbenindustrie AG dokumentarisch belegen und zugleich analytisch vertiefen. Zuerst galt es, die internationalen Beziehungen des Konzerns aufzudecken, in einem zweiten Schritt seine Mitbeteiligung am nazistischen Eroberungskrieg zu enthüllen, und drittens seine internen Verbindungen zur NSDAP und zum Aufrüstungsprogramm der Wehrmacht aufzuarbeiten. Von dieser Arbeit versprachen sich die Untersuchungsbeamten Bernsteins eine Signalwirkung." ²⁷ Bis zum Juli 1945 konnte die I.G.-Untersuchungsgruppe ihre Arbeit relativ unbehelligt durchführen.

Im Gegensatz dazu bemühte sich die 'Industry Branch' um eine Zusammenarbeit mit der Bürokratie des Nazi-Staates. Schon Anfang Mai - also Monate vor der Potsdam-Konferenz - knüpfte diese Kontakte zur 'Außenwirtschaftsabteilung der Reichsgruppe Industrie', die sich von Berlin nach Bayreuth abgesetzt hatte. Kurze Zeit später wechselte die 'Abteilung für maschinelles Berichtswesen der Reichsgruppe Industrie' auf Rat von Offizieren der Wirtschaftsabteilung von Gera (in der SBZ gelegen) nach Bad Nauheim, in die Nähe des amerikanischen Hauptquartiers. Umbenannt in 'Statistical Office' wurde diese Abteilung in die 'Industry Branch' eingegliedert. Im Sommer 1945 wurde, gegen den Protest der Sowjetunion, das 'Ministerial Collecting Center' eingerichtet, in dem die Ministerialbürokratie des Reichswirtschafts- und -finanzministeriums und der Reichswirtschaftskammer an der Kontinuität deutscher Wirtschaftspolitik arbeitete. Damit hatte die 'Economic Division' praktisch den gesamten Verwaltungsapparat der Nazi-Volkswirtschaft unverändert übernommen und der Einfluß des Nationalsozialismus war über die Kapitulation hinweg im sich formenden Nachkriegsdeutschland gesichert.

Spätestens nachdem am 10.9.1945 die 'Industry Branch' der 'Economic Division' den CALVIN-HOOVER-Report ²⁸ vorgelegt hatte, der zum ersten Mal ein einseitiges westzonales Exportprogramm propagierte, und nachdem zwei Tage später, am 12.9.1945, Bernstein seinen I.G.-Untersuchungsbericht abgegeben hatte, war klar, daß der status quo der beiden rivalisierenden Parteien nicht mehr aufrechtzuhalten war.

Und Militärgouverneur Clay handelte denn auch eindeutig: An jenem 12.9.1945 wurde die 'Finance Division' in ihrer bisherigen Struktur aufgelöst, ihr neuer Leiter wurde der Zivilist J. M. Dodge. Bernstein selbst wurde zum Leiter einer neuen Abteilung für Kartelluntersuchungen degradiert und zwei Tage später auch noch aus der I.G.-Beratungskommission entlassen. Zwei Wochen später flog Bernstein nach Washington, wo es zu einer neuerlichen Auseinandersetzung zwischen Kriegs-, Außen- und Wirtschaftsministerium kam, die aber eine Niederlage für Bernstein bedeutete. Er trat zwar noch am 11. und 12. Dezember im Kilgore-Unterausschuß an die Öffentlichkeit, in dem er auch schilderte, wie inhaftierte I.G.-Direktoren vom I.G. Farben-Kontrolloffizier Pillsbury aus den Gefängnissen geholt wurden, hatte aber für sich selbst resigniert.

Der Entscheidungskampf um die Zukunft der I.G. Farben mußte schließlich gegen Ende des Jahres 1945 von den Männern und Frauen in den Abteilungen Morgenthau und Bernsteins endgültig als verloren betrachtet werden.

²⁷ O.M.G.U.S., S. XXIV

²⁸ der Calvin-Hoover-Report gilt als Vorläufer des Marshall-Planes

5.2.2. Die Behandlung der Chemiebetriebe

In den ersten Nachkriegsmonaten wurden eine ganze Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die eine wirksame Kontrolle der Chemiebetriebe gewährleisten sollten. Mit der im Kontrollratsgesetz Nr. 5 angeordneten Beschlagnahme des I.G.-Vermögens ging dieses formal in den Besitz des Kontrollrates über. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 9 wurde vereinbart, den I.G. Farben-Konzern zu zerschlagen, um eine Einflußnahme der deutschen Chemiewirtschaft auf das politische Leben in Zukunft zu unterbinden. Zu diesem Zweck sollte er in eine ganze Reihe kleiner Einheiten aufgeteilt werden.

Konkret wurde die Behandlung der I.G.-Betriebe in jeder Zone unterschiedlich gehandhabt. Die in der sowjetischen Zone liegenden I.G.-Werke wurden entweder demontiert oder durch Sozialisierung in sog. "Sowjetaktiengesellschaften" eingebracht. In der französischen Zone erfolgte die Verwaltung durch die Militärregierung. Die US-Militärregierung setzte in ihrer Zone für jedes Werk einen deutschen Treuhänder ("Trustee") ein, der ohne große Einschränkungen selbständig arbeiten konnte. Die in der britischen Zone liegenden Werke wurden, mit Ausnahme der Werke Leverkusen, Uerdingen, Elberfeld und Dormagen, als Einheit betrachtet und von einem Kontrolloffizier geleitet. Die genannten Werke besaßen einen besonderen Status, da sie von deutschen Treuhändern verwaltet wurden. Die praktische Unternehmensführung der Werke in der britischen Zone lag in den Händen der deutschen Werksleitungen.²⁹

Die Offiziere der 'Industry Branch' waren entgegen den aus dem Potsdamer Abkommen entstandenen Gesetzen und Verordnungen jedoch nicht gewillt, die I.G. Farben zu zerschlagen. Nachdem sie sich die Mitarbeit der Funktionseliten der Nazibürokratie gesichert hatten, machten sich die Offiziere der 'Industry Branch' daran, die Chemiebetriebe wieder in Gang zu setzen. Das geschah meist nach einem einfachen Schema: Zuerst wurden die Arbeiter ausgesperrt und Gewerkschaftsgründungen untersagt. Dann setzten sie sich mit den Betriebsleitungen zusammen und berieten das weitere Vorgehen. Für Betriebe, die auf dem Gebiet der SBZ lagen (z.B. in den Leunawerken), wurde Betriebssabotage vereinbart³⁰, während in den Betrieben, die in den Westzonen lagen, möglichst schnelle Wiederaufnahme der Produktion angestrebt wurde, soweit dies im Rahmen der limitierten Energieversorgung und Transportkapazitäten möglich war. Parallel dazu nahm die Zahl der Haftentlassungen "unpolitischer" Betriebsleiter, Ingenieure und Chemiker zu.

Vor der Öffentlichkeit wurde diese Restaurationspolitik dadurch gerechtfertigt, daß nur so ausreichend Devisen für Lebensmittelimporte beschafft werden könnten. Man kann sich jedoch leicht vorstellen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch mehr Chemikalien, mehr Stahlerzeugnisse und mehr Produkte der Elektroindustrie nicht gesichert werden konnte, sondern eher durch Finanzhilfen für die unterkapitalisierte Nahrungsmittelindustrie.

Angesichts der Tatsache, daß 87% des Produktionskapitals der I.G. intakt geblieben war³¹, verwundert es nicht, daß die Inbetriebnahme der I.G.-Fabriken Ende 1945 nahezu abgeschlossen war. Nach einer Bestandsaufnahme der Untersuchungsabteilung für Kartelle und Auslandsvermögen vom Dezember 1945 wurde die Produktion in fast allen der 55 I.G.-Werke wieder aufgenommen, mit Ausnahme von zwei Werken, die zerstört waren und drei Werken, die zur Reparation freigegeben waren.³²

²⁹ Schneckenburger, S. 127/128

³⁰ O.M.G.U.S., S. XXVI

³¹ O.M.G.U.S., S. XXXIX; Vgl. auch "Befreites Leuna (1945-1950), Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil 2", Berlin, 1959, S. 24ff

³² Schneckenburger, S. 117

Im Frühjahr 1946 war die Entwicklung bereits soweit fortgeschritten, daß schon erste Erweiterungsinvestitionen in Angriff genommen wurden, sogar für Werke, die selbst bei großzügigster Auslegung der Vorschriften hätten demontiert werden müssen. Der Tatsache, daß das Vorgehen der 'Industry Branch' dem Potsdamer Abkommen dramatisch entgegengerichtet war, störte nicht im geringsten.

5.3. Der Kriegsverbrecherprozeß gegen die I.G. Farben

5.3.1. Die Vorgeschichte der Kriegsverbrecherprozesse

Die Diskussion über die Behandlung von Kriegsverbrechen begann nicht erst nach der Kapitulation Deutschlands. Schon im Jahre 1940 erhoben die tschechische, die französische und die polnische Regierung offizielle Proteste gegen die Verbrechen der deutschen Besatzung in der Tschechoslowakei und in Polen. Auch die USA und England sowie die Sowjetunion protestierten gegen Plünderung, Zerstörung und gegen an Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung verübte Brutalitäten und Grausamkeiten.³³

Auf Konferenzen in St. James bei London (Januar 1942), Moskau (November/Dezember 1943) und schließlich in London (Juni bis August 1945) wurden Richtlinien zur Bestrafung von Kriegsverbrechen festgelegt. Man vereinbarte, die Verantwortlichen der verübten Verbrechen in die Länder zurückzusenden, in denen diese Verbrechen begangen worden waren. Diese sollten nach dem Recht der befreiten Länder von den dortigen Regierungen bestraft werden. Die Hauptkriegsverbrecher jedoch, deren Verbrechen nicht auf einen geographisch bestimm- baren Ort festgelegt werden konnten, sollten auf Grund einer gemeinsamen Entscheidung der Alliierten verurteilt werden.

Um diese zweite Gruppe von Kriegsverbrechern zu verurteilen, wurde ein Internationaler Militärgerichtshof (IMT) unter Beteiligung der vier Siegermächte eingerichtet, der seinen Sitz in Berlin hatte.³⁴ Als Verhandlungsort wurde Nürnberg bestimmt. Als oberster Vertreter der USA im IMT und Hauptankläger aller Kriegsverbrecherprozesse, an denen die USA beteiligt waren, wurde Richter Robert H. Jackson benannt, der die USA schon in den Verhandlungen über die Modalitäten zur Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse vertreten hatte und die Richtlinien der Prozesse maßgeblich mitbestimmte. Zwischen dem 20.11.1945 und dem 1.10.1946 fand der erste und einzige Prozeß vor dem IMT gegen 24 Einzelpersonen und 6 'Gruppen oder Organisationen' statt.

In der ersten Hälfte des Jahres 1946 fanden Verhandlungen der 4 Siegermächte über einen zweiten Hauptkriegsverbrecherprozess vor dem IMT statt, der sich gegen führende Industrielle richten sollte. Aus den Reihen der I.G.-Direktoren sollten Schmitz und von Schnitzler angeklagt werden. Diese Verhandlungen wurden jedoch ergebnislos abgebrochen, da Großbritannien und die USA, im Gegensatz zu Frankreich und der Sowjetunion, einen derartigen Prozeß ablehnten. Die Gründe für die Ablehnung der USA werden aus einer Aussage Jacksons deutlich: *"Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozeß gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer groß werden. Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende öffentliche Attacke gegen die Privatindustrie - und zu einer solchen würde es im Laufe dieses Prozesses kommen - den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer*

³³ Taylor, S. 11

³⁴ Taylor, S. 12-21

Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten." ³⁵

Es wurde schnell deutlich, daß die organisatorischen Schwierigkeiten, die sich aus dem komplizierten Apparat mit jeweils 4 Gruppen von Richtern und Staatsanwälten und dem umständlichen viersprachigen Verfahren ergaben, zu groß waren, um die vielen Kriegsverbrecher anzuklagen. Deshalb waren im Kontrollratsgesetz Nr.10 (*"Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben"* ³⁶) die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren enthalten, wodurch die einzelnen Besatzungsmächte die Möglichkeit erhielten, Kriegsverbrecher, die sich im Gebiet der jeweiligen Zone aufhielten, anzuklagen und abzuurteilen.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 wurde in den einzelnen Besatzungszonen unterschiedlich umgesetzt. In der britischen Zone wurden Kriegsverbrecherprozesse vor Militärgerichten auf der Basis königlicher Verordnung durchgeführt. In der französischen Zone fand in Rastatt bei Baden-Baden ein großer Prozeß gegen den saarländischen Stahlmagnaten Hermann Röchling statt. Ob in der sowjetischen Zone derartige Verfahren stattfanden, ist uns nicht bekannt.

In der US-Zone wurde zur Durchführung der Prozesse vom amerikanischen Militärgouverneur das Amt der US-Anklagebehörde 'Office of Chief of Counsel for War Crimes' (OCCWC) eingerichtet und der US-Brigadegeneral Telford Taylor als dessen Leiter ernannt. Im Zeitraum vom Oktober 1946 bis April 1949 wurden 148 Personen angeklagt und in insgesamt 12 Prozessen vor ebenfalls vom Militärgouverneur eingesetzten 'Tribunalen' verhandelt. Verhandlungsort war, wie im Hauptkriegsverbrecherprozess, ebenfalls Nürnberg. Der Prozeß gegen die I.G. Farben war der Fall Nr.6.

5.3.2. Vorbereitungen zum I.G. Farben-Prozeß

Die Vorbereitungen zur Formulierung der Anklageschrift für den Prozeß gegen die I.G. begannen im Herbst 1946. Mit der Leitung der Anklage wurde Josuah DuBois beauftragt. Für ihn war der Themenkomplex I.G. Farben nichts Unbekanntes, arbeitete er doch knapp 8 Jahre lang im Auftrag der US-Regierung daran, die internationalen Verflechtungen dieses Konzerns aufzudecken. Er gehörte u.a. dem Stab Oberst Bernsteins an und war dort für die Requirierung des Auslandsvermögens der I.G. zuständig.

Aufgrund der beachtlichen Menge an Material über die I.G., die die 'Finance-Task-Force' zwischen Frühjahr 1945 und Frühjahr 1946 zusammengetragen hatte, war schon Ende 1945 die zentrale Rolle der I.G. bei der Planung und Durchführung des Krieges und der damit zusammenhängenden Greuelthaten klar umrissen. Man sollte daher annehmen können, daß alles daran gesetzt wurde, die Verantwortlichen aus der Industrie zur Rechenschaft zu ziehen. Das war jedoch nicht der Fall, ganz im Gegenteil. Der Ausgang des Machtkampfes innerhalb der US-amerikanischen Militärregierung sowie die Bemühungen, das Wirtschaftsleben auf allen Ebenen möglichst schnell wieder in Gang zu setzen, machten deutlich, daß die politische und ökonomische 'Stabilisierung' Deutschlands wichtiger war als alle moralisch-ethischen Aspekte.

Die mangelnde Bereitschaft, deutsche Industrielle vor Gericht zu stellen, lag auch daran, daß es viele Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen Industriellen und ihren US-amerikanischen Partnern in der US-Militärbehörde gab. Diese Gemeinsamkeiten gingen weit über ein bloßes 'Standesdenken' hinaus, da eine ganze Reihe von Geschäftsbeziehungen zwischen deutschen und US-amerikanischen Firmen bestanden.

³⁵ Schneckenburger, S. 120/121, vgl. auch H. Radandt, "Fall 6, ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses", Berlin 1970

³⁶ Schneckenburger, S. 115

Eine Art von 'Standesdenken' gab es auch auf seiten des US-amerikanischen Militärs. General Clay sprach sich gegen eine Anklage von deutschen Generälen aus, weil dies einen Präzedenzfall schaffen könnte, US-amerikanische Generäle anzuklagen, wenn die USA den nächsten Krieg verlieren sollte.³⁷ Im Pentagon war man zwar an einem Industriellen-Prozeß interessiert, jedoch nicht, um begangene Verbrechen zu bestrafen, sondern um Informationen zu bekommen über chemische und atomare Waffen in den Händen Deutschlands, die möglicherweise den Sowjets zufließen könnten.³⁸ Als schließlich der politische Berater Clays, R. Murphy, die Herausgabe von Unterlagen verweigerte, die deutsche Diplomaten belasteten, war DuBois sehr entmutigt. In seinen Prozeßmemoiren schreibt er: *"Die meisten Generäle waren dagegen, daß deutsche Generäle angeklagt wurden; die Diplomaten waren dagegen, daß deutsche Diplomaten belangt würden; und Industrielle waren gegen die Anklage deutscher Industriellen. Ich denke, es wäre nur logisch, wenn Truman und Attlee erklären würden, daß der Prozeß gegen Göring ein Fehler war. Nach dem nächsten Krieg bleibt nur noch eine Gruppe übrig, die man belangen könnte - die Opfer in ihren Gräbern."*³⁹

Doch nicht nur innerhalb der US-Militärbehörde war die Stimmung gegen die Verurteilung von Industriellen gerichtet, auch in der US-amerikanischen Öffentlichkeit hat sich die Meinung in diese Richtung geändert. Während Senator Kilgore 1945 mit den durch ihn initiierten Hearings über die Vorgänge in Deutschland für beträchtlichen Wirbel sorgte, machte im April der Kongressabgeordnete John E. Rankin gegen DuBois und seine Mitarbeiter Stimmung: *"Was sich in Nürnberg abspielt, ist eine Schande für die Vereinigten Staaten. Alle anderen Länder haben ihre Hände gewaschen und sich aus dieser Prozeßorgie zurückgezogen. Aber zweieinhalb Jahre nach Ende des Krieges betreibt eine rassistische Minderheit⁴⁰ in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten nicht nur die Hinrichtung deutscher Soldaten, sondern auch einen Prozeß gegen deutsche Geschäftsleute."*⁴¹

Vom Abgeordneten Dondero aus Michigan wird DuBois gar als Kommunist beschimpft; er sei *"ein bekannter Linker des Finanzministeriums, der die kommunistische Parteilehre sehr genau studiert habe"*.⁴² Dondero machte seine Vorwürfe im Zusammenhang mit den gerade bekanntgewordenen Geschäftsbeziehungen zwischen der I.G. und dem US-amerikanischen Chemiekonzern Dow Chemicals. DuBois überlegte, ob es wirklich nur Zufall war, daß Dondero der Abgeordnete des US-Bundesstaates war, in dem Dow Chemicals ihren Stammsitz hat.⁴³

Neben der politischen Situation machten auch die Arbeitsbedingungen DuBois und seinen MitarbeiterInnen zu schaffen. Die Abteilungen der Anklagebehörde, z.B. die Schreibabteilung und die Dolmetscherabteilung, waren hoffnungslos überlastet, da sie auch der Verteidigung zur Verfügung standen, wobei diese etwa 2/3 der Arbeitskapazität beanspruchte.⁴⁴

Die Anklageschrift wurde am 3. Mai 1947 eingereicht. Sie richtete sich gegen 24 I.G. Farben-Vertreter.⁴⁵

³⁷ DuBois, S. 30

³⁸ DuBois, S. 19ff

³⁹ DuBois, S. 30

⁴⁰ Dieses rassistische Zitat bezieht sich auf die Tatsache, daß ein Teil der Mitarbeiter DuBois' jüdischer Abstammung war.

⁴¹ Schneckenburger, S. 121, vgl. auch Borkin

⁴² DuBois, S. 69

⁴³ DuBois, S. 69

⁴⁴ Taylor, S. 49

⁴⁵ Schneckenburger, S. 120



I.G. Vorstandsmitglieder vor Gericht (Köhler, S. 184)

Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender
Hermann Schmitz, Generaldirektor

die Mitglieder des Direktoriums:

Georg von Schnitzler, Fritz Gajewski, Heinrich Hörlein, August von Knieriem, Fritz ter Meer, Christian Schneider, Otto Ambros, Ernst Bürgin, Heinrich Bütefisch, Paul Häflinger, Max Ilgner, Friedrich Jähne, Carl Lautenschläger, Hans Kühne, Wilhelm Mann, Heinrich Oster, Carl Wurster;

außerdem die I.G. Farben Mitarbeiter:

Walter Dürrfeld, Heinrich Gattineau, Erich von der Heyde, Hans Kugler.

Die Anklageschrift enthielt folgende Anklagepunkte ⁴⁶:

- Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen
- Raub und Plünderung
- Ausbeutung, Versklavung und Vernichtung von Zwangsarbeitern und Häftlingen
- Mitgliedschaft in der SS (Schneider, Bütefisch, von der Heyde)
- Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden

5.3.3. Der Prozeßverlauf

Der Prozeß begann am 27.8.1947. Zur Leitung des Verfahrens wurden 4 Richter ernannt: Richter Curtius Grover Shake wurde zum Vorsitzenden bestellt. Ihm beigeordnet waren Richter Paul M. Hebert und Richter James Morris. Clarence F. Merrell war Stellvertreter. Die Anklagevertretung um Josuah DuBois bestand aus einem Dutzend Rechtsanwälten und Spezialisten. Die 23 Angeklagten wurden durch 60 der besten Rechtsanwälte Deutschlands vertreten, die durch 20 Revisoren und Spezialisten unterstützt wurden.



Carl Krauch vor dem Nürnberger Gericht (Borkin)

Die Taktik der Ankläger bestand darin, die Angeklagten als Funktions-träger darzustellen und deren Schuld an den begangenen Verbrechen auf der Grundlage ihrer Positionen innerhalb der I.G. begreiflich zu machen. Um die Schuld nachzuweisen, mußte ein Zusammenhang zwischen den Funktionen, die die Angeklagten innehatten und den Verbrechen hergestellt werden. Voraussetzung hierfür war die Offenlegung der inneren Struktur der I.G., die Verflechtungen der I.G. mit Staat und Partei und deren Beziehungen zu anderen Chemiekonzernen in Form von Trusts, Kartellen, Syndikaten. ⁴⁷

⁴⁶ Schneckenburger, S. 120

⁴⁷ DuBois, S. 93-96

Dieses Vorgehen stieß bei den Richtern jedoch auf Unverständnis.⁴⁸ Nach ihrer Meinung war die Darlegung dieser Strukturen nicht geeignet, die Schuld der Angeklagten zu beweisen, da die I.G. nur ein Industriekonzern war, wie es Tausende gibt auf der Welt. Nur die Handlungen, bei denen eine direkte kausale Beziehung zwischen Täter, Tat und Opfer hergestellt werden konnte, galten nach ihrer Rechtsauffassung als Verbrechen. Doch genau hier lag ein großes, prinzipielles Problem. Im Falle von Mord oder Bankraub gelingt dies relativ einfach. In einem derartig komplexen und undurchschaubaren System, das dieser gigantische Konzern darstellt, ist dies nur sehr schwer möglich. Außerdem war die I.G. als juristische Person nicht angeklagt.⁴⁹

Dieses verwirrende Bild, das selbst die Ankläger nur mit Mühe durchschauen konnten, wurde von den Angeklagten noch kräftig verstärkt. Die I.G.-Manager wiesen alle Schuld von sich und zeigten auf Krauchs Vermittlungsstelle Wehrmacht, eine Stelle mit so vielen Pflichten, daß ein Mensch alleine unmöglich dafür verantwortlich gemacht werden konnte. Zeigte ein Finger jedoch zu direkt auf Krauch selbst, zeigte dieser mit seinem Finger zurück zur I.G., ein Konzern, viel zu komplex, als daß man irgend jemanden dafür verantwortlich machen konnte, was er tat. Schließlich zeigten so viele Finger in so viele verschiedene Richtungen, daß man zwangsläufig zu der fatalistischen Einstellung gelangen mußte, daß alles, was geschah, außerhalb jeglicher menschlicher Kontrolle lag.⁵⁰ Die Richter waren nicht bereit, soviel Aufmerksamkeit aufzubringen, um dieses Verwirrspiel zu durchschauen.

DuBois nennt in seinen Prozeßmemoiren zwei weitere Gründe für die ablehnende Haltung der Richter zu diesem frühen Zeitpunkt des Verfahrens. Zum einen mangle es Richter Morris an Interesse an der Sache (!), zum anderen dauere der Prozeß zu lange. Richter Morris sagt auch warum: *"Wir sollten uns vor den Russen fürchten. Es würde mich nicht überraschen, wenn sie den Gerichtssaal überrennen, bevor wir hier fertig sind."*⁵¹ Erste Anzeichen also, daß die Veränderungen in der weltpolitischen Situation, der beginnende kalte Krieg, die Richter beeinflussten. Ein Aspekt, der sich im Laufe des Prozesses deutlich verstärken sollte.

Da die Richter offensichtlich nicht bereit waren, der Argumentation DuBois' zu folgen, mußten die Ankläger ihre Taktik ändern und versuchen, einzeln die Schuld jedes Angeklagten an jedem einzelnen Verbrechen nachzuweisen. Die Schlüsselfigur dabei war Georg von Schnitzler. In seiner ersten Vernehmung direkt nach Kriegsende belastete er seine Vorstandskollegen schwer. Aussagen wie (die I.G. habe eine...) *"substantielle und sogar ausschlaggebende Hilfestellung für Hitlers Außenpolitik geliefert, die zum Kriege und dem Ruin Deutschlands hinführte"*⁵² hätten als schwerwiegende Argumente dienen können, hätte von Schnitzler diese Aussagen nicht kurz vor Prozeßbeginn auf Druck der anderen Angeklagten widerrufen. Nach einer Debatte über die Frage, ob und unter welchen Umständen Aussagen freiwillig gemacht worden waren oder nicht, lehnte das Gericht die Aussagen von Schnitzlers mit der Begründung ab, er sei *"unzweifelhaft irgendwie geistig verwirrt gewesen durch die Nöte, die Deutschland, seine Firma 'Farben' und ihn persönlich befallen hatten. Seine Bereitwilligkeit, seinen Verhörern das zu erzählen, was sie hören wollten, ist offensichtlich"*.⁵³ Andererseits wurden von den Angeklagten während des Prozesses gemachte Aussagen, die sie ungehindert absprechen konnten, als gültiges Beweismittel erklärt. Das Gericht folgte dabei weitgehend den Argumenten der Verteidigung, wonach die Angeklagten allesamt auf Befehl, unter Druck, unter

⁴⁸ DuBois, S. 76f; S. 93-96

⁴⁹ Schneckenburger, S. 123

⁵⁰ DuBois, S. 234

⁵¹ DuBois, S. 95

⁵² Schneckenburger, S. 123

⁵³ Schneckenburger, S. 123; DuBois, S. 60-66

Zwang, im Notstand, also allgemein ohne persönliche Verantwortung gehandelt oder von nichts gewußt hätten.

Pluspunkte sammelte die Verteidigung auch, indem sie an die patriotischen Gefühle der Richter appellierten. Behauptungen, daß die I.G.-Vertreter *"wie jeder gute amerikanische Geschäftsmann nichts mehr fürchtete, als die Verbreitung des Kommunismus"* ⁵⁴, kamen beim Gericht gut an. Das paßte viel besser ins Weltbild der Richter als die Argumentation der Ankläger, durch die sie nicht nur deutsche Industrielle beschuldigten, sondern auch US-Firmen ins Gespräch brachten, indem sie zwangsläufig deren Verknüpfungen mit der I.G. ans Tageslicht förderten. Dies war ein Dilemma, das DuBois und seinen Leuten schweres Kopfzerbrechen bereitete. ⁵⁵ Die Ausnutzung der Atmosphäre des beginnenden kalten Krieges ging soweit, daß der Anwalt Krauchs sogar Hitler als Bekämpfer des Kommunismus feierte: *"Wie recht Hitler mit der Darlegung seiner Politik hatte (...) kann durch die europäische Entwicklung der letzten Monate bewiesen werden."* ⁵⁶



Krauch, Schmitz, Ilgner, v. Schnitzler, Gajewski, Gattineau und von der Heyde beim Nürnberger Prozeß (Borkin)

Darüberhinaus stimmte das Gericht einem Antrag der Verteidigung zu, wonach es *"einen gemeinsamen Plan oder eine Verschwörung zur Regelung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rechtssinne nicht geben kann, soweit es sich um derartige Verbrechen im Sinne der im Kontrollratsgesetz Nr. 10 gegebenen Begriffsbestimmung handelt"*. ⁵⁷ Damit war die gesamte Rechtsgrundlage für die Anklagepunkte "Verschwörung" und "Planung (...) von Angriffskriegen" entzogen. Der faktische Freispruch aller Angeklagten in diesen Punkten schränkte das mögliche Strafmaß für die noch

verbleibenden Anklagepunkte stark ein, und das, obwohl noch nicht einmal die Hälfte des Prozesses vorüber war.

Durch diese Entscheidung des Gerichts waren die Ankläger stark in die Defensive gedrängt. Von ihrer ursprünglichen Strategie war nichts mehr vorhanden. Das Einzige, was sie noch tun konnten, war, einzelne Verbrechen herauszugreifen und die Schuld hierfür einzelnen Angeklagten zuzuordnen. Die Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, waren jedoch sehr beschränkt. Die Darlegung der Funktionen der einzelnen Angeklagten innerhalb des Konzerns und die damit verbundene Zustimmung zu allen wichtigen Vorgängen ließ das Gericht nicht zu. Zeugenaussagen waren nichts wert. Das Aktenmaterial war auch keine große Hilfe, da viele wichtige Beweise vernichtet worden waren. Am Ende beschränkte sich die Diskussion auf Fragen wie die, ob ter Meer bei seinen wenigen Besuchen in Auschwitz den unerträglichen Gestank der Krematorien wahrgenommen hatte oder nicht.

Die Argumentation der Verteidigung in diesem Bereich enthielt zwei Schwerpunkte. Einmal sollten die judenfreundlichen Absichten der Angeklagten betont werden, indem sie die seltenen

⁵⁴ Schneckenburger, S. 123

⁵⁵ DuBois, S. 87-89

⁵⁶ Borkin, S. 136

⁵⁷ Schneckenburger, S. 123

Taten hervorhoben, in denen jüdische Direktoren und leitende Angestellte geschützt worden waren. Die andere Argumentationslinie der Verteidigung bestand darin, die gute Behandlung der Zwangsarbeiter durch die I.G. zu demonstrieren. Dazu legte sie eine ganze Reihe von eidesstattlichen Erklärungen von I.G. Farben-Arbeitern und ehemaligen KZ-Häftlingen vor. Die 15 von der Anklagevertretung exemplarisch ausgewählten Zeugen konnten aber allesamt den Kreuzverhören nicht standhalten.

Der Prozeß endete am 12. Mai 1948 nach 152 Verhandlungstagen. Am 29. Juli 1948 trat das Gericht zusammen, um seine Entscheidung zu verkünden. Das Urteil, aufgegliedert nach Anklagepunkten, lautete ⁵⁸:

- a.) Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen (u.a. herausragende Teilnahme an Aufrüstung, Spionage; Schwächung von Wirtschaft und Verteidigungskraft anderer Länder durch internationale Kartellabreden u.ä.).
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- b.) Führung von Angriffskriegen.
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- c.) Teilnahme an einer Verschwörung, um Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- d.) Teilnahme am Massenmord (insbesondere Mitschuld an den Vergasungen in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern, Lieferung von Giftgas hierfür).
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- e.) Verbrecherische Experimente an Menschen, insbesondere an Insassen von Konzentrationslagern.
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- f.) Mitgliedschaft dreier Angeklagter bei der SS.
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- g.) "Raub und Plünderung" (Verstöße gegen die Eigentumsgarantie der Haager Landkriegsordnung) hinsichtlich Österreich, Tschechoslowakei, Rußland und hinsichtlich der Fälle "Rhône-Poulenc" und "Diedenhofen".
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- h.) Verwendung und vorschriftswidrige Behandlung von Kriegsgefangenen in I.G.-Werken (außer "Fürstengrube").
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- i.) Verwendung und vorschriftswidrige Behandlung von ausländischen Zwangsarbeitern und Häftlingen aus Konzentrationslagern in I.G.-Werken (außer "Buna-Werk Auschwitz" und "Fürstengrube").
Freispruch aller 23 Angeklagten.
- j.) Verwendung und vorschriftswidrige Behandlung von ausländischen Zwangsarbeitern und Häftlingen aus Konzentrationslagern im "Buna-Werk Auschwitz" und in der "Fürstengrube".
Verurteilung von 5 Angeklagten, Freispruch von 18 Angeklagten.
- k.) "Raub und Plünderung" in Polen, Norwegen und in den Fällen "Francolor", "Schiltigheim" und "Farbwerke Mühlhausen".
Verurteilung von 9 Angeklagten, Freispruch von 14 Angeklagten.

⁵⁸ Schneckenburger, S. 126

Die Strafen betragen im einzelnen ⁵⁹:

Carl Krauch:	6 Jahre Gefängnis
Herman Schmitz:	4 Jahre Gefängnis
Georg von Schnitzler:	5 Jahre Gefängnis
Fritz ter Meer:	7 Jahre Gefängnis
Otto Ambros:	8 Jahre Gefängnis
Ernst Bürgin:	2 Jahre Gefängnis
Heinrich Bütefisch:	6 Jahre Gefängnis
Paul Häflinger:	2 Jahre Gefängnis
Max Ilgner:	3 Jahre Gefängnis
Friedrich Jähn:	1 1/2 Jahre Gefängnis
Heinrich Oster:	2 Jahre Gefängnis
Walter Dürrfeld:	8 Jahre Gefängnis
Hans Kugler:	1 1/2 Jahre Gefängnis

Dieses Urteil übertraf die schlimmsten Befürchtungen der Ankläger. Die Angeklagten wurden von allen Anklagepunkten freigesprochen, die die Planung, Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges betrafen. Auch trugen sie laut Richterspruch keine Mitschuld an Massensmord und der Lieferung des dazu verwendeten Giftgases, sowie an verbrecherischen Experimenten an Menschen. Die Richter waren außerdem der Meinung, daß die Aneignung von Besitz, die vor Kriegsbeginn stattfand, insbesondere von Chemiefabriken in Österreich und der Tschechoslowakei, nicht gesetzeswidrig sei. Einzig die Verwendung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in Auschwitz und die Plünderung von Chemiewerken in Polen und Norwegen waren in den Augen des Gerichtes strafbar.



Enttäuschte Gesichter: Die Anklagevertretung bei der Urteilsverkündung, 5. v. links ist J. DuBois, 2. v. rechts T. Taylor (O.M.G.U.S.)

Die Ankläger waren über dieses Urteil zutiefst enttäuscht. Die Strafen waren "*so milde, daß sie sogar einen Hühnerdieb erfreut hätten*". ⁶⁰

Das Urteil ist nicht eindeutig zustande gekommen. Schon bald nach Prozeßbeginn zeigten sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Aufspaltung des Tribunals in 2 Hälften

⁵⁹ Schneckenburger, S. 126

⁶⁰ DuBois, S. 339

führten. Die Richter Shake und Morris nahmen eine sehr der Verteidigung zuneigende Haltung ein. Die Meinungen dieser beiden Richter waren für das Urteil bestimmend. Die beiden anderen Richter Hebert und Merrell waren sich mit den Anklägern einig über die Schuld der Angeklagten in allen Punkten.

5.4. Die "Entflechtung"

Obwohl die Weichen für die Zukunft der I.G. schon 3 Jahre früher gestellt wurden, begann die offizielle Diskussion über die zukünftige Struktur der deutschen Chemiewirtschaft im Herbst 1948. Zu dieser Zeit gab das von der bizonalen Verwaltung gebildete 'bipartite I.G. Farben Control Committee' (BIFCO) seinen ersten Bericht ab. Darin bekräftigten die Alliierten ihren Willen, das im Kontrollgesetz Nr. 9 festgelegte Vorhaben zu verwirklichen und den Konzern in ca. 50 kleine Einheiten aufzuteilen. An dieser Meinung änderte sich nichts, als Frankreich dieser Kommission beitrug, deren Namen deshalb in TRIFCOG (tripartite I.G. Farben Control Group) geändert wurde. Am 17.8.1950 erließ die Alliierte Hohe Kommission das Gesetz Nr. 35, das die Aufspaltung des Vermögens der I.G. Farben regelte: Der Unternehmensbesitz in den 3 Westzonen sollte in eine (nicht genannte) Anzahl einzelner Unternehmen aufgespalten werden, so daß eine wirksame Aufteilung des Besitzes und eine angemessene Konkurrenz innerhalb der chemischen Industrie in Deutschland gewährleistet wäre.⁶¹ Für die I.G.-Manager war diese 'Atomisierungspolitik', wie sie es nannten, selbstverständlich nicht akzeptabel.

Die deutschen Industriellen und Bankiers bekamen indes schon sehr bald die Möglichkeit, aktiv und offiziell in den Entscheidungsprozeß einzugreifen. Am 30.11.1948 wurde von der Alliierten Hohen Kommission ein deutsches Expertengremium mit dem Namen FARDIP (Farben Dispersal Panel) eingesetzt, wodurch erstmals die Einflußnahme der deutschen Industrie auf die Politik der Alliierten institutionalisiert wurde. FARDIP bestand aus 6 führenden Industriellen und Bankiers, die das ganze Spektrum des deutschen Wirtschaftslebens abdeckten. Der 'unbescholtene' I.G.-Direktor O. Löhner nahm darin die direkte Kontinuitätspflege zur I.G. wahr. Diese Experten sollten BIFCO beratend unterstützen, was sie auch mit außerordentlicher Emsigkeit taten. Zwischen Januar 1949 und Juni 1950 ließ FARDIP eine große Zahl von Studien anfertigen, in denen sie wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Faktoren, wie optimale Betriebsgröße und Exportfähigkeit, in den Vordergrund rückten. Sie wollten unter allen Umständen eine Politisierung der Entflechtungs-Diskussion vermeiden. Dem *"Politischen Akt der Alliierten"* zur Entflechtung wurden *"nur wirtschaftliche Gesichtspunkte entgegengesetzt"*.⁶²

Als Ergebnis seiner Arbeit legte FARDIP am 29.6.1950 die Grundzüge eines Gesamtplanes vor, der neben der Aufteilung des Konzerns in 22 Einheiten die Bildung von 3 Kerngesellschaften vorsah. Diese Kerngesellschaften sollten so groß sein, daß die Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt gewährleistet bliebe. Bei ihrer Argumentation folgten sie der von Carl Duisberg entwickelten Gründungskonzeption der I.G. Farben, die darauf abzielte, durch *"Zusammenlegung von gleichartigen Betrieben, durch einheitliche Leitung und Kontrolle und durch Vereinigung des Verkaufs in einer Hand die Konkurrenz (...) zu*



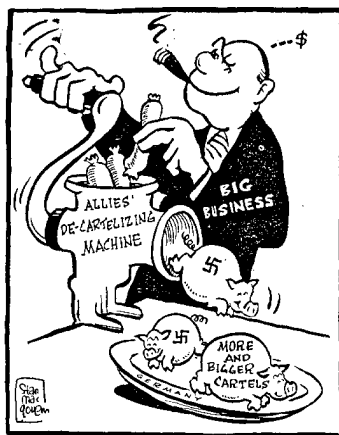
⁶¹ Borkin, S. 144

⁶² Kreikamp, S. 225

beseitigen und höheren Nutzen zu erzielen".⁶³ Die wirtschaftspolitische Position von FARDIP (und damit der I.G.) stand in striktem Widerspruch zu den ordnungspolitischen Vorstellungen der Alliierten.

Um eine Kompromißlösung zu finden überarbeitete TRIFCOG seine Meinung und legte am 30.11.1950 das sogenannte ABD-Gutachten vor, in dem explizit die von FARDIP aufgestellten Forderungen eingearbeitet waren. Dadurch signalisierten die Alliierten grundsätzliche Zustimmung zu den deutschen Vorstellungen.

Inhaltlich gelangte der ABD-Report aber zu anderen Resultaten. Die Neugründung der BASF in ihrer alten Form stand außer Frage. Bei der Behandlung der anderen beiden großen Konzerne enthielt der Bericht jedoch starke Abweichungen zur deutschen Position. Die Alliierten forderten umfangreiche Abtrennungen vom Komplex Bayer, während beim Komplex Höchst Eingliederungen nicht in dem Maße vorgesehen waren, wie FARDIP dies forderte.⁶⁴ Insbesondere die Eingliederung von Cassella schien zu scheitern, da Cassella sich für die wirtschaftliche Selbstständigkeit starkmachte.



FARDIP suchte und fand Unterstützung bei der Bundesregierung. Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte das für die I.G.-Entflechtung zuständige Ressort helllichtig mit zwei leitenden I.G.-Angestellten besetzt (Prenzel und von Rospatt). Nun bildeten die Ministerialbürokratie, die Banken, die Chemieindustrie, die Aktionäre, die sich zur 'Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz' zusammengeschlossen hatten, und die Politiker eine geschlossene Front, um die noch strittigen Fragen in ihrem Sinne zu beantworten. Zusätzlich wurde den Alliierten eine hochkarätige Beratergruppe präsentiert: H. J. Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank; Wehrwirtschaftsführer Brecht; Görings Ministerialdirektor H. Wohlthat und A. Menne, Präsident des Bundesverbandes der chemischen Industrie.⁶⁵ Unter diesem Druck wichen die Alliierten immer weiter von ihren Grundsätzen ab und stimmten

schließlich der Aufteilung des Besitzes in drei Konzerne zu, die fast identisch waren mit den drei größten Gründer-Firmen der I.G.

Am Ende des Jahres 1951 waren die deutschen 'Entflechter' schließlich am Ziel ihrer Wünsche, fast zumindest. Am 7.12.1951 wurden die 'Farbenwerke Höchst AG, Frankfurt-Höchst', am 19.12.1951 die 'Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen' mit den Werken Leverkusen, Elberfeld, Uerdingen und Dormagen gegründet, und am 30.1.1952 schließlich erfolgte die Neugründung der 'Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen'.⁶⁶ Am 17.5.1952 erließ die Alliierte Hohe Kommission die Durchführungsverordnung Nr.1 zum Gesetz Nr. 35, in der, neben den 3 Kerngesellschaften, die Gründung von 9 weiteren kleineren Konzernen bekanntgegeben wurde. Damit war der Konzentrierungsprozeß jedoch noch nicht abgeschlossen. Die meisten der kleineren Konzerne wurden in der Folge zwischen den 3 Großen aufgeteilt. Als am 21.3.1953 die Alliierte Hohe Kommission und die Bundesregierung in zwei eigenen Verlautbarungen den "Abschluß" der I.G. Farben-Entflechtung verkündeten, gab es unter den 9 kleineren Gesellschaften nur zwei, nämlich 'Chemische Werke Hüls GmbH, Marl' und 'Cassella Farbwerke AG, Mainkur', die noch unabhängig waren. Doch auch dies blieb nicht so stehen, denn kurze Zeit

⁶³ Duisberg, S.88

⁶⁴ Kreikamp, S. 228-230

⁶⁵ O.M.G.U.S., S. LXII

⁶⁶ Kreikamp, S. 245-247

später ging Cassella und 28% der Aktien der Chemischen Werke Hüls in den Besitz von Bayer über.

Als am 25.5.1955 die 1. Hauptversammlung der I.G. Farben nach dem Krieg abgehalten wurde, konnte Bilanz gezogen werden über die Entwicklung der zurückliegenden 10 Jahre. Etwas mehr als die Hälfte des einstigen I.G. Farben-Besitzes lag in der DDR. Es bestand deshalb keine Zugriffsmöglichkeit auf diesen Teil des Vermögens. Es blieb den Reorganisatoren nichts anderes übrig als 'Abwesenheitspflegschaften' einzurichten und auf die Vereinigung zu warten. Vom Westbesitz mußten weniger als 10% verkauft werden. Durch Ausstattung der Nachfolgekonzerne mit ausreichend Stammkapital waren über 90% des Vermögens in den Nachfolgesellschaften angelegt und damit wieder in den Händen der Gründerfirmen. Ein kleiner Teil des Vermögens war noch im Besitz der alten I.G. Dieser diente als Startkapital eines Konzerns, der sich 'I.G. Farben AG in Liquidation' nannte und sich zur Aufgabe gestellt hat, das Auslandsvermögen, das nach Kriegsende beschlagnahmt wurde, wieder in Besitz zu bringen.

Die Aktionäre waren vollauf zufrieden. In der größten Wertpapiertransaktion in Deutschland wurden ihre Anteile an der alten I.G. in entsprechende Aktien der Nachfolgesellschaften umgewandelt. Daneben wurde sogenannte 'Liquidationsanteilscheine', d.h. Aktien an der Restmasse der alten I.G., ausgegeben. Die Aktionäre der Nachfolgesellschaften sind somit identisch mit den Aktionären der alten I.G., womit auch in diesem Bereich die Kontinuität über die Zeit der "Nachkriegswirren" hinweg gewahrt blieb.

6. 1951-1991: 40 Jahre Kampf um Entschädigung für NS-Zwangsarbeit

"Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden - oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im stillen selbst nach seiner Verstrickung." (Richard v. Weizsäcker am 8. Mai 1985)

In weiten Bereichen der deutschen Industrie wurden während des 2. Weltkrieges Zwangsarbeiter eingesetzt. Dies ist bekannt. Daher kann auch die Aussage nicht überraschen, daß dies auch in mehreren Werken der I.G. Farben der Fall war und die Zahl der beschäftigten ausländischen "nichtfreiwilligen Arbeitskräfte" ¹ durchschnittlich 10% und die der KZ-Häftlinge rund 9% betrug, jeweils bezogen auf die Gesamtbelegschaft. ²

Doch diesen 9% meist jüdischen KZ-Häftlingen und ihrem jahrzehntelangen Kampf um Entschädigungen ist es zu verdanken, daß diese Zahlen nicht bloße Fußnoten des Kapitels "Industrie im Krieg" blieben sondern sich der Name eines Konzentrationslagers untrennbar mit der Geschichte der I.G. Farben verbunden hat: Auschwitz.

In unmittelbarer Nähe des Konzentrationslagers hatten die I.G. Farben im Frühjahr 1941 mit der Errichtung einer Buna-, d.h. Kunstkautschuk-Anlage begonnen. Dabei wurden von Anfang an KZ-Häftlinge für die Arbeit herangezogen. Insgesamt kamen bei Aufbau und Betrieb allein dieses einen Werkes 23.000 Menschen ums Leben. ³

6.1. 1951: I.G. Farben auf Entschädigung für Zwangsarbeit verklagt

Die Liste der in das NS-Zwangsarbeiterprogramm verwickelten Firmen ist lang: I.G. Farben, Krupp, AEG, Telefunken, Siemens; die Liste läßt sich nahezu beliebig fortsetzen. Doch eines ist ihnen allen gemeinsam: nach dem Krieg verweigerten diese Firmen ihren ehemaligen Zwangsarbeitern zunächst jedwede Entschädigung.

Norbert Wollheim, jüdischer Häftling des Lagers Monowitz ⁴, versuchte als erster, seine Ansprüche vor Gericht durchzusetzen. Von 1943 bis 1945 hatte er als Schweißer im Buna-Werk der I.G. Farben Zwangsarbeit leisten müssen und nach dem Krieg vergeblich auf Entschädigung seitens der I.G. gewartet. Im November 1951 erhob er vor dem Landgericht Frankfurt Klage gegen die I.G. Farben. Er forderte Schmerzensgeld sowie Schadensersatz in Höhe von 10.000 DM wegen der zwangsweisen Heranziehung zu unter ständiger Lebensgefahr erbrachter und nicht bezahlter Arbeitsleistung. ⁵

6.1.1. Staatliche Entschädigung für NS-Opfer

Grundsätzlich waren schon im Rahmen alliierter Gesetze Entschädigungszahlungen für die Überlebenden des NS-Terrors vorgesehen. Nach dem Krieg wurde diese Gesetzgebung von

¹ Polen, Sowjets, Franzosen, Belgier etc.

² SS im Einsatz, Berlin 1957, S. 426

³ Kogon, S. 258 (Ausgabe Frankfurt/Main 1960)

⁴ Da auf dem 6 km langen Marsch vom Hauptlager Auschwitz zur I.G.-Baustelle zu viele Häftlinge "ausfielen", wurde in unmittelbarer Nähe des Werkes ein weiteres Lager errichtet: Monowitz (Auschwitz IV)

⁵ unerlaubte Handlung: §§ 823 Abs. 1 und 2, 826, 830, 847 BGB

der Bundesregierung weitergeführt und im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) 1953 vereinheitlicht. Neben einer einmaligen Eingliederungshilfe für jüdische Flüchtlinge an den Staat Israel in Höhe von 3 Milliarden Mark ⁶ wurden gestaffelte Zahlungen entsprechend der individuellen Leiden geleistet. Unter dem Eindruck der vielen tausend Berechtigten und der gleichzeitig beschränkten Zahlungsfähigkeit der noch jungen Bundesrepublik mußten die Einzelsummen jedoch zwangsläufig klein ausfallen. Denn wenn auch allein vom Bund bis 1960 insgesamt 17,2 Milliarden DM ausbezahlt wurden, so wird an der Höhe der Einzelsummen der symbolische Charakter offenbar. So wurde z.B. ein Monat KZ-Haft jeweils nur mit 150,- DM entschädigt. ⁷ Es blieb jedoch jedem NS-Opfer unbenommen, vor den ordentlichen Gerichten weitergehende Entschädigung zu erkämpfen:

Ansprüche, die einem Verfolgten nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes (...) gegen Personen des privaten Rechtes zustehen, werden durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt. (§ 9 Abs. 2 BEG) ⁸

Damit konnten auch gegenüber der I.G. Farben dem Gesetz entsprechend Forderungen aus den Reihen der ehemaligen Zwangsarbeiter erhoben werden. Rechtlich betrachtet existierte die I.G. Farben als juristische Person des Privatrechts immer noch. Nach der Reorganisation unter Neugründung der "Großen Drei", Bayer, BASF und Hoechst hatte sie allerdings den Status einer sogenannten "Liquidationsgesellschaft" mit dem Ziel der endgültigen Auflösung nach Befriedigung aller noch ausstehenden Forderungen.

Ob überhaupt solche Ansprüche gegen Industrieunternehmen durchsetzbar waren, sollte vor dem Frankfurter Landgericht geklärt werden. Darin lag die Bedeutung des Prozesses auch über den Komplex I.G. Farben/Auschwitz hinaus. Schwierig war jedoch die Abgrenzung zwischen Ansprüchen, die im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) zu entschädigen waren und Ansprüchen gegen das Unternehmen als solches. KZ-Haft und Zwangsarbeit als besondere Form des Freiheitsentzuges konnten direkt auf Gewaltmaßnahmen des NS-Staates zurückgeführt werden, somit kam für deren Entschädigung der Bund auf. Nicht durch das BEG abgedeckt war jedoch der vorenthaltene Arbeitslohn, jener wirtschaftliche Gewinn, den die Industrieunternehmen aus der "Vernichtung durch Arbeit" erzielt hatten. Hier konnte der Hebel angesetzt werden.

6.2. 1946-48: Kriegsverbrecherprozesse - Nachweis der individuellen Schuld

Nach der Evakuierung des KZ Auschwitz vor der anrückenden Roten Armee und Verschleppung der Insassen in weiter westlich liegende Lager am 17.1.1945 wurde Norbert Wollheim schließlich von der britischen Armee am 15. April in Bergen-Belsen befreit. Monate später, am 20.11.1945, wurde den 24 Hauptkriegsverbrechern vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg der Prozeß gemacht. Doch wer glaubte, damit den Kreis der Verantwortlichen für die Verbrechen der NS-Zeit weitgehend eingegrenzt zu haben, der irrte: In den 12 Nachfolgeprozessen wurde gegen insgesamt 177 Angeklagte verhandelt. Kaum ein Bereich der ehemaligen "Elite" blieb von Enthüllungen über eine Verwicklung in die Verbrechen der NS-Zeit verschont. So förderten die Prozesse gegen Vertreter der Industrie ⁹ immer mehr Beweise für deren aktive Beteiligung am Zwangsarbeiterprogramm zutage. Im Prozeß gegen die Manager der I.G. Farben - Wollheim trat hierbei als Zeuge auf - führten die

⁶ Haager Abkommen vom 10.9.1952

⁷ Blessin-Ehrig-Wilden, S. 169

⁸ BGBl. I 1953 S. 1387

⁹ I.G. Farben, Flick und Krupp

Ermittlungen zur Verurteilung von fünf ehemaligen I.G.-Managern zu mehrjährigen Haftstrafen ¹⁰ wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ("Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, von Kriegsgefangenen und Konzentrationslagerinsassen").

6.2.1. Die Position der Industrie zu den Nürnberger Urteilen

Die Verurteilung der I.G. Farben-Manager brachte jedoch keinen Fortschritt in Bezug auf die Leistung von Entschädigungszahlungen der I.G. an ihre ehemaligen Zwangsarbeiter. Das Urteil hatte genau den entgegengesetzten Effekt. Es wurde als Ergebnis einer politisch motivierten Siegerjustiz bezeichnet, die unschuldige Industrielle *"am Ende eines erfolgreichen, von Fleiß und Gewissenhaftigkeit, Lebensernst und unbestrittener Moral geführten Lebens in die Gefängniszelle"* ¹¹ hatte wandern lassen.

Man weigerte sich, in den einst führenden Männern der deutschen Wirtschaft gewöhnliche Kriegsverbrecher zu sehen. Diese Sichtweise schien durch die überraschend schnelle Begnadigung der verurteilten Industriellen am 31.1.1951 bestätigt zu werden. Diese "Vorzugsbehandlung", begründet in der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen den West-Alliierten und der Sowjetunion, war vor allem deshalb auffällig, weil aufgrund der gleichen Tatbestände Gauleiter Fritz Sauckel, als "NS-Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" für die Koordination des Zwangsarbeiterprogrammes zuständig, sogar zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. ¹²

Der Standpunkt der deutschen Industrie war daher bereits Anfang der 50er Jahre festgelegt: da die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Rahmen des staatlichen NS-Sklavenarbeiterprogrammes ¹³ abgewickelt wurde, sei für Entschädigungszahlungen die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zuständig.

Doch dies war nicht die einzige Triebfeder gemeinsamen Handelns. Darüber hinaus bestand seitens der am Zwangsarbeiterprogramm beteiligten Firmen die Befürchtung, jede Zahlung könne als Schuldeingeständnis gewertet werden und damit Tausende von neuen Anspruchstellern auf den Plan rufen. Vor allem von dieser Seite her rührte die geschlossene Front der Ablehnung gegenüber den Forderungen der ehemaligen Zwangsarbeiter. Diese Front, das erkannte auch Wollheim, konnte nur auf gerichtlichem Wege aufgebrochen werden.

6.2.2. Die juristische Bewertung der Nürnberger Prozesse

Eine weniger vom politischen Tagesgeschehen geprägte juristische Bewertung der Nürnberger Prozesse konnte sich erst Mitte der 60er Jahre durchsetzen. Lange umstritten war vor allem das Recht der Alliierten, über Tatbestände wie "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu Gericht zu sitzen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß die den Verfahren zugrundeliegenden Gesetze, das "Statut über den Internationalen Militärgerichtshof" bzw. das für die Nachfolgeprozesse, wie den gegen die I.G. Farben maßgebliche "Alliierte Kontrollratsgesetz

¹⁰ Otto Ambros (8 Jahre), Walter Dürrfeld (8 Jahre), Fritz ter Meer (7 Jahre), Heinrich Bütefisch (6 Jahre), Carl Krauch (6 Jahre); insgesamt wurden 13 I.G. Farben-Verantwortliche zu Haftstrafen zwischen 1,5 und 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

¹¹ W.A. Menne, Präsident des Wirtschaftsverbandes der chemischen Industrie der britischen Zone, Stellungnahme der AG Chemische Industrie zum Nürnberger Urteil gegen die I.G. Farben, November 1948; zit. nach W.O. Reichelt, Das Erbe der I.G. Farben, Düsseldorf 1956, S. 54

¹² Ferencz, S. 11

¹³ Reichsgesetzblatt I 1942 S. 179

Nr. 10" beide erst 1945 in Kraft gesetzt wurden.¹⁴ Jede Verfolgung dort aufgeführter Straftatbestände verstoße daher gegen einen der Grundpfeiler nicht nur deutschen sondern sogar internationalen Rechts: das Rückwirkungsverbot, d.h. daß niemand wegen Taten angeklagt werden darf, die zum Zeitpunkt ihres Begehens nicht unter Strafe gestellt waren. Die überwiegend vertretene Meinung geht mittlerweile jedoch davon aus, daß das Rückwirkungsverbot als eine Regelung zur Verhinderung von Rechtswillkür und Ungerechtigkeit in eben dem Fall an seine Grenzen stößt, wenn die Anwendung gerade jene schützen würde, die unter Verneinung der gesellschaftlichen Grundwerte Unrecht begangen haben.¹⁵ In der Anklage der unter dem NS-Regime begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit lag demnach kein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot. Vor allem deshalb nicht, weil es sich bei diesen Verbrechen um längst völkerrechtlich geächtete Tatbestände handelte.

Auch der nächste Schritt führte auf juristisch unsicheren Boden: von der durch das IMT nachgewiesenen (strafrechtlichen) individuellen Schuld der verurteilten Manager auf eine (zivilrechtliche) Entschädigungsverpflichtung gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern zu schließen.

6.3. 1953: I.G. Farben in erster Instanz schuldig gesprochen

Die drei Richter des Frankfurter Landgerichts verhandelten ein volles Jahr über Wollheims Klage. Dann legten sie ihre 43-seitige Urteilsbegründung vor. Neue Unterlagen standen nicht zur Verfügung, also bildeten zwangsläufig hauptsächlich die Akten des Nürnberger I.G. Farben-Prozesses die Grundlage des Verfahrens. Die alten Zeugen wurden gehört. Jene, die das Schicksal der I.G.-Zwangsarbeiter schilderten, die Zustände in den Konzentrationslagern. Und andere, unter denen die Aussage des I.G.-Ingenieurs Haefele durch besonderen Zynismus auffiel, der das I.G.-KZ Monowitz als "Erholungslager" bezeichnete.¹⁶ Insgesamt lief die Strategie der I.G. Farben-Anwälte auf die altbekannte Linie hinaus: festzustellen, daß der Betrieb der Konzentrationslager in den Händen der SS lag und die I.G. Farben, wie viele Wirtschaftsunternehmen im Dritten Reich, gezwungen worden seien, auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zu beschäftigen. Die Verantwortung habe also allein auf Seiten der SS gelegen.

Das Gericht konnte diese Argumentation jedoch nicht nachvollziehen. Die Richter sprachen Norbert Wollheim 10.000 DM Entschädigung zu. In ihrer Begründung heißt es, daß

*"...die I.G. Farben sich ihrer Verantwortung ebenso wenig entziehen (kann) wie ein Individuum... Sie müssen von den "Selektionen" gewußt haben, denn es war ihre menschliche Pflicht, die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Beschäftigten zu kennen. Ihre angeblich völlige Unkenntnis bestätigt lediglich ihr mangelndes Interesse am Leben der jüdischen Gefangenen, für die sie zu sorgen verpflichtet waren, zumindest während der Zeit, die sie in ihrer Obhut waren. Sie waren verpflichtet zu tun, was sie konnten, um Leben und Gesundheit des Klägers zu schützen, und auch die SS konnte sie von dieser Pflicht nicht befreien... Für diese Unterlassung, die zumindest fahrlässig war, ist das Unternehmen verantwortlich."*¹⁷

¹⁴ IMT-Statut: 8.8.1945, KRG Nr. 10: 20.12.1945

¹⁵ in diesem Sinne: Woetzel, S. 115

¹⁶ zit. nach Ferencz, S. 63

¹⁷ zit. nach Ferencz: Entscheidung im Fall Wollheim gegen I.G. Farben, LG Frankfurt, 10.6.1953, Az. 2/3/0406/51

Das deutsche Original ist nicht mehr verfügbar, da die Akten dieses einzigen Prozesses, in dem ein Industrieunternehmen im Zusammenhang mit Zwangsarbeit verurteilt wurde, "nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet" wurden

Zum ersten Mal hatte damit ein bundesdeutsches Gericht die Entschädigungspflicht der Industrieunternehmen bejaht - und nicht aufgrund einer komplizierten Konstruktion unter Zuhilfenahme internationalen Völkerrechts, wie es den Nürnberger Richtern immer wieder angelastet worden war, sondern aufgrund der Paragraphen des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches. Die I.G. Farben i.L. legte noch im selben Jahr am Oberlandesgericht Frankfurt Berufung ein.

6.4. 1954: Der Wollheim-Prozeß geht in die nächste Runde

Die erstinstanzliche Verurteilung der I.G. Farben ließ ehemalige Zwangsarbeiter in aller Welt auf Entschädigungszahlungen hoffen. Tausende von neuen Klagen waren zu erwarten, hohe Prozeßkosten - und damit ein finanzielles Risiko, das die NS-Opfer alleine nicht eingehen konnten. Sie durften aber andererseits die Kosten auch nicht scheuen, wollten sie sich nicht durch vorzeitigen Verzicht auf gerichtliche Klärung jeder Möglichkeit berauben, ihre Ansprüche durchzusetzen. Vor allem, weil zu erwarten war, daß die deutsche Industrie diesmal ihre ganze wirtschaftliche wie politische Macht in die Waagschale werfen würde, um eine für sie positive Entscheidung zu erzielen. Ein langer Weg durch die Instanzen war vorgezeichnet. In dieser Situation auf Unterstützung angesprochen, erklärte sich die "Conference on Jewish Material Claims against Germany" ¹⁸ bereit, einen kleinen Prozeßkostenfonds einzurichten. Für eine weitere Einbeziehung in den Prozeß war die Claims Conference jedoch nicht zu gewinnen. Vermutlich, weil sie zu dieser Zeit mit der Bundesregierung in Verhandlungen über die Ausgestaltung der in den Haager Protokollen vereinbarten Entschädigungsgesetzgebung für die NS-Opfer stand und diese Verhandlungen nicht durch neue Forderungen gefährden wollte. Für die juristische Unterstützung engagierte sich dann jedoch auf Empfehlung der Claims Conference die "United Restitution Organization" (URO), ein Zusammenschluß aus während der NS-Zeit aus Deutschland emigrierten jüdischen Anwälten, die nach dem Krieg in Frankfurt ein Büro unterhielt. Sie stand Henry Ormond, Wollheims Anwalt aus erster Instanz, im Berufungsverfahren zur Seite.

6.4.1. Direkte Gespräche mit der I.G. Farben

In der Frage der Entschädigungszahlungen sich allein auf die gerichtliche Klärung zu verlassen wäre leichtsinnig gewesen, ganz abgesehen vom unsicheren Ausgang des Verfahrens. Materielle Hilfe für die NS-Opfer war gerade in der unmittelbaren Nachkriegsphase notwendig. Ein über mehrere Instanzen gehendes Gerichtsverfahren hätte die Zahlung der jetzt dringend benötigten Gelder auf Jahre hinaus verzögert. Direkte Gespräche mit den I.G. Farben wurden in Erwägung gezogen, um eventuell eine außergerichtliche Einigung zu erzielen.

In dieser Situation regte die Bundesregierung von sich aus eine Abmachung mit der Claims Conference an. Gleichzeitig gab sie der I.G. Farben zu verstehen, daß im Falle einer Verurteilung vom Finanzministerium keine Unterstützung zu erwarten sei. ¹⁹ Darüber hinaus wurde 1954 in den USA eine Gesetzesvorlage bezüglich der Rückgabe von beschlagnahmten Auslandsvermögen in den Senat eingebracht. ²⁰ Dieses Gesetz hätte die bisher verweigerte Rückübertragung von amerikanischen Tochterfirmen der I.G. Farben ermöglicht. Das bei end-

¹⁸ Claims Conference: (engl. *claim*: Anspruch) Zusammenschluß 23 größerer jüdischer Organisationen; übernahm nach Verabschiedung des zwischen der BRD und Israel geschlossenen Haager Abkommens (10.9.1952) die Verteilung von insgesamt 450 Mio \$ zur Wiedereinrichtung der jüdischen Gemeinden in Europa

¹⁹ Ferencz, S. 69

²⁰ Borkin, S. 183

gültiger Verweigerung von Entschädigungszahlungen zu erwartende negative Echo in der Auslandspresse, drohte diese für die I.G. Farben wichtige Entwicklung scheitern zu lassen. Daher strebte auch die I.G. Farben eine schnelle Regelung an.

Die erste Gesprächsinitiative ging dann auch von der I.G. Farben aus. Dr. Walter Schmidt, einer der drei "Liquidatoren" (so die offizielle Bezeichnung der mit der Abwicklung der ehemaligen I.G. Farben beauftragten Männer²¹), war von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugt. Deshalb suchte er Anfang April 1954 Dr. Herbert Schoenfeldt auf, den Leiter des Bonner Verbindungsbüros der Claims Conference. Beide Männer waren vor der Machtergreifung der Nazis bei der Berliner Justiz tätig gewesen und seit jener Zeit befreundet.

6.4.2. Die Vergleichsverhandlungen beginnen

Schmidt bot zunächst eine Entschädigung in Höhe von durchschnittlich 5.000 DM an, was bei der von ihm geschätzten Zahl von 2.000 Antragstellern eine Gesamtsumme von 10 Millionen DM ergab, die die I.G. Farben bereit waren zu zahlen.²² Die Verteilung dieser Summe, die als "Geste guten Willens"²³ gedacht und keinesfalls mit einem Schuldanerkenntnis verbunden sein würde, sollte die Claims Conference übernehmen.

Die Vertreter der NS-Opfer lehnten eine Festlegung der Gesamtentschädigungssumme auf 10 Millionen DM ab: es sei von einer wesentlich höheren Zahl von Überlebenden auszugehen, vielleicht 10.000, für die Entschädigungszahlungen in Höhe von jeweils 10.000 DM angemessen erschienen - dieselbe Summe also, wie sie auch Wollheim erstinstanzlich zugesprochen bekommen hatte. Die Gesamtentschädigungssumme beliefe sich also auf 100 Millionen DM, das Zehnfache des I.G.-Angebotes. Die I.G. lehnte dies als unbezahlbar ab.

In die sich über die folgenden Monate erstreckenden Verhandlungen über die Höhe der Gesamtsumme, schaltete sich auch das Frankfurter Gericht ein. Der I.G. wurde empfohlen, im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleiches ihr Angebot auf 15 Millionen DM zu erhöhen.²⁴ Israelische Angaben bezifferten die Zahl der Überlebenden auf ca. 6.000, also wären nach Rechnung der Claims Conference 66 Millionen DM zur Befriedigung aller Antragsteller notwendig. Daraufhin erhöhte Schmidt das Angebot im November 1954 nochmals, diesmal auf 20 Millionen DM.

6.5. Dezember 1954: Versuch der Einflußnahme auf die Gesetzgebung

Parallel zu dem wiederaufgenommenen Wollheim-Prozeß vor dem Oberlandesgericht Frankfurt liefen in Bonn die Anhörungen über die Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG). Die deutsche Industrie forderte insbesondere eine Neufassung zumindest aber eine Klarstellung eben jenes §9 Abs. 2 (siehe Kap. 6.1.1.), auf dessen Grundlage weitere Firmen Regreßansprüche fürchteten.²⁵

Am 3.12.1954 fand im Bundeshaus eine Sitzung des "Arbeitskreises zur Vorbereitung einer Novelle zum BEG" unter Beteiligung von Vertretern der Verfolgtenverbände und der Industrie

²¹ außerdem seit dem 18.1.1951: Dr. Fritz Brinckmann, Vorstandsmitglied der ersten deutschen Treuhandgesellschaft, sowie Dr. Franz Reuter, Herausgeber der Wochenzeitung "Der Volkswirt"

²² Brief von Schoenfeldt an B. B. Ferencz vom 7.4.1954, Ferencz, S. 70

²³ Ferencz, S. 70

²⁴ Ferencz, S. 70

²⁵ siehe unter "Staatliche Entschädigung für NS-Opfer"

statt. Allen Beteiligten sollte Gelegenheit gegeben werden, zur derzeitigen Fassung des BEG Stellung zu nehmen, ihre Kritikpunkte und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge einzubringen. Als Vertreter der Claims Conference nahmen an dieser Anhörung unter anderem Schoenfeldt und Ferencz teil. Für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) formulierte Rechtsanwalt Dr. Veith die Position der betroffenen Firmen. Er argumentierte, daß

*"...es die Aufgabe des BEG sei, Staatsunrecht wiedergutzumachen. In §9 Abs. 2 BEG werde dieses Prinzip durchbrochen und eine Entschädigungspflicht privater Personen konstruiert. Diese Bestimmung gebe Anlaß zur Besorgnis in der Industrie, die durch den z.Zt. laufenden Rechtsstreit gegen die I.G. Farben verstärkt werde. So seien durch §9 Schmerzensgeldansprüche nicht ausgeschlossen. Die Industrie müsse, da grundsätzlich der Staat für Staatsunrecht hafte, Rückgriffsansprüche gegen Bund und Länder anmelden, falls sie Schadensersatz zu leisten hat."*²⁶

Dieser Versuch der Industrie, durch Druck auf das Finanzministerium eine Änderung des BEG in ihrem Sinne zu erzielen und damit möglichen Folgeprozessen gegen die I.G. Farben die Rechtsgrundlage zu entziehen, rief scharfen Protest hervor. Nicht nur die Verfolgtenvertreter, auch Abgeordnete der SPD

*"...hielten übereinstimmend den vorgetragenen Wunsch weder moralisch noch rechtlich für begründet und lehnten eine Änderung des Gesetzes insoweit als einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren ab. Die Industrie habe in der NS-Zeit keineswegs im allgemeinen nur gezwungenermaßen die Zwangsarbeiter beschäftigt, sondern vielmehr diese billigen Arbeitskräfte oft begrüßt. Kein Unternehmen habe Anlaß gesehen, die erhaltenen erheblichen Unternehmerzuschläge zur Verfügung zu stellen."*²⁷

Der entschiedene Widerstand, auf den seine Initiative stieß, hatte ein Einlenken Dr. Veiths zur Folge. Er erklärte hierzu,

*"...daß die Industrie diesen Vorschlag nicht gemacht hatte, weil sie moralisch die Ansprüche der Verfolgten nicht anerkenne, sondern sie aus finanziellen Erwägungen nach dem Grundgedanken des BEG die Leistungspflicht auf Bund und Länder abwälzen (müsse). Es sei immerhin zweifelhaft, ob die Unternehmer eine vorwerfbare Schuld an der Beschäftigung von Zwangsarbeitern träge. Wo diese Schuld festgestellt werde, sollten die Unternehmer haften. Sei dies aber nicht der Fall, müßten sie durch eine Änderung des Gesetzes von der Haftung freigestellt werden."*²⁸

Ein Rückzugsgefecht, wie sich zeigte, denn der umstrittene Passus wurde unverändert in die Neufassung des Gesetzes übernommen.²⁹

6.6. 1955: Verhandlungsstillstand nach Ende der Besatzungszeit

Nach Unterzeichnung der Pariser Verträge über die Beendigung der Besatzungszeit³⁰ erhielt die Bundesrepublik Deutschland am 5.5.1955 ihre volle Souveränität. Damit zogen sich die Alliierten auch aus der Aufsicht über die I.G. Farben-Liquidation zurück, jedoch nicht, ohne vorher im Rahmen eines gesonderten "Liquidationsschlußgesetzes" sicherzustellen, daß die weitere Abwicklung der I.G. Farben entsprechend der von ihnen erstellten Rechtsvorschriften

²⁶ Protokoll vom 3.12.1954, S. 13f

²⁷ a.a.O. S. 14

²⁸ a.a.O. S. 14f

²⁹ allerdings im Rahmen der Neustrukturierung des BEG unter §8 AbS. 2

³⁰ 23. Oktober 1954

erfolgte.³¹ Dieses Gesetz hatte auch Auswirkungen auf den Wollheim-Prozeß, denn es wurde festgelegt, daß

*"Ansprüche, die zum Restvermögen der I.G. Farbenindustrie AG. i.L. gehören oder aus ihm zu befriedigen sind und die am 8. Mai 1945 nicht verjährt waren, (...) nicht vor Ablauf von drei Jahren seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (verjähren) oder, wenn die Verjährungsfrist für einen solchen Anspruch kürzer als drei Jahre ist, nicht vor Ablauf einer Frist, die mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beginnt und dieser Verjährungsfrist gleich ist."*³²

Problematisch war die Verjährungsfrage in Bezug auf Lohnansprüche. Diese beträgt regelmäßig zwei Jahre.³³ Damit blieb, nachdem das Gesetz am 6.2.1955 in Kraft trat, als letztmöglicher Zeitpunkt zur Anmeldung von vorenthaltenem Lohn der 6.2.1957.

Dadurch wurde das Gericht unter Zeitdruck gesetzt. Es bestand die Gefahr, daß bei Verschleppung des Wollheim-Prozesses Verfahren gegen andere Unternehmen wegen eingetretener Verjährung unmöglich würden. Wollten sie zunächst den Ausgang des Wollheim-Prozesses abwarten, so mußten die ehemaligen Zwangsarbeiter nun den Verlust ihrer berechtigten Ansprüche befürchten.

Trotz der erneuten Aufnahme des Beweisverfahrens am 15.3.1955, sahen sich jedoch die Richter auch im Herbst 1955 noch außerstande, den Bogen zwischen moralischer und rechtlicher Entschädigungsverpflichtung zu schlagen und zu einem Urteil zu kommen. Offensichtlich konnten sie sich nicht völlig von der politischen Situation abkoppeln: bei Ablehnung des moralisch unstrittigen Anspruchs der ehemaligen Zwangsarbeiter war ein weltweiter Aufschrei der Empörung zu erwarten. Andererseits zöge die Verurteilung der I.G. Farben zum Schadensersatz in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Flut von weiteren, politisch destabilisierenden Prozessen nach sich.

Bewußt oder unbewußt, die Richter befanden sich in einer Zwickmühle, wie immer auch ihr Urteil ausfallen würde. Eine Lösung konnten nur in einem außergerichtlichen Vergleich liegen. Das Gericht forderte daher die I.G. Farben auf, ein erneutes Angebot zu unterbreiten. Es strich dabei heraus, daß seiner Meinung nach Unrecht begangen worden sei, das, wenn auch mit den Mitteln des Rechtsstaates schwer erfaßbar, zu entschädigen sei.³⁴

Doch die Fronten hatten sich verhärtet. Der, wenn auch gescheiterte Versuch der Industrie, sich durch Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes von weiteren Zahlungsverpflichtungen freistellen zu lassen, hatte tiefes Mißtrauen seitens der jüdischen Verhandlungspartner hervorgerufen. Gleichzeitig schien die Verzögerungsstrategie der I.G.-Vertreter aufzugehen. Seit Ende 1954 ruhten die Schlichtungsverhandlungen. Erst im Dezember 1955 signalisierten die I.G. Farben ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen. Bezeichnenderweise, nachdem wieder einmal der Wollheim-Prozeß die Freigabe von US-Tochterfirmen zu behindern drohte.³⁵

6.7. 1956/57: Der Kompromiß - 30 Millionen DM

Im Januar 1956 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die I.G. war bereit, einen Festbetrag auszuhandeln, der auf die einzelnen Anspruchsteller verteilt zur Befriedigung aller,

³¹ Gesetz Nr. 84 der Alliierten Hohen Kommission: Beendigung der Entflechtung und der Liquidation der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L., 21.1.1955, ABl. S. 3156ff.; sog. "Liquidationsschlußgesetz"

³² Art. 8 Liquidationsschlußgesetz, ABl. S. 3166

³³ §196 Abs. 1 Nr. 9 BGB

³⁴ Ferencz, S. 72

³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.12.1955: "Keine Rückgabe der General Aniline?"

d.h. jüdischer und nichtjüdischer ehemaliger Zwangsarbeiter dienen sollte. In der entsprechenden Vereinbarung müsse jedoch festgehalten werden, daß die I.G. Farben für das an den Zwangsarbeitern geschehene Unrecht nicht verantwortlich sei. Darüber hinaus müsse vertraglich sichergestellt sein, daß kein ehemaliger I.G.-Mitarbeiter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne.³⁶ Das waren die Bedingungen der I.G. Farben zu ihrem letztem Angebot von 30 Millionen DM. 10% dieser Summe sollten bei der Liquidationsgesellschaft verbleiben, um die Entschädigungsansprüche nichtjüdischer Zwangsarbeiter zu befriedigen. Wollheim war bereit, diesen Kompromiß zu akzeptieren.

Weitere Einzelheiten des ausgehandelten vorläufigen Vertragstextes, der Anfang Februar 1957 in Frankfurt unterzeichnet wurde:

Häftlinge, die mindestens 6 Monate in I.G.-Betrieben gearbeitet haben, sollten 5.000 DM erhalten, diejenigen, die weniger als sechs aber mindestens einen Monat Zwangsarbeit leisten mußten, erhielten gestaffelt weniger, jedoch mindestens 2.000 DM. Für den Fall, daß die Anzahl der Forderer die bis dahin bekannte Zahl von ca. 3400, davon 3200 jüdischen Berechtigten übersteigen und damit nur geringere als die oben genannten Einzelbeträge zulassen sollten, waren Nachverhandlungen vorgesehen. Eventuelle Überschüsse sollten unter beiden Gruppen aufgeteilt werden. Mit dem Beitritt der ehemaligen Zwangsarbeiter zum Abkommen verzichteten diese auf alle weiteren Ansprüche. Eine Abtretung der Ansprüche war ausgeschlossen, als Erben waren allein Eltern, Ehegatten und Kinder anspruchsberechtigt, und dies auch nur dann, wenn der Häftling bereits selber Anspruch auf Entschädigung erhoben hatte.³⁷

Darüber hinaus wurde die Wirksamkeit des Abkommens noch an zwei Bedingungen geknüpft. Zunächst sollte der Bundestag ein Gesetz verabschieden, das mit einer Frist von sechs Monaten die ehemaligen Zwangsarbeiter der I.G. Farben aufforderte, ihre Ansprüche geltend zu machen. Als weitere Bedingung wurden die Zustimmung sowohl der Hauptversammlung der I.G.-Aktionäre als auch des Board of Directors der Claims Conference festgeschrieben. Beiden Parteien wurde der Rücktritt vom Vertrag innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Termin der letztmöglichen Forderungsanmeldung zugestanden.

Am 27.5.1957 wurde von den Parteien des Bundestages das entsprechende Gesetz verabschiedet, in dem die I.G. Farben dazu verpflichtet wurde, dreimal öffentlich durch Bekanntmachungen in Zeitungen die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufzufordern.³⁸ Als letzter Termin zur Anmeldung der Ansprüche wurde der 31.3.1958 festgelegt.

Der Vertragstext wurde als Anlage zum I.G.-Geschäftsbericht 1956 der Aktionärs-hauptversammlung vorgelegt. Über die Annahme des vorläufigen Vergleiches entwickelte sich eine mehrstündige Debatte.³⁹ Wortführer der Gegner des Vergleiches war Rechtsanwalt Dr. P. H. Gordan, der die Befürchtung äußerte, daß sich die zu zahlende Summe wegen der noch unbekannten Zahl an Forderungsstellern keineswegs auf die 30 Millionen beschränken ließe. Die Leistungsfähigkeit der I.G. sei damit überschritten. Zwar spreche man den Betroffenen nicht die Berechtigung zum Schadensersatz ab, doch hätten sich die Anspruchssteller an die falsche Adresse gewandt. Er wies darauf hin, daß seiner Meinung nach alle Forderungen im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes befriedigt werden müßten und damit der Bund zuständig sei.⁴⁰ Demgegenüber warben die Liquidatoren sowie der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. August v. Knieriem⁴¹ für die Annahme des Vergleiches: Liquidator Dr. Schmidt bezeich-

³⁶ Ferencz, S. 73

³⁷ Deutsche Zeitung vom 6.2.1957

³⁸ BGBl. I 1957 S. 569

³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.4.1957

⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.4.1957

⁴¹ zunächst Rechtsberater der BASF, schließlich Vorstandsmitglied der I.G. Farben, im Nürnberger I.G. Farben-Prozeß freigesprochen

nete den Vertrag als erfreuliches Dokument der Versöhnung.⁴² Bei der folgenden Abstimmung sprachen sich schließlich 92,7% der Aktionäre für die Ratifizierung des Vergleiches aus.

Nachdem auch der Vorstand der Claims Conference dem Vergleichstext zugestimmt hatte wurde zur Bearbeitung der jüdischen Forderungen die "Kompensations-Treuhandgesellschaft mbH" gegründet. Über sie sollte die Prüfung der Ansprüche abgewickelt werden. Damit waren alle Bedingungen erfüllt, um den Vergleich, vorbehaltlich eines Rücktritts, am 1.4.1958 in Kraft treten zu lassen.

6.8. 1957: Die Frage der Einbeziehung der "Nationalverfolgten"

Drei Millionen DM waren für Entschädigungszahlungen an nichtjüdische Zwangsarbeiter zurückgestellt worden. Die Vereinbarung mit der Liquidationsgesellschaft galt jedoch laut Vertragstext nur für den Personenkreis, der im Bundesentschädigungsgesetz als anspruchsberechtigt definiert wurde. Anspruch auf Entschädigung hatte demnach ausschließlich, wer *"wegen seiner gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist."*⁴³

Dadurch wurde der große Kreis der vor allem polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter von der Entschädigungsfähigkeit ausgegrenzt, die allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit verschleppt worden waren. Und dies, obwohl sich deren Schicksal in keiner Weise von dem der jüdischen Zwangsarbeiter unterschied. Deshalb forderte Hermann Langbein, Generalsekretär des "Internationalen Auschwitz-Komitees" Mitte 1957, die "Nationalverfolgten" ebenfalls zu entschädigen.⁴⁴ Damit sei eine Erhöhung der vorgesehenen Entschädigungssumme auf 60 Millionen DM notwendig.

6.8.1. Das Schicksal der Ostarbeiter

Am 1. September 1939 waren die deutschen Truppen in Polen einmarschiert. Bereits knapp zwei Monate später, am 26. Oktober wurde für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements der Arbeitszwang bzw. für Nicht-Juden die Arbeitspflicht eingeführt.⁴⁵ Der qualitative Unterschied war dabei eher marginal: für die Arbeitspflichtigen war zwar im Gegensatz zu den jüdischen Zwangsarbeitern immerhin eine geringe Entlohnung nach *"gerecht erscheinenden Sätzen"*⁴⁶ festgelegt worden, darüber hinaus erscheine es jedoch nicht vertretbar, *"wegen der zahlreichen Ausschreitungen und Greueltaten der Polen im Krieg"* sie in *"vollem Umfang an den Fortschritten nationalsozialistischen Soziallebens teilnehmen zu lassen."*⁴⁷ Im Klartext bedeutete dies, daß mit den bewußt *"lagermäßig"*⁴⁸ untergebrachten Ostarbeitern weder reguläre Arbeitsverträge abgeschlossen wurden noch die selbstverständlichen Grundsätze der Treue- und Fürsorgepflicht der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitern galten.⁴⁹

⁴² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.4.1957

⁴³ §1 Satz 1 BEG

⁴⁴ Handelsblatt Nr. 67 vom 7./8.6.1957: "Auschwitz-Komitee gegen I.G. Farben-Vergleich"

⁴⁵ Verordnungsblatt Generalgouvernement, 26.10.1939, S. 6

⁴⁶ Kannapin, S. 82f

⁴⁷ Kannapin, S. 93

⁴⁸ Kannapin, S. 91

⁴⁹ Kannapin, S. 94

Zunächst versuchten die Nationalsozialisten noch, den Schein zu wahren, also die Arbeitspflichtigen auf "freiwilliger" Basis in Deutschland einzusetzen. Doch nach dem Überfall von Hitlers Armeen auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erfolgte die großangelegte *"Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte im Dritten Reich."*⁵⁰ Allein 2,5 Millionen Polen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.⁵¹

Der Einsatz von "Fremdarbeitern", neben Polen auch Holländer, Belgier, Franzosen etc., fand zunächst weitgehend in der Landwirtschaft, zunehmend aber auch in der Industrie statt. Die Koordinierung der Arbeitskräfte übernahm dabei die Behörde von Gauleiter Fritz Sauckel, der am 21.3.1942 von Hitler zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" ernannt worden war. Die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Arbeitskräften entsprechend der Maxime des "totalen Krieges" sollte damit sichergestellt werden.

6.8.2. Fremdarbeiter in der deutschen Industrie

Es fehlt nicht an Versuchen, die Rolle der Industrie beim Zwangsarbeitereinsatz herunterzuspielen. Insbesondere ist hier das 1966 im Deutschen Industrieverlag erschienene Buch von H. E. Kannapin hervorzuheben. Geschrieben unter dem Eindruck des am 19.8.1965 zu Ende gegangenen Prozesses gegen die Auschwitz-Wachmannschaften und der damit einhergehenden politischen Polarisierung innerhalb der deutschen Bevölkerung, versucht der Autor, durch Gegenüberstellung der Methoden Hitlers und Stalins die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu relativieren.⁵² Der Industrie weist Kannapin hierbei die Rolle der "Gestoßenen" zu, die sich einerseits gezwungenermaßen auf die Erfordernisse einer Kriegswirtschaft einstellen mußte, andererseits jedoch sogar hinhaltenden Widerstand leistete. So habe die gewerbliche Wirtschaft versucht, dem Einsatz von Ostarbeitern in ihren Betrieben auszuweichen, indem z.B. über mangelnde Eignung der meist ungelernten Arbeiter geklagt wurde.⁵³ Bezüglich der dann doch hohen Zahl von eingesetzten Zwangsarbeitern soll die postulierte Machtlosigkeit der Industrieunternehmen anhand verschiedener Verordnungen festgemacht werden, die eine Ablehnung von Fremd- und Zwangsarbeitern angeblich unmöglich gemacht hätten. Dies sind jene des "Beauftragten für den Vierjahresplan" vom 20.5.1942, nach der in Betrieben der Kriegswirtschaft Arbeitsverhältnisse nur durch das Arbeitsamt gelöst werden konnten und die "Verordnung des Reichsministers für Justiz zur Sicherung des totalen Kriegseinsatzes" vom 25.8.1944. Hier wurde jeder *"mit lebenslangem Zuchthaus oder Todesstrafe bedroht, der Geboten oder Verboten zuwiderhandelte, die Maßnahmen zur Durchführung des totalen Kriegseinsatzes darstellten"*.⁵⁴

Dieser Darstellung der Industrie als rein passives Objekt staatlichen Handelns ist jedoch insbesondere ein Brief aus dem Büro des I.G.-Vorstandsmitglieds Carl Krauch⁵⁵ entgegenzuhalten. In seiner Eigenschaft als "Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen

⁵⁰ Kannapin, S. 88

⁵¹ Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), S. 430

⁵² Wenn auch in dem Buch ein immens umfangreiches Zahlenmaterial ausgebreitet wird, sind daher Kannapins politische Schlußfolgerungen m.E. mit Vorsicht zu betrachten (d. Verf.)

⁵³ Kannapin, S. 96

⁵⁴ Kannapin, S. 105

⁵⁵ zunächst Mitarbeiter von Carl Bosch/BASF (Haber-Bosch-Verfahren zur Ammoniaksynthese) dann Vorstandsmitglied der I.G. Farben, schließlich Vorsitzender des Aufsichtsrates, Wehrwirtschaftsführer, NSDAP-Mitglied

Erzeugung" ⁵⁶ teilt Krauch am 4.3.1941 dem Leiter des I.G.-eigenen Buna-Werkes Schkopau, Otto Ambros ⁵⁷, mit, daß

"auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls (Göring, d. Verf.) ... der Reichsführer SS (Himmler, d. Verf.) unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet (hat):

1) Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind freizumachen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.

2) Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommenden Polen ausgesiedelt werden.

3) ... das Bauvorhaben (ist) durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen." ⁵⁸

"Auf meinen Antrag...": die Rolle der Industrie, und nicht nur die der I.G. Farben, erscheint zumindest in diesem Brief durchaus als aktiv.

6.8.3. Wollheim-Vergleich tritt ohne Änderung in Kraft

Gleichwohl lehnte die I.G. Farben die Zahlung von weiteren Entschädigungszahlungen an ihre polnischen Zwangs- und Fremdarbeiter mit Hinweis auf den Wortlaut des mit der Claims Conference ausgehandelten Vergleichs ab. Nach Ankündigung weiterer Forderungen u.a. von holländischen Zwangsarbeitern war vielmehr sogar ein Rücktritt der I.G. vom Vergleich zu befürchten.

Ein Scheitern des Vergleiches hätte jedoch auch die Ansprüche der jüdischen Anspruchsteller gefährdet. Daher stand die Claims Conference den neuen Forderungen der Nationalverfolgten ebenfalls ablehnend gegenüber. Damit waren die Verhandlungen des Auschwitz-Komitees mit der Claims Conference über Einbeziehung in den Vergleich zum Scheitern verurteilt. Der I.G. Farben war es gelungen, einen Keil zwischen die verschiedenen Gruppen der Antragsteller zu treiben.

Da durch Vergleichsverhandlungen keine Lösung erzielt werden konnte, kündigten die Vertreter der Nationalverfolgten an, auf dem Klageweg die I.G. Farben zur Leistung von Schadensersatz zwingen zu wollen. Darüber hinaus werde beabsichtigt, Forderungen auch an andere am Zwangsarbeiterprogramm beteiligte Firmen heranzutragen. ⁵⁹

Für die jüdischen Antragsteller empfahl die Kompensations-Treuhandgesellschaft schließlich die endgültige Annahme des Vergleiches. Da auch die I.G. Farben letztendlich nicht von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch machte, trat der Wollheim-Vergleich am 1.4.1958 in Kraft.

6.9. 1958-63: Die Verteilung der Gelder aus dem Wollheim-Vergleich

Die Prüfung der eingegangenen Ansprüche gestaltete sich als sehr schwierig. Zuverlässige Listen mit den Identifikationsnummern der in der Buna-Anlage beschäftigten jüdischen Zwangsarbeiter standen oft nicht zur Verfügung. Deshalb wurden aus ehemaligen Zwangsarbeitern zusammengesetzte Prüfungsgremien gebildet, die herauszufinden versuchten, ob die

⁵⁶ Borkin, S. 108

⁵⁷ Ambros' im Auftrag von Carl Krauch erstellte Bewertung des Standorts Auschwitz gab den Ausschlag für den Bau der dortigen Anlage; Ambros wurde kurz darauf zum Leiter der I.G. Auschwitz ernannt

⁵⁸ Document No. NI-11086, Office of Chief of Council for War Crimes

⁵⁹ Deutsche Zeitung vom 4.12.1957

jeweiligen Antragsteller tatsächlich im I.G. Farben-Werk gearbeitet hatten.⁶⁰ Anhand von Fragebögen und Einzelgesprächen wurde dabei vor allem geprüft, ob Einzelheiten korrekt wiedergegeben werden konnten, die den im Buna-Werk Beschäftigten bekannt sein mußten, wie z.B. die räumliche Aufteilung des Werkes oder der Ausbruch einer Typhus-Epidemie. Von diesen lokalen Kommissionen wurden dann die Empfehlungen bezüglich der Entschädigungsberechtigung ausgesprochen, über die dann noch zentral in Frankfurt entschieden werden mußte. Bei Ablehnung des Antrags konnte ein Schiedsgericht angerufen werden, dem auch der 1993 verstorbene Heinz Galinski⁶¹ angehörte.

Eine große Hilfe bei der Arbeit der Prüfungsgremien bildete die Tatsache, daß sich ein ehemaliger Häftling meldete, der sich an die tätowierten Nummern erinnern konnte, die an die einzelnen für das I.G.-Lager Monowitz bestimmten Transporte vergeben worden waren, wodurch viele zeitraubende Einzelgespräche wegfallen konnten.⁶²

Die Prüfung der Ansprüche nahm trotzdem viel Zeit in Anspruch, die Überlebenden des NS-Terrors waren schließlich über die ganze Welt verstreut. Erschwerend für die abschließende Bearbeitung der Anträge kam die direkte Abhängigkeit der Höhe der Entschädigungszahlungen von der Gesamtzahl der Antragsteller hinzu. Dies bedeutete Ratenzahlungen, bis die tatsächliche Anzahl von Berechtigten feststand.

Bei Antragstellern, die weniger als sechs Monate im Buna-Werk gearbeitet hatten, betrug die erste Rate 1.500 DM, wer eine längere Lagerzeit nachweisen konnte, erhielt zunächst 2.500 DM. Diese Beträge wurden nach Abschluß der Prüfungen schließlich auf 2.500 DM bzw. 5.000 DM aufgestockt.

5.855 Juden in 42 Ländern erhielten im Zuge des Vergleiches mit der I.G. Farben Entschädigungszahlungen für das an ihnen begangene Unrecht. Zusätzlich bekamen mehr als 1.800 bedürftige Personen Gelder aus einem Härtefall-Fonds, der aus den Prozeßkosten-Rückstellungen⁶³ gespeist wurde. Insgesamt konnten schließlich 27.841.500 DM durch die Kompensations-Treuhandgesellschaft unter den ehemaligen Zwangsarbeitern verteilt werden.⁶⁴

6.10. 1958-63: Die "Nationalverfolgten" gehen vor Gericht

Im Rahmen des Vergleiches zwischen der Claims Conference und der I.G. Farben waren 3,75 Millionen DM der Entschädigungssumme an nichtjüdische Zwangsarbeiter ausbezahlt worden, 750.000 DM mehr, als vertraglich ausgehandelt. Diesen Betrag hatte die I.G. Farben 1961 zusätzlich zu den ausgehandelten 3 Millionen DM aus den schon erwähnten Prozeßkosten-Rückstellungen erhalten. Damit wurden Forderungen der beim Aufbau des Buna-Werkes Auschwitz beschäftigten Bauarbeiter beglichen. Dies war jedoch die einzige Gruppe polnischer

⁶⁰ Ferencz, S. 81

⁶¹ ehem. Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland

⁶² Ferencz, S. 81

⁶³ Zunächst wurde nicht der volle Betrag von 27 Mio DM unter den ehemaligen Zwangsarbeitern verteilt. Die Claims Conference hatte sich verpflichten müssen, einen Betrag von 3 Mio DM für eventuelle Nachfolgeprozesse zurückzubehalten. Davon sollten die Gerichtskosten bei Klagen auf individuell höhere Entschädigung bestritten werden. Diese Abmachung wurde zunächst geheimgehalten, da befürchtet werden mußte, daß das Bekanntwerden der verringerten Gesamtentschädigungssumme gerade Anlaß für solche Prozesse sein könne.

⁶⁴ Der Überschuß ergibt sich aus Zinsen auf die ursprünglichen 27 Mio DM abzüglich der Verwaltungskosten.

Antragsteller, die nach langwierigen Verhandlungen in den Genuß von I.G.-Entschädigungszahlungen kam. ⁶⁵ Generell galt jedoch, daß entsprechend der I.G.-Lesart des Vertragstextes die sog. "Nationalverfolgten" von der Entschädigung ausgeschlossen waren.

Der 1957 ausgehandelte Vergleich hatte Modellcharakter für Verhandlungen der Claims Conference mit anderen in das Zwangsarbeiterprogramm verstrickten Firmen. Die Claims Conference vertrat hierbei als "Dachorganisation" ausschließlich die jüdischen Häftlinge. Dies bedeutete, daß die Folgeverträge, die mit Firmen wie Krupp, Siemens und AEG/Telefunken abgeschlossen wurden, keine Zahlungen mehr an nichtjüdische Zwangsarbeiter vorsahen. ⁶⁶

Die Nationalverfolgten versuchten daher, die Ablehnung ihrer Ansprüche vor Gericht anzufechten. Bereits am 31.7.1958 hatte eine Gruppe von 2.295 Polen, denen anders als den Bauarbeitern seitens der I.G. Farben die Berücksichtigung bei den Entschädigungszahlungen verweigert worden war, vor dem Landgericht Frankfurt einen Musterprozeß angestrengt. Die Kläger Leon Straucher et al. forderten wegen vorenthaltenem Lohn für jeden Beteiligten eine Entschädigungssumme in Höhe von 10.000 DM. ⁶⁷

6.10.1. 1959: Die erste Instanz: Ansprüche der Fremdarbeiter sind verjährt

Die Richter der ersten Instanz wiesen die Klage jedoch ab. Sie argumentierten, daß gemäß Artikel 8 des Liquidationsschlußgesetzes Ansprüche auf vorenthaltenen Lohn spätestens bis zum 6.2.1957 hätten angemeldet werden müssen. Da die Klage jedoch erst 1958 eingereicht worden war, seien diese Ansprüche mittlerweile verjährt. ⁶⁸

Bevor weitere juristische Schritte erwogen wurden, boten die Vertreter der polnischen Anspruchsteller einen außergerichtlichen Vergleich an: bei einer Zahlung von 4 bis 5 Millionen DM wären alle Forderungen beglichen. ⁶⁹ Die I.G. Farben lehnte dies kategorisch ab und verwies auf die Claims Conference. Womöglich sei diese bereit, die Polen aus ihrem 27-Millionen-Anteil heraus zu entschädigen. Dies lehnte die Claims Conference begreiflicherweise ab. Die Kläger legten daraufhin beim Oberlandesgericht Frankfurt Berufung ein.

6.10.2. 1960-61: Berufungsverhandlung vor dem OLG Frankfurt

Vor der Berufungsinstanz spielte die Frage der Verjährung zunächst keine Rolle. Erst müsse geklärt werden, ob überhaupt Ansprüche gegenüber der I.G. Farben entstanden seien. Habe die I.G. Farben nämlich im "Auftrag des Reiches" gehandelt, so wäre sie und andere Industrieunternehmen möglicherweise von der Entschädigungspflicht freigestellt.

Grundlage dieser Argumentation ist die Formulierung von Artikel 5 Absatz 2 des 1953 unterzeichneten Londoner Schuldenabkommens, in dem es heißt, daß

"eine Prüfung von Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen (...) im Auftrag des Reiches handelnde Stellen oder Personen (...) bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt (wird)." ⁷⁰

Dieser Punkt war auch schon in der ersten Instanz von der I.G. ins Feld geführt worden, jedoch von den Richtern angesichts der Verjährungsfrage für unerheblich gehalten worden. Die

⁶⁵ Ferencz, S.90

⁶⁶ Hermann Langbein, Präsident des Auschwitz-Komitees, in: Frankfurter Hefte 22 (1967) Nr. 3, S. 182f

⁶⁷ Ferencz S. 84

⁶⁸ Entscheidung des LG Frankfurt, 9.7.1959, Az. 2/30190/58

⁶⁹ Ferencz, S. 86

⁷⁰ Abkommen über deutsche Auslandsschulden, London 27.2.1953, BGBl. II 1953 S. 340

I.G.-Anwälte setzten nun alles daran, die Richter von ihrer Sichtweise zu überzeugen. Eine Sichtweise, derzufolge die I.G. gezwungen worden war, die Buna-Anlage in Auschwitz zu bauen. Und dies trotz *"hartem Widerstand der Firmenleitung"*.⁷¹ Hermann Göring persönlich, in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan, habe in einem Erlaß vom 18.2.1941 den Bau des Werkes angeordnet. Der Erlaß Görings ist dokumentiert. Jedoch wirft der bereits im Kapitel "Fremdarbeiter in der deutschen Industrie" erwähnte Brief aus dem Büro von Carl Krauch die Frage auf, ob nicht zumindest der Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen ursächlich auf einen Antrag der I.G. Farben zurückzuführen war. Letzten Endes machte sich das Gericht jedoch den Standpunkt der Industrie zu eigen. Es befand, daß die I.G. ausschließlich als "Instrument des Reiches" gehandelt habe.⁷² Daher müßten die polnischen Ansprüche gegen die I.G. Farben zurückgestellt werden.

6.10.3. 1963: In letzter Instanz - das Urteil des Bundesgerichtshofes

Einige der polnischen Antragsteller gaben sich immer noch nicht geschlagen. Sie versuchten, ihre Ansprüche vor dem Bundesgerichtshof durchzusetzen. Sie forderten, zumindest den Anspruch auf Entschädigung durch die I.G. Farben festzustellen, um damit wenigstens diesen Punkt im Hinblick auf die "endgültige Regelung" zu klären. Doch ohne Erfolg. Die Richter schlossen sich der Vorinstanz an und entschieden wie folgt:

*"Wurden Angehörige eines Staates in ein KZ-Lager eingeliefert und von der SS einem Rüstungsbetrieb zum Arbeitseinsatz zugeführt, so sind die hieraus hergeleiteten Vergütungs- und Schadenersatzansprüche gegen deutsche Firmen von Art. 5 Abs. 2 LondSchAbk betroffen. Die Prüfung dieser Ansprüche ist daher bis zur endgültigen Reparationsregelung mit dem Heimatstaat des Ausländers zurückgestellt. Auch einer Feststellungsklage kann bis dahin nicht stattgegeben werden."*⁷³

Zwar erkannte das Gericht durchaus, daß die I.G. Farben *"mit der Errichtung des Buna-Werkes im besetzten Gebiet und mit der Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte auch eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgte"*.⁷⁴ Selbst persönliches Fehlverhalten einzelner I.G.-Angehöriger ändere aber nichts am Status der I.G. als "Instrument des Reiches", standen doch diese *"Übergriffe ... mit denen von der SS ausgebauten Methoden willkürlicher Behandlung und mißbräuchlicher Arbeitsausnutzung im engen Zusammenhang"*.⁷⁵ Das Londoner Schuldenabkommen müsse zudem so eng ausgelegt werden, daß sich sogar eine vorläufige Feststellung von Ansprüchen verbiete. Die Klage sei deshalb als *"zur Zeit unbegründet"*⁷⁶ abzuweisen. Damit waren endgültig klar, daß auf Jahrzehnte hinaus die ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter leer ausgehen würden.

6.11. Entschädigungszahlungen nach Abschluß des Wollheim-Vergleiches

Bis zum Jahre 1989 sind von Seiten der Industrie wiederholt Verträge mit der Claims Conference abgeschlossen worden, mit dem Ziel die Ansprüche der jüdischen Zwangsarbeiter zu

⁷¹ Ferencz, S. 85

⁷² Ferencz, S. 86

⁷³ BGH vom 26.2.1963 - VI ZR 94/61 (Frankfurt)

⁷⁴ Entscheidung des BGH vom 26.2.1963, veröffentlicht in: RZW 1963, S. 525ff

⁷⁵ RZW 1963, S. 526

⁷⁶ RZW 1963, S. 528

befriedigen. Neben den bereits behandelten 27 Millionen DM der I.G. Farben wurden im einzelnen ausbezahlt ⁷⁷:

Krupp	10 Millionen DM (1959)
AEG/Telefunken	4 Millionen DM (1960)
Siemens	7 Millionen DM (1962)
Rheinmetall	2,5 Millionen DM (1966)
Feldmühle Nobel	5 Millionen DM (1986)
Daimler-Benz	10 Millionen DM (1988)

Die Zahlungen der Daimler-Benz AG stellen in diesem Zusammenhang einen Sonderfall dar, da sie nicht in Form individueller Zuwendungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter weitergegeben wurden, sondern ausschließlich allgemein humanitären Zwecken dienten. So sollten die der Claims Conference zur Verfügung gestellten 10 Millionen DM zur Unterstützung von Alten- und Pflegeheimen verwendet werden, in denen jüdische NS-Opfer betreut werden. Individuelle Zahlungen wurden ausgeschlossen mit der Begründung, dies diene zur "Vermeidung des bürokratischen Prozesses, der zur Ermittlung von Entschädigungen notwendig gewesen wäre" ⁷⁸ und käme somit den Interessen der NS-Opfer entgegen. Weitere 5 Millionen DM erhielten zur gleichen Verwendung das Deutsche Rote Kreuz sowie entsprechende französische, belgische und holländische Verbände. Ebenfalls 5 Millionen DM wurden zur Unterstützung medizinischer Einrichtungen an Organisationen in Polen gezahlt. ⁷⁹ Insgesamt zahlte Daimler-Benz also 20 Millionen DM.

Erstmals wurden damit, wenn auch nur indirekt, in Ostblockstaaten lebende nichtjüdische Zwangsarbeiter in den Kreis der Begünstigten dieser Zahlungen aufgenommen. Eine direkte Entschädigung lehnten die Industrieunternehmen jedoch weiterhin mit Hinweis auf das Londoner Schuldenabkommen ab. ⁸⁰ Diese Rechtsposition wurde regelmäßig von der jeweiligen Bundesregierung bekräftigt, zuletzt in einem Bericht über Wiedergutmachung vom 31.10.1986. ⁸¹ Erst im Rahmen eines Friedensvertrages sei eine abschließende Regelung denkbar.

In dieser Haltung spiegelte sich natürlich auch die Ost-West-Konfrontation wider. Damit wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter zum zweiten Mal unverschuldet zu Opfern der politischen Konstellation.

6.11.1. 1989: Gesetzesvorlage zur "Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter"

Um dieser offensichtlichen Ungerechtigkeit entgegenzutreten, forderten die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD im Sommer 1989 die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung "Entschädigung für Zwangsarbeit". ⁸² Diese Stiftung sollte eine Finanzausstattung von 250 bzw. 300 Millionen DM erhalten, welche ohne Ansehen der Nationalität an die ehemaligen Zwangsarbeiter auszuzahlen seien. Darüber hinaus war vorgesehen, daß das Stiftungskapital durch Annahme von Zuwendungen seitens der *"Firmen und Kommunen, in denen Zwangs-*

⁷⁷ Deutscher Bundestag, Drucksache 11/6286, Punkt 1

⁷⁸ 11/6286, Punkt 4

⁷⁹ 11/6286, Punkt 4

⁸⁰ 11/6286, Punkt 5

⁸¹ BT Drucksache 10/6287

⁸² Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/4704 vom 6.6.1989; Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5176 vom 14.9.1989

*arbeiter beschäftigt waren"*⁸³ aufgestockt werden könne. Auch Industriefirmen, die bisher jedwede Entschädigungszahlungen verweigert hatten, sollten dadurch endlich in die Wiedergutmachung eingebunden werden.

Bevor jedoch über diese Gesetzesvorlagen weiter diskutiert werden konnte, schuf der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands. Eine Entwicklung, an deren Ende mit dem Zerfall der Sowjetunion das Ende des Ostblocks stand und damit auch der ideologischen Gegensätze, welche die Weltgeschichte der letzten 40 Jahre bestimmt hatten. Die "endgültige Regelung der Reparationsfrage" war damit in greifbare Nähe gerückt.

6.11.2. 1989: Gutachten - "Fremdarbeiter-Urteil" des BGH nicht mehr haltbar

Am 14.12.1989 fand vor dem Innenausschuß des Bundestages eine Anhörung von Sachverständigen zum Thema "Entschädigung für Zwangsarbeit" statt. In seiner Expertise führte Professor Dr. Gerhard Stuby, Sachverständiger der SPD und der GRÜNEN, aus, daß die bisherige Verweigerung von Entschädigungszahlungen juristisch nicht haltbar sei.⁸⁴

Als wichtigsten Punkt führte er an, daß Polen dem vielzitierten "Londoner Schuldenabkommen" gar nicht beigetreten sei. Polen sei jedoch durch Anwendung der Vertragsbestimmungen ein Schaden in Höhe der verweigerten Entschädigungszahlungen entstanden. Da aber grundsätzlich *"völkerrechtliche Verträge für einen dritten Staat weder Pflichten noch Rechte schaffen"*⁸⁵, sei eine solche Vorgehensweise als "Vereinbarung zu Lasten Dritter" völkerrechtlich unzulässig.⁸⁶

Den Einwand der Bundesregierung, daß mangels Abschluß eines Friedensvertrages bisher keinem ausländischen NS-Opfer eine Entschädigung zugegangen sei und damit auch Polen keine zustehe, wußte er zu widerlegen. Die Bundesregierung habe Mitte der 50er Jahre insgesamt 11 Globalabkommen über Entschädigungszahlungen mit verschiedenen westeuropäischen Staaten im Gesamtvolumen von 1 Milliarde DM abgeschlossen.⁸⁷ Diese Staaten hätten massiv Protest erhoben, nachdem die restriktive deutsche Auslegung des Art. 5 Abs. 2 LondSchAbk bekanntgeworden war. Polen stillschweigend den Vorwurf zu machen, dem Eisernen Vorhang zum Trotz nicht ähnlichen Druck ausgeübt zu haben, sei ebenso zynisch wie eine Aufrechnung mit dem Unrecht der Vertreibung der Deutschen aus Schlesien oder Ostpreußen.⁸⁸

Ebenso unzulässig sei die Annahme, eine endgültige Regelung der Reparationsfrage bezüglich Polen oder der Sowjetunion könne gänzlich unterbleiben, da beide Staaten 1954 bzw. 1953 gegenüber der DDR auf weitere Reparationsleistungen verzichtet hätten. Anzunehmen, die DDR habe also sozusagen als "Stellvertreter" der Bundesrepublik einen für ganz Deutschland geltenden Verzichtsvertrag mit Polen ausgehandelt⁸⁹, sei eine abenteuerliche Konstruktion, die angesichts der Tatsache, daß die DDR von der Bundesrepublik völkerrechtlich nie anerkannt wurde, noch unglaubwürdiger klinge. Offizielle Doktrin der Bundesregierung sei es immer gewesen, daß allein die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu gelten habe und sie daher über den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland verfüge.

⁸³ SPD, Drucksache 11/5176, Punkt 5

⁸⁴ Stuby, S. 314ff

⁸⁵ Art. 34 der Wiener Vertragskonvention

⁸⁶ Stuby, S. 317

⁸⁷ ganz abgesehen von den Zahlungen an Israel im Rahmen des Haager Abkommens von 1952

⁸⁸ Stuby, S. 315

⁸⁹ Stuby, S. 318

Darüber hinaus habe Polen, selbst gegenüber der DDR, immer seinen Rechtsstandpunkt gewahrt, daß *private* Entschädigungsansprüche vom Reparationsverzicht nicht erfaßt würden.⁹⁰

Somit müsse die Entscheidung über die Verweigerung individueller Entschädigungszahlungen durch den BGH aus heutiger Sicht wohl revidiert werden. In den vergangenen Jahrzehnten seien bereits viele ehemalige Zwangsarbeiter gestorben, ohne die gerechte Entschädigung für ihre Leiden erhalten zu haben. Bereits 1989 waren die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter im Durchschnitt 67 Jahre alt.⁹¹ Es bestehe daher die Gefahr, so Stuby, daß nunmehr *"ausgerechnet die Gruppe von NS-Opfern, die am meisten gelitten (habe)"*⁹² leer ausginge und sich damit das polnische Zwangsarbeiterproblem auf "biologische" Weise löse. Er schloß seine Ausführungen mit der Frage: *"Sollen Juristen anstandslos bei diesem Geschäft mitwirken?"*⁹³

6.11.3. 1991: Gründung der "Polnisch-deutschen Stiftung für Aussöhnung"

Nachdem am 17.6.1991 der "Nachbarschaftsvertrag" mit Polen unterzeichnet worden war, beschloß der Deutsche Bundestag am 17.10.1991 die Einrichtung einer Stiftung zur Entschädigung für polnische Zwangsarbeiter.⁹⁴ Das Stiftungsvermögen beläuft sich auf 500 Millionen DM, die aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt werden. Bei der erwarteten Anzahl von mindestens 100.000 Anträgen, wird zunächst nach der Alterspriorität vorgegangen, d.h. daß zunächst nur die Generation der jetzt über-80-Jährigen Zahlungen erhalten soll. Die Höhe der Zahlungen wird sich an der Dauer der Zwangsarbeit orientieren, doch ist aufgrund von noch nicht bewältigten organisatorischen Hindernissen bei der Prüfung der Ansprüche noch nichts über die endgültige Höhe der Einzelsummen zu sagen. In einzelnen Fällen wurden jedoch bislang z.B. für 18 Monate Zwangsarbeit umgerechnet rund 500 DM ausbezahlt.⁹⁵ Kein großer Betrag also, doch nach 40 Jahren ein Symbol der Aussöhnung.

6.12. 1992: Über die Chancen weiterer Entschädigungszahlungen

Die DDR hatte es unter Berufung auf ihre "antifaschistische Vergangenheit" immer abgelehnt, Wiedergutmachungsleistungen z.B. an Israel zu zahlen. Die im Haager Abkommen vereinbarten 3 Milliarden Mark, stellten demnach ebenso wie alle entsprechend dem Bundesentschädigungsgesetz geleisteten Zahlungen an NS-Opfer, allein den westdeutschen Anteil dar. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde daher in Artikel 2 der "Vereinbarung zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages" festgelegt, daß *"die vertragsschließenden Seiten (...) ihrer Absicht Ausdruck (geben), (...) für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste der Opfer des NS-Regimes einzutreten. In der Kontinuität der Politik der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesregierung bereit, mit der Claims Conference Vereinbarungen über die zusätzliche Fondslösung zu treffen, um Härteleistungen*

⁹⁰ Stuby, S. 318

⁹¹ Stuby, S. 318

⁹² Stuby, S. 318

⁹³ Stuby, S. 318

⁹⁴ BT Plenumsprotokoll 12/50

⁹⁵ Kennzeichen D (ZDF) vom 20.10.1992

*an die Verfolgten vorzusehen, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bisher keine oder nur geringfügige Entschädigungen erhalten haben."*⁹⁶

Im November 1992 wurde ein entsprechendes Abkommen der Bundesregierung mit der Claims Conference unterzeichnet, nach dem eine Summe von einer Milliarde DM im Zeitraum von 1993 bis 1999 ausgezahlt werden soll. Allein für den Bundeshaushalt 1993 sind bereits 100 Millionen DM für Entschädigungszahlungen vorgesehen.⁹⁷ Da die Antragsfristen zum Bundesentschädigungsgesetz bereits 1969 endgültig abgelaufen sind, wird sich daher die Gesamtsumme aller staatlichen Entschädigungszahlungen bis zum Jahre 2030 voraussichtlich auf 121 Milliarden DM belaufen.⁹⁸

6.12.1. Die Volkswagen AG will 12 Millionen DM zahlen

Mittlerweile sind weitere Verhandlungen zu einem Abschluß gekommen. So hat sich die Volkswagen AG zur Zahlung von 12 Millionen DM bereit erklärt, zum Ausgleich für das unter der NS-Herrschaft in ihren Werken begangene Unrecht. Jedoch wieder explizit ohne jedwedes Schuldanerkenntnis. Dieses Geld soll nach dem Muster der Daimler-Benz-Vereinbarung allgemein humanitären Zwecken zugeführt werden.

6.12.2. Die I.G. Farben i.L. stellt eine spätere Stiftung in Aussicht

Auf der jährlichen Aktionärshauptversammlung in Frankfurt am 29.11.1991 forderte das "Bündnis gegen I.G. Farben", die nunmehr seit 40 Jahren laufende Liquidation 1992 abzuschließen und mit dem Restvermögen die ehemaligen Zwangsarbeiter zu entschädigen.⁹⁹ Dies wurde jedoch vom Aufsichtsratsvorsitzenden der I.G. Farben i.L. Ernst Krienke unter Hinweis auf die mit der Wiedervereinigung erneuerten Besitzansprüche der I.G. auf Firmen und Grundstücke in der ehemaligen DDR abgelehnt. Obwohl das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 23.4.1991 die Rückgabe des zwischen 1945 und 1949 durch die sowjetische Besatzungsmacht enteigneten Grundbesitzes abgelehnt habe¹⁰⁰, bestehe immer noch Anspruch auf Entschädigung. Darüber hinaus existierten allein in Ost-Berlin 130.000 qm ehemals I.G.-eigener Immobilien, die eindeutig erst nach 1949 enteignet worden seien. Bis diese Frage geklärt sei, könne man unmöglich die Liquidation abschließen.

Krienke stellte jedoch in Aussicht, daß 5% der Erlöse aus DDR-Vermögen zur Einrichtung einer gemeinnützigen Stiftung zur Verfügung gestellt werden würden.¹⁰¹ Voraussetzung für die Gründung der Stiftung, aus der dann auch ehemalige Zwangsarbeiter entschädigt werden könnten, sei natürlich die erfolgreiche Geltendmachung der Ansprüche auf das Ostvermögen der I.G.

Es bleibt abzuwarten, ob dieses Angebot nur eine Worthülse zur Beschwichtigung der Kritiker gewesen ist, was befürchtet werden muß, oder ob den ehemaligen Zwangsarbeitern der I.G. Farben tatsächlich nach nunmehr 40 Jahren Gerechtigkeit zuteil werden wird.

Inzwischen ist von der Bundesregierung der Entwurf eines Entschädigungsgesetzes vorgelegt worden.¹⁰² Eine Rückgabe des im Zuge der Bodenreform vor Gründung der DDR enteigneten Besitzes wird es demnach nicht geben, wohl jedoch Entschädigungszahlungen, deren

⁹⁶ BGBl. II 1990 S. 1239 vom 28.9.1990

⁹⁷ Süddeutsche Zeitung vom 9.11.1992

⁹⁸ Süddeutsche Zeitung vom 11.11.1992

⁹⁹ Süddeutsche Zeitung vom 30.11/1.12.1991: "Zwischen Auflösung und Moral"

¹⁰⁰ BVerfG, Urteil vom 23.4.1991, in: NJW 1991 S. 1597ff

¹⁰¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.1991

¹⁰² Süddeutsche Zeitung vom 2.4.1993

Höhe sich am Einheitswert ¹⁰³ des Besitzes aus dem Jahre 1935 orientieren soll. Betriebsvermögen wird in einfacher Höhe dieses Wertes entschädigt werden, während für Land- und Grundbesitz der Faktor 1,3 vorgesehen ist.

Für die I.G. Farben i.L. besteht damit Aussicht auf erhebliche Entschädigungszahlungen: die letzte Bilanz vom 31.12.1944 weist allein für das Gebiet der zukünftigen DDR 151 Millionen Quadratmeter Grundbesitz aus. ¹⁰⁴ Insgesamt wird das Ost-Vermögen auf einen Buchungswert von 1 Milliarde Reichsmark beziffert.

6.12.3. Bemühungen um die Einrichtung einer neutralen Stiftung

Kein Geld an kommunistische Staaten, so könnte man die Haltung der Bundesregierungen während des Kalten Krieges auf den Punkt bringen. Wenn auch argumentativ mit der restriktiven Auslegung des Londoner Schuldenabkommens unterfüttert, erhellen die geleisteten Zahlungen an Weststaaten den tatsächlichen Beweggrund.

Jetzt endlich, nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes, wird gehandelt, wird in Verträgen mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks die "endgültige Regelung der Reparationsansprüche" in Angriff genommen. Eine ähnliche Bereitschaft, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren, läßt die Industrie noch vermissen. Obwohl die Bundesregierung bereits am 31.10.1990 vom Parlament beauftragt wurde, mit den Verbänden der deutschen Industrie Verhandlungen über deren Einbindung in die Entschädigungsfrage zu führen, scheint auf industrieller Seite wenig Neigung zu bestehen, begangenes Unrecht endlich zu sühnen.

So berichtete die Bundesregierung am 6.12.1991 über ihre bis dato erfolglosen Bemühungen: Mitteilungen der Verbände ¹⁰⁵ zufolge sei nicht mehr feststellbar, welche Unternehmen Zwangsarbeiter beschäftigt hätten, da weder Akten aus jener Zeit noch lebende Zeitzeugen verfügbar seien. Überhaupt, so die Position der Industrie, sei gerichtlich festgestellt worden, daß etwaige Ansprüche inzwischen verjährt seien. ¹⁰⁶

Diese Aussage ist so nicht haltbar. Der BGH hat 1963 in seiner Entscheidung explizit eine Klärung dieser Frage auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Somit steht eine abschließende gerichtliche Klärung noch aus. Ganz abgesehen davon scheint es allerdings auch etwas voreilig, sich mit der Verbandsaussage, belastende Akten existierten nicht mehr, zufrieden zu geben.

Die Bundesregierung stuft jedoch bei dieser Auskunftslage weitergehende Ermittlungen als "*nicht erfolgversprechend*" ein und weist darauf hin, daß sie keine "*rechtlichen Möglichkeiten (sehe), Unternehmen, die während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt hätten, zu Entschädigungszahlungen zu veranlassen*". ¹⁰⁷ Zwar äußert die Bundesregierung mit Hinweis auf die "Stiftung für Aussöhnung" die Hoffnung, daß dieser auch "*Mittel von dritter Seite*" zufließen, doch wurde diese Hoffnung bisher enttäuscht.

Eine wichtige Rolle dürfte die Frage des Schuldanerkenntnisses spielen. Nach fast 50 Jahren wird kaum mehr eine der damals beteiligten Firmen schuldhaftes Handeln eingestehen. Darauf zu bestehen, bedeutet daher effektiv Verhinderung von Wiedergutmachung. Soll den ehemaligen NS-Zwangsarbeitern endlich geholfen werden, bedeutet dies von beiden Seiten die Überwindung ideologischer Gräben.

¹⁰³ steuerlicher Wert, z.B. von Grund- und Betriebsvermögen, der nach dem Bewertungsgesetz ermittelt wird

¹⁰⁴ DIE ZEIT vom 22.11.1991

¹⁰⁵ Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)

¹⁰⁶ BT Drucksache 12/1762

¹⁰⁷ BT Drucksache 12/1762

Die Vereinbarung mit Polen ist daher als wichtiger Schritt zu begrüßen, doch sind auch ehemalige Zwangsarbeiter aus anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks entschädigungsberechtigt, so daß eine rein zweistaatliche Lösung zu kurz greift. Offensichtlich bedeutet sie ja auch keinen Fortschritt in Hinblick auf einen Beitrag seitens der Industrie. Darum gilt es, mit allem Nachdruck den Weg weiterzuverfolgen, der es den Firmen ermöglichte, freiwillig Gelder zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts beizusteuern: die staatliche Stiftung. Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Person die moralische Integrität besäße, eine solche Stiftung zu leiten und offensiv alle beteiligten Gruppierungen von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zu überzeugen. Richard von Weizsäcker ist so ein Mann. Er hat es oft genug unter Beweis gestellt: so forderte er in seiner Rede am 8. Mai 1985 das deutsche Volk auf, sich den Folgen des Nationalsozialismus verantwortlich zu stellen. Im Mai 1994 endet nun seine Amtszeit als Bundespräsident. Gelänge es, ihn für die Stiftung zu gewinnen, so wäre er vielleicht in der Lage, der Stiftung den entscheidende Impuls zu geben. Von ihrer Verwirklichung aber wird es in den kommenden Jahren abhängen, ob das Kapitel der NS-Zwangsarbeit endlich versöhnlich abgeschlossen werden kann.

7. Die I.G. Farben und ihre Nachfolger bis heute

7.1. Karrieren von I.G. Farben-Managern in der Nachkriegszeit

Wie bereits im fünften Kapitel (Nürnberger Prozesse und Entflechtung) erwähnt, hatte der I.G. Farben-Kriegsverbrecherprozeß vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges für die meisten Mitglieder der I.G.-Führung mit Freisprüchen geendet. Selbst die wenigen I.G.-Manager, die wegen "Plünderung" und "Versklavung" zu Haftstrafen bis zu acht Jahren verurteilt worden waren, mußten nur einen Bruchteil ihrer Strafen absitzen. Bereits Ende 1951 wurden im Rahmen einer umfassenden Amnestie alle als Kriegsverbrecher verurteilten Industriellen, unter ihnen auch die I.G. Farben-Direktoren, begnadigt und aus der Haft entlassen. Ganz im allgemeinen politischen Klima der Restauration verliefen dann ihre weiteren Karrieren. Innerhalb kürzester Frist waren die Führungsetagen der I.G.-Nachfolger wieder besetzt mit dem alten I.G.-Führungspersonal (auch wenn dafür hier und da zwecks Wahrung einer Schamfrist zunächst nur "weniger belastete" Mitglieder der "zweiten Führungsebene" herangezogen wurden). Ein - wie auch immer geartetes - "Schuldgefühl" kam dabei nie auf. Otto Ambros, verantwortlich für Planung und Betrieb der I.G. Auschwitz und in Nürnberg zu 8 Jahren Haft wegen "Versklavung" verurteilt, antwortete 1982 einem Reporter des "San Francisco Chronicle" auf die Frage, was er denn im Krieg getan habe: *"Das ist doch schon so lange her. Es hatte mit Juden zu tun. Wir denken darüber nicht mehr nach."*¹

Auch all die anderen, deren Namen in den vorangegangenen Kapiteln Erwähnung fanden, nahmen - wie bereits erwähnt - in Nachkriegsdeutschland (West) schnell wieder ihre macht- und einflußreichen Positionen ein, wie die folgende (nicht vollständige) Auflistung belegt.²

Carl Krauch (1887-1968):

- im I.G. Farben-Vorstand 1926-1940, Aufsichtsratsvorsitzender 1940-1945, Leiter der Vermittlungsstelle W (siehe Kap. 3), Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, Wehrwirtschaftsführer
- 1943 Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes
- 1948 wegen "Versklavung" zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, 1950 vorzeitig entlassen
- 1955 Aufsichtsratsmitglied der Buna-Werke Hüls GmbH
- im Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1965 als Zeuge aufgetreten mit der Aussage: *"Das waren meist asoziale Elemente, so politische Häftlinge"*³ (über die KZ-Häftlinge in Auschwitz-Monowitz)

¹ zitiert nach Köhler, S. 282

² Daten entnommen aus Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982, sowie aus dem Buch "Verstand und Schicksal" des BAYER-Prokuristen J. U. Heine. Abgesehen vom reinen Datenmaterial handelt es sich allerdings bei letzterem Werk um Rechtfertigungspropaganda. Es erscheint bedenklich, daß der renommierte Verlag Chemie noch 1990 ein Buch herausgibt, in dem unter anderem zu lesen ist: *"Die Tragik der ehemaligen IG-Farben-Persönlichkeiten war und ist es jedoch nicht, vom feindlichen Ausland verleumdet, gedemütigt und durch ein Siegertribunal verurteilt worden zu sein, sondern ähnliches im eigenen Land - vor allem durch die Nachkriegsgeneration - erfahren zu müssen."*

Fritz ter Meer (1884-1967):

- im I.G. Farben-Vorstand 1926-1945, Mitglied des Arbeitsausschusses und des Technischen Ausschusses, Leiter der Sparte II
- 1943 Generalbevollmächtigter für Italien des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, Wehrwirtschaftsführer
- oberster I.G.-Verantwortlicher für das Buna-Werk Auschwitz - *"Den Häftlingen ist dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnedies getötet hätte."*⁴
- 1948 wegen "Plünderung" und "Versklavung" zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen
- 1955 Aufsichtsratsmitglied bei BAYER
- 1956-1964 Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER
- Aufsichtsratsvorsitzender der Th. Goldschmidt AG, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank-Bankverein AG, im Aufsichtsrat der Waggonfabrik Uerdingen, der Düsseldorfer Waggonfabrik AG, der Bankverein Westdeutschland AG und der Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG)

Hermann Schmitz (1881-1960):

- im I.G. Farben-Vorstand 1926-1935, Vorstandsvorsitzender 1935-1945, "Finanzchef" der I.G.,
- Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des Reichstages (NSDAP)
- 1941 Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse
- 1948 wegen Plünderung" zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, 1950 vorzeitig entlassen
- 1952 Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Berlin-West
- 1956 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Stahlwerke

Fritz Gajewski (1888-1962):

- im I.G. Farben-Vorstand 1931-1945, Leiter der Sparte III (Verbindungsstelle zur Dynamit Nobel), Mitglied des Südosteuropa-Ausschusses, Wehrwirtschaftsführer
- im Nürnberger Prozeß in allen Anklagepunkten für "nicht schuldig" erklärt⁵
- 1949 Geschäftsführer, 1952 Vorstandsvorsitzender der Dynamit Nobel AG
- 1953 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- 1957 Ruhestand, Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Dynamit Nobel AG, Aufsichtsratsvorsitzender von Genschow & Co. und der Chemie-Verwaltungs-AG, Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls AG und der Gelsenkirchener Bergwerke

Heinrich Bütefisch (1894-1969):

- im I.G. Farben-Vorstand 1934-1945, stellvertretender Leiter der Sparte I, Leiter der Benzinsynthese der I.G. Auschwitz
- führte 1932 (zusammen mit Gattineau) das Gespräch mit Hitler, das den Benzinpakt begründete, 1936 Mitarbeiter von Krauch beim Vierjahresplan als Produktionsbeauftragter für Öl im Rüstungsministerium
- SS-Obersturmbannführer, Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des "Freundeskreis Reichsführer SS"

³ zitiert nach Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982

⁴ Staatsarchiv Nürnberg: NI-11112, Trials 52, Bd. 8, S. 346ff, zitiert nach Köhler, S. 301

⁵ Gajewski führte vor dem Tribunal zu seiner Entlastung die Befreiung seines jüdischen Vorstandskollegen Gerhard Ollendorff aus Gestapo-Haft an, wobei sich im Kreuzverhör jedoch herausstellte, daß er Ollendorff zuvor selbst denunziert hatte - vgl. Borkin, S. 133f

- 1948 wegen "Versklavung" zu sechs Jahren Haft verurteilt, 1951 entlassen
- 1952 Aufsichtsratsmitglied der Ruhr-Chemie, Kohle-Öl-Chemie u.a.
- 1964 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, nach heftigen Protesten wurde die Verleihung 16 Tage später wieder zurückgenommen

Friedrich Jähne (1879-1965):

- im I.G. Farben-Vorstand 1934-1945, Chefsingenieur der I.G., stellvertretender Leiter der BG Mittelrhein/Maingau
- 1943 Wehrwirtschaftsführer, Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse
- 1948 wegen "Plünderung" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt
- 1955 Aufsichtsratsmitglied der "neuen" Farbwerke Hoechst, im gleichen Jahr zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt - der Hoechst-Vorstandsvorsitzende Karl Winnacker, noch von ter Meer für diese Aufgabe vorbereitet, sagte hierzu: *"Inzwischen war das Liquidationsschlußgesetz ergangen und hatte uns von allen diskriminierenden Bestimmungen aus der Entflechtungszeit befreit. So konnten wir der Hauptversammlung Friedrich Jähne, den Chefsingenieur der alten I.G. für den Aufsichtsrat vorschlagen. Er übernahm in diesem Gremium den Vorsitz, und zwar bis zum Jahr 1963. Niemand von uns hätte 1945 gedacht, daß wir beide noch einmal zu einer solchen Zusammenarbeit an der Spitze unseres Unternehmens kommen würden."*⁶
- Aufsichtsratsvorsitzender der Alfred Messer GmbH (später Messer-Griesheim), Aufsichtsratsmitglied bei Linde's
- 1959 Dr.-Ing. E.h. der TH München, 1962 Bayrischer Verdienstorden, Ehrensensator der TH München, Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Otto Ambros (geb. 1901):

- im I.G. Farben-Vorstand 1938-1945, Mitglied des Chemikalien-Ausschusses und Vorsitzender der Kommission K (Kampfstoffe), Sonderberater von Krauchs F+E-Abteilung für den Vierjahresplan, Leiter des Sonderausschusses C (Chemische Kampfstoffe) des Hauptausschusses für Pulver und Sprengstoffe im Rüstungsamt, Wehrwirtschaftsführer
- verantwortlich für Standortwahl, Planung, Bau und Leitung der I.G. Auschwitz als Betriebs- bzw. Geschäftsführer des Buna-Werks und der Treibstoffproduktion
- 1945 Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes
- 1948 wegen "Versklavung" zu acht Jahren Haft verurteilt, 1952 vorzeitig wieder entlassen
- ab 1954 Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Mitglied der Aufsichtsräte von: Chemie Grünenthal, Pintsch Bamag AG, Knoll AG, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke, Telefunken GmbH, Grünzweig & Hartmann, Internationale Galalithgesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft, Süddeutsche Kalkstickstoffwerke, Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG), Bergwerksgesellschaft Hibernia mit ihren Tochtergesellschaften Scholven-Chemie und Phenol-Chemie
- als Berater von F. K. Flick und des US-Industriellen J. P. Grace mitverwickelt in den "Flick-Skandal" Mitte der 80er Jahre

Carl Wurster (1900-1974):

- im I.G. Farben-Vorstand 1938-1945, Leiter der BG Oberrhein, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (DEGESCH)
- Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des Wehrwirtschaftsrates der Reichswirtschaftskammer

⁶ zitiert nach Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982

- 1945 Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes
- im Nürnberger Prozeß in allen Anklagepunkten für "nicht schuldig" erklärt ⁷
- 1952 Vorstandsvorsitzender der "neuen" BASF ⁸, Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburger Kupferhütte und der Robert Bosch AG, Aufsichtsratsmitglied der Auguste Victoria, der Buna-Werke Hüls GmbH, der Süddeutschen Bank, der Deutschen Bank, der Vereinigten Glanzstoff, der BBC, der Allianz, der Degussa u.v.a., 1965 Ruhestand und Aufsichtsratsvorsitzender der BASF
- 1952 Honorarprofessor der Universität Heidelberg, Dr. rer. nat. h.c. der Universität Tübingen, 1953 Dr.-Ing. E.h. der TH München, 1955 Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Bayrischer Verdienstorden, 1960 Dr. rer. pol. h.c. der Universität Mannheim, Ehrenszenator der Universitäten Mainz, Karlsruhe und Tübingen, Ehrenbürger der Universität Stuttgart, Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen, 1967 Schiller-Preis der Stadt Mannheim ⁹, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, der Gesellschaft Deutscher Chemiker u.v.m.

7.2. Neue Namen - alte Praktiken

7.2.1. Die Nachfolger auf dem Weg zu alter Größe

Bei der angesprochenen I.G. Farben-Kontinuität im personellen Bereich ist es natürlich alles andere als verwunderlich, wenn sich auch die sonstige Ausrichtung der I.G.-Nachfolger nicht wesentlich von derjenigen des alten I.G.-Konzerns unterschied und unterscheidet. Daraus wurde zu keiner Zeit ein Hehl gemacht. Bei der Ausgründung der Farbwerke Hoechst im Jahre 1953 beklagte deren Vorstandsvorsitzender Karl Winnacker die "Zerschlagung" des I.G. Farben-Konzerns als *"Vernichtung des bedeutendsten Wirtschaftsunternehmens, das deutsche Wissenschaft und Technik und deutscher Unternehmungsgeist je aufgebaut hatte"*. ¹⁰ Dabei lag die Aufteilung der allzusehr gewucherten I.G. in kleinere Einheiten durchaus im Interesse der Konzernherren: *"Die alte I.G. hat ja auch organisatorische Mängel gehabt, die (...) in der zu starken Zentralisierung begründet waren. Es darf daran erinnert werden, daß schon vor Kriegsende Pläne im Schoße der I.G. selbst entwickelt wurden, die auf eine Aufspaltung und Dezentralisierung hinausgingen."* ¹¹ Darüberhinaus erwies sich die Ent-

⁷ Bezüglich des Anklagepunkts "Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen" zog sich Wurster (wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der DEGESCH) darauf zurück, vom wahren Verwendungszweck der riesigen an die SS verkauften Mengen Zyklon B nichts gewußt zu haben.

⁸ Unter seiner Leitung wurde in den 60er Jahren der Beschluß gefaßt, auf dem Werks-gelände der BASF - explosionsgefährdet und mitten in einem Ballungszentrum von einer halben Million EinwohnerInnen gelegen - ein Atomkraftwerk zu errichten. Noch 1974 ver-suchte der Wurster-Nachfolger Bernhard Timm die Genehmigung für dieses Projekt mit dem an die Wand gemalten Schreckgespenst einer wirtschaftlichen Stagnation zu er-pressen (Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982).

⁹ dieser Preis wird vergeben für *"besondere oder noch zu erwartende kulturelle Leistungen"*

¹⁰ zitiert nach Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982

¹¹ Fritz Reuther, ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der I.G. Farben, zitiert nach Räuschel, S. 21

flechtung als ein gutes Mittel, alle Forderungen nach einer Sozialisierung der Grundstoffindustrien (Kohle, Stahl und Chemie) sehr einfach abzublocken.

Obwohl die von den Alliierten zunächst vorgegebene Aufteilung in zwölf rechtlich selbständige Unternehmen nicht in jeder Hinsicht den Bedürfnissen der I.G.-Nachfolger entsprach, war die Neuaufteilung der Märkte unter die neuen alten "Großen Drei" danach nur noch eine Frage der Zeit. Im Inland brauchte es nur wenige Jahre bis Bayer, BASF und Hoechst durch Firmenaufkäufe und Beteiligungen wieder ihre alte Monopolstellung erreicht hatten. Hatten die zehn größten Chemieunternehmen im Jahre 1954 einen Anteil von 37,5% am inländischen Gesamtchemieumsatz, so waren es knapp zwanzig Jahre später schon über 90%, wovon 60 bis 70% auf die I.G. Farben-Nachfolger entfielen.¹²

Zur Sicherung der Monopolstellung zählt natürlich auch der Zugriff auf die Ausgangsstoffe der Produktion. Daher erwarb z.B. die BASF 1968 den gesamten Wintershall-Konzern (Aktienkapital der Wintershall AG: 176 Millionen DM, Konzernumsatz knapp 2 Milliarden DM) mit zahlreichen Tochtergesellschaften im In- und Ausland, darunter die Burbach-Kaliwerke AG, die Guano-Werke AG, die Kali-Bank AG, Siegle & Co. GmbH, sowie die Kast & Ehinger GmbH; ferner sind die Erdöl-Raffinerie Mannheim GmbH, die Kali und Salz AG sowie die Salzdetfurth AG als Wintershall-Beteiligungsunternehmen zu erwähnen. Damit wurde nicht nur die Versorgung der BASF mit Rohöl, Erdgas, Petrochemikalien und Salzen gesichert, sondern auch der Hauptkonkurrent auf dem Gebiet der Stickstoff-Düngemittel ins eigene Lager gebracht.¹³ Beispielhaft zeigte sich eine Auswirkung derartiger Monopolpolitik in der ehemaligen DDR, wo die inzwischen 100%ige BASF-Tochter Kali und Salz AG zur Sicherung **ihrer** marktbeherrschenden Stellung die Kali-Grube in Bischofferode zum Jahresende 1993 stilllegen ließ. Wie so oft konnten sich die Monopolisten auch in diesem Fall auf die entsprechende Unterstützung aus dem Bereich der Politik verlassen, denn selbst nach Bekanntwerden der Stilllegungspläne wurde der Verkauf des ehemals volkseigenen Unternehmens an die Kali und Salz AG von Seiten der Treuhand zu keiner Zeit in Frage gestellt.

Bei alledem sind die Claims unter den "Großen Drei" fein säuberlich gegeneinander abgesteckt - getreu nach dem Duisbergschen Postulat der "idealen Konkurrenz" (vgl. Kap. 1) gibt es nur so viel Wettbewerb, daß der Anreiz zur Innovation erhalten bleibt, die Profite jedoch davon unangetastet bleiben. Nach einer 1970 abgewickelten "Flurbereinigung" auf dem Binnenmarkt, bei der die wichtigsten gemeinsamen Tochtergesellschaften untereinander aufgeteilt wurden, ließ der damalige Hoechst-Vorstandsvorsitzende Sammet verlauten: *"Die Verwaltung von Hoechst und auch jene von Bayer und BASF sind über das nunmehr gefundene Arrangement glücklich und zufrieden. (...) Wir sind fern von jeglichem Umsatzneid unter den drei großen I.G.-Nachfolgern."*¹⁴

7.2.2. Das Wesen und Handeln multinationaler Konzerne

Die bisherigen Betrachtungen über die Aufteilung von Macht und Marktanteilen wären jedoch unvollständig, wenn sie sich nur auf den Inlandsmarkt konzentrieren würden. Der Drang nach Expansion und Weltmarktkontrolle war beileibe nicht nur ein Kennzeichen der "alten" I.G. Was deren Vorstandsmitglied Max Ilgner 1936 nach einer Lateinamerikareise formulierte, wird auch heute noch von den Multinationals als Credo der gelenkten Entwicklung hergebetet: *"Selbstverständlich muß vom Gesichtspunkt der hochindustrialisierten Länder" das "Sichereinschalten in den Industrialisierungsprozeß" der drei Kontinente "Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck sein. Nur wo diese Entwicklung aus vernünftigen Gründen nicht*

¹² Schreiber, S. 176

¹³ Räuschel, S. 28 sowie Schreiber, S. 176

¹⁴ Handelsblatt, 09.01.70, zitiert nach Schreiber, S. 176

aufgehalten werden kann, sollte man sich einschalten." Später holte Ilgner noch etwas weiter aus: Die Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika sollten so umdirigiert werden, daß es möglich werde, ihre Ressourcen kontinuierlich in Gestalt von Devisen zugunsten der laufenden Technologieschübe in den Metropolen¹⁵ zu mobilisieren. Zum anderen sollten sich die Metropolen gezielt *"in die industrielle Entwicklung der Welt"* einschalten, um diese Ressourcenplünderung mit einer entgegengesetzten Exportpolitik zugunsten der eigenen technisch hochentwickelten Produkte zu verknüpfen. Denn zuallererst gehe es immer darum, *"den eigenen Export zu untermauern und sich an der geschaffenen oder zu schaffenden Kaufkraft einen entsprechenden Anteil zu sichern"*.¹⁶ Eine solche Vorgehensweise hatte die übrigen kapitalistischen Wirtschaftszentren schon früher nicht gestört (wie die auch zu Kriegszeiten fast reibungslose Zusammenarbeit amerikanischer Unternehmen mit dem I.G.-Konzern belegt), also gab es auch für die I.G.-Nachfolger diesbezüglich keine Hindernisse. Zu Beginn der 50er Jahre gab der BDI (in dem 1950 das ehemalige I.G. Farben-Vorstandsmitglied W. R. Mann zum Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses gewählt wurde) die entsprechenden Lösungen aus: *"Export um jeden Preis"* und *"Rückgewinnung der nordamerikanischen Märkte"*¹⁷, so hießen die offiziellen Parolen.

Ob nun Bayer, BASF oder Hoechst - jedes dieser drei Unternehmen verfügt inzwischen über eine unüberschaubare Vielzahl an Tochterunternehmen und Beteiligungen verteilt über den gesamten Globus. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es geht immer um die "Eroberung" und "Verteidigung" von Märkten, um die Maximierung des Verhältnisses der Gewinne zu den Produktionskosten und damit nicht zuletzt um Macht.

Gerade im Hinblick auf den zuletzt angesprochenen Aspekt ist es beeindruckend, die Umsätze multinationaler Konzerne (d.h. den Wert aller in einem Jahr verkauften Waren und Dienstleistungen) mit dem Bruttoinlandsprodukt von Staaten (d.h. dem Wert aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen) zu vergleichen: 1990 lagen die BASF (28,8 Mrd. US-\$), Hoechst (27,7 Mrd. US-\$) und Bayer (25,7 Mrd. US-\$) an den Positionen 68, 71 und 72 einer derartigen Rangliste und damit im Bereich von Staaten wie Ungarn (28,0 Mrd. US-\$), Irland (27,8 Mrd. US-\$) und Peru (25,6 Mrd. US-\$). Zusammengenommen klettern die drei I.G.-Nachfolger mit 82,2 Mrd. US-\$ sogar auf Platz 27 zwischen Indonesien (83,2 Mrd. US-\$) und Argentinien (89,4 Mrd. US-\$).¹⁸

Größen wie Bruttoinlandsprodukt bzw. Konzernumsatz stellen letztlich nichts anderes dar als Indikatoren für wirtschaftliche Macht. Daraus wird deutlich, daß eine große Zahl von Staaten sich Interessenkollisionen mit den Multis nicht leisten kann. Von Seiten der Konzerne wird solchen Konflikten darüberhinaus auch dadurch vorgebeugt, daß sie sich der Unterstützung der nationalen Eliten versichern. Leidtragende solcher Entwicklungen sind - wie immer - die Menschen vor Ort. Sie leiden unter der Umweltvergiftung, die von den Fabriken der Multis ausgeht, wo immer wieder selbst absolut unzureichende Standards und Grenzwerte noch mißachtet werden. So hat z.B. Bayer do Brasil laut Aussagen der brasilianischen Umweltkontrollbehörde bis vor wenigen Jahren drei Tonnen Chrom pro Tag in den Sarapui-Fluß (...) "entsorgt". Bis heute hält Bayer die vorgeschriebenen Grenzwerte für Chrom (Cr^{+VI} ist krebserregend) nicht ein. Einer Untersuchung zufolge wurden auch die Richtwerte für vier weitere Stoffe (Phenol, Ammoniak, Schmierstoffe und Öle, Kupfer) nicht eingehalten. Für die Höchstmenge der Chromeinleitung in den Fluß wurde 1990 eine erneute Fristverlängerung von

¹⁵ die nördlichen Industriestaaten als Zentren der Weltwirtschaft

¹⁶ O.M.G.U.S., S. 359 (aus der Einleitung des deutschen Bearbeiters zu Anhang C "'Neuordnungs'- und Nachkriegsplanung", die eine umfassende und sehr informative Darstellung und Bewertung der Weltherrschaftspläne der I.G. Farben bietet)

¹⁷ zitiert nach Schreiber, S. 197

¹⁸ Blätter des iz3w, Nr. 177 - Die Macht der Konzerne, Freiburg, November 1991

einem Jahr gewährt.¹⁹ In den Ländern des Trikont²⁰ werden Pestizide und Pharmaka angewendet, die in den "entwickelten" Staaten seit langem verboten sind. So wurde z.B. Nicaragua aufgrund seiner laxen Umweltschutzgesetzgebung in den frühen 1950er Jahren zu einem Experimentierfeld für Pestizidversuche. (...) Bayer testete dort in der Umgebung von León Methylparathion, den Abkömmling eines Nervengases, das von den Nazis während des II. Weltkriegs entwickelt worden war. Mehr als 6 Millionen Kilogramm dieser tödlichen Chemikalie wurden allein 1951 ausgebracht, was zu Dutzenden von Todesfällen und Hunderten von Erkrankungen bei nicaraguanischen Feldarbeitern und ihren Familien führte. Im darauffolgenden Jahr verbot das Landwirtschaftsministerium die Anwendung von Methylparathion. Jedoch wurde dieses Verbot schon 1954 unter dem Druck der Baumwollbarone, die die Effektivität von Methylparathion gegen den Rüsselkäfer und andere Baumwollschädlinge herausstellten, von Diktator Somoza wieder zurückgenommen.²¹ In den Fabriken selbst arbeiten die Menschen zu Niedrigstlöhnen, häufig genug ohne hinreichende Arbeitsschutzmaßnahmen²² und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung wird immer wieder massiv behindert.²³ Auf einen kurzen (wenn auch vielleicht zynischen) Nenner gebracht: Die gleichen Faktoren, die 1941 das Projekt "Buna-Werk Auschwitz" für den I.G. Farben-Konzern interessant gemacht hatten, finden Hoechst, Bayer und BASF heute in den sogenannten Entwicklungsländern - inklusive der Absatzmärkte für ihre Produkte.

Diese Absatzmärkte verteidigen die multinationalen Konzerne mit allen Mitteln. Gegen Versuche von Ländern wie Brasilien, die den Aufbau einer eigenen Düngemittelindustrie anstreb-

¹⁹ Beatrix Sassermann: "Partei ergreifen für die Entrechteten" in "Stichwort..." (Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.) Nr. 5/6, 1990

²⁰ die drei Kontinente Afrika, Asien, Lateinamerika

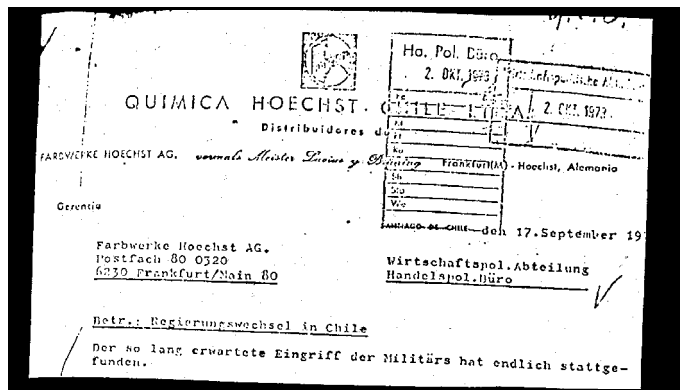
²¹ Daniel Faber: "A Sea of Poison" in Special Issue of "Report on the Americas", Vol. XXV, No. 2, September 1991, "The Conquest of Nature, 1492-1992", S. 32ff (übersetzt aus dem Englischen)

²² Der Artikel "Atemnot bei der BIFA in Istanbul" von Henry Mathews in "Stichwort BAYER" (Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.) Nr. 3, 1990 beschreibt die Zustände in dem türkischen Tochterunternehmen von Bayer, Schering und Knoll wie folgt: *"Bei der Herstellung des Präparats tritt Atemnot auf, ein Gefühl als würde der ganze Körper anschwellen, Appetitlosigkeit, die bis zum Abend anhält, Müdigkeit und Benommenheit. (...) Die (...) Beschwerden treten bei der Produktion der OCTINUM-Tropfen auf, die vom Hersteller KNOLL in der Bundesrepublik schon seit vielen Jahren nicht mehr vertrieben werden. (...) Obwohl der OCTINUM-Wirkstoff ISOMETHEPTEN eine der am wenigsten untersuchten Wirksubstanzen dieser Gruppe ist, sind von ihm Nebenwirkungen wie Angstzustände, Unruhe, Erbrechen, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit bekannt. Das Auftreten eben solcher Effekte bei den Beschäftigten der BIFA ist Beleg für die unzureichenden Schutzmaßnahmen."*

vgl. auch Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (Hrsg.): "Chrom am Kap - Gift und Tod für BAYER-Arbeiter in Südafrika". Hier wird ausführlich dokumentiert, wie die Arbeitsbedingungen in der südafrikanischen Bayer-Tochter Chrome Chemicals (CC) die Gesundheit vieler schwarzer Arbeiter zerstörten. Aus den dort aufgelisteten Informationen kann zudem der Schluß gezogen werden, *"daß die Krankenstation bei der CC (...) einzig und allein als Frühwarnsystem für die Firma fungierte. Sobald ein Arbeiter ernstlich erkrankt war (damit ist im wahrsten Sinne des Wortes todkrank gemeint), konnte dies vom Unternehmen rechtzeitig bemerkt, der Arbeiter entlassen und in sein weit entferntes Zuhause geschickt werden."*

²³ vgl. Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (Hrsg.): "Repression statt Lohn - Knast und Rausschmiß für unliebsame Gewerkschafter bei Bayer do Brasil", Düsseldorf 1990

ten, hatten sich die europäischen Düngemittelherzeuger mit Genehmigung der Regierungen (!) zu zwei Exportkartellen zusammengeschlossen und sich verpflichtet "... in den Geschäften außerhalb Europas nur gemeinsam aufzutreten, gemeinsam in einen großen Topf hineinzuwirtschaften und die beim Düngemittelexport anfallenden Gewinne entsprechend der Beteiligung der einzelnen Gesellschaften aufzuteilen." ²⁴ Die Überschüsse des BASF-Kartells wurden zwischen 1968 und 1971 zu Billigstpreisen auf den brasilianischen Markt geworfen, die einheimischen Fabriken mußten daraufhin stillgelegt werden, und 1974 stellte das Kieler Institut für Weltwirtschaft in einer Untersuchung fest: "Durchweg überdurchschnittliche und zudem noch steigende Preise mußten die Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas für den deutschen Stickstoffdünger bezahlen." ²⁵



Brief der chilenischen Hoechst-Filiale an die Muttergesellschaft in Deutschland aus Anlaß des Pinochet-Putsches 1973 (Schreiber, S. 211)

Wenn es aber in einem dieser Länder dazu kommen sollte, daß die kollaborierenden Führungseliten abgelöst werden durch Regierungen, die das Wohl der eigenen Bevölkerung nicht mehr vernachlässigen wollen, dann wissen die Multis auch darauf zu reagieren: "Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden", so schrieb die chilenische Hoechst-Vertretung am 17. September 1973, sechs Tage nachdem General Pinochet mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung geputscht und Staatspräsident Allende

ermordet hatte, an die Frankfurter Zentrale. "(...) Am 13.9. abends stand bereits fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben - wir schätzen 2 - 3000 Tote - gelungen war. (...) Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde. (...) Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflussen Führung sehr bald erholen wird. (...) Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind, und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. (...) Chile wird in Zukunft ein für Hoechst Produkte zunehmend interessanter Markt sein. (...) Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente. (...) " ²⁶

7.2.3. Mensch, Gesundheit, Umwelt - und wie Chemie- und Pharmaindustrie damit umgehen

Gegen solche Vorgänge nimmt sich das, was in den Metropolen selbst geschieht, vergleichsweise harmlos aus. Und doch sind die Grundzüge des Handelns hier wie dort die gleichen. So war und ist eine stereotype Reaktion auf Umweltauflagen die Drohung, Arbeitsplätze abzubauen und die Produktion in "chemiefreundlichere" Regionen zu verlagern. (Die Entdeckung

²⁴ von der BASF auf einem Hearing des Deutschen Bundestages 1974 zu Protokoll gegeben, zitiert nach Schreiber, S. 202

²⁵ zitiert nach Schreiber, S. 202

²⁶ zitiert nach Schreiber, S. 211ff

des Umweltschutzes als Argument in der Werbung steht dazu nicht unbedingt im Widerspruch, und sie ist auch eher jüngerem Datums.)

Die Unterordnung von Menschen unter den Profit tritt gleichfalls immer wieder zutage. Genannt seien hier z.B. die AnwenderInnen PCP-haltiger Holzschutzmittel, die teilweise schwere Gesundheitsschäden davongetragen haben. Schon 1966 erschien in einer Hauszeitschrift der DESOWAG (bis 1986 ein Tochterunternehmen von Bayer und Solvay, seit 1986 eine 100%ige Solvay-Tochter) ein Hinweis zu Holzschutzmitteln: *"gesundheitsschädliche Substanzen, die bei ihrer Anwendung zu Erkrankungen der Benutzer führen könnten"*. 1969 wurde einer Witwe vom OLG Koblenz Schadensersatz und Schmerzensgeld zugesprochen, weil ihre beiden Kinder nach Anwendung von DESOWAG-Holzschutzmitteln schwere Haut- und Schleimhautschäden erlitten hatten. Bei einer DESOWAG-Besprechung am 22.03.1977 stellte ein leitender Mitarbeiter fest: Messungen in einem Modellraum mit Xyladecor hätten Werte ergeben, die geeignet waren, bei *"empfindlichen Menschen sogar Gesundheitsschäden hervorzurufen"*. Trotz alledem konnte 1980 auf einer Gesellschafterversammlung der DESOWAG zufrieden konstatiert werden: *"Inzwischen sind auch die letzten PCP-haltigen Waren verkauft. Es brauchten keine Mengen vernichtet zu werden."* (Wobei diese Aussage nur für das Inland zutraf, denn noch 1984 wurde von der DESOWAG PCP-haltiges Xyladecor nach Indonesien verkauft.) Die durch die bestimmungsgemäße (!) Anwendung von Holzschutzmitteln Geschädigten dagegen benötigten seit ihrer ersten Strafanzeige 1984 acht Jahre, diverse Gutachten und eine gehörige Portion Stehvermögen, bis ihnen endlich die Verurteilung zweier DESOWAG-Manager nach einem aufreibenden Gerichtsverfahren den Weg zu Entschädigungszahlungen eröffnete (die jedoch immer noch Fall für Fall in Zivilprozessen erkämpft werden müssen).²⁷

Markante Beispiele finden sich auch im Pharmabereich. Am 9. September 1973 schrieb Dr. Weuta von Bayer Leverkusen in einem Brief an Bayer Österreich über das neu einzuführende Antibiotikum Resistopen: *"Wir schlagen vor, daß Sie Kliniken auswählen, die Ihnen nicht nur für die Prüfung sondern auch geschäftlich später wichtig erscheinen."* Und am 14. April 1975 wurde die folgende Aktennotiz von Leverkusen nach Wien geschickt: *"Dr. Rosanelli wurde gemeinsam mit Dr. Jackwerth am 8.4. gesprochen. Er hat ca. 100 Frühgeburten mit Resistopen behandelt. Davon sind aber nur 30 auswertbar, weil die restlichen 70 infolge ihrer extremen Lebensschwäche kurz nach Einleitung der Resistopen-Anwendung ad exitum kamen. R. übergab die 30 Fragebogen, die wir aufarbeiten werden, um dann vorzuschlagen, ob die Studie in dieser Form weitergeführt werden soll - z.B. Aufstockung auf 50 Fälle - oder ob sie für eine publizistische Auswertung ausreicht."*²⁸ Die normale Sterblichkeitsrate von Frühgeburten betrug 1979 in Österreich 13,3%, doch bei diesem Versuch wurde selbst eine fünf-fach erhöhte Sterblichkeit von 70% in Kauf genommen. Der qualitative Unterschied zu den Menschenversuchen der I.G. Farben in Auschwitz und Buchenwald (vgl. den in Kapitel 4.3.3. zitierten Briefwechsel zwischen Bayer Leverkusen und dem KZ Auschwitz) erscheint vor diesem Hintergrund nicht mehr besonders groß.

Über die heutige chemische Großindustrie und ihre Praktiken ließe sich mit Leichtigkeit noch eine Vielzahl von Seiten füllen.²⁹ Einer von vielen Bereichen, die bisher noch nicht angesprochen wurden, ist die Gentechnik. Von ihr versprechen sich die Chemiekonzerne ein gigan-

²⁷ Katrin Grüber: "Gerechtigkeit für Chemikaliengeschädigte" in Wechselwirkung Nr. 56, August 1992, S. 34ff

²⁸ beide Schreiben zitiert nach Köhler: "Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung", konkret extra 1982

²⁹ siehe z.B. Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hrsg.): "BAYER Macht Kasse", Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991

tisches Profitpotential - z.B. bei billigen gentechnischen Produktionsverfahren für Pharmaka oder bei gentechnisch manipulierten Nutzpflanzen, die gleich im Paket mit den entsprechenden Düngern und Pestiziden verkauft werden sollen. Auch die Problematik der Chlorchemie wurde in diesem Kapitel nicht erwähnt, genausowenig wie die Verwicklung der Chemieindustrie in Krieg und Rüstung. Wer aufmerksam die täglichen Nachrichten verfolgt, wird sicherlich noch manche anderen wichtigen Aspekte entdecken.

Den Anspruch auf "Vollständigkeit" kann dieses Teilkapitel also nicht erheben und will es auch nicht. Wer jedoch ein weitergehendes Informationsbedürfnis hat, sei auf die Literaturliste verwiesen, in der mehrere Bücher aufgelistet sind, die sich etwas eingehender mit der gesamten Materie oder einzelnen Teilaspekten auseinandersetzen.

7.3. Die unendliche Geschichte der I.G. Farben-Liquidation

7.3.1. Die I.G. lebt weiter

Am 30. November 1945 wurde, entsprechend den wirtschaftlichen und politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, das Kontrollratsgesetz Nr. 9 über die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I.G. Farbenindustrie veröffentlicht. Darin heißt es:

"Um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen, und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die IG-Farbenindustrie sich wissentlich und in hervorragendem Maße mit dem Ausbau und der Erhaltung des deutschen Kriegspotentials befaßt hat, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Die gesamten in Deutschland gelegenen industriellen Anlagen, Vermögen und Vermögensbestandteile jeglicher Art, die am 8. Mai 1945 oder nach diesem Zeitpunkt im Eigentum oder unter der Kontrolle der IG-Farbenindustrie AG standen, sind hiermit beschlagnahmt, und alle diesbezüglichen Rechte gehen auf den Kontrollrat über. (...)" ³⁰

In der sowjetischen Besatzungszone war diese "Kontrollübernahme" der erste Schritt auf dem Weg zu einer entschädigungslosen Enteignung des I.G. Farben-Konzerns. Bei der Volksabstimmung in Sachsen stand am 30. April 1946 die Frage zur Entscheidung: *"Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?"*, für die eine Zustimmung von 77,62% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 93,71% erzielt wurde. ³¹ Dies lief den Interessen der westlichen Besatzungsmächte fundamental zuwider. General Clay, Militärgouverneur der US-Zone, stellte fest: *"Das, worauf wir letzten Endes hinauswollen, ist doch die Erhaltung der freien Wirtschaft in Deutschland, sonst könnte der Einfluß der Kommunisten unsere Unternehmen gefährden. Ich bin der Überzeugung, daß es heute in Deutschland nur zwei Möglichkeiten gibt: freie Wirtschaft - oder Sozialismus."* ³² Das Mittel der Wahl hieß dort demzufolge "Entflechtung" - die Aufgliederung des I.G. Farben-Kolosses in seine Teileinheiten Bayer, Hoechst und BASF, wie sie in Kapitel 5 beschrieben ist. Die Aktien der "alten" I.G. Farben wurden dabei umgewandelt

³⁰ aus: Amtsblatt Nr. 5 der Militärregierung Deutschland (Britisches Kontrollgebiet), S. 45

³¹ Schreiber, S. 146

³² W. Kling: "Kleine Geschichte der IG Farben", S. 33, zitiert nach Schreiber, S. 148

in Aktien der "neuen" Nachfolgegesellschaften, so daß sich zwar die Namen änderten, die Besitzverhältnisse aber die alten blieben.

Doch auch der Name "I.G. Farben" verschwand durch die Entflechtung nicht vollständig. Zu weitreichend waren die internationalen Verknüpfungen des Konzerns, zu wenig durchschaubar die Tarnungen, mit denen das I.G.-Vermögen vor dem Zugriff der Kriegsgegner geschützt werden sollte, als daß sie sich in der ersten Nachkriegszeit hätten aufklären lassen. Und schließlich gab es noch die ehemaligen I.G.-Werke und Beteiligungen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Ebenso wie sich die BRD nicht mit der Existenz der DDR abfinden wollte, betrachtete die I.G. Farben die entsprechenden Werte auch nach der Enteignung immer noch als ihr Eigentum. Auf der ersten Hauptversammlung nach Kriegsende im Mai 1955 wurde den Aktionären mitgeteilt, daß sich die endgültige Auflösung des Konzerns noch über Jahre erstrecken würde. Für die "alten" I.G.-Aktien wurden dementsprechend (neben Aktien der Nachfolgegesellschaften, s.o.) sogenannte "Liquidationsanteilscheine" an die Anteilseigner ausgegeben.

Ein weiteres Argument für den Fortbestand der I.G. Farben als Gesellschaft "in Liquidation" waren die vielen Forderungen an die I.G., die sich angesammelt hatten, darunter auch Wiedergutmachungsforderungen von Zwangsarbeitern, die während des Krieges in Fabriken der I.G. hatten arbeiten müssen. Welche Gewichtung allerdings die Liquidatoren des Konzerns bei den verschiedenen Aspekten vornahmen, wird unter anderem aus zwei Zitaten deutlich, die einem 1956 erschienenen Buch eines der I.G. nahestehenden Autoren entstammen:

*"Noch ist die Dauer der Liquidation der I.G. Farbenindustrie AG zeitlich nicht abzusehen. Dennoch wird die Löschung des Namens im Handelsregister nicht erfolgen können, weil die Firma als solche mit Rücksicht auf ihren in der sowjetischen und polnischen Zone liegenden Vermögensbesitz erhalten bleiben muß. Die Verfügung über diesen gewaltigen Vermögensbereich ist jedoch erst nach dem Tage X der Wiedervereinigung einigermaßen übersehbar."*³³ An anderer Stelle wird der Autor noch deutlicher: *"Aber die Liquidatoren der alten I.G. fühlen sich für das Ostvermögen verantwortlich, um es hoffentlich recht bald nach der deutschen Wiedervereinigung den rechtmäßigen Eigentümern zuführen zu können."*³⁴

Während also die eigenen Besitzansprüche ganz selbstverständlich und offensiv erhoben wurden, wurden die Ansprüche derer, die für den Profit des I.G. Farben-Konzerns ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit und oft genug ihr Leben hingeben mußten, nach Kräften abgeblockt. Der jahrelange Kampf der ehemaligen Zwangsarbeiter für Entschädigungszahlungen wird ausführlich in Kapitel 6 geschildert. Insgesamt leistete die I.G. Zahlungen in Höhe von lediglich 30 Millionen DM an einen Zusammenschluß jüdischer Organisationen. Als hingegen 1948 die erste I.G. Farben-Bilanz der Nachkriegszeit aufgestellt wurde, wurde der Substanzwert des Konzerns nach Abzug der "Ostverluste" mit 6 Milliarden Mark ausgewiesen. Im Zuge der Entflechtung erhielten die Aktionäre für je 1000 RM Altaktienbesitz neue Aktien der I.G.-Nachfolger im Wert von 770 DM und Liquidationsanteile im Wert von 145 DM.³⁵ Laut der Untersuchung der I.G. Farben-Ermittlungsgruppe der US-Militärregierung betrug das Kapital des Konzerns zum Zeitpunkt des Kriegsendes 1,4 Milliarden RM³⁶ - bei der Umwandlung resultierten daraus also Liquidationsanteile im Wert von 203 Millionen DM. Aus diesen Zahlen wird die vornehmliche Ausrichtung der Liquidationsgesellschaft an den Interessen der alten Besitzer ersichtlich: Die Liquidation sollte in jedem Fall gewinnbringend ablaufen, was der Gesellschaft auch gelang. Für das Jahr 1977 führte das "Handbuch der Aktiengesellschaften" die I.G. Farben i.L. wie folgt auf:

³³ W. O. Reichelt: "Das Erbe der I.G. Farben", Düsseldorf 1956, S. 12

³⁴ Reichelt, S. 92

³⁵ Schreiber, S. 155

³⁶ O.M.G.U.S., S. 25

"Ostwerte

Werke der I.G. in der sowjetischen Besatzungszone: Schkopau, Bitterfeld, Wolfen-Film, Wolfen-Farben, Berlin-Lichtenberg, Premnitz, Staßfurt

Die wesentlichen Beteiligungen

	<i>Kapital</i>	<i>I.G.-Anteil %</i>
<i>Ammoniakwerk Merseburg GmbH i.L., Frankfurt</i>	<i>DM 5.000.000</i>	<i>100</i>
<i>A. Riebeck'sche Montanwerke AG i.L., Frankfurt</i>	<i>RM 75.000.000</i>	<i>51</i>
<i>Gesellschaft für Landeskultur GmbH, Frankfurt</i>	<i>DM 235.000</i>	<i>85</i>

(...)

Liquidationsanteilschein

Nach Bildung der Nachfolgesellschaften verkörpert nur noch der Liquidationsanteilschein die Aktienrechte an der I.G. i.A. Er wird an sämtlichen deutschen Börsen im amtlichen Verkehr gehandelt.

Eine Umstellung auf DM erfolgte nicht. Die Inhaber der Liquidationsanteilscheine nehmen an den Ausschüttungen im Verhältnis der nominellen RM-Beträge teil.

Stückelung

*Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Liquidationsanteilscheine ist RM 1,36 Mrd.; voll an der Börse zugelassen und eingeführt; Wertpapier-Kenn-Nr. 575907
124.000 Stücke zu RM 100 = RM 12,4 Mio.; 938.000 zu RM 200 = RM 187,6 Mio.;
1.160.999 zu RM 1.000 = RM 1,16 Mrd." ³⁷*

7.3.2. Die Liquidationsgesellschaft gerät in die Schlagzeilen

Nach ihrer Einrichtung verschwand die I.G. Farben i.L. bald aus dem öffentlichen Interesse. Als die letzten noch auf Reichsmark lautenden börsennotierten Wertpapiere wurden die Liquidationsanteilscheine eher als eine "Kuriosität" betrachtet. Um ein Verlustgeschäft handelte es sich jedoch nicht. Überaus wirkungsvoll kam die Liquidationsgesellschaft den Interessen der I.G. Farben-Aktionäre nach, die im Laufe der Jahre aus Vermögensverkäufen Ausschüttungen von etwa 80 Millionen Mark erhielten. Mit dem Status des nicht sonderlich beachteten "Exoten" war es allerdings 1989 vorbei. Am 10. November, einen Tag nach Öffnung der Mauer, erlebte der Aktienmarkt der Bundesrepublik eine spektakuläre Hausse. Die Börsenspekulanten setzten bereits auf eine Vereinigung beider deutscher Staaten, und so stieg auch und gerade der Kurs der "I.G. Farben-Liquis" wegen der in ihnen liegenden "Ostphantasie" (Börsenjargon) von 12 DM im Juni 1989 bis auf 31 DM im Juli 1990. ³⁸ In einer aufsehen-erregenden Aktion erwarben im Juli 1990 zwei britische Fonds-Gesellschaften eine Beteiligung von gut 20%. ³⁹

³⁷ "Handbuch der Aktiengesellschaften", Darmstadt, 1977, S. 767, zitiert nach Schreiber, S. 224

³⁸ N. Piper: "Die Erben leben auf", Die Zeit, Nr. 44, 26.10.1990

³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.07.1990

Dabei schien 1988 mit dem Verkauf der Ammoniakwerke Merseburg GmbH das Ende der Liquidationsgesellschaft eingeläutet zu sein. Alle eintreibbaren Forderungen waren beglichen und der Besitz jenseits der Grenze galt als uneinbringbar. Der Erlös von rund 140 Millionen Mark sollte über Aktien der Württembergischen Cattunmanufactur an die Liquidationsanteilsbesitzer verteilt werden.⁴⁰ Mit dem im Oktober 1990 erfolgten Anschluß der DDR an die BRD wurde die endgültige Liquidation jedoch wieder in eine unbestimmte Zukunft verschoben. Fristgerecht zum 13. Oktober 1990 reichte die I.G. Farben i.L. beim Liegenschaftsamt in Merseburg ihre Ansprüche auf die alten Reichtümer ein: 13,5 Millionen Quadratmeter bebautes und 86,5 Millionen Quadratmeter unbebautes Land aus dem Besitz der I.G. Farben selbst, dazu 51 Millionen Quadratmeter Grund aus dem Fundus von Konzerngesellschaften. Alle Immobilien zusammen hatten in der Bilanz vom 31. Dezember 1944 einen Wert von rund einer Milliarde Reichsmark.⁴¹

Ebenso wie die Gemeinde der Spekulanten sich nicht um die dunkle Vergangenheit ihres "Favoriten" bekümmerte ("*... hat dieses Papier die Chance zum absoluten High-Flyer der deutschen Börse zu werden... Geht die Spekulation auf - wird I.G. Liquis entschädigt oder bekommt sogar den ehemals enteigneten Besitz wieder zurück - dann wären Kurse von über 300 Mark keine Überraschung.*"⁴²), blieb auch die Geschäftsleitung von diesbezüglicher Kritik weitestgehend unbeeinflusst. Günter Vollmann, einer der beiden Liquidatoren, ließ verlauten: "*Ich wehre mich dagegen, daß in allen Berichten der Bezug zu der belastenden Historie hergestellt wird. Die I.G. Farben ist durch das Dritte Reich belastet, aber das sind andere Großunternehmen auch.*" In einer Pressemitteilung heißt es dazu: "*I.G. Farben steht in einer langen Reihe deutscher Unternehmen, die mit einer Freigabe ihres Vermögens oder wenigstens mit einem geldwerten Ausgleich rechnen; eine Regelung kann für alle Betroffenen nur nach gleichen Grundsätzen erfolgen.*"⁴³ Zu diesem Zeitpunkt schien die Rechtslage für die I.G. zwar noch relativ unklar, denn im Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR waren die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 von einer unmittelbaren Rückgabe ausgeschlossen worden. Jedoch fühlten die I.G.-Liquidatoren sich sicher genug, auf die reinen Rückgabeforderungen noch etwas aufzusatteln. Den Hinweisen auf Altlasten wurde die Ansicht entgegengehalten, "*man gehe davon aus, daß die I.G. Farben bis 1945 keine hinterlassen habe; bis 1945 seien die Werke der I.G. Farben mit der nötigen Umsicht geführt worden; für Umweltverschmutzungen nach 1945 könne die Gesellschaft nicht verantwortlich gemacht werden; was nach 1945 entstanden sei, gehe zu Lasten der öffentlichen Hand.*"⁴⁴ Abgesehen davon, daß diese Argumentation auf einer offensichtlich völlig unhaltbaren Behauptung beruht, wurde der kapitalistische Grundsatz "Gewinne privatisieren - Verluste sozialisieren" wahrscheinlich selten so unverhüllt formuliert. Daß die I.G. aber allem Anschein nach nicht zu hoch gepokert hatte, erwies sich am 23. April 1991, als das Bundesverfassungsgericht entschied, daß Enteignungen in Ostdeutschland zwischen 1945 und 1949 nicht mehr rückgängig gemacht werden müssen, die Enteigneten jedoch zu entschädigen sind. Die Börse reagierte prompt - für den Liquidationsanteilschein wurde ein drastischer Kurssprung um 12,4% nach oben registriert.⁴⁵

⁴⁰ "Ostphantasie mit Westsubstanz", Finanzen, Nr. 8, 1990

⁴¹ N. Piper: "Die Erben leben auf", Die Zeit, Nr. 44, 26.10.1990

⁴² "Ostphantasie mit Westsubstanz", Finanzen, Nr. 8, 1990

⁴³ beide Zitate nach N. Piper: "Die Erben leben auf", Die Zeit, Nr. 44, 26.10.1990

⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.1990 und 15.10.1990

⁴⁵ Reuters News Service, 23.04.1991

7.3.3. Die spektakuläre Hauptversammlung vom 29. November 1991

Die 1991 anstehende Hauptversammlung der I.G. Farben i.L. sollte zunächst am 30. August abgehalten werden. Von der Messegesellschaft Frankfurt war der "Europa-Saal" in der Messehalle 4 angemietet worden. Dort sollten die I.G.-Aktionäre die Ansprüche auf den alten Ostbesitz und die Verschiebung der Liquidation auf einen Zeitpunkt in ungewisser Zukunft bestätigen. Spät erst fiel den Verantwortlichen der Messegesellschaft auf, in welchem historischen Kontext ihre Entscheidung stand: Eben der für die I.G. Farben-Hauptversammlung vorgesehene Festsaal war 1941, vor genau 50 Jahren, einer der drei "Sammelpunkte" gewesen, von dem aus Frankfurter Jüdinnen und Juden nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager transportiert worden waren, unter anderem auch zur Zwangsarbeit im I.G. Farben-Werk Auschwitz. Auf öffentlichen Druck verschiedener Gruppen mußte der Mietvertrag schließlich gekündigt werden. Als offiziellen Grund gab die Geschäftsleitung der Frankfurter Messe GmbH die Furcht vor "politisch bedingten Unruhen" an.⁴⁶

Als Ausweichquartier für ihre Hauptversammlung diente der I.G. dann knapp drei Monate später der Saal des Hotels "Frankfurter Hof". Im Vorfeld des Termins am 29. November hatte sich ein "Bündnis gegen I.G. Farben" gegründet, das zu Protestaktionen inner- und außerhalb des Versammlungsortes aufrief. Darüber hinaus war geplant, in Zusammenarbeit mit kritischen AktionärInnen zwei Anträge auf der Versammlung einzubringen: Die Gesellschaft sollte endlich ihren Auftrag erfüllen und den Konzern noch 1992 endgültig liquidieren. Erlös und Firmenvermögen sollten dann in eine Stiftung eingehen, mit deren Mitteln ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter entschädigt und die Gedenkstätten für die Opfer erhalten werden sollten. Wie diese Forderungen von der Aktionärsversammlung aufgenommen wurden, charakterisiert der im Folgenden zitierte Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 30. November 1991 sehr eindrucksvoll:

"Dem geduckten älteren Mann am Mikrofon droht die Stimme zu versagen: 'Ich bin am 1. März 1943 als Sechzehnjähriger nach Auschwitz gekommen. Aus meinem Transport wurden 400 Leute ausgewählt. Sieben haben überlebt. Insgesamt 730 Tage mußte ich bei der I.G. Farben arbeiten.' Die Zuschauer im vornehmen Saal des Frankfurter Hofes werden unruhig. 'Das kennen wir schon', ruft einer, 'Aufhören' ein anderer. Nun ergreift Aufsichtsratsvorsitzender Ernst Krienke das Wort: 'Sie sprechen zu einem politischen und historischen Thema, das nicht Gegenstand dieser Hauptversammlung ist.' Applaus. Ein paar Sätze darf Hans Frankenthal, dessen Familie wie 30.000 weitere Menschen unter Qualen beim Bau des I.G.-Werks Buna-Monowitz kreperte, noch reden. Dann kehrt der 65jährige, begleitet von Anwürfen wie 'lauter Lügen', zu seinem Stuhl zurück. 5.000 Mark erhielt er in den fünfziger Jahren für seinen Sklavendienst als Entschädigung: Das muß reichen.

Etwa 800 Aktionäre der I.G. Farben in Abwicklung, die am Freitag unter enormen Sicherheitsvorkehrungen (die Einlaßkarten werden dreimal kontrolliert, jeder Besucher wird mit einem Detektor abgetastet) ihre Hauptversammlung abhalten, sind an anderen Dingen interessiert. Ob man nicht Regreßforderungen gegen die Frankfurter Messegesellschaft stellen könne, weil sie den Veranstaltungsort im August nach Protesten kündigte, möchte ein jung-dynamischer Anteilseigner wissen. Ob der Vorstand der Versammlung nicht zumindest 'eine Hoffnung' machen könne, daß aus den Papieren der seit 39 Jahren in Auflösung befindlichen Gesellschaft 'etwas herausspringt', fragt ein anderer. 'Wenigstens ein bißchen Zukunftsmusik!'"⁴⁷

⁴⁶ Reuters News Service, 23.08.1991

⁴⁷ Frankfurter Rundschau, 30.11.1991

Um "Zukunftsmusik" waren die I.G. Farben-Liquidatoren allerdings nicht verlegen. Liquidator Vollmann wies zwar mehrfach darauf hin, daß *"wir uns der Verantwortung bewußt sind, die I.G. so schnell wie möglich zu liquidieren."*⁴⁸ Aber man sei von Gesetz wegen dazu verpflichtet, jeden Vermögensteil der I.G. Farben aufzuspüren und zum Nutzen der Aktionäre in die Abwicklung einzubringen. Da *"im Streit um die Rückgewinnung von Ostvermögen die einzige Chance einer Körperschaft wie der I.G. Farben i.L. darin bestehe, als Investor bevorzugt zu werden"*,⁴⁹ wie es ein Aktionär auf der Hauptversammlung formulierte, wurde in diesem Sinne beantragt, den Firmennamen in "I.G. Beteiligungs- und Grundbesitz-AG in Abwicklung" zu ändern und den Gegenstand des Unternehmens auf Beteiligungs- und Immobiliengeschäfte auszudehnen. Dies wie auch das 1990 von 139 Millionen auf 174 Millionen DM gesteigerte Wertpapiergeschäft der Gesellschaft veranlaßten zwar sogar einen "normalen" Kleinaktionär zu der Kritik, es werde *"mehr akkumuliert als liquidiert"*.⁵⁰ Doch die Mehrheit der Anteilseigner, in deren Kreis sich in all den Jahren der Liquidation immer mehr Spekulanten versammelt hatten, hoffte auf massive Kursgewinne ihres Anteilscheines und ließ die Satzungsänderung problemlos durchgehen.

Die Forderungen der I.G.-KritikerInnen völlig zu ignorieren, erschien der Geschäftsleitung angesichts der heftigen Proteste gegen die Ostexpansion der I.G. allerdings nicht opportun. So überraschte der Aufsichtsratsvorsitzende Ernst C. Krienke zu Beginn der Hauptversammlung die Anwesenden mit dem Versprechen, *"aus den Erlösen aus der Rückgewinnung von DDR-Vermögen eine gemeinnützige Stiftung zu dotieren"*.⁵¹ Doch später, nach den Details der Stiftung befragt - in welcher Höhe, wann und für wen - zog sich Krienke auf Allgemeinplätze zurück: *"Ich habe gesagt: aus der Rückgewinnung des Vermögens im Osten. Ob wir je einen Pfennig aus dem Ostvermögen sehen werden, ist juristisch und politisch nicht erkennbar."* Ganz im Gegensatz zu den genau abgesteckten Forderungen behauptete er zudem, man habe *"keine Möglichkeit, präzise festzustellen, welche Vermögenswerte uns gehören"*.⁵² Von Seiten der KritikerInnen war die Reaktion einhellig. Die Stiftung sei eine Farce, denn: *"Wenn das Geld aus Entschädigungen kommt, zahlt nicht die I.G. Farben sondern der Steuerzahler."*⁵³

7.3.4. Ausschüttungen an die Aktionäre statt Dotierung einer Stiftung

Nach der so spektakulär verlaufenen Hauptversammlung wurde es bald wieder ruhiger um die I.G. Farben i.L. Der Versuch, sich durch die vorgenommene Satzungsänderung des belasteten Namens "I.G. Farben" entledigen und in das Beteiligungs- und Immobiliengeschäft einsteigen zu können, war gescheitert, und so zogen sich die Streitigkeiten um die "Rückerstattung des Ostvermögens" weiter dahin. Auf der anderen Seite wurde endlich die bereits 1988 geplante Umtauschaktion von I.G.-Liquidationsanteilscheinen in Aktien der Württemberger Cattun-manufactur Beteiligungs- und Grundbesitz-AG in Angriff genommen. Ende 1993 teilte die für die Abwicklung dieser Transaktion verantwortliche Vereins- und Westbank mit, daß mehr als 75% der I.G. Farben-Aktionäre von dem Angebot Gebrauch gemacht hätten und der Umtausch damit als vollzogen gelte. Zudem kündigten die Verwalter der I.G. Farben i.L. eine Liquidationsausschüttung von 15 Mark an. Dadurch schrumpfte der Substanzwert der Gesellschaft von 160 auf 30 Millionen Mark und die Anteilscheine fielen im Kurs von knapp 20 auf etwa 5

⁴⁸ zitiert nach O. Köhler: "Auschwitz mal andersrum", Konkret 1/92

⁴⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1991

⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1991

⁵¹ Frankfurter Rundschau, 30.11.1991

⁵² beide Zitate nach O. Köhler: "Auschwitz mal andersrum", Konkret 1/92

⁵³ Badische Zeitung, 30.11.1991

Mark. Der "Westanteil" der Gesellschaft konnte damit als weitestgehend abgewickelt gelten, aber die Bank beeilte sich zu versichern, daß *"die Ansprüche auf Rückgabe von I.G. Farben-Vermögen in der ehemaligen DDR (...) dabei nicht berücksichtigt (sind)"*.⁵⁴

Jedoch entzog ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nur kurze Zeit später einem Großteil derartiger Spekulationen endgültig den Boden unter den Füßen. Im Juni 1993 hatte das Verwaltungsgericht Halle erkannt, daß Unternehmen und Vermögen der I.G. Farben AG auf besatzungsrechtlicher Grundlage enteignet wurden und nicht nach dem Vermögensgesetz beansprucht werden können. Eine Revision gegen dieses Urteil wurde nicht zugelassen und die daraufhin erhobene Beschwerde in einer am 10. Januar 1994 in Berlin veröffentlichten Entscheidung zurückgewiesen⁵⁵, so daß der Anspruch der I.G. auf gut 155 Millionen Quadratmeter in der Ex-DDR (immerhin eine Fläche so groß wie ein kleines Bundesland) hinfällig wurde. Diese höchstrichterliche Entscheidung galt und gilt allerdings nicht für die I.G.-Ansprüche auf diverse Grundstücke und Immobilien im Stadtgebiet von Berlin. Eine diesbezügliche Klärung ist bisher nicht erfolgt, so daß der I.G. Farben-Liquidationsschein auch weiterhin an der Börse notiert wird, und die endgültige Liquidation zwar näher gerückt, aber immer noch nicht vollzogen ist. Über die Ende 1993 vorgenommenen Ausschüttungen wurde zwar der größte Teil des Gesellschaftsvermögens auf die Aktionäre verteilt, aber von der auf der Hauptversammlung vom 29. November 1991 angekündigten "gemeinnützigen Stiftung" ist längst nicht mehr die Rede. Damit läßt sich heute schon absehen, daß die ehemaligen Opfer des I.G. Farben-Konzerns leider auch bei dessen Liquidation aller Wahrscheinlichkeit nach als Verlierer dastehen werden.

⁵⁴ Frankfurter Rundschau, 30.12.1993

⁵⁵ Frankfurter Rundschau, 11.01.1994

Nachwort

Diese Ausstellung und diese Broschüre sollen mehr sein als eine bloße Aneinanderreihung von geschichtlichen Daten, Fakten und Hintergründen. Sie sollen vor allem auch zum Nachdenken und zu einer kritischen Betrachtung über die heutige Gesellschaft und aktuelle (Chemie-) Geschichte auf mehreren Ebenen anregen. Denn vieles von dem, was *'damals'* geschehen ist und *'so schrecklich war'* ist nicht nur ein Teil der Vergangenheit, sondern geschieht nach wie vor - auch heute noch.

Der erste und naheliegendste Punkt liegt in der individuellen Ebene und betrifft die viel zitierte "Verantwortung von NaturwissenschaftlerInnen". Hier ist jedeR gefordert, jetzt und in Zukunft immer wieder selbstkritisch zu prüfen, ob das eigene Handeln und Forschen moralisch vertretbar ist und nicht von anderen mißbraucht wird. Hierbei nimmt allerdings der Ausdruck "Mißbrauch" in vielen Fällen schon den Freispruch des/der TäterIn vorweg, was wohl nicht immer so einfach erlaubt sein darf. Denn wer z.B. Sprengstoffe und Giftgase erforscht oder herstellt, muß sich der damit verbundenen möglichen Tötung von Menschen bewußt sein und kann nicht nur im Nachhinein sich seiner Verantwortung entziehend von "Mißbrauch" reden.

Jedoch darf eine Überbetonung dieser individuellen Schuldfrage nicht dazu benutzt werden, gesellschaftliche, politische oder firmeninterne Hintergründe und Machtstrukturen nicht mehr zu hinterfragen. Denn dies zeigt, daß es im allgemeinen nicht gerechtfertigt ist, die Verantwortung allen Beteiligten zu gleichen Teilen anzulasten. Zum einen gibt es lohnabhängige ArbeiterInnen, die nur die Wahl zwischen überhaupt einer Arbeit und der Not der Arbeitslosigkeit und die keine Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Art und Verwendung der Produkte ihrer Arbeit haben. Zum anderen gibt es in jedem Unternehmen Menschen, die die nötige Macht und das Hintergrundwissen haben, um sehr wohl darüber informiert zu sein, wer ihre Produkte kauft und wozu sie verwendet werden.¹ Und daher tragen letztere die Verantwortung für einen menschenvernichtenden Einsatz dieser Produkte (z. B. Chemikalien als Sprengstoffe, Zyklon B, Entlaubungsmittel Agent Orange, Chemische Kampfstoffe, ...). Solche Menschen trafen und treffen die Entscheidungen, die dazu führen, bestimmte Projekte zu entwickeln und durchzusetzen. Und diese Entscheidungen fallen in einem kapitalistischem Wirtschaftssystem ja nicht nur aus 'bösem Willen' der Firmenleitungen - sie können sogar zu ihrer Verteidigung in Anspruch nehmen, so handeln zu müssen, um wirtschaftlich überleben zu können. Ein Privatunternehmen hat unter diesen Bedingungen prinzipiell nur zwei Interessen: die Vergrößerung **seiner Macht** und **seines Geldes**. Ein moralischer Anspruch ist nirgendwo vorgeschrieben.

Man/Frau muß schon beide Augen fest geschlossen halten, um nicht zu sehen, daß auch heute noch mit Rüstungsgeschäften riesige Gewinne zu machen sind. Denn schließlich wird zu deren Bezahlung auch ein ganzer Staatshaushalt herangezogen. So lassen sich dann auch spielend mehrstellige Millionenbeträge als Einnahmen für Rüstungsvorhaben erzielen.² Nicht ganz zufällig hat sich z.B. der größte deutsche Automobilkonzern Daimler-Benz zum größten deutschen Rüstungskonzern gewandelt. Und ein ursprünglich kleiner Seitentrieb der Rüstungsforschung, nämlich die sogenannte 'zivile' Atomforschung, ermöglichte später den daran beteiligten Firmen (z.B. Siemens, AEG, ...) ebenfalls große Gewinne.

¹ vgl. zum Beispiel die Unterzeichnung des Benzinpaktes, Carl Krauch in seiner Rolle als 'Munitionsdiktator', die Habersche Giftgasforschung, ... in den vorangegangenen Kapiteln.

² zum Vergleich die Rüstungsausgaben des Jahres 1990: BRD - 78.000 Mio. DM; UdSSR - 472.000 Mio. DM; USA - 483.000 Mio. DM

Das Gesamtbild von Absprachen, Verquickungen und Ämterhäufungen, wie es sich in der Geschichte der I.G. Farben darbietet, würde sich nicht wesentlich ändern, wenn man/frau jene Namen mit ein wenig Phantasie gegen aktuellere Namen der deutschen Wirtschaft und Politik austauschen würde. Für einen fließenden Übergang sorgte in der Vergangenheit allein schon die Kontinuität von Personen der deutschen Politik und Wirtschaft, die im Jahre 1945 nur für kurze Zeit unterbrochen worden war. Es seien hier beispielhaft lediglich die Namen **ter Meer** (ehemals I.G. Farben-Vorstandsmitglied und verurteilter Kriegsverbrecher - später Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER), **Flick** (ehemals finanzstarker Parteispender der Nazis - später reichster Mann der BRD und Parteispender in Bonn) oder **Filbinger** (ehemals SS-Marine-Richter - später Ministerpräsident von Baden-Württemberg) genannt.

Geschäfte mit Staat und Politik haben also nicht nur *'damals'* die I.G. Farben zu großem Reichtum geführt - ähnliches ist vielmehr auch heute noch möglich.

All dies zeigt deutlich, daß es sehr gefährlich werden kann, wenn eine Gesellschaft riesige Geldmittel für Rüstungs- oder andere Großprojekte (z.B. Atomforschung, Weltraumforschung, Chipforschung) zur Verfügung stellt. Es scheint - unabhängig von Zeit und Personen - einem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanent zu sein, daß sich zwangsläufig eine intensive personelle und inhaltliche Verquickung zwischen Politik, Industrie, und Hochfinanz ³ mit dem Ziel der individuellen Kapitalmaximierung herausbildet.

Wenn sich aber diese Geschichte nicht in einer ihrer verschiedenen Modifikationen wiederholen soll, dann erfordert dies von uns allen offene Augen und Weitblick bezüglich des eigenen Handelns und vor allem den Willen, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten. Jeder Versuch, einen Lebensbereich losgelöst von den Wechselwirkungen mit den übrigen Bereichen zu behandeln (z.B. die viel zitierte "Wissenschaft im Elfenbeinturm"), ist zum Scheitern verurteilt - und allzu oft dürfen wir uns ein solches Scheitern nicht mehr erlauben.

³ vgl. die O.M.G.U.S.-Berichte über die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, in denen - analog zum I.G. Farben-Bericht - die Verwicklung dieser beiden Großbanken in NS-Regime und Krieg dokumentiert wird

Literaturverzeichnis

Empfohlene einführende Literatur

Borkin, Joseph

Die unheilige Allianz der I.G. Farben; eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich
Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York 1979, 1990 (Bd. 1030)
3-593-34251-0
Reihe Campus

Zeitraum vom I. Weltkrieg bis in die siebziger Jahre. Besonderes Gewicht auf der Beschreibung der transatlantischen Beziehungen (d.h. Standard Oil, Prozesse am amerikanischen Militärgerichtshof, Beschlagnahme von I.G.-Besitz, General Aniline & Film)

Köhler, Otto

... und heute die ganze Welt; Die Geschichte der I.G. Farben, BAYER, BASF, und HOECHST
Papy Rossa-Verlag, Köln 1990
3-89438-010-1
Neue kleine Bibliothek 10

Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zum II. Weltkrieg . Ziemlich spannend geschrieben, nicht 'trocken wissenschaftlich' , dafür oft mit zynischem Unterton.

O.M.G.U.S.

Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie A.G.; September 1945
übersetzt und bearbeitet von der Dokumentarstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg
Hrsg. Hans Magnus Enzensberger
Verlag Franz Greno, Nördlingen 1986 (Sonderband der Anderen Bibliothek)
3-891-900-198

Zeitraum um den II. Weltkrieg. Originalfassung des Untersuchungsberichtes der Finanzabteilung der US-amerikanischen Militärregierung vom 12. 9. 1945. Sehr exakt und detailreich, dafür aber leider relativ enges Zeitfenster. Guter Einblick in Entwicklung des kalten Krieges.

Schneckenburger, Arthur

Die Geschichte des I.G. Farben-Konzerns; Bedeutung und Rolle eines Großunternehmens
Pahl-Rugenstein, Köln 1988
3-7609-5242-9
Hochschulschriften 242

Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zur Entflechtung des Konzerns. Wissenschaftliche Hausarbeit (PH Karlsruhe, 1987), die als Buch veröffentlicht wurde. Wahrscheinlich leider nicht mehr im Buchhandel erhältlich.

Schreiber, Peter Wolfram

I.G. Farben, die unschuldigen Kriegsplaner; Profit aus Krisen, Kriegen und KZ's; Geschichte eines deutschen Monopols
Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1978
3-88021-085-3

Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart. Leicht zu lesen, u.U. zu polarisierend geschrieben, z.T. recht drastische Formulierungen. Wahrscheinlich leider nicht mehr im Buchhandel erhältlich .

Gesamtverzeichnis

Die aufgeführte Literatur wurde für Text- und Bildmaterial verwandt. Weiterhin wurden einschlägige Gesetzestexte und Artikel in verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen herangezogen.

AG der Fachschaft Chemie TU Braunschweig
Chemische Waffen
Braunschweig 1984

AG der Fachschaft Chemie Uni Bielefeld
Chemische Kampfstoffe
Bielefeld 3. Auflage 1991

AG der Fachschaft Chemie Uni Karlsruhe
Fritz Haber
in "Laborplatz" Nr. 103
Karlsruhe 1988

AG der Fachschaft Chemie/Biologie RWTH Aachen
Der unsichtbare Tod; eine Dokumentation über chem. Kampfstoffe
in "Koch & Frosch"
Aachen 1991

AG I.G.Farben des FSR Chemie Uni Münster
Disput extra - Das Schattenreich der I.G. Farben
Münster 1990

AG Naturwissenschaften-Sozial; SOZNAT
Materialien für den Unterricht 25 - Biozide
Marburg 1988

Angerer, Jo
Chemische Waffen in Deutschland; Mißbrauch einer Wissenschaft
Luchterhand, Darmstadt 1985

Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR (Hrsg.)
I.G.Farben, Auschwitz, Massenmord; über die Blutschuld der I.G. Farben;
Dokumentation zum Auschwitzprozess
Berlin, DDR 1964

Aschinger, F.
Das neue Währungssystem; Von Bretton Woods zur Dollarkrise 1977
Frankfurt/Main 1978

AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg (Hrsg.)
Chemiker kämpfen für Deutschland; Chemie und Nationalsozialismus
Oldenburg 04.06.1985

Auschwitz; faschistisches Vernichtungslager
Polska Agencja Interpress, Warschau
2. Auflage 1981
83-223-1913-4

Bäumler, Ernst
Farben Formeln Forscher
Serie Piper, München 1989
Kapitel 4 - 6

Blätter des iz3w
Nr. 177 - Die Macht der Konzerne
Freiburg, November 1991

Blessin/Ehrig/Wilden
BEG-Kommentar
3. Auflage 1960

Borkin, Joseph
Die unheilige Allianz der I.G. Farben; eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich
Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York 1979, 1990 (Bd. 1030)
3-593-34251-0
Reihe Campus

Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.)
Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft
Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 314

Comité International de Dachau, Brüssel
Konzentrationslager Dachau 1933-1945
Lipp, München 7. Auflage 1978
3-87490-534-1

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (Hrsg.)
BAYER Macht Kasse; Berichte über die Geschäfte des BAYER-Konzerns
Schmetterling-Verlag 1991
3-926369-41-8

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (Hrsg.)
Chrom am Kap; Gift und Tod für BAYER-Arbeiter in Südafrika
Köln 1993

Danek, Dr. Paul (Hrsg.)
I.G.Farben - Macht und Verbrechen
Informations- u. Studienmaterial der Zentralen Forschungsstelle
TH Leuna-Merseburg, 1962
Reihe A Lehrmaterialien - Folge 11

Deuerlein, E.
Potsdam 1945
Taschenbuch 1963

Dohmeier, H.-J./Janson, E.
Zum Töten von Fliegen und Menschen
Rowohlt Verlag, Reinbek 1983

DuBois, Josiah
Generals in grey suits
The Bodley Head, London 1953

Duisberg, Carl
Meine Lebenserinnerungen
Philipp Reclam jun., Leipzig 1933

Egner/Kraume/Müller/Vöhringer
Demokratie und Diktatur; Deutsche Geschichte 1918 - 1945
Schroedel-Schönigh, Hannover 1986
3-507-10281-1

Faber, Daniel
A Sea of Poison
in Special Issue of "Report on the Americas", Vol. XXV, No. 2, September 1991, "The Conquest of Nature, 1492-1992", S. 32ff

Ferencz, Benjamin B.
Lohn des Grauens; Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter
Campus Verlag, Frankfurt/New York 1986

Finn, Gerhard
Buchenwald 1936-1950; Geschichte eines Lagers
Westkreuz-Verlag, Berlin, Bonn, Bad Münstereifel, 2. Auflage 1988
3-922131-61-1

Fischer, Wolfram (Hrsg.)
Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert
Band 4, 1973
Kindleberger, Charles P.: Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939
Band 5, 1977
Milward, Alan S.: Der Zweite Weltkrieg; Krieg, Wirtschaft u. Gesellschaft 1939 - 1945
Band 6, 1984
Van der Wee, Hermann: Der gebremste Wohlstand; Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945 - 1980
dtv, München
3-423-04124(5,6)-2(0,9)

Flechtner, H.J.
Carl Duisberg; Vom Chemiker zum Wirtschaftsführer
Econ Verlag, Düsseldorf 1959

Französisches Büro des Informationsdienstes für Kriegsverbrechen
Konzentrationslager Dokument F321 für den Internationalen Gerichtshof Nürnberg
Zweitausendeins, Frankfurt/Main, 1. Auflage 1978/2. Aufl. 1991
Originaltitel: Camps de Concentration. Crimes contre la Personne Humaine; Office Francais
d'Édition, Paris 1945

GDCh, Fachgruppe Geschichte der Chemie
Mitteilungen Nr. 5/91
1991

Grüber, Katrin
Gerechtigkeit für Chemikaliengeschädigte
in WECHSELWIRKUNG Nr. 56, August 1992

Günther, Paul
Fritz Haber; Ein Mann der Jahrhundertwende
1969
in Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte 37.Jahrgang 1969, Heft 2

Haber, Fritz
Aus Leben und Beruf; Aufsätze, Reden, Vorträge
Berlin 1927

Heine, Jens Ulrich
Verstand und Schicksal; Die Männer der I.G. Farbenindustrie A.G. (1925-1945) in 161
Kurzbiographien
Verlag Chemie, Weinheim, New York, Basel, Cambridge 1990
3-527-28144-4

Heintzeler, Wolfgang
Was war mit I.G. Farben?
Buse Seewald, Herford 1987
3-512-00809-7

Holdermann, Karl
Im Banne der Chemie; Carl Bosch - Leben und Werk
Econ Verlag, Düsseldorf 1953

I.G.Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt/M.
Werbeschrift 1936
R.&H.Hoppenstedt '33, Spezialarchiv der dt. Wirtschaft (Sonderveröffentlichung)
Berlin 1936

Institut der deutschen Wirtschaft (IDW)
Bibliothek-Zeitungsarchiv
Köln

Kannapin, H.E.
Wirtschaft unter Zwang
Deutscher Industrieverlag, Köln 1966

Knapp, Manfred
Sorgen unter Partnern; Zum Verständnis zwischen den USA und der BRD
Niedersächsische Landeszentrale für polit. Bildung, Hannover 1984

Kogon, Eugen
Der SS-Staat; Das System der deutschen Konzentrationslager
Karl Alber Verlag, München 1946 oder spätere Auflagen

Köhler, Otto
... und heute die ganze Welt; Die Geschichte der I.G. Farben, BAYER, BASF, und
HOECHST
Papy Rossa-Verlag, Köln 1990
3-89438-010-1
Neue kleine Bibliothek 10

Köhler, Otto
Auschwitz mal andersrum
1992 in KONKRET Nr. 1/92

Köhler, Otto
Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung; I.G. Farben
1982 in KONKRET Nr. 9/82 EXTRA

Köhler, Otto
Fälschung und Betrug
1991 in KONKRET Nr. 6/91

Köhler, Otto
Hochstimmung im Schatten der I.G. Auschwitz
03.05.1991 in DIE ZEIT Nr. 19/91

Köhler, Otto
Primäre Korruption
1991 in KONKRET Nr. 12/91

Kokula, Gerit
Hälfte des Lebens; Femina doctissima Clara Immerwahr
Köln 1990
WDR-Sendemanuskript

Kreikamp, H.-D.

Die Entflechtung der I.G.Farben AG und die Gründung ihrer Nachfolgegesellschaften
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25
1977 Heft 2

Langbein, K./Martin, H.P./Weiss, H./Werner, R.
Gesunde Geschäfte; Die Praktiken der Pharmaindustrie
Kiepenheuer&Witsch, Köln 1981
3-462-01448

Loth, Wilfried
Die Teilung der Welt - Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955
4. Auflage 1983
dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts
dtv, München
3-423-04012-2

Mathews Henry
Atemnot bei der BIFA in Istanbul
in "Stichwort BAYER" (Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.)
Nr. 3, 1990

Max-Planck-Gesellschaft
... im Frieden der Menschheit, im Kriege dem Vaterlande...; 75 Jahre Fritz-Haber-Institut der
MPG; Bemerkungen zur Geschichte und Gegenwart

Mickel/Kampmann/Wiegand
Politik und Gesellschaft; Band 2 1917 bis heute
Hirschgraben-Verlag, Frankfurt/M. 3.Aufl. 1973
3-454-592-00-3

Milward, Alan S.: Der Zweite Weltkrieg; Krieg, Wirtschaft u. Gesellschaft 1939 - 1945
in Fischer, Wolfram (Hrsg.): Geschichte der Weltwirtschaft im 20.Jahrhundert
Band 6, 1984
dtv, München
3-423-04126-9

O.M.G.U.S.
Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie A.G.; September 1945
übersetzt und bearbeitet von der Dokumentarstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg
Hrsg. Hans Magnus Enzensberger
Verlag Franz Greno, Nördlingen 1986 (Sonderband der Anderen Bibliothek)
3-891-900-198

Piper, Nikolaus
Die Erben leben auf
26.10.1990 in DIE ZEIT Nr.44/90

Plumpe, Gottfried

Industrie, technischer Fortschritt und Staat: Die Kautschuk-Synthese in Deutschland
1906-1944/5

1983 in Geschichte und Gesellschaft 9/83

Radio Dreyeckland

Antifa - Serie I.G.Farben Teile 4 - 7

Kriegseroberungen; Auschwitz, Monowitz; Kriegsverbrecherprozesse; Die I.G. nach 1945 -
die Aufteilung

Freiburg, Tonprotokoll aus dem Archiv

Räuschel, Jürgen

Die BASF; Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns

Pahl-Rugenstein, Köln 1975

3-7609-0153-0

Reichelt, W.O.

Das Erbe der I.G.Farben

Econ-Verlag, Düsseldorf 1956

Ritscher, Bode

Buchenwald; Rundgang durch die nationale Mahn- und Gedenkstätte

Druckerei Fortschritt, Erfurt 1986

Sandner, P./Sommer, M.

IWF-Weltbank: Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die '3. Welt'?

6. Auflage, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1988

Sassermann, Beatrix

Partei ergreifen für die Entrechteten

in "Stichwort..." (Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.) Nr. 5/6,
1990

Schneckenburger, Arthur

Die Geschichte des I.G. Farben-Konzerns; Bedeutung und Rolle eines Großunternehmens

Pahl-Rugenstein, Köln 1988

3-7609-5242-9

Schneider, Ulrich/Stein, Harry

I.G. Farben; Abt. Behringwerke, Marburg; KZ Buchenwald, Menschenversuche; ein
dokumentarischer Bericht

Brüder Grimm Verlag, Kassel 1986

Hochschulschriften 242

3-925010-03-3

Schreiber, Peter Wolfram

I.G. Farben, die unschuldigen Kriegsplaner; Profit aus Krisen, Kriegen und KZ's; Geschichte eines deutschen Monopols

Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1978

3-88021-085-3

Stratmann, Friedrich

Chemische Industrie unter Zwang?; Staatliche Einflußnahme am Beispiel der chemischen Industrie Deutschlands 1933 - 1949

Steiner Verlag-Wiesbaden, Stuttgart 1985

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte; Beiheft 43

3-515-04399-3

Stuby, G.

Völkerrechtliche Probleme zur Frage der Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime

in ZRP 1990

Tammen, Helmuth

Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925-1933); ein Chemiekonzern in der Weimarer Republik

Helmuth Tammen, Berlin 1978

Taylor, Telford

Die Nürnberger Prozesse; Kriegsverbrechen und Völkerrecht

Europa-Verlag, Zürich 1950

ter Meer, Fritz

Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft; ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung

Econ-Verlag, Düsseldorf, 2. Auflage 1953

Wassmund, Hans

Grundzüge der Weltpolitik; Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart

Verlag C.H. Beck, München 1982

Weinmann, Martin

Das Nationalsozialistische Lagersystem (CCP)

Zweitausendeins, Frankfurt/Main 2. Auflage 1990

Woetzel, Robert K.

The Nuremberg Trials in International Law

London 1960

Zentner, Dr. K.

Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches

Südwest Verlag Neumann 1963